Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

41. Sitzung

Berlin, Freitag, den 7. Mai 2010

Inhalt:

Anlage 6

Anlage 7

Anlage 8

Anlage 9

(A) (C)

41. Sitzung

Berlin, Freitag, den 7. Mai 2010

Beginn: 9.00 Uhr

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Sitzung ist eröffnet. Nehmen Sie bitte Platz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Morgen ist es 65 Jahre her, dass in Europa die Waffen schwiegen. Am **8. Mai 1945** war, jedenfalls in Europa, der Zweite Weltkrieg zu Ende und damit zugleich die nationalsozialistische Schreckensherrschaft. Das Gefühl einer lang ersehnten Befreiung hatten an diesem Tag wohl nur diejenigen, die unter der NS-Diktatur so entsetzlich gelitten hatten – in den überfallenen Ländern, in den Konzentrationslagern, als Zwangsarbeiter, als politisch und rassisch Verfolgte. Für sie war dieser (B) Tag eine wirkliche und erlebte Befreiung durch sowjetische, amerikanische und britische Truppen. Für viele andere dauerte es noch lange, bis sich die heutige Gewissheit durchsetzte: Es war ein Tag der Befreiung für alle.

Der Krieg hatte eine Spur des Todes und der Verwüstung durch Europa gezogen, und mit dem erklärten Ende des Krieges war das Leid keineswegs zu Ende. Im Gegenteil: Für nicht wenige begann eine neue Leidenszeit, weil sie in Gefangenschaft gerieten, weil sie aus ihrer Heimat vertrieben wurden oder weil sie sich erneut in einer Diktatur wiederfanden und es weitere 40 Jahre dauern sollte, bis sie ihre Freiheit mutig zurückerkämpfen konnten. In den Städten Europas – und nicht nur dort – hat der Krieg deutlich sichtbare Narben hinterlassen. Narben gibt es auch in der Seele der Menschen.

Wir gedenken heute der Millionen Opfer dieses Krieges. Wir gedenken aller, die ihr Leben, ihre Gesundheit, ihre Angehörigen, ihre Heimat verloren haben. Wir Nachgeborenen können heute besser als damals Ursache und Folgen des Krieges unterscheiden. Dieser Krieg ist von Deutschland angezettelt worden; er hatte entsetzliche Folgen, auch im eigenen Land.

Nach dem 8. Mai 1945 begann der Wiederaufbau eines am Boden liegenden Landes. Die Menschen – zwischen Hoffen und Verzweiflung – wollten überleben und bauten das Land aus Ruinen wieder auf – im Osten wie im Westen. Der Westen hatte dabei die weitaus besseren Startvoraussetzungen, weil hier in Freiheit und mit der Unterstützung der westlichen Siegermächte ein demokratischer Neubeginn möglich war. Die Menschen waren fest entschlossen, sich die ihnen gegebene Freiheit nicht ein zweites Mal aus der Hand nehmen zu lassen. Den Frauen und Männern, die 1945 die Chance des demokratischen Neubeginns mutig genutzt haben, sind wir zu großem Dank verpflichtet.

In Mittel- und Ostdeutschland mussten die Menschen einen ungleich mühsameren Weg gehen und sich die Freiheit von der kommunistischen Diktatur schwer erkämpfen. Die Art und Weise, wie sie sich 1989 entschlossen, aber ohne Gewalt befreit haben, fügt unserer Demokratiegeschichte ein glanzvolles Kapitel hinzu, auf das wir alle in Deutschland stolz sein dürfen. (D)

65 Jahre sind vergangen. Die Feinde von damals haben sich längst die Hand zur Versöhnung gereicht. Deutschland ist im vereinten Europa ein verlässlicher und geachteter Partner und Nachbar. Auch Russland ist nach dem Zerfall der Sowjetunion immer mehr zu einem politischen und wirtschaftlichen Partner geworden – auch im gemeinsamen Bemühen um eine neue und dauerhafte Friedensordnung in Europa.

Die Freiheit, die uns damals von außen gebracht wurde, haben wir in 65 Jahren bewahrt und verteidigt. Unsere Demokratie hat sich auch in schwierigen Zeiten als stabil und handlungsfähig erwiesen, und unser Land hilft mit, gerade im Bewusstsein der bitteren Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges, den Frieden in der Welt zu schützen. An einem Tag wie diesem spüren wir ganz besonders deutlich die Verantwortung, die sich für uns aus der Geschichte ergibt, und bekennen uns dazu.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir treten nun in unsere Tagesordnung ein. Ich rufe den Tagesordnungspunkt 23 auf:

Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und der FDP eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen zum Erhalt der für die**

Präsident Dr. Norbert Lammert

(A)

Finanzstabilität in der Währungsunion erforderlichen Zahlungsfähigkeit der Hellenischen Republik (Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz – WFStG)

– Drucksache 17/1544 –

Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

– Drucksachen 17/1561, 17/1562 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Norbert Barthle
Carsten Schneider (Erfurt)
Otto Fricke
Dr. Gesine Lötzsch
Alexander Bonde

Hierzu liegen ein Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, ein Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, zwei Entschließungsanträge der Fraktion Die Linke sowie ein Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Zu dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Über den Gesetzentwurf, die zwei Änderungsanträge und die fünf Entschließungsanträge werden wir später jeweils namentlich abstimmen.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache zwei Stunden vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

(B)

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort erhält zunächst der Kollege Norbert Barthle für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Norbert Barthle (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben eine anstrengende Woche mit sehr intensiven parlamentarischen Beratungen hinter uns. Dieser Gesetzentwurf, der formal betrachtet lediglich aus zwei schlanken Paragrafen besteht, ist außerordentlich intensiv, leidenschaftlich, teilweise auch kontrovers diskutiert worden. Diese zwei schlanken Paragrafen beinhalten allerdings inhaltlich grundlegende Richtungsentscheidungen für die Zukunft Europas und damit auch für die Zukunft Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger.

Wir haben es uns dabei nicht leicht gemacht. Wir haben unsere parlamentarische Verantwortung sehr ernst genommen und das hier zur Abstimmung anstehende Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz nach vielen tage- und fast nächtelangen Debatten in entscheidenden Punkten geschärft. Mit dem Ergebnis dieser Beratungen, das uns heute zur abschließenden Abstimmung vorliegt, können zumindest wir von der Regierungskoalition, so finde ich, sehr zufrieden sein. Wir können es auch – das ist das Wichtigste – gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern verantworten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(C)

Natürlich gab es während der Beratungen bei dem einen oder anderen Bedenken und Vorbehalte. Würden wir dieses Hilfspaket jetzt aber nicht verabschieden, müssten wir mit großer Sicherheit in wenigen Wochen an dieser Stelle über Rettungsmaßnahmen und Nothilfen in ganz anderen Dimensionen entscheiden; davon bin ich überzeugt. Denn die vorangegangenen Beratungen und die öffentliche Anhörung der Sachverständigen im Haushaltsausschuss am Mittwoch dieser Woche haben ganz klar gezeigt: Zu diesem Hilfspaket gibt es – das betone ich ausdrücklich – keine bessere Alternative.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Alle Experten haben uns deutlich gemacht, dass jede andere denkbare Lösung nicht nur teuer, sondern vor allem in ihren Konsequenzen nicht kontrollierbar und mit unabsehbaren Ansteckungsgefahren für andere Euro-Länder und damit mit der Gefahr einer Erosion des gesamten Euro-Systems verbunden wäre. Die Sachverständigen haben auch deutlich gemacht: Mit den vereinbarten strengen **Sicherheitsauflagen** hat das Hilfsprogramm Aussicht auf Erfolg. Mit dem drastischen Sparkurs und den durchgreifenden Strukturreformen, zu denen sich Griechenland verpflichtet hat, kann Griechenland wieder wettbewerbsfähig werden und sich damit mit besseren Konditionen an den Kapitalmärkten refinanzieren.

Zum anderen ist mit den eingezogenen Leitplanken alles getan worden, damit das Rettungspaket nicht aus dem Ruder läuft. Es ist – das muss man betonen – das strengste und schärfste **Kontrollsystem,** das es jemals im Euro-Raum gegeben hat. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wir haben ein engmaschiges Überwachungssystem, auf Neudeutsch Monitoringsystem genannt. Die Auszahlung der Kreditmittel erfolgt nur in Tranchen. Jede Auszahlung ist an die Erfüllung strenger Qualitäts-Zielvorgaben gebunden. Es gibt ein gebündeltes Schiedsrichterverfahren, das von IWF, EZB und Europäischem Rat begleitet wird. Die Euro-Staaten beurteilen die Erfüllung der Zielvorgaben einstimmig und entscheiden einstimmig über die Auszahlung der nächsten Tranche. – Die beiden letztgenannten Bedingungen haben Eingang in unseren Gesetzestext gefunden. Sie sind damit Bestandteil unseres Gesetzes. – Das heißt konkret: Die bilateralen Kredite und die Kredite des IWF werden nur im Rahmen eines gemeinsamen Vorgehens aller europäischen Euro-Mitgliedstaaten und auf der Grundlage der unter Mitwirkung der EZB vereinbarten Maßnahmen ausgereicht. Das ist ein starker Pakt – für Griechenland, für Deutschland und für Europa.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Für uns bedeutet das: Die in diesem Hilfsprogramm wirkenden Kontrollen stehen dafür – so ist meine Schlussfolgerung –, dass das **Ausfallrisiko** für den deutschen Steuerzahler so gering wie irgend möglich gehalten wird. Natürlich bleiben Restrisiken. Wer wollte das bestreiten? Natürlich gibt es niemals eine hundertprozentige Sicherheit für den Erfolg eines solchen Pakets.

Norbert Barthle

(A) Natürlich hängt der Erfolg nicht unwesentlich davon ab, ob die griechische Bevölkerung diesen Weg mitgeht. Mit unserem Rettungspaket aber stärken wir der griechischen Regierung und der griechischen Bevölkerung den Rücken. Wir begleiten sie in solidarischer Gemeinschaft auf ihrem Weg.

(Beifall des Abg. Leo Dautzenberg [CDU/CSU])

Bildlich gesprochen: Wir werfen Griechenland einen Rettungsring zu. Ans rettende Ufer schwimmen muss es selbst. Schwimmt es in die falsche Richtung, landet es auf dem offenen Meer oder gar in der Türkei.

(Zurufe von Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN: Oh! Oh!)

Um es zu verdeutlichen: Im Kern geht es darum, verlorenes Vertrauen wiederherzustellen. Wenn dies nicht gelingt, dann kann und wird dieses ambitionierte Maßnahmenpaket nur Erfolg auf Raten haben. Wir brauchen ein einheitliches, klares Vertrauensszenario, um diese Krise bekämpfen zu können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich bin überzeugt: Mit diesem Pakt wird eine positive Wirkung auf unsere europäischen Partnerländer erzielt. Dieser Pakt wird auch uns robuster und zukunftsfähiger machen und für zukünftige Krisen gefestigter. Der vertrauensbildende Effekt allerdings – davon bin ich überzeugt – wäre stärker, wenn es einen **gemeinsamen Beschluss** des Deutschen Bundestages gäbe. (B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da haben Sie ohne Zweifel recht!)

An die Adresse der SPD gerichtet, sage ich: Es ist schon traurig – ich finde, fast schon blamabel –, welches Bild Sie hier abgegeben haben.

(Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Ach!)

Zuerst versagen Sie die Zustimmung zu einem beschleunigten Gesetzgebungsverfahren und fordern das normale.

(Christel Humme [SPD]: Immer bei der Wahrheit bleiben!)

Dann stimmen Sie dem Eilverfahren zu, aber nur unter der Voraussetzung, dass die Banken an dem Paket beteiligt werden.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Richtig! – Michael Groschek [SPD]: Bravo!)

Nachdem Sie dann erkannt haben, dass dies in der aktuellen Lage kontraproduktiv wäre, haben Sie sich davon wieder verabschiedet und sagen nun: Wir brauchen eine europäische **Transaktionsteuer.** – Über ein solches Instrument kann man trefflich nachdenken. Aber ich warne davor, dies innerhalb einer Woche in großer Hektik zu entscheiden. Das muss reiflich überlegt sein; (C)

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist reiflich überlegt!)

denn es geht darum, die internationalen Spekulanten zu bekämpfen. Wir müssen das Übel an der Wurzel packen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist das Problem. Deshalb macht es wenig Sinn, vorschnell eine Maßnahme zu entscheiden,

(Dr. Gesine Lötzsch [DIE LINKE]: Vorschnell? Schlaf weiter!)

an der man zwar mitverdient, mit der man aber das Übel nicht an der Wurzel bekämpft. Alle Experten sagen, eine Transaktionsteuer habe keinerlei Lenkungswirkung. Damit wird das Spekulantentum nicht bekämpft. Wir müssen an die Wurzel herangehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dazu braucht unsere Bundeskanzlerin einen möglichst großen Rückhalt. Deshalb finde ich es blamabel, dass sich die SPD hier vom Acker macht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Na, na, na!)

Ich darf abschließend eindringlich dafür werben, dem Gesetzentwurf und den Änderungsanträgen der Regierungskoalition zuzustimmen. Das ist das Beste, was wir derzeit machen können. In der gegenwärtigen Lage stellen diese Vorschläge die bestmöglichen Lösungen dar. (D)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:
Das Wort erhält nun der Kollege Joachim Poß für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Joachim Poß (SPD):
Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Barthle, ich kann nur hoffen, dass Ihr peinlicher Ausrutscher in Sachen Türkei

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

keine weitere Beachtung findet. Ich dachte, wir wären in unserem demokratischen Land im Bewusstsein etwas weiter. Für mich ist das, was Sie hier gesagt haben, erschreckend.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erschreckend waren aber auch Ihre Ausführungen an sich; denn für die Sozialdemokratie geht es doch nicht um die Notwendigkeit der Griechenland-Hilfe, sondern darum, für diese Hilfe die Unterstützung unserer ganzen Bevölkerung zu bekommen, damit wir – auch in Zukunft – in Europa wirklich helfen können.

(Beifall bei der SPD)

Joachim Poß

(A) In unserem Entschließungsantrag sind wir hier eindeutig. Anders als die Linkspartei werden wir den Gesetzentwurf natürlich nicht ablehnen. – Frau Merkel ist im Moment nicht hier. Herr Kauder geht gerade. Ich nehme an, dass sie noch Kriegsrat halten müssen.

Herr Kauder, ich möchte Ihnen noch Folgendes mit auf den Weg geben: Es ist schäbig, der SPD oder der SPD-Bundestagsfraktion etwas anderes zu unterstellen. Das dürfte nicht Ihr Niveau sein. Der SPD einen mangelnden Einsatz für Europa und mangelnde Solidarität mit den europäischen Partnern zu unterstellen,

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

das ist ärmlich und erbärmlich, Herr Kauder.

(Beifall bei der SPD)

Eine reine Kreditermächtigung, ohne dass sie in die notwendigen Maßnahmen, die sich mit derselben Präzision und mit Verbindlichkeit in einem Entschließungsantrag wiederfinden müssen, eingebunden ist, bedeutet, zu kurz zu springen.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Die sind doch eingebunden!)

Das entspricht aber dem Bild, das Sie in den letzten sechs Monaten abgegeben haben. Sie bekommen nichts hin. Kein Werkstück gelingt Ihnen. Schwarz-Gelb kann es nicht. Das zeigen Sie auch an dieser Stelle eindeutig.

(B) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In unserem Land ist unbestritten: So unabdingbar – entgegen dem schlimmen Populismus Ihrer Verbündeten in den Medien – die Griechenland-Hilfe ist, brauchen wir jetzt schnelle und gute Fortschritte bei der **Finanzmarktregulierung** und im Kampf gegen die Devisenspekulation, damit Griechenland in der Euro-Zone und darüber hinaus nicht zu einem Flächenbrand wird. Darum geht es jetzt.

(Beifall bei der SPD)

Auf diesem Feld hat die Koalition bisher jämmerlich versagt. Warum hat sie versagt? Weil sie uneins ist, genauso wie in zig anderen Fragen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das zeigt die Vorgeschichte in den letzten Wochen, als Frau Merkel immer auf den Wahltermin in NRW geschielt hat. Da hat sich herausgestellt: Sie handeln nicht dann, wenn es sein müsste. Vielleicht wäre es für uns in der Belastung auch etwas günstiger geworden, wenn Sie gehandelt hätten, wie es Ihnen ohne Weiteres möglich war.

(Beifall bei der SPD)

Es ist für die größte Wirtschaftsnation Europas unwürdig, dass sich die Kanzlerin und der Finanzminister zum entscheidenden Zeitpunkt, wenn es um die Lösung dieser wichtigen Aufgabe geht, diametral widersprechen. Was ist das denn für eine Regierung, meine Damen und Herren? (C)

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das verstehen die Menschen nicht. Die Menschen in unserem Lande verstehen auch nicht, dass die Banken und die anderen Profiteure des Finanzkasinos nicht stärker als bisher an den Krisenkosten beteiligt werden. Dazu brauchen wir eindeutige Aussagen und Ansagen, über das Bisherige hinaus.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frau Merkel, Herr Westerwelle, Herr Schäuble, es kann nicht sein, dass die offenkundige Führungsschwäche an der Spitze der Bundesregierung dazu führt, dass die Ignoranz und soziale Blindheit der FDP das gemeinsame Handeln für Deutschland in diesem Hause verhindert. Das ist der Kern.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau jetzt ist der passende Zeitpunkt, die Weichen richtig zu stellen. Unser Vorschlag zur Besteuerung des Finanzmarktes auf europäischer Ebene ist ein realistischer und, wenn man mit gutem Willen an die Sache herangeht, schnell umsetzbarer Weg. Den hätten Sie beschreiten sollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN) (D)

Dazu steht nicht im Widerspruch, dass wir auch Studien des Internationalen Währungsfonds prüfen, auf denen „Confidential“ steht, die aber noch durch die Gremien müssen. Die Finanzierung des Gemeinwesens kann aber nicht länger allein Angelegenheit der Arbeitnehmer und der sogenannten Realwirtschaft sein. Die Schulden explodieren in allen Ländern. Dieses Problem müssen wir in Europa jetzt gemeinsam anpacken.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wer, wie Sie es tun, jetzt fordert, dass die **Maastricht-Kriterien** in Zukunft wieder streng eingehalten werden,

(Zurufe von der FDP)

der kann doch für die überall nötige Konsolidierung nicht allein die Steuerzahler und die Empfänger staatlicher Leistungen in Haftung nehmen, wie Sie es nach dem Wahltermin in NRW vorhaben,

(Beifall bei der SPD)

zumal nicht wenige von denen selbst Opfer der Krise geworden sind, während die Verantwortlichen an den Finanzmärkten verschont bleiben.

Herr Schäuble, die von Ackermann & Co. eilfertig und mit durchsichtigem Ziel angebotenen Almosen reichen nicht. Ihr Handschlag mit Herrn Ackermann war

Joachim Poß

(A) mir, als ich ihn im Fernsehen gesehen habe – entschuldigen Sie –, tief peinlich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nein, in den kommenden Jahren braucht es einen spürbaren Beitrag der Finanzindustrie zu den Einnahmen des Staates, einen Beitrag, den die **Finanztransaktionsteuer** leisten könnte. Wer, wie die SPD, heute darauf besteht, neben der unumstrittenen Hilfe für Griechenland zusätzlich verbindliche Maßnahmen zur Bändigung der Finanzmärkte zu beschließen, der ist nicht gegen europäische Solidarität oder gegen Europa.

(Zurufe von der FDP: Sind Sie da sicher? – Haha!)

Nein, im Gegenteil: Wer das tut, ist für Europa, für ein starkes Europa,

(Beifall bei der SPD)

für ein Europa, das sich selbst stark macht und sich die notwendigen Mittel an die Hand gibt, um sicherzustellen, dass es künftig nicht mehr von wild spekulierenden Finanzakteuren vor sich hergetrieben wird. Dieses Europa wollen wir, meine Damen und Herren. Nur ein solches Europa ist gerüstet, künftigen Herausforderungen und Belastungen durch Spekulanten und andere zu begegnen und die große Konsolidierungsaufgabe zu schultern. Hier haben Sie versagt. Unser Weg ist der bessere. Ich denke, wir können die Menschen davon überzeugen.

(B) (Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:
Das Wort erhält nun der Kollege Otto Fricke für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Otto Fricke (FDP):
Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist heute kein einfacher Tag. Es ist für die Bürger, die uns zuschauen, kein einfacher Tag. Es ist für uns Abgeordnete, die wir zu entscheiden haben, kein einfacher Tag.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Für die FDP schon gar nicht!)

– Wie ich an Ihnen, Herr Trittin, gerade merke: Für Sie ist es, wie immer, ein verantwortungsloser Tag. Machen Sie nur so weiter. Das ist schon in Ordnung.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Verantwortungslos ist Herr Pinkwart!)

Meine Damen und Herren, Deutschland und Griechenland sind Freunde in Europa; ich glaube, darüber sind wir uns einig. Es gibt einen Satz, eine Weisheit, die lautet: Beim Geld hört die Freundschaft auf.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, beim Geld fängt die Freundschaft erst an! – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer möchte denn dann mit der FDP befreundet sein?) (C)

Das ist nicht der Fall. Aber beim Geld – das sage ich gerade in Richtung der Schreihälse – hört die Verantwortung nicht auf. Verantwortungsloses Verhalten, wenn es um wesentliche finanzielle Entscheidungen geht, kann man sich nur erlauben, wenn man gar keine Verantwortung hat und am besten auch gar keine bekommt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Warum machen wir das alles trotz großer Bauchschmerzen? Machen wir das, um den Griechen eine weitere Hilfe zu geben? Nein, wir machen es erstens, um den Griechen den richtigen Weg aufzuzeigen.

(Zurufe von Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN: Oh! – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine pädagogische Herausforderung! Die FDP als Lehrmeister!)

Das hat der IWF auch geschafft. Wir können froh sein, dass der IWF dabei ist.

Zweitens – das sage ich vor allem den Bürgern draußen, weil wir alle immer wieder gefragt werden: Warum müssen wir das jetzt schon wieder machen? –: Ich bitte jeden Bürger, der das hört, einmal zu überlegen, was wäre, wenn er Grieche oder Portugiese wäre,

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oder in der FDP!) (D)

wenn er darauf angewiesen wäre, dass wir Bundestagsabgeordnete unserer Verantwortung gerecht werden. Dann wird jeder sagen: Ich möchte nicht, dass ich zur Bank rennen und versuchen muss, mein Geld noch abzuheben, wie es in anderen Ländern der Fall ist. Ich möchte nicht, dass es am Ende wie bei einem Flächenbrand auch uns trifft. – Das war schon bei der Finanzmarktstabilisierung das Argument, als es um die Rettung der deutschen Banken ging. Das ist das, was Sie gesagt haben – davon wollen Sie heute gar nichts mehr wissen –, als wir die Finanzen der Banken, der Versicherungen und anderer gerettet haben.

(Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Ihr Kollege Schäffler hat doch vorgeschlagen, Inseln zu verkaufen! Sie sind doch verantwortungslos! – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was sagt denn das Brüderle dazu?)

– An den Zwischenrufen, die ich höre – es ist schade, dass man sie am Fernseher und am Radio nicht hört –, merkt man genau, wie getroffen Sie an vielen Stellen sind.

(Beifall bei der FDP – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie ist es denn mit Ihrem Verantwortungsbewusstsein? Wie steht es insbesondere um das **Verantwortungsbewusstsein** der ehemals so stolzen SPD? Noch gestern behauptete Herr Schneider bewusst Falsches und

Otto Fricke

(A) meint auch noch, damit Politik machen zu können. Auf Fragen nach der Beteiligung der Finanzinstitute behaupten Sie, wir, die FDP, wollten das nicht. – Schauen Sie sich den Entschließungsantrag genau an. Dann werden Sie feststellen, dass das nicht so ist. Kommen Sie meinetwegen jeden Tag mit neuen Vorurteilen, aber bleiben Sie bitte – anders als der Kollege Schneider – bei der Wahrheit und bei den Tatsachen.

(Beifall bei der FDP – Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Was soll das denn?)

Dann kommen wir zur nächsten Frage nach der Verantwortung: Wer trägt denn die Verantwortung dafür, dass wir es noch immer nicht geschafft haben, uns von einer gewissen nationalen Lebenslüge in Bezug auf Europa zu trennen? Es kann doch nicht sein, dass die Politik sagt, wie die Zahlen sind, sondern die Zahlen sind so, wie sie sind.

(Thomas Oppermann [SPD]: Sie haben doch einen Haushalt mit 80 Milliarden Nettokreditaufnahme beschlossen! – Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann sollte sich die FDP einmal die Zahlen anschauen!)

Wer war es denn, der den **Stabilitätspakt** aufgeweicht hat? Das waren Sie von Rot-Grün. Jetzt reden Sie doch nicht so, als hätte das mit Ihnen nichts zu tun. Sie tragen eine ganz wesentliche Verantwortung dafür, dass die Kriterien für ein Land aufgeweicht wurden.

(B) (Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So spricht der wahre Freund Griechenlands!)

Das ist Ihre Verantwortung, der Sie sich eigentlich stellen müssten. Sie stellen sich ihr aber nicht, sondern treten zurück.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Sie versuchen es mit billigen Tricks: Ja, wir machen mit! Nein, wir machen nicht mit! – Und dann sagt Herr Gabriel: Oh Gott, oh Gott, es ist Donnerstagmorgen; ich glaube, ich schreibe der Bundeskanzlerin mal eine kleine SMS. – Hallo? Was ist das denn für ein Verantwortungsbewusstsein einer Oppositionspartei, wenn man nur sagt: „Ich will da mitmachen“?

Herr Gabriel, da Sie gerade den Scheibenwischer andeuten:

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat er zu mir gemacht!)

Bei Ihnen geht das sogar noch weiter. Das haben wir gerade bei der Frage der Rednerfolge gemerkt. Sie haben gesagt: Ich will auf jeden Fall mit meiner Rede hinter Westerwelle bleiben. Herr Gabriel, ich kann Ihnen eines sagen: Sie werden immer hinter Westerwelle bleiben. Das wollen Sie nur nicht wahrhaben.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die **Aufnahme Griechenlands in die Euro-Zone** – nicht die Aufnahme Griechenlands in die EU – war ein Fehler. (C)

(Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Mein lieber Otto, du bist heute weit unter deinem Niveau!)

Wir haben das alle gewusst. Aber damals trug die rotgrüne Regierung die Verantwortung. Ich darf jemanden zitieren, der am 28. April 2000 im Deutschlandfunk gesagt hat:

> Und jetzt Griechenland aufzunehmen bei den dort vorhandenen Zuständen, immer wirtschaftlich und ökonomisch gesehen, halte ich für einen kapitalen Fehler. Es wird die Situation weiter verschlechtern, und ich kann mich nur wundern, was man den Bürgern eigentlich alles zumutet, wenn man jetzt diesen Beschluss auch noch fassen will zur ungeeigneten Zeit und unter ungeeigneten Voraussetzungen.

Das hat er zu dem Beschluss von Rot-Grün, Griechenland aufzunehmen, gesagt. Wer war das? Otto Graf Lambsdorff, der sich auf die Zahlen berufen hat. Was haben Sie dazu gesagt? Das sei unverantwortlich. Ihr fehlendes Verantwortungsbewusstsein fällt uns heute auf die Füße, und wir müssen versuchen, das wieder hinzubekommen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Zum Schluss:

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wird Zeit!)

(D) Wenn es um die Frage nach Ursache und Wirkung geht, dann kann man, wie Herr Poß, immer sagen: Die bösen Spekulanten! – Ich sage Ihnen: Ja, Spekulanten waren an der Sache beteiligt. Die Koalition ist dabei, das abzuschöpfen, was von Spekulanten an Gewinnen gemacht wurde, sodass wir von diesem Auf und Ab an den Märkten wegkommen; wir sind dabei, das zu begradigen.

(Widerspruch bei der SPD)

Was aber machen Sie? Das will ich den Bürgern da draußen einmal klarmachen: Sie reden immer schön abstrakt von einer Finanztransaktionsteuer. Für den Bürger da draußen heißt das, dass zukünftig jeder Riester-Rentner von Ihnen besteuert wird.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Lachen bei der SPD – Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

– Ja, Sie hören das nicht gerne. Sie wollen das nicht wahrhaben.

(Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Das ist unterirdisch!)

Eine Finanztransaktionsteuer nach Ihrer Maßgabe bezieht sich auf jede Finanztransaktion. Ein Riester-Rentner wird mit allem, was er angespart hat, von Ihrer Steuer bestraft. Das wollen wir nicht, und das ist der Unterschied zwischen sozialdemokratischer und christlich-liberaler Politik.

Otto Fricke

(A) Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Sie sagen bewusst die Unwahrheit! – Joachim Poß [SPD]: So ein Quatsch!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Zu einer Kurzintervention erhält der Kollege Carsten Schneider das Wort.

Carsten Schneider (Erfurt) (SPD):

Sehr geehrter Herr Kollege Fricke, Sie haben mich in Ihrer Rede der Unwahrheit bezichtigt. Es geht sicherlich um die Frage, wie hoch die **Belastung Deutschlands** durch Kredite für Griechenland insgesamt ist und ob dieses Volumen ausreicht. Dazu halte ich fest: Alle Antworten, die wir in den vergangenen Wochen vom Bundesfinanzministerium bezüglich der Verabredungen zu Griechenland bekommen haben, waren substanzlos. Unsere Fragen wurden wie folgt beantwortet: Griechenland hat keinen Antrag gestellt. Es gibt nichts zu verhandeln.

So haben Sie die deutsche Öffentlichkeit seit drei Monaten an der Nase herumgeführt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Michael Groschek [SPD]: Hört! Hört! – Weiterer Zuruf von der SPD: Und das Parlament!)

– Und das Parlament!

(B) Am Mittwoch bekommen wir im Haushaltsausschuss erstmals den Kreditvertrag kursorisch zu Gesicht. Am Montag davor habe ich Staatssekretär Kampeter in der Ausschusssitzung gefragt: Ist es richtig, dass es einen Zinsausgleich gibt? Darauf er: Dem BMF, dem Bundesministerium der Finanzen, ist das nicht bekannt. – Am Mittwoch ist klar: Es gibt ihn, und es gibt nicht nur den Zinsausgleichsmechanismus, sondern sogar auch die Möglichkeit, dass ein Land, das höhere Zinsen zahlt, als Griechenland selbst in Rechnung gestellt bekommt, nicht mehr am Kredit beteiligt ist. Das hat zwei mögliche Konsequenzen, auf die ich schon hingewiesen habe: Entweder das IWF-Paket unter Beteiligung der EU-Staaten reicht im Volumen nicht aus – das bedeutet eine deutliche Marktverunsicherung; wir wollen aber genau das Gegenteil erreichen –, oder Deutschland muss einen größeren Gewährleistungsrahmen bereitstellen.

(Zuruf von der SPD: Hört! Hört!)

Das hat jetzt noch keine gesetzliche Grundlage, aber Sie müssen wissen, dass Sie, wenn Sie einmal Ja sagen, dann auch im nächsten Schritt dabei sind. Ich finde, darüber müssen der Bundestag und die deutsche Öffentlichkeit informiert sein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man eine so wegweisende Entscheidung trifft, dann kann man nicht so tun, als koste das alles nichts, als gäbe es kein Risiko oder als wäre das Risiko damit begrenzt. Das ist nicht der Fall, und darauf habe ich hingewiesen. (C)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Zur Erwiderung Herr Kollege Fricke.

Otto Fricke (FDP):

Herr Kollege Schneider, das Ganze war jetzt wieder typisch: Sie bauschen das auf, und bei den Fakten bleiben Sie dann die Antwort schuldig. Das haben Sie in einem Nebensatz gesagt.

(Michael Groschek [SPD]: Zur Sache! – Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Sie haben ihn der Unwahrheit bezichtigt!)

Ich wäre froh gewesen, wenn Sie hier, vor der Bevölkerung und den Zuhörern und Zuschauern, gesagt hätten: Es bleibt bei den 22,4 Milliarden Euro, die der Bundestag heute mit dem Gesetzentwurf beschließen wird. Es wird kein einziger Cent mehr. Auch wenn Sie sich hinter spekulativen Äußerungen und sonstigen Formulierungen verstecken:

(Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Das ist unwürdig, was Sie da treiben!)

Es bleibt bei den 22,4 Milliarden Euro. Das hätten Sie ehrlicherweise sagen sollen, statt eine höhere Zahl ins Gespräch zu bringen.

Wenn Sie irgendwann wieder auf den Pfad der Tugend und der Wahrheit zurückkehren, dann werden Sie das auch einsehen. (D)

(Beifall bei der FDP – Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt reicht es aber langsam! – Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Oberpeinlich!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun die Kollegin Gesine Lötzsch für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gesine Lötzsch (DIE LINKE):

Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir erinnern uns: Als am Mittwoch die Kanzlerin hier am Pult stand, da war die gefühlte Temperatur im Plenarsaal weit unter null Grad.

(Ulla Burchardt [SPD]: Wo ist die eigentlich?)

Frau Merkel sprach von Schonungslosigkeit im Umgang mit Staaten, die über ihre Verhältnisse leben.

(Ulla Burchardt [SPD]: Wo ist die Kanzlerin?)

Jeder Wähler und jede Wählerin in Nordrhein-Westfalen sollte sich diese Rede noch einmal anschauen, um ein schauriges Gefühl dafür zu bekommen, wie es nach der Wahl in unserem Land weitergehen soll. Wir sagen: Mit uns nicht so. –

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gesine Lötzsch

(A) In Griechenland werden die Löhne und Pensionen drastisch gekürzt. Der IWF und die Europäische Union fordern von den Griechen die Umsetzung des ganzen neoliberalen Unfugs, der nicht nur in unserem Land schon so viel Schaden angerichtet hat.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

Sie wollen Griechenland noch weiter in die Krise treiben, damit die griechischen und deutschen Ackermänner ihre Rendite einstreichen können.

(Beifall bei der LINKEN – Bundesminister Dr. Guido Westerwelle verlässt den Plenarsaal – Ulla Burchardt [SPD]: Jetzt geht auch noch der Außenminister!)

Das ist der Beginn eines weiteren Angriffs auf die Arbeitnehmer, Rentner, Arbeitslosen und Familien in ganz Europa, nicht nur in Griechenland, sondern auch hier bei uns in der Bundesrepublik.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich bin davon überzeugt: Es ist nur eine Frage der Zeit, bis sich Frau Merkel und Herr Westerwelle hier hinstellen

(Ulla Burchardt [SPD]: Wo sind die eigentlich?)

und an die Menschen in **Deutschland** appellieren werden, dem griechischen Beispiel zu folgen und Opfer zu bringen. Die Menschen sollen wieder die Krise bezahlen. Wir als Linke stellen uns dem entgegen.

(B) (Beifall bei der LINKEN)

Wer sich an die Reden der Finanzminister der SPD und der CDU der letzten 20 Jahre erinnert, der hat vielleicht noch im Ohr, was die Grundaussage war. Es war immer die gleiche: Wir leben über unsere Verhältnisse. – Aber kein Finanzminister meinte den Chef der Deutschen Bank, Herrn Ackermann, oder den ehemaligen Chef der Deutschen Post und Steuerhinterzieher Herrn Zumwinkel. Es ging immer nur um die Arbeitnehmer, Rentner, Familien und die Arbeitslosen, die angeblich über ihre Verhältnisse leben und denen mit Hungerlöhnen, Kürzung des Arbeitslosengeldes und Rentenkürzungen das Leben schwergemacht wird. Das muss endlich ein Ende hier in Deutschland haben.

(Beifall bei der LINKEN)

In **Griechenland** ist es nicht anders als hier. Es gibt Menschen, die dort über ihre Verhältnisse leben, wie hier Herr Ackermann und Herr Zumwinkel, und es gibt Menschen, denen es genauso ergeht wie vielen deutschen Arbeitnehmern, Rentnern und Arbeitslosen. Wir als Linke vertreten die Interessen der Arbeitnehmer, der Rentner und der Arbeitslosen. Sie vertreten die Interessen der Renditemacher und der Spekulanten, und dem stellen wir uns entgegen.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der LINKEN: Bravo!)

In Griechenland hat sich eine konservative Regierung, deren politische Ausrichtung der Regierung vergleichbar ist, die hier auf der Bank sitzt, in die Euro-Zone geschummelt. Die griechische Regierung und eine Oberschicht haben über ihre Verhältnisse gelebt, und jetzt müssen Arbeitnehmer und Rentner mit Einnahmeeinbrüchen von bis zu 30 Prozent die Suppe auslöffeln, die sie sich nicht eingebrockt haben. Das ist ungerecht. Das sage ich in aller Deutlichkeit. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Merkel sprach in ihrer Rede von einem ehrgeizigen Programm. Ich sage Ihnen: Dieses Programm ist nicht ehrgeizig, es ist brutal, unsozial und erbarmungslos.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Wer jetzt Solidarität mit Griechenland einklagt, der spielt ein falsches Spiel. Es ist nicht solidarisch, wenn in Griechenland Tausende Lehrer entlassen werden, wenn ausgebildete Finanzbeamte gar nicht erst eingestellt werden und wenn Rentnern, deren Renten weit unter dem deutschen Niveau liegen, die Renten gekürzt werden. Das ist nicht solidarisch. Wer diesem Gesetz zustimmt, ist ausschließlich solidarisch mit den Banken, die griechische Staatsanleihen gekauft haben; er ist nicht solidarisch mit dem griechischen Volk und auch nicht solidarisch mit den anderen Völkern Europas.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn die Grünen heute diesem Gesetz zustimmen, um sich bei der Kanzlerin und der CDU in Nordrhein-Westfalen lieb Kind zu machen, dann ist das ein Verrat an den ursprünglichen Ideen der Grünen von Solidarität und Internationalismus. (D)

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hoch die internationale Solidarität! – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer verweigert denn die internationale Solidarität?)

Ich kann mich noch gut erinnern, wie Sie von den Grünen hier in Berlin gegen den Weltwährungsfonds demonstriert haben. Aber das waren augenscheinlich Ihre Vorgänger, mit denen Sie nicht mehr viel zu tun haben.

(Beifall bei der LINKEN – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Langeweile hat gesprochen!)

Der **IWF** ist dafür bekannt, dass er immer erst das Geld der Gläubiger rettet und dafür bereit ist, soziale Unruhen, Verletzte und sogar Tote in Kauf zu nehmen. Die Kanzlerin hat den Griechen diese Rosskur verordnet, damit die Märkte wieder Vertrauen gewinnen. Auch der Finanzminister sprach unentwegt davon, dass wir nicht das Vertrauen der Märkte verlieren dürfen. Die Bundesregierung ist bereit, für das Vertrauen der Märkte das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu opfern.

Für wen machen Sie eigentlich Politik, Frau Merkel, für die Märkte oder für die Menschen? Das frage ich Sie.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie lassen sich ständig von den Spekulanten hinters Licht führen und auf der Nase herumtanzen. Unterwür-

Dr. Gesine Lötzsch

(A) fig buhlen Sie um das Vertrauen der Märkte. Das ist doch völlig absurd.

Wenn Sie am Mittwoch von dem Primat der Politik gegenüber den Finanzmärkten gesprochen haben, Frau Merkel, dann war das doch nichts als eine aufgeblasene Worthülse, wenn man sieht, wie diese Regierung den Banken und Spekulanten immer wieder das Leben erleichtert und ihnen das Geld hinterherwirft. Das ist eine verkehrte Welt.

(Beifall bei der LINKEN)

Der **globale Finanzmarkt** ist doch in Wirklichkeit ein globaler Schwarzmarkt. Die Bundesregierung tut nichts, aber auch gar nichts, außer schönen Worten, um diesen globalen Schwarzmarkt zu bekämpfen. Die Spekulanten, meine Damen und Herren, sind Taliban im Nadelstreifen,

(Zurufe von der FDP: Oh, oh!)

und vor diesen Taliban müssen die Menschen in unserem Land geschützt werden.

(Beifall bei der LINKEN – Widerspruch bei der CDU/CSU und der FDP – Volker Kauder [CDU/CSU]: Das ist doch eine Sauerei! – Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Jetzt wird es lächerlich!)

Die Kanzlerin hat erklärt, der Schlüssel des Problems zur Lösung der Krise

(B) (Christian Freiherr von Stetten [CDU/CSU]: Herr Präsident! Das sind doch Terroristen!)

liege in Griechenland. Ist das wirklich so? – Die Griechen sollen 13 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in drei Jahren wegkürzen. Rechnen wir das einmal auf Deutschland um: Das würde bedeuten, dass wir in Deutschland innerhalb von drei Jahren 313 Milliarden Euro streichen müssten. Das entspricht fast dem gesamten Etat für ein ganzes Jahr. Das wäre auch für das wirtschaftlich viel stärkere Deutschland auf keinen Fall zu schaffen.

Wie sollen die Griechen bei sinkender wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit ihre Investitionen, ihre Löhne, ihre Pensionen kürzen und gleichzeitig die Mehrwertsteuer erhöhen und dann die Schulden zurückzahlen? Wie wollen Sie das machen? Erklären Sie das doch mal. Oder wollen Sie nichts anderes, als immer weiter die **sozialen Standards in Europa** senken? Das ist doch der eigentliche Plan hinter diesem sogenannten Rettungsfonds.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir, die Linke, lehnen das Gesetz aus zwei entscheidenden Gründen ab. Erstens ist das Gesetz und das damit verbundene Kürzungspaket nicht geeignet, die Probleme Griechenlands und die Probleme der Euro-Zone zu lösen. Die sozialen und ökonomischen Probleme Griechenlands werden nicht gelöst, sondern weiter verschärft.

(C) Zweitens lehnen wir das Gesetz ab, weil die Bundesregierung nichts gelernt hat aus der Krise von 2008 und nicht bereit ist, die Banken an der Finanzierung der Krise zu beteiligen, und nichts unternimmt, um die Finanzmärkte zu kontrollieren.

Wir fordern den Zweiklang von Retten und Regulieren. Die Bundesregierung rettet jedoch die Falschen und verweigert jegliche Regulierung der Finanzmärkte. Das können wir als Linke nicht hinnehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vorgestern hat Frau Merkel hier im Bundestag von einer Bankenabgabe gesprochen und davon gesprochen, dass sie sogar die Gewinne und Boni der Banker einbeziehen wolle. Da war es doch umso erstaunlicher, meine Damen und Herren von CDU/CSU und FDP, dass die Regierungsfraktionen unseren Antrag zur Bankenabgabe nach dem Obama-Modell gestern von der Tagesordnung genommen haben, weil Sie eine namentliche Abstimmung vor der NRW-Wahl dazu verhindern wollten.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Unglaublich!)

Wir bzw. unser Fraktionsvorsitzender Gregor Gysi haben am Mittwoch offen und ehrlich angekündigt, dass wir die namentliche Abstimmung wollen, und Sie haben mit Tricksereien geantwortet, weil Sie nicht wollen, dass die Menschen erfahren, wer die Banken wirklich in Verantwortung nehmen will und wer nicht. Sie wollen das nämlich nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

(D) Aber da haben Sie sich geirrt. Wir als Linke lassen uns nicht austricksen, und darum geben wir Ihnen heute die Gelegenheit zur namentlichen Abstimmung über unseren zweiten Entschließungsantrag zur Bankenabgabe. Da können Sie ja gern Farbe bekennen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, mein Fraktionsvorsitzender Gregor Gysi hat am Mittwoch unsere Forderung zur **Regulierung der Finanzmärkte** aufgestellt. Ich will sie noch einmal kurz zusammenfassen: Verbot von Spekulationsinstrumenten, Verbot von Hedgefonds, stärkere Kontrolle von Zweckgesellschaften, eine europäische Ratingagentur. Griechenland muss auf Waffenimporte verzichten, und Deutschland muss darauf verzichten, Griechenland zu zwingen, deutsche Waffen zu importieren. Das ist nämlich die Wahrheit.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir müssen in Griechenland und in ganz Europa Vermögen mehr besteuern, und wir brauchen endlich die Bankenabgabe.

Setzen Sie unsere Forderungen um! Wenn Sie das nicht tun, dann werden Sie am Sonntag in NRW eine deutliche Quittung erhalten. Dazu kann ich allen Menschen dort nur raten.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN)

(A) **Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Frau Kollegin Lötzsch, Sie haben vorhin in Ihren Ausführungen mit Blick auf internationale Finanztransaktionen zu einem Vergleich mit Terroristen gegriffen, den ich für maßlos halte und deswegen rüge.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte das gerne mit dem allgemeinen Hinweis verbinden, auch mit Blick auf die schon gehaltenen Reden und auf die Wortmeldungen, die noch erfolgen: Ein Schuss Polemik würzt jede Debatte. Aber ich glaube, wir täten uns alle gerade bei diesem Thema und der großen Verunsicherung, die dazu in der deutschen Bevölkerung besteht, einen großen Gefallen,

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Christian Freiherr von Stetten [CDU/CSU]: Sehr richtig, Herr Präsident!)

wenn wir uns darauf konzentrierten, zu erläutern, worum es eigentlich geht und warum sich bei der schwierigen Abwägung von jeweils wichtigen Gesichtspunkten die einen am Ende so und die anderen möglicherweise anders entscheiden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nächste Rednerin ist die Kollegin Renate Künast für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(B) **Renate Künast** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Jetzt und hier geht es um **Europa.**

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Zuruf von der LINKEN: Oh!)

– Ja. – Es geht um Europa und damit automatisch um herausragende deutsche Interessen. Es geht bei der Abstimmung am Ende auch um Griechenland.

Jetzt geht es darum, Europa gegen Abzockerei und gegen Spekulationen zu verteidigen. Das ist die Frage, die uns hier gestellt wird. Ich sage für meine Fraktion: Wenn wir hier gleich mit Ja stimmen, ist es ein Bekenntnis zu Europa,

(Beifall des Abg. Dr. Michael Meister [CDU/CSU])

eine Abwehr nach außen. Es beinhaltet gleichzeitig das Entsetzen und das klare Nein zur Politik der Regierung Merkel/Westerwelle. Auch das ist enthalten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich will noch kurz etwas zu Gesine Lötzsch sagen, die ein bisschen etwas über die grüne Geschichte erzählt hat. Ich sage Ihnen eines ganz klar: Wie können Sie, Frau Lötzsch, sich an die Demo 1987 gegen den IWF erinnern, an der ich in Berlin teilgenommen habe.

(Zurufe von der LINKEN)

Da war ich in Berlin West, und Sie waren in Berlin Ost, Mitglied der SED, ordentlich eingemauert. Wo haben Sie gegen wen demonstriert? (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich schicke noch eines voraus: Wir haben als grüne Partei seit Jahren, von Beginn an, über die Europäische Union immer sehr engagierte Debatten geführt, auch diese Woche auf drei Fraktionssitzungen. Am Ende steht für uns ein klarer grüner, europäischer Kurs. Um es mit Ihren Worten zu sagen: Hoch die internationale Solidarität!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Das schaffen Sie nicht. Sie lassen die griechische Bevölkerung allein. Sie lassen Papandreou als Chef einer sozialistischen Regierung allein. Dieser Spruch soll Ihnen im Halse stecken bleiben. So viel dazu.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt muss ich ein paar Worte zum Begründungszusammenhang sagen, den die Regierungskoalition und auch Frau Merkel gebracht haben. Frau Merkel, meine Fraktion war vorgestern über Ihre Rede hier rechtschaffen entgeistert:

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (D)

technokratisch, blutleer und europäisch armselig. Sie war nur national nach innen gerichtet und nicht offensiv für Europa werbend. Es hat mir die Sprache verschlagen, was selten geschieht,

(Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister: Das ist wahr!)

als Sie sagten: Diese Regierung steht in Kontinuität zu den Regierungen seit Konrad Adenauer. Konrad Adenauer hätte hier gestanden wie ein Mann

(Heiterkeit bei der SPD)

und hätte klar gesagt, wo er hinwill. Das haben Sie, Frau Merkel, an keiner Stelle getan.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU)

„Gegendert“ sage ich Ihnen: Man kann hier auch wie eine Frau stehen und trotzdem Position beziehen, falls der Lacher sich darauf bezogen hat.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wo, Frau Merkel, war die Bundeskanzlerin, als die Pinkwarts und Brüderles dieser Welt, als die *Bild*-Zeitung ihre Einsätze im Luftraum über den Stammtischen

Renate Künast

(A) geflogen sind? Warum haben Sie an dieser Stelle nicht gesagt: „So nicht!“?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben sich das erste Mal geäußert, als der in Brasilien irrlichternde Brüderle die Wahrheit aussprach und die Summe von 130 Milliarden Euro nannte. Diese Zahl mag nicht ganz stimmen, aber es ging um eine dreistellige Summe. Da haben Sie erklären lassen: I'm not amused. – Ich hätte mir gewünscht, dass Sie das zu Pinkwart, Brüderle und der *Bild*-Zeitung wegen ihrer antidemokratischen Äußerungen gesagt hätten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich würde mir wünschen, dass Sie das zu Herrn Barthle, der gerade erklärt hat, nach Griechenland komme die Türkei, sagen würden. Wissen Sie: Sie können die Türkei nicht für uns zum Pipelineland machen und davon profitieren und sie auf der anderen Seite mit Füßen treten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich hätte mir gewünscht, dass Sie sich angesichts der Probleme, die vor uns stehen, einmal äußern, dass Sie sagen: Was sind die deutschen Interessen? Was sind die Prioritäten? Was ist deutsches Interesse? Das ist eben auch die Rettung von Griechenland, weil es den Euro und die EU vor Spekulationen rettet. Auch die Märkte
(B) brauchen klare politische Aussagen von einer Bundeskanzlerin. Auch die Märkte brauchen Führung. Ich sage an dieser Stelle: Die Partei von Ludwig Erhard kann es heute offensichtlich nicht mehr.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Thomas Oppermann [SPD]: Die gibt es gar nicht mehr!)

Ich will erklären, warum auch wir hierüber viel diskutiert haben. Wir haben uns überlegt: Was ist die Bedeutung des Euro und der Europäischen Union? Wir profitieren vom europäischen Binnenmarkt. Wir als Deutsche und alle miteinander profitieren vom Euro. Wir sind fest davon überzeugt, dass die **Europäische Union** quasi Gestalt gewordenes elementares Interesse Deutschlands ist. Warum? Weil wir all unsere Ziele nur erreichen können, wenn wir sie gemeinsam mit der Europäischen Union verfolgen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den Schutz des Klimas schafft nicht das kleine Deutschland, sondern die 27 Staaten der EU mit fast 500 Millionen Menschen. Das ist eine ganz andere gestaltende Kraft. Für unsere Aufgabe, wertegeleitet für eine soziale Gestaltung der Globalisierung einzutreten, brauchen wir die EU, weil sie eine größere und stärkere Kraft ist. Wir brauchen sie auch für die Zähmung der Finanzmärkte. Deshalb sagen wir heute Ja zu Europa. Wir lassen es uns nicht kaputt zocken.

(C) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Große Außenpolitiker sagen: Viele unserer ureigenen Interessen und unserer außenpolitischen Ziele materialisieren sich immer nur durch die Europäische Union. Wo, Frau Merkel, haben Sie für diese elementaren Interessen gekämpft? Wir haben Sie nicht kämpfen sehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Zwei Dinge müssen wir Ihnen entgegenhalten: Erstens. Ihre Zauderei hat die Kosten für das Hilfspaket in die Höhe getrieben: für uns und für die Griechen.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Das ist doch Quatsch!)

Befragt dazu, hat das auch Strauss-Kahn, der IWF-Chef, in internen und anderen Sitzungen gesagt. Das Risiko ist jetzt höher geworden.

Zweitens. Frau Merkel, Sie haben in Ihrer Rede gesagt: Wir brauchen wieder das **Primat der Politik.** Das wollen wir wiederherstellen. – Da hat es bei mir geklingelt, weil ich das im Zusammenhang mit dem Bankenrettungspaket schon einmal gehört habe. Ich sage Ihnen ganz klar: Wer das Primat der Politik durchsetzen will, muss nicht nur ein Gesetz machen, sondern im Gesetz muss auch das enthalten sein, was darauf steht, nämlich das Primat der Politik gegenüber den Finanzmärkten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)
(D)
Das heißt, eine **Finanztransaktionsteuer** einführen. Ich sage in Richtung FDP und der anderen, die sagen, es gebe auch andere Varianten: Alle Varianten, auch die des IWF, zum Beispiel die Gewinne, die Gehälter oder die Boni besteuern, greifen immer erst am Ende der Kette. Wir wollen nicht alle Banken gleichermaßen belasten, sondern wir wollen von Anfang an – das sieht auch der IWF in seinem Vorschlag vor – die Zockereien, die Spekulationen, die Hin- und Herverkäufe zielgenau besteuern. Wenn man die Interessen dieser Zocker zurückweisen will, dann muss man für die Einführung einer Finanztransaktionsteuer kämpfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Man muss den Weg in Richtung einer EU-Wirtschaftsregierung gehen, weil man den Euro nicht haben kann, ohne gemeinsam die dafür notwendigen Strukturen zu gestalten. Man muss eine unabhängige, das heißt öffentlich-rechtliche, Ratingagentur installieren. Nur mit diesen drei Mechanismen kann man es schaffen, die Finanzmärkte an die Leine zu legen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir stimmen heute für Europa.

(Zuruf von der LINKEN)

– Dass wir nicht weitergekommen sind, ist an der CDU/CSU und der FDP gescheitert. – Luther hat gesagt: Wenn morgen die Welt unterginge, würde ich noch ein

Renate Künast

(A) Apfelbäumchen pflanzen. – Ich habe langsam den Eindruck, dass für die FDP und Teile der CDU/CSU gilt: Wenn morgen die Welt unterginge, würden sie als Letztes die Koalitionsvereinbarung mit der Seite „Steuersenkungen" hochhalten und sagen: Könnte ich doch noch eine Steuersenkung haben!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

An dieser Stelle merken wir: Sie können es nicht, weder in Bezug auf das Große noch in Bezug auf die Kommunalfinanzen, die die Basis der Menschen darstellen.

Ich sage Ihnen heute trotz alledem: Wir wollen den „Angriffskrieg", wie das *Handelsblatt* geschrieben hat, der Finanzmärkte auf die EU abwehren, weil wir alle gemeinsam die EU brauchen; denn die EU hilft uns, zentrale Zukunftsprobleme zu lösen.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Das steht aber im Gesetz nicht drin!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:
Frau Kollegin.

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Das heißt, wir stimmen heute über die Zukunft der Europäischen Union ab. Über die Regierung Merkel/Westerwelle wird an einem anderen Tag abgestimmt – dieser Tag wird kommen.

(B) (Anhaltender Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der SPD – Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Am Sonntag!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:
Zu einer Kurzintervention erhält die Kollegin Lötzsch das Wort.

Dr. Gesine Lötzsch (DIE LINKE):
Vielen Dank, Herr Präsident. – Sehr verehrte Frau Kollegin Künast, es stimmt, dass Sie 1987 in Westberlin waren und ich in Ostberlin. Aber ich darf Ihnen, falls Ihnen das noch nicht bekannt war, mitteilen: 1987 waren bereits Radio und Fernsehen erfunden, und man hatte auch in Ostberlin Empfang.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Aha, Westfernsehen! – Dr. Hans-Peter Friedrich [Hof] [CDU/CSU]: Umso schlimmer, dass Sie Kommunistin geblieben sind! – Weitere Zurufe)

– Das ist augenscheinlich neu für Sie.

Weiterhin stimmt, liebe Renate Künast, dass ich 1987 Mitglied der SED war; das habe ich nie verheimlicht. Das verbindet mich übrigens mit der langjährigen Fraktionsvorsitzenden im Berliner Abgeordnetenhaus Sibyll Klotz; auch sie war damals Mitglied der SED.

(Dr. Hans-Peter Friedrich [Hof] [CDU/CSU]: Nicht ablenken! – Thomas Oppermann [SPD]: Aber sie hat dazugelernt!)

(C) Ebenso stimmt, dass Sie – das haben Sie eben in Ihrer Rede noch einmal betont, Frau Künast – das, wogegen Sie 1987 protestiert haben, heute unterstützen, nämlich die Durchführung der Maßnahmen des IWF auf dem Rücken der kleinen Leute: Lohnkürzung, Rentenkürzung, Entlassungen, wie das jetzt in Griechenland geschieht. Ich glaube, Sie haben die Aussagen in meiner Rede sehr gut bestätigt. Vielen Dank dafür!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:
Zur Erwiderung Frau Kollegin Künast.

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Liebe Frau Lötzsch, was wäre, wenn wir diesen Kredit nicht geben würden, wenn wir den IWF jetzt nicht genutzt hätten, um die Verhandlungen mit Griechenland zu führen? Darum geht es,

(Zuruf von der LINKEN: Nein!)

nicht nur um die Auseinandersetzung, ob der IWF gut oder schlecht ist. Ich behalte mir auch vor, gegen ihn wieder zu demonstrieren, weil das eine der Ausdrucksmöglichkeiten ist. Warum eigentlich nicht?

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Klaus Ernst [DIE LINKE]: Jetzt stimmt ihr zu, und dann demonstriert ihr dagegen!)

(D) Aber ich meine es wirklich ganz ernst: Was wäre, wenn man dem Wunsch der sozialistischen griechischen Regierung, Griechenland mit Krediten und einer Bürgschaft zu helfen und den Griechen etwas Zeit zu geben, nicht nachkäme? Das würde dazu führen, dass das griechische System quasi implodiert. Es könnte dazu führen, dass die Drachme wieder eingeführt wird. Was würde das für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Griechenland bedeuten? Für die kleinen Leute würde es heißen, dass es noch sehr viel schlimmer kommt, als jetzt in dem griechischen Memorandum dargestellt. Deshalb sagen wir Ja.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Es geht im Leben immer um Visionen und langfristige Ziele. Aber nie sollte man so dumm sein, darüber zu vergessen, wie man dahin kommt. Lassen wir Griechenland vorher fallen, oder geben wir dem Land die Möglichkeit, dahin zu kommen? Wir und auch Europa wollen ihm diese Möglichkeit geben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:
Das Wort erhält nun der Bundesminister der Finanzen, Dr. Wolfgang Schäuble.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(A) **Dr. Wolfgang Schäuble,** Bundesminister der Finanzen:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben heute eine schwere Entscheidung zu treffen, in einer Zeit, die viele Menschen mit großer Sorge erfüllt, in Deutschland, in Griechenland, in Europa und weit darüber hinaus. Ich finde, wir sollten in der Tat diesen Sorgen und dieser Verunsicherung in der Art, wie wir uns in dieser Entscheidung auseinandersetzen und wie wir entscheiden, Rechnung tragen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Der Bundestagspräsident hat zu Beginn der Sitzung daran erinnert, dass morgen vor 65 Jahren, am 8. Mai 1945, der Zweite Weltkrieg – das finsterste Kapitel unserer Geschichte – zu Ende ging. Das **Grundgesetz** hat in seiner Präambel daraus die Konsequenz gezogen – daran muss man in dieser Debatte erinnern –:

> Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, …

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

So beginnt die Präambel des Grundgesetzes. Diesen Weg sind wir über Jahrzehnte gegangen, in vielen Auseinandersetzungen, mit vielen Irrungen und vielen Schwierigkeiten, aber mit großen Erfolgen und Fortschritten. Die Bundeskanzlerin hat vorgestern gesagt: Europa ist zu seinem Glück vereint.

(B) Meine Damen und Herren, die gemeinsame europäische Währung, der gemeinsame europäische Wirtschaftsraum, der gemeinsame Binnenmarkt waren richtig, um auf diesem Weg voranzugehen. Sie sind richtig wie die europäische Einigung, nicht nur in Zeiten der deutschen Teilung und des Ost-West-Konflikts: Sie sind – das hat selbst Frau Künast eben gesagt – im 21. Jahrhundert, im Zeitalter der Globalisierung, ohne vergleichbare Alternative die richtige Antwort auf die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deswegen müssen wir diese gemeinsame europäische Währung als Ganzes verteidigen; darum geht es. Mit ihr verteidigen wir zugleich das europäische Projekt. Das ist die Entscheidung, die wir heute, in einer Zeit großer Verunsicherung bei den Menschen, auch auf den Märkten – übrigens nicht nur in Europa –, zu treffen haben.

Heute haben wir eine **Verflechtung der internationalen Finanzmärkte** in einem Maße, das man sich bei der Gründung der europäischen Währungsunion noch gar nicht vorstellen konnte. Das haben wir in der Finanz- und Bankenkrise der letzten Jahre gesehen. Natürlich ist man in einer solchen Situation auch ein Stück weit getrieben worden. Warum sollte man das bestreiten, oder warum sollte man sich das gegenseitig zum Vorwurf machen? Das bringt doch nichts. Es ist so: Es gibt diese Verflechtung, die in atemberaubender Geschwindigkeit Dinge verändert. Deswegen ist es so wichtig, dass wir erklären, worum es geht, welche Handlungsmöglichkeiten wir haben und was wir tun.

Natürlich ist es wahr, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt für uns die Voraussetzung dafür war, dass wir uns auf eine gemeinsame europäische Währung einlassen konnten; denn für die Deutschen mit ihren ganz eigenen Erfahrungen im 20. Jahrhundert ist die **Stabilität der Währung** nicht irgendetwas, sondern etwas Wichtiges. Es war ein Versprechen, das wir alle gegeben und das wir übrigens eingehalten haben: Die europäische Währung ist, seit es sie gibt, stabil geblieben, im äußeren wie im inneren Wert. Dieses Versprechen muss weiter eingehalten werden. Auch darum geht es heute. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Mit dem bisherigen Instrumentarium ist es nicht gelungen, etwas zu verhindern, was man sich bei der Schaffung der gemeinsamen europäischen Währung und des Stabilitäts- und Wachstumspakts nicht vorstellen konnte. Auch das ist wahr. Deswegen müssen daraus die Konsequenzen gezogen werden. Das hat die Bundesregierung gefordert, und das wird die Bundeskanzlerin heute wieder bei dem Treffen der Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone vertreten.

Wir alle bringen in unterschiedlichen Formulierungen – aber im Kern sind wir ja alle in diesem Haus weitgehend einig – auch in den verschiedenen Entschließungsanträgen zum Ausdruck, dass wir natürlich aus dieser Krise Lehren und Konsequenzen ziehen müssen, dass wir ein geordnetes **Verfahren** schaffen müssen, das wir jetzt nicht haben und das wir in der Bankenkrise nicht hatten; deswegen mussten wir damals so handeln, wie wir gehandelt haben. Das haben wir aber mit den Beschlüssen des Bundeskabinetts vor der Osterpause auf den Weg gebracht. Wir werden den Gesetzentwurf für ein solches Verfahren, was die Banken anbetrifft, vor der Sommerpause vorlegen. (D)

Ein vergleichbares Verfahren brauchen wir auch für die Mitgliedstaaten der **Währungsunion;** denn die Wahrheit ist: Mit einer solchen Situation in einem Land, das Mitglied einer gemeinsamen Währungsunion ist, gibt es keine Erfahrungen in der Welt. Auch der IWF hat sie nicht. Deswegen müssen wir diese Krise mit den jetzigen unvollkommenen Instrumentarien und Verträgen bewältigen. Wir haben keine andere, bessere, verantwortbarere Alternative.

Alle sagen uns – der Bundesbankpräsident mit beschwörenden Worten, der Präsident der Europäischen Zentralbank, der geschäftsführende Direktor des IWF und viele andere –: Es wäre verheerend, zu riskieren, in Kauf zu nehmen, dass ein Mitgliedsland der europäischen Währungsunion, Griechenland, jetzt in die Zahlungsunfähigkeit geraten würde. Alles, was mit Umstrukturierung oder Ähnlichem zu tun hat, ist in den Folgewirkungen für die Stabilität des Euro als Ganzes nicht zu verantworten, und deswegen muss es vermieden werden, in unserem eigenen Interesse.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie des Abg. Joachim Poß [SPD])

Darum geht es, das steht auf der Tagesordnung, und deswegen muss es in unserem eigenen Interesse vermieden werden. Daher müssen wir diese Entscheidung treffen und haben keine bessere Alternative. Jede andere Alter-

Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble

(A) native würde viel teurer für den deutschen Staat, würde viel gefährlicher, würde viel größere Risiken bergen. Das muss man wissen, das muss man sagen, und nur deswegen können wir diese Entscheidung, so wie wir sie treffen, auch miteinander und gemeinsam verantworten.

Wenn wir dies tun, so will ich daran erinnern – das spielt ja nun auch eine Rolle –, dass wir die Konsequenzen daraus ziehen müssen. Daran müssen wir arbeiten. Sie können wir nur gemeinsam ziehen, so wie wir gemeinsam aus der Finanz- und Bankenkrise die Konsequenzen ziehen müssen.

Wir sind uns auch alle einig, und ich bin nicht derjenige, der es am leisesten sagt: Ich bin völlig ungeduldig bei der Art, wie die internationale Gemeinschaft aus der Finanz- und Bankenkrise ihre Konsequenzen zieht oder nicht zieht.

(Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Führungsrolle!)

Da ist manches schneller auf den Weg gekommen, als man sich zuvor hätte vorstellen können, aber es geht noch immer zu langsam; manchmal hat man das Gefühl, dass das Momentum schon ein wenig verloren geht.

Aber, verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Wahrheit zuliebe müssen wir doch unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern auch sagen: In dieser so eng verflochtenen Welt der **Globalisierung** können wir viele dieser Fragen nicht mehr national lösen. Deswegen brauchen wir die europäische Einigung, deswegen brauchen wir globale Lösungen, und deswegen ist der G-20-Prozess so wichtig. Deswegen brauchen wir auch den Internationalen Währungsfonds. Wenn und weil dies so ist, hilft es auch nichts, dann müssen wir uns dafür einsetzen, zu Lösungen zu kommen, die international vereinbar sind. Dann hat es keinen Sinn, im Deutschen Bundestag zu sagen: Egal was die anderen in der Welt sagen, wir beschließen jetzt irgendetwas, und dann sehen wir bei den nächsten Landtagswahlen gut aus, und der Rest kümmert uns nicht.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wenn ich mir den gestrigen Versuch, mehr Gemeinsamkeit in diesem Haus auch bei der Beschlussfassung über dieses Gesetz, mit dem das Bundesfinanzministerium ermächtigt wird, der Kreditanstalt für Wiederaufbau eine Garantie für den zu übernehmenden Kredit abzugeben, den Versuch, eine größere Gemeinsamkeit herzustellen, vor Augen führe, so habe ich nicht mehr verstanden, woran es eigentlich gescheitert ist.

(Dr. Barbara Hendricks [SPD]: An der FDP!)

– Na ja, Frau Hendricks.

Ich wollte auf Folgendes aufmerksam machen: Im vergangenen Jahr, noch in der letzten Legislaturperiode, gingen die Meinungen innerhalb der Koalition – das ist auch in Ordnung – auseinander; aber sowohl die Bundeskanzlerin als auch der Bundesfinanzminister – der damalige; das war nicht ich – haben gesagt: Wenn eine **Finanztransaktionsteuer** global vereinbar ist, dann ist das eine Möglichkeit, um die Probleme zu lösen.

(C) Beim G-7-Finanzministertreffen Anfang Februar in Kanada haben wir diese Frage wieder erörtert. Es gibt ja eine Aufforderung des Rats der Regierungschefs der G-20-Runde von Pittsburgh, auch an den IWF, bis zum G-20-Gipfel im Juni in Kanada Empfehlungen zu machen und zu sagen: Ist das global vereinbar oder nicht? Beim G-7-Finanzministertreffen habe ich meine Kollegen gefragt: Gibt es eine Chance, zu einer solchen Vereinbarung zu kommen? Die Antwort war: realistischerweise Nein.

Daraus haben wir in Europa – Frankreich, Großbritannien, andere – die Konsequenz gezogen: Dann machen wir die Bankenabgabe, damit wir nicht noch drei Jahre diskutieren, ob wir es global vereinbaren können – machen wir dieses oder jenes? –, und es geschieht nichts im Ergebnis.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Auch dieser Weg ist umstritten; aber wir gehen ihn konsequent, und wir gehen ihn in Europa gemeinsam.

Jetzt haben wir den **Bericht des IWF** bekommen, den die Staats- und Regierungschefs angefordert haben. In diesem Bericht steht erstens: Es gibt keine Chance – Herr Gabriel, da können Sie reden, so viel Sie wollen –, eine solche Steuer global zu vereinbaren. Zweitens sagt der IWF: Das wäre auch nicht zielführend. Frau Künast, Sie haben gerade gesagt: Es muss zielgenau sein, was wir machen. – Der IWF sagt: Eine Finanztransaktionsteuer ist nicht zielführend.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er will sie nicht, aber sie ist zielführend!)

(D)

– Man kann ja vieles bestreiten. Aber dass der IWF in seinem Bericht schreibt, eine Finanztransaktionsteuer wäre nicht zielführend, das kann man für falsch halten; aber Sie können nicht bestreiten, dass er das sagt.

Wenn Sie nun argumentieren: „Wir wollen globale Lösungen“, dann müssen wir uns auch ein Stück weit dafür einsetzen, dass wir globale Lösungen zustande bringen. Wir können aber nicht gegen die Empfehlungen der internationalen Institutionen sagen: Wir bekommen eine globale Lösung hin. – Das macht keinen Sinn.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir dürfen daran die Verteidigung der Stabilität des Euro als Ganzes, auch die Solidarität mit Griechenland in dieser schwierigen Zeit nicht scheitern lassen. Das ist der Punkt, und das müssen Sie sich sagen lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Auch mit einer Enthaltung tun Sie sich keinen rechten Gefallen. Es gibt Dinge, da muss man – –

(Dr. Gesine Lötzsch [DIE LINKE]: Sich entscheiden! Da haben Sie völlig recht!)

Sie haben Luther zitiert. Ich füge hinzu:

> Eure Rede aber sei: Ja, ja; nein, nein. Was darüber ist, das ist vom Übel.

Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch einmal in allem Ernst und mit allem Nachdruck: Die Nervosität – auch über Europa hinaus – ist ungewöhnlich groß. Die Verunsicherung bei unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern ist groß. Wenn wir nicht erklären, warum wir diese **Entscheidung,** die keinem von uns leichtfällt, treffen müssen, nämlich im Interesse unserer Chancen und für eine Zukunft in Frieden, sozialer Sicherheit und stabilen, nachhaltigen Verhältnissen, wenn wir das nicht erklären, dann haben die Bürgerinnen und Bürger keine Chance, zu verstehen, was eigentlich vor sich geht, und sie können auch nicht folgen.

Kurzfristige, kleinmütige Rücksichtnahmen auf dieses oder jenes – wirkt sich das alles am Sonntag bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen aus oder nicht? – helfen uns in dieser Frage nicht weiter. Hier steht die Entscheidung an: Sind wir bereit, die Stabilität der europäischen Einigung und des Euro, unserer gemeinsamen Währung, zu verteidigen, ja oder nein?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wenn wir wissen, es gibt dazu keine bessere Alternative, dann werbe ich bei den Sozialdemokraten dafür: Lassen Sie uns streiten über die Finanztransaktionsteuer. Wenn Sie meinen, Sie können das global durchsetzen, nun ja.

(Joachim Poß [SPD]: Europäisch!)

Aber lassen Sie es bei der gemeinsamen Verantwortung für die Verteidigung unserer europäischen Währung und bei der Überzeugung für die Übernahme von Verantwortung gegenüber verunsicherten Bürgern in Deutschland, in Griechenland und in Europa nicht scheitern.

Herzlichen Dank.

(Langanhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Zuruf von der LINKEN: Abschiedsrede!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der SPD-Vorsitzende, Sigmar Gabriel.

(Beifall bei der SPD)

Sigmar Gabriel (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Schäuble, ich gehöre nicht zu denen, die nicht erkennen, wenn jemand, der einer anderen politischen Partei angehört, eine engagierte und, wie ich finde, kluge und gute Rede hält. Ich habe kein Problem, das zuzugestehen. Ich habe nur eine Frage an Sie: Warum sagen Sie dann vorher, zu Beginn der Griechenland-Krise, in der *Börsen-Zeitung* – ich zitiere –:

> Es wäre falsch verstandene Solidarität, wenn wir den Griechen … unter die Arme greifen würden.

Herr Kollege Schäuble, Vorsicht mit Luther-Zitaten. Bei Ihnen hat Ja und Nein zu dieser Frage in den letzten Wochen mehrfach gewechselt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Wann war das denn? – Zurufe von der CDU/CSU: Datum!)

Ich hätte mir, Herr Kollege Schäuble, diese Rede und diese Begründung zu Beginn der Debatte über die Griechenland-Krise gewünscht; dann wäre manches anders gelaufen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Sozialdemokratische Partei und die SPD-Bundestagsfraktion sind sich natürlich darüber im Klaren, dass die Entscheidungen, die wir heute treffen, von großer Bedeutung für die **Zukunft** der gemeinsamen Währung und der Europäischen Union sind.

(Dr. Hans-Peter Friedrich [Hof] [CDU/CSU]: Deswegen enthalten Sie sich? Das ist ja lächerlich!)

Das ist auch der Grund dafür, dass wir die Hilfsmaßnahmen für Griechenland nicht ablehnen und nicht gegen Ihren Gesetzentwurf stimmen.

(Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Ein kräftiges Jein!)

Allerdings, Ihren Weg einer reinen Kreditermächtigung können und werden wir nicht mitgehen, weil damit nichts anderes eingeleitet wird als die Überwälzung der finanziellen Risiken auf diejenigen, die am wenigsten für die aktuelle Krise können: auf die deutschen und europäischen Steuerzahler, auf mittelständische Unternehmer ebenso wie auf Arbeitnehmer, Familien, Rentner, Schüler und Studenten. Sie alle sollen in Haft genommen werden für unverantwortliches Handeln auch und gerade an den **Finanzmärkten.**

(Beifall bei der SPD – Dr. Hans-Peter Friedrich [Hof] [CDU/CSU]: Sie haben die Griechen in den Euro geholt! Sie waren das!)

Es sind ja bei weitem nicht nur die gefälschten Zahlen, die Korruption und die Steuerhinterziehung in Griechenland, die diese Krise hervorgerufen haben, sondern Banken haben riskante Kredite vergeben, obwohl sie wussten, dass Griechenland nicht mehr zahlungsfähig ist. Spekulanten und Zocker haben anschließend auf die Pleite ganzer Staaten gewettet, immer wieder mit den gleichen gemeingefährlichen Finanzaktionen, die 2008 die ganze Welt an den Rand des Abgrunds geführt haben.

Deutschland, meine Damen und Herren, hat jetzt in der Tat eine **Schlüsselstellung.** Ohne uns ist diese Währungskrise nicht zu bewältigen. Aber wir müssen diese Schlüsselstellung auch endlich dazu nutzen, denen das Handwerk zu legen, die sich Europa zur Beute machen wollen. Darum geht es heute.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sigmar Gabriel

(A) Frau Bundeskanzlerin, Sie und Ihre Regierung haben seit dem Regierungswechsel keinen Handschlag dafür getan: keine kraftvolle deutsche Initiative zur Regulierung der Finanzmärkte, kein deutsch-französischer Vorschlag zum Verbot gemeingefährlicher Finanzprodukte, keine EU-Ratsbeschlüsse, um die neuerlichen Milliardengewinne aus Finanzspekulationen wirklich abzuschöpfen und die gewaltige Schuldenlast damit abzubauen. – Getan haben Sie mehr als sechs Monate nach dem Regierungswechsel nichts, aber jetzt, kurz vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, entfalten Sie scheinbar eine hektische Aktivität – zumindest auf dem Papier.

(Beifall bei der SPD)

Auf einmal wollen Sie die Finanzmärkte regulieren. Auf einmal, Frau Bundeskanzlerin, wollen Sie die Spekulation über Leerverkäufe verbieten. Frau Bundeskanzlerin, sagen Sie einmal: Warum haben Sie diese Leerverkäufe nach der Bundestagswahl eigentlich wieder erlaubt? Die waren doch schon von Peer Steinbrück verboten worden. Warum eigentlich?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Was war denn mit dem Finanzminister? – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die FDP ist ein einziger Leerverkauf!)

(B) Wenn es wirklich zum Schwur kommt, wenn es darum geht, wer die Zeche der Finanzjongleure bezahlen soll, dann kneifen Sie. Wie heißt es noch im Beschluss des CDU-Bundesvorstands vom 15. Januar 2010, also deutlich nach dem Regierungswechsel, als Sie wussten, mit wem Sie sich eingelassen haben? Ich zitiere:

Wir

– also die CDU –

setzen uns für eine internationale Finanztransaktionssteuer ein. Eine solche … Steuer kann überbordende Spekulationen dämpfen und einen Beitrag leisten, die finanziellen Lasten der Krisenbewältigung in fairer Weise zu tragen.

Recht hatten Sie. Nichts anders wollen wir.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

Herr Kollege Schäuble, auch wenn Sie es noch ein paar Mal behaupten: Der IWF hat nicht erklärt, dass das alles nicht geht,

(Andrea Nahles [SPD]: Ja!)

sondern er hat erklärt, dass eine Reihe von Bedingungen, die die G 20 an die **Finanztransaktionsteuer** stellt, nicht zu erfüllen ist. Er hat aber gleichzeitig gesagt, dass diese Finanztransaktionsteuer sehr einfach und unbürokratisch einzuführen wäre. Nehmen Sie nichts für sich als Begründung in Anspruch, was sich aus den Beschlüssen des IWF und der Vorschläge nicht ergibt. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Nicht zielgenau einzusetzen, Herr Kollege! Viel zu breite Streuung!)

Meine Damen und Herren, wir waren trotzdem bereit, Sie ernst zu nehmen; denn nachdem Sie Ihre alte Forderung nach der Finanzmarktsteuer aufgegeben hatten, wollten Sie jetzt ja angeblich die vom IWF vorgeschlagene Sonderabgabe auf Bankengewinne und Managergehälter. Einmal abgesehen davon, dass ich erhebliche Zweifel habe, ob Herr Ackermann und seine Berufskollegen ihre Milliardenquartalsgewinne durch Sondersteuern verringern werden: Die Wahrheit ist doch, dass sie sich das durch die Erhöhung der Zinsen für ihre Kunden und für die Mittelständler schnell zurückholen werden.

(Christian Freiherr von Stetten [CDU/CSU]: Das, was Sie hier machen, ist ganz billig!)

– Nein, bei der Transaktionsteuer geht es darum, dass Sie die Spekulation selbst besteuern. Da trifft es im Zweifel übrigens auch die Richtigen, wenn es teurer wird. Das ist der Unterschied zwischen den beiden Steuern.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Fricke – weil Sie selbst darauf verwiesen haben – und Frau Bundeskanzlerin, wie sollen wir Ihnen eigentlich glauben, wenn Sie diesen IWF-Vorschlag gar nicht ernsthaft erwähnen? Sie behaupten in den Reden zwar, Sie seien jetzt für diese Sonderabgabe, aber, Herr Fricke, nicht einmal diese weichgespülte Bankenbeteiligung haben Sie in Ihren Entschließungstext aufgenommen. (D)

Die von Ihnen angeblich so favorisierte **Financial Activities Tax,** also die Sondersteuer auf Bankengewinne, findet sich in Ihrem heute vorgelegten Entschließungsantrag nämlich nicht. Es muss doch die Frage erlaubt sein, warum Sie die eigentlich nicht ausdrücklich erwähnen. Die Antwort ist doch klar: Ihnen geht es um Symbolpolitik. Sie wollen nicht wirklich eine Kostenbeteiligung derjenigen, die die Krise ausgelöst haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Bundeskanzlerin, ich weiß, dass viele in der CDU/CSU unserem Vorschlag gerne folgen würden, aber Sie setzen sich in Ihrer Koalition mit den Finanzmarktjunkies Ihres Koalitionspartners FDP nicht mehr durch. Das ist die eigentliche Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Gabriel, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Fricke, den Sie gerade angesprochen haben?

(A) **Sigmar Gabriel** (SPD):

Nein, jetzt nicht. Wenn am Ende meiner Rede noch Zeit ist, dann gerne.

(Zurufe von der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das wird nicht von Ihrer Redezeit abgezogen.

Sigmar Gabriel (SPD):

Dann gerne.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Das sollte man wissen! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich habe jetzt die Uhr gestoppt, dann sehen Sie es. – Bitte.

Otto Fricke (FDP):

Jeder muss selber wissen, wie groß sein Karo ist, das er trägt.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dieser Schnösel! – Ulla Burchardt [SPD]: Der Mann hat schlechte Manieren! – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Pepita-Fricke!)

Herr Gabriel, wenn ich das richtig sehe, haben Sie uns
(B) jetzt breit erklärt, wie die Vorschläge des IWF lauten und dass Sie diese so langsam kapiert haben. Der Minister hat klar und deutlich erklärt, dass es ein Unterschied ist, ob ich einfach nur abkassieren will oder ob ich mit einer Steuer lenken will. Ich möchte Ihnen einen Satz aus unserem Entschließungsantrag vorlesen:

> Deutschland wird sich in Europa und in der G 20 Gruppe für die Umsetzung der jetzt vom Internationalen Währungsfonds vorgelegten Vorschläge hinsichtlich eines abgestimmten Vorgehens zur Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krise einsetzen.

Wie können Sie vor diesem Hintergrund wahrheitswidrig behaupten, dass wir diesen Vorschlag nicht in unserem Antrag hätten? So etwas macht man nicht, Herr Gabriel.

(Beifall bei der FDP)

Sigmar Gabriel (SPD):

Vielen Dank dafür, dass Sie wieder nur auf eine Liste von Vorschlägen verweisen und sich nicht trauen, die von Ihnen vorgeschlagene Sonderabgabe zu erwähnen. Schreiben Sie es doch in Ihren Text rein! Dann wird es etwas glaubwürdiger.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen, worum es bei Ihrer Liste geht. Es geht darum, kurz vor der Wahl das alte Motto gelten zu lassen, Herr Fricke: Am Abend werden die Faulen fleißig. – Um mehr geht es nicht. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Otto Fricke [FDP]: Ist das Ihre Erfahrung?)

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben am Mittwoch in Ihrer Regierungserklärung zu den Maßnahmen zum Erhalt der Währungsunion viele große Worte bemüht. Nicht geliefert haben Sie eine Erklärung dafür, warum Sie und Ihre Regierung in den vergangenen Wochen und Monaten die **Krise** unserer gemeinsamen Währung so miserabel gemanagt haben. Sie berufen sich ja gerne, wenn es eng wird, auf Ihre Vorgänger Helmut Kohl und Helmut Schmidt. Aber seien Sie gewiss: Die beiden hatten deutlich mehr Mut. Die hätten den Deutschen vor dem Wahltag die Wahrheit gesagt, schlicht und ergreifend.

(Zurufe von der CDU/CSU und der FDP)

– Sie sagen den Deutschen doch deshalb jetzt die Wahrheit, weil die Spekulanten schneller waren als Sie und weil Sie nicht mehr bis nach dem 9. Mai warten konnten. Sie sind zur Wahrheit gezwungen worden, Sie wollten sie doch nicht selber herbeiführen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Wahrheit ist einfach: Wir als Deutsche haben das größte Interesse an einem stabilen Euro. Bei uns verschwinden Hunderttausende von Arbeitsplätzen, wenn der Euro instabil wird, da zwei Drittel unserer Exporte in den Euro-Raum gehen. (D)

(Paul K. Friedhoff [FDP]: Deshalb enthalten Sie sich!)

Europa steht in der Tat am **Scheideweg,** aber nicht weil wir eine Finanzkrise zu bewältigen haben, nicht weil es so schwer wäre, diese Krise zu bewältigen oder zu begründen, warum wir helfen müssen. Nein, bei der heutigen Debatte und Abstimmung über die Maßnahmen zur Stabilisierung der Euro-Zone geht es längst nicht mehr nur um Griechenland. In Wirklichkeit geht es darum, welchen Weg Europa im nächsten Jahrzehnt einschlägt. Wollen wir Europa weiter zu einem Reparaturbetrieb für die Krisen entfesselter Märkte degradieren? Soll Europa nicht mehr sein als ein Markt, auf dem die Gewinne einiger privatisiert und die gigantischen Verluste vieler sozialisiert werden? Herr Kollege Schäuble, ich fand das Zitat des Grundgesetzes richtig und gut. Aber in Wahrheit geht es doch darum, ob wir das Grundgesetz nur noch zitieren oder ob wir es endlich wieder real in der Politik einlösen. Darum geht es bei der heutigen Debatte.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir alle wissen doch, wie gering das **Vertrauen** vieler Menschen in die Politik, gerade in die Europapolitik ist. Die Antwort, warum das so ist, ist so eindeutig wie erschreckend: Unsere Bürgerinnen und Bürger haben nicht mehr den Eindruck, dass unser Handeln ihre Lebensumstände hinreichend berücksichtigt. Sie können

Sigmar Gabriel

(A) unsere Entscheidungen nicht mehr nachvollziehen, und sie haben den Eindruck, dass wir sie gegen die ungebändigten und unregulierten Marktkräfte nicht mehr hinreichend schützen. Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und in vielen europäischen Ländern fühlen sich zunehmend eher als Opfer denn als Gewinner der Europäischen Union. Deshalb hatte Frank-Walter Steinmeier am Mittwoch völlig recht, als er sagte: Es geht im Kern um das Vertrauen der Menschen in die Gestaltungskraft von Politik gegen die Einzelinteressen der Marktakteure.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen, dass Europa mehr ist als ein Wirtschaftsraum mit einer gemeinsamen Währung. Wir wollen, dass der Gründungsidee eines friedlichen Europas mit fortschreitendem Wohlstand eine dritte Idee zugefügt wird: ein **soziales und demokratisches Europa,** das seinen Namen wirklich verdient.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Doch das werden wir nur verwirklichen, wenn die Entscheidungen über das Zusammenleben und Fortkommen der Menschen in Europa in den Demokratien, Parlamenten und den gewählten Regierungen gefällt werden und nicht in anonymen Märkten oder in den Vorstandsetagen einiger Banken oder Investmentaktivisten.

(Beifall bei der SPD)

Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Rückeroberung der demokratischen Kontrolle über die
(B) Bedingungen unseres Zusammenlebens und um die Orientierung der Märkte am Gemeinwohl, statt um die Unterwerfung des Gemeinwohls unter die Märkte.

(Beifall bei der SPD)

Frau Bundeskanzlerin, zu dieser Herausforderung haben Sie in Ihrer Regierungserklärung kein einziges Wort gesagt. Das ist das politische Versagen, das wir Ihnen vorwerfen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stattdessen haben Sie ein Schauspiel abgeliefert. Ich zitiere: „Nie wieder Zahlmeister Europas! An unserer Kanzlerin beißt sich Europa die Zähne aus.“ – so die *Bild*-Zeitung am 25. März 2010. Die „eiserne Kanzlerin“ gegen Europa. Das war Ihre mediale Versuchsanordnung für den Boulevard,

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

die Sie billigend in Kauf genommen haben. Die Folgen der Inszenierung waren sofort spürbar. Heute wissen wir, dass wir 1 Milliarde Euro mehr bezahlen müssen, weil Ihr **Taktieren** die Spekulanten erst richtig eingeladen hat.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt müssen Sie den Scherbenhaufen, den Sie angerichtet haben, zusammenkehren. Keiner hat das so treffend
(C) formuliert wie die *Financial Times Deutschland* am 5. Mai:

> Merkels Strategie ist deswegen fehlgeschlagen, weil man in … Europa … dem Europäischen Rat und den Lesern der *Bild* über lange Zeit entgegengesetzte Information zukommen lässt.

Genau das haben Sie versucht, und Sie sind katastrophal gescheitert. Nun werden Sie die Geister, die Sie gerufen haben, nicht mehr los.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Schauen Sie sich an, was in der Boulevardpresse seit Wochen an **Ressentiments** geschürt wird. Als ob Verschwendungssucht und Korruption zum griechischen Volkscharakter gehören würden. Auch ich bin dafür, dass korrupte Regierungen und Beamte sowie Steuerhinterzieher und Cliquenwirtschaft bekämpft werden, aber ich schäme mich inzwischen für das Bild, das seit Wochen über die Menschen in Griechenland gezeichnet wird.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es sind nicht die normalen Arbeitnehmer, Rentner, Jugendlichen und Familien in Griechenland, die diese Krise zu verantworten haben. Hören Sie deshalb mit Sprüchen wie „schwimmt in die falsche Richtung“ auf, wie sie ihr erster Redner gemacht hat. Kämpfen Sie endlich gegen solche Ressentiments. Sie machen unsere Arbeit immer schwieriger, und die falschen Rattenfänger (D)
profitieren davon!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich erspare Ihnen ein paar der wirren Zitate, die Sie in den letzten Wochen geliefert haben. Übrigens hat auch der Vizekanzler am 26. April erklärt:

> Die Bundesregierung hat noch nicht entschieden. Und das heißt, dass eine Entscheidung auch in verschiedene Richtungen ausfallen kann.

Herr Westerwelle, eine deutlichere Einladung an die Spekulanten hat in der Bundesregierung keiner ausgesprochen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir sind von einer Laienschauspieltruppe durch die Krise geführt, oder besser gesagt: in die Krise hineingeführt worden. Frau Kanzlerin, ich habe kein Mitleid, dass Sie mit diesen Kollegen gemeinsam unser Land regieren müssen.

(Heiterkeit bei der SPD – Otto Fricke [FDP]: Das sind Phantomschmerzen!)

Es ist der von Ihnen ersehnte Wunschpartner. Herr Fricke, seien Sie versichert: Ich beschäftige mich nicht mit der Frage, wer vor oder nach Herrn Westerwelle re-

Sigmar Gabriel

(A) det. Lieber vor ihm reden, als unter ihm arbeiten. Das ist alles, was ich dazu sagen kann.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN))

Die **Kommentare der deutschen Leitmedien** und Wirtschaftszeitungen sind so eindeutig wie nie zuvor. Ihre Regierung sei aus dem falschen Jahrhundert. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Schäuble erscheinen als Getriebene der Finanzmärkte. Das *Handelsblatt* meint: Angela Merkel hat so intensiv auf den Kalender geschielt, dass sie nicht gesehen hat, wie schnell sich die Spekulationswelle erst gegen Griechenland und nun gegen Portugal aufbaut.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Frau Bundeskanzlerin, ich könnte den Rest meiner Redezeit mit solchen Zitaten aus der Presse verbringen. Ich erspare mir das. Was ich Ihnen nicht ersparen kann, ist der Vorwurf, dass Sie auch das Vertrauen in die **Glaubwürdigkeit deutscher Europapolitik** nachhaltig zerstört haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Das wiegt schwerer als Ihr orientierungsloses Tu-nix-Kabinett, mit dem Sie versuchen, sich durch die schlimmste Krise hindurchzuwursteln. Hören Sie bitte
(B) auf, anderen in Europa ständig weismachen zu wollen, dass Sie wüssten, wie man anständige Haushalte organisiert! Frau Merkel, angesichts der Berichterstattung darüber, dass wir 40 Milliarden Euro weniger Steuern einnehmen werden, frage ich Sie: Wie rechtfertigen Sie eigentlich Ihre schamlose Diskussion über weitere Steuersenkungen für Leute, die es nicht nötig haben? Wie soll das eigentlich funktionieren?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Herrn Eichel mal fragen!)

Ich vermute: Auch dazu werden wir nach dem 9. Mai Genaueres erfahren. Wir wundern uns nicht darüber, dass Sie heute eine kleine Kopfpauschale fordern, morgen vermutlich höhere Müllgebühren und übermorgen steigende Sozialabgaben. Sie planen nichts anderes als eine Nettolüge. Die einen bekommen etwas, während die anderen, die schon wenig haben, höhere Steuern und Abgaben zahlen sollen. Das ist das, was Sie in Deutschland vorbereiten. Dem wollen wir am kommenden Sonntag in Nordrhein-Westfalen endlich ein Ende bereiten; darum geht es.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der CDU/CSU und der FDP – Volker Kauder [CDU/CSU]: Es geht nicht um Europa, es geht um NRW!)

– Tut es weh?

(C) (Beifall bei Abgeordneten der SPD – Volker Kauder [CDU/CSU]: Arrogant!)

Ab und zu muss man Ihnen den Spiegel vorhalten.

(Lachen bei der CDU/CSU – Volker Kauder [CDU/CSU]: Schauen Sie selber hinein!)

Statt etwas zu tun, feiern Sie Erfolge, die nichts anderes als Selbstverständlichkeiten sind, zum Beispiel die Zusage der Banken – hören Sie genau zu! –, Kreditlinien offenzuhalten. Herr Schäuble sagt, das sei ein wunderbarer Vorschlag. Die deutschen Steuerzahler bürgen mit über 22 Milliarden Euro, und die Banken kommen angesichts dieser Staatsbürgschaft auf die glorreiche Idee, wenigstens Kreditlinien offenzuhalten. Ich sage Ihnen: Die Menschen erwarten zu Recht, dass die **Kosten der jetzigen Krise** nicht wie im Herbst 2008 schon wieder alleine von ihnen getragen werden müssen; darum geht es in Wahrheit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Gesine Lötzsch [DIE LINKE]: 2008 habt ihr doch noch regiert!)

Wir stimmen nicht gegen die Hilfe für Griechenland. Aber wir werden Ihnen keinen Blankoscheck ausstellen. Sie kennen unsere Vorstellungen und Forderungen, weil wir sie Ihnen in den letzten Tagen in Gesprächen immer wieder dargelegt haben. Wir brauchen eine Finanztransaktionsteuer. Wir müssen die Finanzmärkte endlich wirksam regulieren. Wir brauchen aber auch eine Regulierung der Hedgefonds in Europa.

(D) (Dr. Hans-Peter Friedrich [Hof] [CDU/CSU]: Die Sie eingeführt haben!)

Ich habe gelesen, was Sie vorschlagen. Der EU-Gesetzentwurf, den Sie, Herr Friedrich, und andere unterstützen, sieht lediglich die Regulierung der Managerboni, aber nicht die der Fonds vor. Das ist doch völlig unzureichend. Sie müssen die Fonds selber endlich in den Griff bekommen und dürfen nicht nur versuchen, ein paar Boni anzutasten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Wer hat das denn verhindert?)

Sie wollen aus Europa eine GmbH machen, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung für Zocker und Spekulanten. Dem werden wir nicht zustimmen; darum geht es.

(Beifall bei der SPD)

Wer Europa verteidigen und eine Zukunft geben will, muss den Vorrang der Demokratie vor den Märkten endlich wieder schaffen. Wir Sozialdemokraten haben keine Angst vor dem Boulevard und dem unverantwortlichen Populismus.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Damit haben wir zu viel Erfahrung. Dazu können wir Ihnen gerne noch etwas erzählen. Für Sie gilt das Leit-

Sigmar Gabriel

(A) motto des Chefredakteurs der *Bild*-Zeitung: Wen die im Aufstieg begleiten, den begleiten die auch im Abstieg. Das erleben Sie gerade bei der Debatte über die Griechenlandhilfe.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, für uns ist Europa mehr als ein Markt, und für uns sind die Bürgerinnen und Bürger Europas keine Objekte, die Finanzmarkt- oder Kapitalinteressen zu erdulden und zu ertragen haben. Die europäische Idee stellt das Gemeinwohl über wirtschaftliche Einzelinteressen, die kulturelle Vielfalt über Anpassung, Lebensqualität über die Anhäufung von Reichtum, nachhaltige Entwicklung über die rücksichtslose Ausbeutung von Mensch und Natur, die universellen Menschenrechte und Demokratie über das Recht des Stärkeren und übrigens die Zusammenarbeit über einseitige Machtausübung. Darum geht es, wenn wir heute mehr wollen als eine Kreditermächtigung, und darum geht es, wenn wir Europa endlich seinen Bürgerinnen und Bürgern zurückgeben wollen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:
Das Wort hat der Bundesminister Dr. Guido Westerwelle.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(B)

Dr. Guido Westerwelle, Bundesminister des Auswärtigen:
Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir spüren, dass wir heute eine Entscheidung von einer gewaltigen Tragweite fällen. Ich gehe davon aus, dass diese Entscheidung heute keinem leichtfällt. Dennoch muss sich jeder Abgeordnete heute entscheiden, weil wir eine große Verantwortung tragen: für die Zukunft unseres Landes, unserer Währung und auch für die Zukunft Europas. Es geht bei dieser Debatte heute nicht um einen Wahlsonntag. Es geht darum, Schaden von unserem Volk abzuwenden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie der Fuchs, dem die Trauben zu sauer sind! – Thomas Oppermann [SPD]: Und um den Wahlsonntag ganz nebenbei auch!)

Ich glaube, meine Damen und Herren, wir alle spüren, dass Europa vor einer sehr schweren Bewährungsprobe steht. Es ist bedauerlich, dass sehr viele in diesen Tagen am Nutzen Europas zweifeln. Viele, auch viele Bürgerinnen und Bürger, fragen sich in diesen Tagen, was uns Europa kostet. Am Anfang möchte ich aber unterstreichen: Wir wollen auch nie vergessen, **was uns Europa wert ist.**

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Thomas Oppermann [SPD]: Weiß Herr Pinkwart das auch?)

An jeden gerichtet, den es betrifft, will ich hinzufügen – ich vermute, dass in diesem Punkt unverändert eine Gemeinsamkeit der Demokraten besteht –: Wenn Europa nicht mehr gebracht hätte, als dass wir auf diesem Kontinent seit Jahrzehnten in Frieden leben können, dann hätte sich Europa schon gelohnt. (C)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Europa ist eine Schicksalsfrage, eine Friedensfrage, eine Wohlstandsversicherung für alle Bürgerinnen und Bürger auf diesem Kontinent.

Herr Kollege Gabriel – ich will mit dem, was uns verbindet, beginnen –, ich unterstütze, was Sie zum Ausdruck gebracht haben: Manches, was über **Griechenland** gesagt worden ist, war geprägt von einer Abschätzigkeit gegenüber einem demokratischen Volk, einem Partner und Freund in Europa,

(Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Von wem denn? Das kommt doch nur von Ihrer Seite! Von uns hat keiner so etwas gesagt! Das kam nur von Ihrer Seite!)

die in keiner Weise akzeptabel ist.

Weil das griechische Parlament und die griechische Regierung gestern Nacht eine schwere Entscheidung zu treffen hatten, möchte ich ausdrücklich sagen: Ich habe großen Respekt

(Elke Ferner [SPD]: Ach! Jetzt auf einmal!)

vor dem griechischen Parlament und vor der griechischen Regierung, dass sie dieses harte Sparprogramm verabschiedet haben und es jetzt in der Praxis durchsetzen wollen. (D)

(Rolf Schwanitz [SPD]: Das gilt aber nicht für Ihre Parteikollegen!)

Ich stelle mir manchmal vor, wir in Deutschland würden Vergleichbares zu bewältigen haben. Ich betone nachdrücklich: Ich habe großen Respekt davor, wie sich Griechenland entschieden hat.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Ihre Leute wollen doch die Inseln verkaufen! Was haben Sie denn in NRW plakatiert?)

Die Lage ist sehr ernst, und niemand kann so tun, als wären wir mit der heutigen Entscheidung schon über den Berg. Worum es jetzt geht, ist, dass wir den Brand löschen müssen, damit sich in Europa kein Flächenbrand ausbreitet. Wir müssen gleichzeitig die Brandursache bekämpfen.

(Lachen bei Abgeordneten der LINKEN)

Zu beidem will ich etwas sagen:

Erstens. Wir sind bereit, Griechenland mit einer **Bürgschaft** zu unterstützen, weil Griechenland bereit ist, ein einschneidendes, aber notwendiges Sparprogramm zu beschließen, und es jetzt auch gegen viele Widerstände durchsetzt. Das ist und bleibt die richtige Reihenfolge. Wer der Bundesregierung heute vorwirft, sie

Bundesminister Dr. Guido Westerwelle

(A) hätte bereits vor Monaten einen Scheck ausstellen sollen, der verkennt, dass wir dieses ehrgeizige Sparprogramm in Griechenland dann niemals gesehen hätten.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Es kann nicht derjenige der bessere Europäer sein, der einen Blankoscheck ausstellt. Der bessere Europäer ist derjenige, der nachhaltig auch die strukturellen Ursachen der Krise bekämpft.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Diejenigen, die an den Beratungen teilgenommen haben oder das nachgelesen haben, wissen, dass genau das vom Bundesbankpräsidenten erklärt wurde, zum Beispiel in der Anhörung des Haushaltsausschusses. Es geht nicht allein um Geld. Griechenland muss auf Dauer auch die **strukturellen Reformen** durchsetzen, damit das, worüber wir heute reden, kein Fass ohne Boden ist. Wir müssen dafür sorgen, dass das Programm nachhaltig ist. Deswegen ist es richtig, dass der mit dem IWF und der Europäischen Union vereinbarte, schmerzhafte Sanierungskurs jetzt eingeschlagen wird. Er ist die Chance zur Überwindung der Krise. Geld allein hätte hier nicht geholfen, sondern es müssen Strukturpakete in Griechenland und, was die Folgen der Krise angeht, in Europa beschlossen werden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

(B) Herr Kollege Westerwelle, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schlecht von den Linken?

(Zurufe von der CDU/CSU: Nein!)

Dr. Guido Westerwelle, Bundesminister des Auswärtigen:

Ich würde meine Rede gerne fortführen, wenn Sie erlauben.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie immer!)

Wir ziehen die richtigen Lehren aus der Krise. Europa braucht Veränderungen. Das ist der zweite Punkt, über den ich sprechen möchte, weil wir die Brandursachen jetzt entschlossen zu bekämpfen haben.

(Zuruf von der LINKEN: Brandbeschleunigung!)

Dazu haben wir als Koalitionsfraktionen in unserem Antrag eine Fülle von Maßnahmen aufgeschrieben.

Ich möchte zunächst einiges zu den Einzelvorschlägen sagen, Herr Kollege Gabriel.

(Thomas Oppermann [SPD]: Koalitionsvereinbarung, Herr Westerwelle!)

Der Debatte konnte ich entnehmen, dass es Punkte gibt, bei denen wir uns einig sind. Gestern haben wir uns unterhalten, und wir waren in einigen Punkten sehr nahe beieinander, um es einmal offen zu formulieren.

(C) (Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was? – Sigmar Gabriel [SPD]: Da stimme ich Ihnen zu!)

Unser Antrag enthält Punkte, die wir alle als richtig erkannt haben. Wir wissen doch, dass wir in Europa jetzt dafür sorgen müssen, dass sich das nicht wiederholt, dass wir zumindest die Chance minimieren müssen, dass sich so etwas wiederholt. Zum Beispiel ist es notwendig, dass wir in Europa eine unabhängige **Ratingagentur** schaffen. Ob sie öffentlich-rechtlich sein muss, lasse ich einmal dahingestellt. Ich glaube, dass das die Glaubwürdigkeit einer solchen Ratingagentur, die Staaten bewertet, eher relativieren könnte. Aber wir brauchen eine unabhängige Ratingagentur in Europa, weil es nicht akzeptabel ist, dass Ratingagenturen Finanzprodukte entwickeln und sie anschließend auch noch bewerten. Da besteht eine Interessenkollision. Dagegen muss man in diesem Hohen Hause gemeinsam vorgehen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir sind uns auch bezüglich **Eurostat** einig. Wir sind uns doch einig, dass wir es nicht akzeptieren können, dass ein Land über längere Zeit falsche Zahlen nennt und damit durchkommt. Deswegen sind wir uns einig darüber, dass die europäische Statistikbehörde wirkliche Kontrollrechte und Eingriffsrechte bekommen muss, das heißt, dass sie wirklich in die Bücher schauen kann. Wir sind gemeinsam der Überzeugung, dass das notwendig ist. Also könnten wir uns darauf doch verständigen.

(D) Zum Dritten sind wir auch der Überzeugung, dass es Konsequenzen haben muss, wenn ein Land über lange Zeit gegen den Konsolidierungskurs verstößt, wenn sich ein Land dauerhaft nicht an das **Prinzip der soliden Haushaltsführung,** die wir in Europa vereinbart haben, hält. Ich rede nicht über den Wirtschafts- und Stabilitätspakt und deren Aufweichung, sondern ich spreche vor allem davon, dass es schnelle Reaktionen geben muss. Auch darin sind wir uns in diesem Hause eigentlich einig, indem wir beispielsweise dafür sind, jemandem, der sich auf Dauer falsch verhält, die europäischen Finanzmittel entsprechend zu sperren. Ich denke, dass das sehr viel schneller und wirkungsvoller ist als das bisherige Verfahren mit blauen Briefen, langjährigen Reaktionen und am Ende Strafzahlungen. Es muss schnell gehandelt werden. Auch darin sind wir uns einig.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In Wahrheit geht es um einen anderen Punkt – darin sind wir uns nicht einig, wie ich der Debatte eben noch einmal entnommen habe –, und zwar um die **Finanztransaktionsteuer.** Ich habe Ihre Antworten eben auf Herrn Fricke so verstanden, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass es Ihnen im Wesentlichen darum geht, eine Finanzsteuer in den Entschließungsantrag aufzunehmen. Das können wir gerne tun.

Wenn es Ihnen damit leicht wird und Sie damit in der Lage sind, in dieser Stunde der Verantwortung auch dem Paket, dem Antrag und der Bürgschaft zuzustimmen, dann biete ich Ihnen an, dass wir das unter dem letzten Spiegelstrich aufnehmen. Dann nehmen wir nach den

(A) vorgelegten Vorschlägen genau das auf, was Sie in Ihrer Antwort auf Herrn Kollegen Fricke verlangt haben, indem wir den Zusatz Bankenabgabe und Financial Activities Tax in Klammern aufnehmen. Das können wir sofort mit aufnehmen, weil es genau das ist, was der IWF vorgelegt hat.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist etwas anderes! Können Sie kein Englisch?)

Springen Sie doch heute und nehmen Sie das Angebot an!

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:
Herr Kollege Westerwelle, haben Sie jede Zwischenfrage abgelehnt?

Dr. Guido Westerwelle, Bundesminister des Auswärtigen:
Danke schön, jetzt nicht.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:
Keine Zwischenfrage.

Dr. Guido Westerwelle, Bundesminister des Auswärtigen:
Ich möchte Ihnen noch einmal helfen. Ich darf mir erlauben, etwas zu zitieren, was längst im Internet veröf-
(B) fentlicht worden ist.

(Thomas Oppermann [SPD]: Warum sind Sie plötzlich dafür? Sie haben es doch gestern abgelehnt!)

– Nein, Herr Kollege Oppermann, ich will noch einmal in aller Ruhe versuchen, es deutlich zu machen. Es gibt einen Unterschied zwischen der **Finanztransaktionsteuer und der Financial Activities Tax.** Ich weiß nicht, ob Sie diesen Unterschied sehen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Natürlich sehen wir das! – Sigmar Gabriel [SPD]: Wir haben es verstanden!)

Das ist ein fundamentaler Unterschied. Das eine hat der IWF verworfen; das andere schlägt er vor.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie Ihrer Verantwortung nachkommen und im Interesse Deutschlands dem Vorhaben zustimmen können, dann sagen wir Ja und kommen Ihnen auch entgegen. Aber springen Sie endlich! Stellen Sie sich Ihrer Verantwortung!

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir haben doch ein **gemeinsames Ziel.** Es weiß jeder, dass wir diesen Spekulationen Einhalt gebieten müssen. Lassen Sie doch einen Augenblick die Vorurteile weg, die Sie selber haben. Wir müssen erkennen, dass wir – auch für unser Land – eine Aufgabe zu erfüllen haben.

(C) (Bettina Hagedorn [SPD]: Das sagt der Richtige!)

Ich möchte Ihnen die Bewertung des IWF vortragen, zu der er in einer Studie gekommen ist. Sie ist mittlerweile im Internet nachzulesen. Zur Finanztransaktionsteuer heißt es dort, dass sie die Hauptursachen finanzieller Instabilität unberücksichtigt lässt. Eine Finanztransaktionsteuer würde keinem der wichtigen Faktoren Rechnung tragen, die systemische Risiken verursachen. Weiter heißt es in der Studie: Zweifellos würde ein Teil der Belastung von Inhabern und Managern der Finanzinstitutionen getragen. Aber ein großer Teil der Belastung würde an die Nutzer von Finanzdienstleistungen in Form von geringen Sparerträgen, höheren Kreditkosten bzw. höheren Preisen für Endprodukte weitergegeben werden.

Was nutzt denn eine Regel, die am Ende Otto Normalverbraucher trifft, aber niemanden, der eigentlich haften sollte. Was Sie vorschlagen, ist doch grob unvernünftig.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Dagegen wenden wir uns.

Es gibt Situationen, in denen man Haltung zeigen muss.

(Beifall bei der SPD)

Enthaltung ist keine Haltung.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

(D) Beschließen Sie im Deutschen Bundestag, was Sie wollen, legen Sie meinetwegen Anträge vor, in dem in jedem Schimpf und Schande über die Regierung ausgegossen wird, aber stehen Sie bei der Frage der Bürgschaft zu Ihrer Verantwortung, sagen Sie Ja! Wir sind Ihnen jetzt einen großen Schritt entgegengekommen.

(Lachen bei der SPD)

Jetzt liegt es an Ihnen, dass Sie Ihr Herz über die Hürde werfen, nicht für Sie, nicht für uns, nicht für die Wahl am Sonntag, sondern für unser Land und für unsere Bürger. Das ist die Voraussetzung dafür, dass Sie hier sitzen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:
Zu einer Kurzintervention erteile ich dem Abgeordneten Michael Schlecht das Wort.

Michael Schlecht (DIE LINKE):
Herr Westerwelle, Griechenland zu helfen, ist richtig. Darin sind wir uns einig.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

Nur, das, was mit diesem Regierungsentwurf vorliegt, ist ein **Rettungsring aus Blei.** Das Problem ist, dass dieses atemberaubende Sparpaket, das maßgeblich durch die deutsche Bundesregierung – die Kanzlerin hat das vor zwei Tagen sogar mit Stolz hier verkündet – dem griechischen Volk aufoktroyiert wird, eine radikalisierte

Michael Schlecht

(A) Agenda 2010 ist. Die ist eher mit einem bleiernen Rettungsring zu vergleichen. Wenn in Griechenland nach Aussagen von Bankökonomen dieses Jahr das Bruttoinlandsprodukt um 10 Prozent abstürzt und damit natürlich auch die Steuereinnahmen einbrechen, dann werden Sie überhaupt keine Chance haben, das Ziel, das eigentlich verfolgt wird, nämlich Griechenland von seinen Schulden zu befreien und eine Schuldenrückführung zu organisieren, zu erreichen. Das wird nur in einer weiteren desaströsen Entwicklung enden. Deshalb ist es verheerend, was Sie hier heute auf den Weg bringen wollen. Das ist der Grund, weshalb wir ablehnen.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:
Das Wort hat jetzt die Kollegin Sahra Wagenknecht.

(Beifall bei der LINKEN)

Sahra Wagenknecht (DIE LINKE):
Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es sind in dieser Debatte viele hochtrabende Worte gefallen. Herr Schäuble hat schon im Vorfeld darauf hingewiesen, dass es darum gehen muss, einen **Flächenbrand** zu verhindern. Merken Sie wirklich nicht, dass der Flächenbrand längst da ist und dass Sie gerade dabei sind, Steuergeld in Höhe von 22 Milliarden Euro in dieses Feuer zu werfen, in ein Feuer, in dem es wahrscheinlich auf Nimmerwiedersehen verloren sein wird, genauso verloren wie die Milliarden, die Sie in die IKB und HRE
(B) versenkt haben?

Ich muss sagen, dass ich schon etwas verblüfft über die Rede von Herrn Gabriel gewesen bin.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Dann muss ich eine gute Rede gehalten haben, wenn Sie verblüfft sind!)

Herr Gabriel, entweder leiden Sie unter Gedächtnisverlust oder ich; denn Sie haben die Rettungspakete von 2008 kritisiert. Wenn ich es richtig im Kopf habe, war 2008 die SPD in der Regierung, und Sie waren Minister. Ich hätte mir eine solche Rede, wie Sie sie hier gehalten haben, 2008 von Ihnen als Minister der damaligen Großen Koalition gewünscht.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Zurück zur Regierung. Sie sagen: Wenn wir dieses Hilfspaket jetzt nicht beschließen, dann fliegt uns die **Währungsunion** um die Ohren. – Ich sage Ihnen: Die Währungsunion wird uns um die Ohren fliegen, wenn Sie weiter in Deutschland dieses rabiate Lohndumping betreiben, mit dem wir die anderen Euroländer totkonkurrieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Währungsunion wird uns um die Ohren fliegen, wenn Sie Zockerbanken und Hedgefonds weiter spekulieren lassen, wenn Sie weiter zulassen, dass ganze Staaten in die Pleite spekuliert werden und wenn Sie die aberwitzigen Finanzinstrumente, die das alles ermöglichen, nicht endlich verbieten. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Griechenland ist doch kein Einzelfall. Es gibt fast kein Land, das nicht in kürzester Zeit bankrott wäre, wenn es plötzlich 14 Prozent Zinsen auf seine Schulden zahlen müsste.

Überlegen wir doch mal, was hier wirklich passiert ist. Nahezu alle Industrieländer haben seit 2007 ihre Schulden beispiellos erhöht. Aber nicht, weil sie plötzlich alle angefangen haben, Sozialgeschenke an ihr Volk zu verteilen, sondern weil diese Länder ihre Banken und Finanzinstitute gerettet haben, weil sie deren Giftpapiere, deren Verluste auf die eigene Kappe genommen haben. Das ist doch das, was stattgefunden hat.

In Deutschland ist der Schuldenberg nach Angaben der Bundesbank allein infolge der **Bankenrettung** um 98 Milliarden Euro angestiegen, 98 Milliarden Euro Schulden, die wir alle an der Backe haben. Gleichzeitig macht die Deutsche Bank, einer der indirekten Hauptprofiteure dieses Rettungspakets, schon wieder 30 Prozent Eigenkapitalrendite, erhöht die Dividende um 50 Prozent und zahlt Herrn Ackermann einen Bonus von 10 Millionen Euro. Zu diesem Glanzergebnis, das die Deutsche Bank da gemacht hat – das sei nur nebenbei erwähnt –, hat gerade das Geschäft mit und die **Spekulation gegen Staatsanleihen** entscheidend beigetragen.

Ja, das ist doch so, als wenn ein Einbrecher mir mein Haus leerräumt, und ich anschließend zu diesem Einbrecher hingehe und sage: Bitte, gib mir einen Kredit, damit (D) ich mich neu einrichten kann. Und dann sehe ich auch noch zu, wie dieser Einbrecher die Zinsen auf den Kredit immer weiter nach oben treibt, im Extremfall so weit, dass ich nicht mehr zahlungsfähig bin. Dann schickt er mir einen Gerichtsvollzieher ins Haus, der das Haus zum zweiten Mal leerräumt und auch noch alles mitgehen lässt, was der Einbrecher beim ersten Mal noch nicht mitgenommen hat. Das ist das, was Sie gegenüber den Banken machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist ein Skandal, und das ist einfach nicht hinnehmbar.

Während Sie die Ackermänner dieser Welt in Sänften tragen, diktieren Sie der griechischen Bevölkerung ein Sparpaket, das unerträgliche Folgen haben wird, das Griechenland in eine tiefe Depression stürzen wird. Spätestens dann wird die griechische Zahlungsunfähigkeit tatsächlich nicht mehr aufschiebbar sein.

Wenn wir nicht endlich den Zockerbanken, den Spekulanten das Handwerk legen – das sage ich Ihnen –, werden wir uns sowieso in wenigen Wochen hier wiedersehen, und dann wird uns Frau Merkel mit treuem Augenaufschlag begründen, warum wir jetzt auch **Portugal** oder Irland unterstützen müssen, dann vielleicht Spanien oder Italien. Hören Sie doch auf, die Leute zu belügen!

(Beifall bei der LINKEN)

Sie bauen Sandburgen, um eine Tsunamiwelle aufzuhalten, und Sie wollen uns weismachen, Sie wüssten nicht, dass das nichts bringt. Also, solche wirtschaftspolitischen Tiefflieger können Sie nicht sein, dass Sie das nicht wissen.

(Beifall bei der LINKEN)

Geben Sie doch lieber zu, dass Sie schlicht und ergreifend zu feige sind, die Finanzhaie an die Kandare zu nehmen,

(Beifall bei der LINKEN)

dass Sie schlicht und einfach zu feige sind, tatsächlich die Spekulation zu verbieten und sich mit den **Wirtschaftsmächtigen** anzulegen. Das ist doch das Problem, dass Sie sich das nicht trauen, weil Sie von denen in den letzten Jahren zig Millionen an Spenden eingesackt haben. Deswegen machen Sie fortgesetzt eine Politik gegen die Mehrheit der Menschen in diesem Land, eine Politik gegen die Mehrheit der Menschen, wie vor Ihnen schon die Große Koalition, wie vorher Rot-Grün. Es ist immer das gleiche Problem: Sie legen sich nicht mit denen an, die wirklich zocken, mit denen, die Wirtschaftsmacht haben, mit denen, die hinter den Banken stehen. Das wollen Sie nicht. Zu dieser Politik wird die Linke weiterhin konsequent Nein sagen. Deswegen werden wir diese Art von Rettungspaket auch ablehnen.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der LINKEN: Bravo!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Dr. Michael Meister von der CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Michael Meister (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin Herrn Kollegen Gabriel dafür dankbar, dass er am Ende seiner Rede sehr klar und deutlich gesagt hat, worum es ihm heute geht. Er hat gesagt, ihm gehe es um die **Landtagswahl** in Nordrhein-Westfalen übermorgen. Ich bin der Meinung, dass dies der Bedeutung des heutigen Tages in keiner Weise angemessen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich möchte darauf hinweisen: Wir sind über Jahre die größte Exportnation der Welt gewesen. Wir stehen nach wie vor auf einem Spitzenplatz. Der **Euro** hat dazu beigetragen, dass wir unsere Position im Export ausbauen und damit Wohlstand für die Menschen in Deutschland erhalten konnten. Wir müssen daher darum kämpfen, dass der Euro als Währung erhalten bleibt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Der Euro ist stabiler, als es die D-Mark war. Wer sich die Inflationsraten der vergangenen zehn Jahre anschaut, der sieht, dass dies nicht nur ein Versprechen am Anfang war, sondern dass es Realität ist. Wir müssen am heutigen Tage alles dafür tun, dass die Stabilität erhalten bleibt und Inflationsgefahren gebannt werden. Die Aufgabe, vor der wir stehen, ist: Erhalt eines stabilen Euro.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben an dieser Stelle eine **Vorbildfunktion.** Es wird hier sehr viel über Europa und Griechenland gesprochen. Ich möchte einmal über unsere Verantwortung an dieser Stelle sprechen. Wenn wir sagen, dass eine Konsequenz des heutigen Tages ist, dass wir bessere Rahmenbedingungen in Bezug auf Maastricht und den Euro brauchen und dass dies für alle Mitgliedstaaten der Euro-Gemeinschaft gelten muss, dann können wir nicht in der Sekunde, in der wir selbst betroffen sind, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen kämpfen, dass diese Konsequenzen auch auf uns angewendet werden.

(Beifall des Abg. Leo Dautzenberg [CDU/CSU])

Es war ein fataler politischer Fehler, dass in den Jahren 2001 bis 2003, als wir um die Glaubwürdigkeit des Maastricht-Vertrages hätten kämpfen müssen, die rot-grüne Bundesregierung alles getan hat, um diese Glaubwürdigkeit zu untergraben. Das war eine der Ursünden und Ursache des Problems.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Herr Gabriel lenkt nun ab, indem er auf die Kapitalmärkte und auf die Spekulanten verweist. Die erste Ursache für das Problem sind doch nicht die Kapitalmärkte und die Spekulanten; es sind auch nicht die schon angesprochenen Menschen in Griechenland. Nein, es sind die Damen und Herren, die im Jahr 2000 den Beschluss gefasst haben, dass **Griechenland,** ohne sich für die **Währungsgemeinschaft** zu qualifizieren, in diese Gemeinschaft aufgenommen wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Christian Freiherr von Stetten [CDU/CSU]: Auch das war Rot-Grün!)

Ich will darauf hinweisen, dass dies die rot-grüne Mehrheit unter Bundeskanzler Gerhard Schröder am 7. Juni 2000 im Deutschen Bundestag beschlossen hat. Da wurde die Ursünde begangen, die zu dem Problem führte, über das wir heute diskutieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Davon sollten Sie, Herr Gabriel, nicht ablenken. Sie sollten vor dieser Verantwortung nicht weglaufen, Sie sollten bleiben und sich als SPD-Vorsitzender zu dieser Verantwortung bekennen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Was wir in dieser Situation brauchen, sind aus meiner Sicht vier Dinge.

Erstens. Die Bundesregierung – das gilt für die deutsche Politik insgesamt – muss versuchen, das **Vertrauen** in den Euro, das aufgrund der Situation in Griechenland verloren gegangen ist, wieder herzustellen.

Dr. Michael Meister

(A) Zweitens. Wir müssen dafür sorgen, dass im Maastricht-Vertrag bessere **Vorkehr** getroffen wird, dass eine solche Situation wie in Griechenland in Zukunft hoffentlich bei anderen vermieden wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Drittens. Wir brauchen eine bessere **Finanzmarktregulierung,** damit Finanzmärkte Entwicklungen nicht durch Spekulationen überhöhen können.

Viertens. Wir müssen Vorsorge dafür treffen, dass wir in der Lage sind, in Krisensituationen als Vertrauensgeber aufzutreten. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Darauf müssen wir uns wirtschafts- und finanzpolitisch vorbereiten, indem wir selbst eine **Stabilitäts- und Konsolidierungspolitik** fahren.

Wenn eine dieser Voraussetzungen nicht erfüllt wird, dann werden wir mit dem Vorhaben eines stabilen Euro auf Dauer scheitern. Deshalb muss es um diese vier Punkte gehen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich möchte zunächst denjenigen Kolleginnen und Kollegen des Deutschen Bundestages, die heute bereit sind, **Verantwortung** zu übernehmen, danken. Es sind die Kolleginnen und Kollegen vom Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und meiner eigenen Fraktion. Wir wissen, dass es eine schwierige Entscheidung ist. Wir sind aber bereit, uns dieser Verantwortung zu stellen. Deshalb möchte ich all diesen Kollegen an diesem Tag, an dem eine schwierige Entscheidung getroffen werden muss, von dieser Stelle aus Danke dafür sagen, dass sie
(B) bereit sind, die Verantwortung zu übernehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zweitens. Ich möchte den Kollegen der SPD sagen: Es reicht nicht aus, sich mit etwas Rhetorik aus der Verantwortung zu verabschieden. Hier ist gefordert, klar Farbe zu bekennen und klar zu sagen, wie man Verantwortung wahrnimmt. Das, was Sie am heutigen Tage tun, ist verantwortungslos.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Jetzt zu den einzelnen Punkten. Bei dem ersten Punkt, als Vertrauensgeber aufzutreten, wird kritisiert, dass wir den **IWF** ins Boot geholt haben. Wer sagt, wir hätten früher helfen sollen, nimmt in Kauf, dass dies ohne den IWF geschehen wäre. Es wird auch kritisiert, dass der Vertrag zwischen dem IWF und Griechenland für die Garantie, die wir geben, zugrunde gelegt wird. Auch das wäre zu einem früheren Zeitpunkt nicht möglich gewesen. Auch die Vorgaben, die die Euro-Gruppe macht, wären zu einem früheren Zeitpunkt nicht vorhanden gewesen.

Wer fordert – all das hat die deutsche Regierung durchgesetzt –, dass wir zu einem früheren Zeitpunkt unkonditioniert hätten helfen sollen, der hätte einen **Präzedenzfall** für die Zukunft geschaffen und zu einer Transferunion statt zu einem stabilen Euro beigetragen. Deshalb war die Strategie der Bundesregierung richtig. Die Bundesregierung war nicht führungslos, sondern es war eine führungsstarke Entscheidung, klare Vorgaben durchzusetzen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Jetzt komme ich zu dem Punkt: Was müssen wir im Maastricht-Vertrag ändern? Mit Sicherheit müssen wir die Position des **Eurostat** verbessern. Mit Sicherheit muss der Durchgriff der EU-Kommission verbessert werden, um bei Vertragsverletzungen früher und schneller handeln und Konsequenzen, Pönalen durchsetzen zu können. Aber wir brauchen für die aktuelle Ultima Ratio in Zukunft auch die Möglichkeit eines geordneten **Insolvenzverfahrens,** um die systemischen Risiken von den Finanzmärkten in einer solchen Lage fernzuhalten. Darum müssen wir uns bemühen. Dafür wollen wir kämpfen. Das bringen wir in unserer Entschließung zum Ausdruck.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ein weiterer Punkt ist die Frage: Wie regulieren wir besser die Finanzmärkte, und wie kommen wir zu einer Beteiligung der Finanzmarktakteure? Auch hier möchte ich sagen: Ich halte es für richtig, dass der Bundesfinanzminister mit den Finanzinstituten gesprochen und eine freiwillige Beteiligung der deutschen **Finanzinstitute** erreicht hat.

(Andrea Nahles [SPD]: Das glauben Sie doch selber nicht! Das ist der Witz des Jahres!)

Dasselbe haben die Kollegen in Frankreich gemacht. Auch dort gibt es die Vereinbarung zwischen der französischen Regierung und den dortigen Finanzinstituten über eine freiwillige Beteiligung. Das ist der richtige Weg. Wir begrüßen ihn ausdrücklich. (D)

Darüber hinaus müssen wir sagen: Es ist absolut richtig, dass wir an den entstehenden Kosten für die öffentliche Hand, für die Bürger, für die Steuerzahler auch diejenigen beteiligen, die die Krise verursacht haben. Deswegen bringen wir in unserem Entschließungsantrag klar zum Ausdruck: Wir wollen diese Beteiligung. Kollege Westerwelle hat eben vorgetragen, dass wir sogar bereit sind, diese zu präzisieren. Jetzt sollten wir keine Debatte um Spiegelstriche und Klammern führen, sondern Sie von der SPD sollten zu Ihrer Verantwortung zurückfinden. Es geht um den Gesetzentwurf, die Garantie für Griechenland, nicht darum, sich hinter Klammern und Spiegelstrichen zu verstecken.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir müssen auch dazu kommen, dass wir bei der Frage einer **Regulierung der Finanzmärkte** nicht mehr nur über eine Beteiligung für den eingetretenen Schaden reden, sondern wir müssen auch die Frage stellen: Wie können wir Schaden frühzeitig abwenden? An dieser Stelle will ich mit der Mär aufräumen, wir hätten in den vergangenen beiden Jahren nichts getan. Wir haben einen Vorschlag zur Regulierung von Ratingagenturen auf dem Tisch und diskutieren darüber. Es gibt einen Kabinettsbeschluss zum Thema Bankenabgabe und Insolvenz-

Dr. Michael Meister

(A) verfahren für Finanzinstitute. An diesen Themen sind wir dran. Wir diskutieren die Frage, wie der Anlegerschutz verbessert werden kann. Das heißt, wir sind in verschiedenen Bereichen unterwegs, bessere Bedingungen für die Finanzmärkte zu schaffen.

Wer sich hier hinstellt und kritisiert, dass es **Kreditversicherungen** gibt, die virtuell gehandelt werden, oder dass **Leerverkäufe** ungedeckt existieren, den möchte ich bitte schön daran erinnern, in welcher Zeit die gesetzlichen Rahmenbedingungen in Deutschland entstanden sind, um dies bei uns überhaupt möglich zu machen. Das war in der Zeit von Bundeskanzler Schröder. Deshalb sollten Sie die Verantwortung dafür wahrnehmen und sie nicht anderen zuweisen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Das ändert nichts daran, dass es jetzt zurückgenommen werden muss!)

Wir sind der Meinung, dass wir an dieser Stelle eine bessere Regulierung der Finanzmärkte brauchen.

(Zuruf von der LINKEN: Dann machen Sie es doch!)

Deshalb sagen wir klar und deutlich, dass sich hier etwas in dem Sinne ändern muss, dass wir ungedeckte Leerverkäufe und den virtuellen Kreditversicherungshandel in Zukunft verbieten wollen, und zwar nicht durch eine Anordnung der Aufsichtsbehörde, sondern durch einen Gesetzesbeschluss.

(B) (Beifall des Abg. Leo Dautzenberg [CDU/CSU])

Dies sagen wir klar und präzise. Ich sehe nicht ein, warum Sie das kritisieren. Sie müssten sich eigentlich vollumfänglich dahinter stellen. Aber das ist wahrscheinlich zu viel verlangt, weil Sie dann eigene Fehler eingestehen müssten.

Ich hoffe, dass wir hier zu einer verantwortlichen Entscheidung kommen, dass diese verantwortliche Entscheidung von unserer Bundeskanzlerin im Rahmen der Euro-Gruppe heute vertreten werden kann und dass das Paket von IWF und Euro-Gruppe insgesamt so gestaltet wird, dass niemand daran zweifelt, dass Volumen und Zeitrahmen reichen, um Griechenland, den Euro und die gesamte Gemeinschaft zu stabilisieren. In diesem Sinne bitte ich alle, ihre Verantwortung wahrzunehmen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:
Das Wort hat der Kollege Fritz Kuhn von Bündnis 90/Die Grünen.

Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Außenminister Westerwelle, ich möchte an Ihre Rede anknüpfen. Ich fand es ein starkes Stück, dass Sie argumentiert haben, man habe erst einmal zögern und abwehren müssen, um bei den Griechen Sparbereitschaft zu erzeugen. Das ist ein nachträgliches Schönreden. Sie – die FDP und auch die Kanzlerin – haben nicht erkannt, dass klare Signale nötig sind, um **Spekulation** zu unterbinden. (C)

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ihr Zögern, Ihr Ablehnen, Ihre nordrhein-westfalen-bezogene Argumentation mit den Schlaglöchern haben dazu beigetragen, dass über mehrere Wochen Spekulationen getätigt werden konnten, was unser Land sowie alle Länder in der Europäischen Union nun viele Milliarden Euro kostet. Um diesen Vorwurf kommen Sie nicht herum, ganz egal, mit welcher Rabulistik Sie das versuchen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Die damaligen Sprüche, etwa vom **Wirtschaftsminister,** waren eine Einladung für die Spekulanten. Übrigens: Ein Wirtschaftsminister, der nicht einmal bei solchen Debatten hier anwesend ist

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Das finde ich auch!)

und der nicht einen Beitrag aus wirtschaftspolitischer Sicht mit Blick auf die Arbeitsplätze in unserem Land und in Europa leisten kann,

(Dr. Gesine Lötzsch [DIE LINKE]: Der kann den nicht leisten! Der kann das gar nicht!) (D)

hat wirklich vollständig versagt. Gegenüber Herrn Brüderle war Herr Glos ja geradezu ein Aktivposten!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Michi, komm zurück!)

Ich kann der FDP die Nummer, die sie hier veranstaltet hat, einfach nicht durchgehen lassen. Übrigens, auch das Angebot, das Sie Herrn Gabriel gerade gemacht haben, ist schlicht Unfug und Unsinn. Beim Schach nennt man so etwas „einen vergifteten Bauern hinhalten“, worauf nur schlechte Schachspieler hereinfallen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Andrea Nahles [SPD]: Keine Sorge, wir sind gute Schachspieler!)

Ich will einmal erklären, warum das Unfug ist: Die beiden Steuern, über die wir hier diskutieren – die **Finanztransaktionsteuer** und die **Finanzaktivitätsteuer** –, sind grundverschiedene Dinge.

(Birgit Homburger [FDP]: Natürlich!)

Sie schlagen denjenigen, die die Spekulation, das heißt die schnellen Finanzbewegungen durch Banken und Hedgefonds, durch eine Umsatzsteuer oder Transaktionsteuer eindämmen wollen, vor, sich nun auf die Finanzaktivitätsteuer einzulassen. Das ist einfach Unsinn.

Fritz Kuhn

(A)

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die Finanzaktivitätsteuer ist eine Körperschaftsteuer für Banken und nichts anderes. Da werden Gewinne

(Otto Fricke [FDP]: Boni!)

– Boni – und wahrscheinlich auch Lohnanteile besteuert.

Übrigens, Herr Schäuble, müssen Sie Folgendes wissen: Wenn Sie die Finanzaktivitätsteuer einführen, dann wird zunächst auch das Eigenkapital der Banken belastet, was natürlich die Finanzmarktklemme in Deutschland vergrößern wird. Nur eine Umsatzsteuer besteuert die Spekulanten und trifft diejenigen, die vier- oder fünfmal täglich gegen Währungen spekulieren. Das ist der Unterschied, und darüber müssen wir reden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Aber mit einem Trick wie dem, den Sie gerade versucht haben, Herr Westerwelle, machen Sie nichts anderes deutlich, als dass Sie in der Klemme sitzen. Sie machen vergiftete Angebote; aber ich glaube, das hat nicht funktioniert. Darauf brauchen Sie nicht stolz zu sein.

Gut, dass jetzt die Kanzlerin kommt. – Frau Merkel, Sie haben bei der Krise durch den Fall der Bank Lehman Brothers erkannt, dass man schnell handeln muss; denn Sie haben gemerkt, dass die Sparer beginnen, bei den Sparkassen und Banken nach ihrem Geld zu fragen und es abzuheben. Es war richtig, schnell zu handeln. Aber Sie haben nicht erkannt, dass bei der jetzigen Spekulation gegen den Euro **Eile** genauso wichtig gewesen wäre. Dadurch haben Sie dem Land viele Milliarden Euro zusätzlich an Kosten aufgebürdet.

(B)

Frau Merkel, die Bürger sagen uns, wenn wir mit ihnen sprechen, mit Blick auf die heutigen Beschlüsse: Jetzt haben wir schon bei der ersten Finanzmarktkrise Milliarden bezahlen müssen – die Rechnung dafür ist übrigens noch nicht ausgestellt –, und jetzt sollen wir wieder 22,4 Milliarden Euro zahlen. Wann stoppt ihr endlich die Spekulation und schützt uns davor, dass alle eineinhalb oder zwei Jahre wieder so ein Paket im Bundestag geschnürt werden muss?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Liebe Frau Merkel, es reicht nicht, dass der Finanzminister hier im Zusammenhang mit Beschlüssen der EU und der G 20 zur Bekämpfung schädlicher Spekulationen zum Ausdruck bringt – Herr Schäuble, Sie haben das vorhin getan –, er sei „ungeduldig“. Ich stelle fest, dass Sie eineinhalb Jahre nach der großen Finanzkrise, die auch Deutschland erfasst hat, keine wesentliche **Maßnahme** gegen diese Spekulationen durchbekommen haben.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Dabei waren Sie immer die Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, egal ob in der Großen Koalition oder jetzt mit Schwarz-Gelb. Sie haben aber keinen nennenswerten Vorschlag durchgesetzt, der die Spekulation eindämmt. Deswegen müssen wir, wenn wir ehrlich sind, sagen: Das Kasino ist weiter offen; es wird nach den alten Regeln der Finanzmärkte spekuliert und gehandelt. Es wäre Ihre Aufgabe als deutsche Bundeskanzlerin, unser Land vor diesen Spekulationen zu schützen.

(C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Das haben Sie bislang – diese Bilanz ist heute zu ziehen – nicht geschafft.

Der Antrag der Koalition, ein bisschen in die Richtung zu gehen, ist halbherzig. Er leistet nicht, was eigentlich Ihre Aufgabe wäre. Ich fordere Sie deswegen auf, mit diesem Mechanismus aufzuhören: hier eine Ankündigung, dort ein Abwägen, dann ein Rückzug. Wir brauchen substanzielle Ergebnisse. Frau Merkel, Ihre Kanzlerschaft wird danach bemessen werden, ob Sie der schädlichen Spekulation auf den Finanzmärkten ein Ende bereiten oder nicht.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Darüber werden wir hier in den nächsten Monaten sehr intensiv zu diskutieren haben.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

(D)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Bartholomäus Kalb von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bartholomäus Kalb (CDU/CSU):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Herbst vor zwei Jahren mussten wir sehr schnell weitreichende Entscheidungen zur Rettung und Stabilisierung des Bankensektors und zur Abwendung der Gefahren aus der internationalen Finanzkrise treffen. Niemand von uns konnte seinerzeit sicher sein, ob diese Maßnahmen hundertprozentig richtig sein würden. Die Maßnahmen waren seinerzeit auch nicht populär; man musste viel Überzeugungsarbeit leisten. Ich habe noch gut im Ohr, dass die Menschen, wenn ich in den Wahlkreis zurückgekommen bin, gesagt haben: Für die Banken habt ihr Geld, aber für uns, für meinen Betrieb, für die Rettung der Arbeitsplätze, die gerade von der Insolvenz bedroht sind, habt ihr keines.

Im Nachhinein hat sich aber herausgestellt, dass die seinerzeitigen Entscheidungen richtig waren, dass sie im Interesse der Menschen waren, dass sie ihnen gedient haben. Die Entscheidungen waren im Interesse der Arbeitnehmer, der Betriebe und der Sparer. Es war im Interesse aller, dass die **Funktionsfähigkeit des Bankensektors** seinerzeit aufrechterhalten wurde. Das waren damals für uns keine leichten Entscheidungen; es ging um schwierige Fragen. Regierung und Parlament haben

Bartholomäus Kalb

(A) seinerzeit ein Höchstmaß an Verantwortungsbewusstsein an den Tag gelegt.

Heute wissen wir, dass es richtig und gut war: Es wurden weniger Menschen in die Arbeitslosigkeit geschickt als befürchtet. Die Kurzarbeit musste nicht so lange andauern. Die Arbeitslosigkeit ging erfreulich schnell zurück. Der Schaden für die Wirtschaft war nicht so groß wie befürchtet. Das heißt: Die Maßnahmen waren seinerzeit zwar nicht populär, aber sie haben sich als richtig erwiesen; sie waren im **Interesse der Menschen** und dienten ihnen.

So ist es auch heute wieder: Die Entscheidung fällt nicht leicht, die Maßnahmen sind nicht populär, aber wir treffen sie im Interesse der Menschen. Sie dienen nicht nur Griechenland, sondern in erster Linie den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Herr Gabriel ist jetzt nicht im Saal.

(Abg. Sigmar Gabriel [SPD] hebt die Hand)

Kollege Meister hat vorhin darauf hingewiesen: Es war Ihre Regierung unter Gerhard Schröder, die **Hedgefonds** und **Leerverkäufe** in Deutschland zugelassen hat, nicht Frau Merkel. Nur aufgrund einer Vereinbarung der Aufsichten in den USA, Großbritannien und Deutschland wurden Leerverkäufe bei einigen Titeln vorübergehend ausgesetzt. Wenn Sie, Herr Gabriel, schon nicht Frau Merkel, die Bundeskanzlerin, loben wollen, dann sollten Sie zumindest Ihrem früheren Finanzminister Steinbrück
(B) die Ehre erweisen. Frau Bundeskanzlerin Merkel und Herr Steinbrück waren es beim Gipfel in Heiligendamm, die sich schon damals um eine stärkere Regulierung der Hedgefonds bemühten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Leider war die Einsicht bei den Briten und bei den Amerikanern seinerzeit nicht vorhanden.

Wenn Sie weiter die Meinung aufrechterhalten, dass dies richtig ist, dann stimmen Sie dem Gesetz zu und stimmen Sie unserem Entschließungsantrag zu. Hierin ist wortwörtlich aufgeführt, ein Verbot ungedeckter Leerverkäufe von Finanzmarktinstrumenten einzuführen. Also bitte, Sie haben die Möglichkeit, hier mitzumachen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Soweit ich den Bürgern schon in den letzten Wochen und Monaten aufmerksam zugehört habe, so erwarten sie von uns zuallererst, dass wir für die **Stabilität unserer Währung** sorgen. Das ist das wichtigste Anliegen und das vorrangigste Ziel; genau darum geht es. Mit dem heute zu verabschiedenden Gesetz tun wir nach derzeitigem Erkenntnisstand alles Notwendige, um die Stabilität der Währung und des Finanzsektors in der Eurozone zu gewährleisten.

Für die Stabilität der Währung einzutreten, war schon immer das Markenzeichen und das Kernanliegen der Politik von CDU/CSU, und dies aus gutem Grunde. Das Beispiel Griechenland zeigt aber auch, wohin es führt, wenn ein Land dauerhaft über seine Verhältnisse lebt. (C)
Daraus sollten auch wir die Lehren ziehen. Es zeigt auch, dass künftig größere Sorgfalt an den Tag gelegt werden muss, wenn es darum geht, **Kandidaten** aufzunehmen, aber ebenso, wenn es um die Überwachung der **Einhaltung der Kriterien** geht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deshalb ist es gut, dass die Hilfe an strenge Auflagen gebunden ist, die vom Internationalen Währungsfonds überwacht werden. Die Griechen bekommen das Geld nicht bedingungslos zur Verfügung gestellt; es gibt also keine bedingungslose Hilfe.

Wenn uns der Präsident der Deutschen Bundesbank, Herr Professor Dr. Weber, und andere **Fachleute** dringend den Rat geben, diese Maßnahmen zu beschließen, sollten wir diesen Rat nicht in den Wind schlagen. Herr Professor Weber hat in der Anhörung vor zwei Tagen wörtlich gesagt, er halte das Programm für absolut richtig, und andere Fachleute haben sich in ähnlicher Weise geäußert.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:
Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Kollege.

Bartholomäus Kalb (CDU/CSU):
Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. – Jetzt nicht zu handeln und Griechenland nicht zu helfen, könnte der Beginn eines Erosionsprozesses des Euros sein, mit unabsehbaren Folgen auch für uns. Ich persönlich möchte diese Folgen nicht verantworten müssen. (D)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:
Das Wort hat der Kollege Leo Dautzenberg von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Leo Dautzenberg (CDU/CSU):
Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der Abstimmung über den vorliegenden Gesetzentwurf und die vorliegenden Entschließungen haben wir heute eine der wichtigsten Entscheidungen in dieser Legislaturperiode zu treffen. Manche Anmerkungen und manche Redebeiträge waren dem, worüber wir heute zu befinden haben, nicht angemessen; sie waren teilweise, gerade bei Herrn **Gabriel,** im Grunde genommen nur durch Wahlkampfgetöse gekennzeichnet. Wie er manche Zitate verkürzt darstellt nach der ausgezeichneten und grundlegenden Rede unseres Finanzministers, möchte ich mit dem Zitat aus dem *Handelsblatt* belegen, das er eingeführt hat. Das war, Herr Kollege Gabriel – wo ist er denn jetzt? –, vom 30. Dezember 2009.

(Zuruf von der SPD)

– 30. Dezember 2009.

Leo Dautzenberg

(A) Darin ging es grundsätzlich um die Frage der Haushaltsschwierigkeiten in Griechenland. Schäuble wurde dort zitiert mit den Worten:

> „Es wäre falsch verstandene Solidarität, wenn wir den Griechen mit Finanzhilfen unter die Arme greifen würden“, sagte der CDU-Politiker der „Börsenzeitung“. „Wer es haushaltspolitisch so weit hat kommen lassen, muss schwere Konsequenzen tragen.“

Über die Konsequenzen und darüber, was wir zur Grundlage für die Hilfen im Rahmen des Programms des IWF machen, haben wir gemeinsam mit dem IWF und mit der Kommission befunden. Deshalb geht jegliche Kritik, dass hier zu spät gehandelt worden sei, fehl. Hier wird verantwortlich gehandelt: Die Garantien werden erst dann gegeben, wenn die Grundlagen für die Hilfen geschaffen sind. Dieses Programm musste schnell erarbeitet werden und konnte im Grunde nur mit dem Instrumentarium des IWF erarbeitet werden. Es geht über einen Dreijahreszeitraum und wird den Griechen – das muss man zugestehen – sehr viel abverlangen. Das griechische Parlament hat dem gestern in überzeugender Weise zugestimmt. Damit ist eine wesentliche Grundlage für die Hilfen geschaffen.

Wenn einige Kollegen der SPD – fast schon wie bei einem Pawlow'schen Reflex – immer wieder beklagen, dass der Begriff Finanzmarkttransaktionsteuer nicht auftaucht, dann ist das nicht nachvollziehbar. Man darf nicht allein wegen der Begrifflichkeit der Verantwortung, die zu tragen wäre, nicht nachkommen. (B)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Widerspruch bei der SPD)

Der IWF hatte im Hinblick auf die Finanzmarkttransaktionsteuer einen Prüfauftrag. Wenn wir seinen Bericht lesen, sehen wir, dass der IWF klar festgestellt hat, dass aufgrund der Entscheidungen in großen Währungsräumen eine Finanzmarkttransaktionsteuer keine Chance hat, weil sich die jeweiligen Regierungen – in Deutschland, aber auch im angelsächsischen Raum – stattdessen für eine Bankenabgabe ausgesprochen haben. Wenn die Grundlage dafür, international eine Finanzmarkttransaktionsteuer einzuführen, zur Illusion wird, dann ist es verfehlt, dieser Forderung weiter anzuhängen.

Man muss sich dann für eine Alternative entscheiden. Diese Alternative sehen wir in der Einführung einer Bankenabgabe und in den weiteren Punkten, die der IWF vorgeschlagen hat; so hat die Koalition unter dem letzten Spiegelstrich ihres Entschließungsantrages aufgenommen, dass „ein Verbot ungedeckter Leerverkäufe von Finanzmarktinstrumenten“ eingeführt werden soll. Man könnte das noch ergänzen zu den Bereichen „Bankenabgabe international“ und „Financial Activities Tax“, sozusagen zur Abrundung.

(Joachim Poß [SPD]: Ist abgelehnt worden! – Gegenruf des Abg. Volker Kauder [CDU/CSU]: Stimmt doch gar nicht!)

In der Wirkung ist das so, wie Herr Kuhn es gesagt hat. (C)

Herr Gabriel hat beim Lesen eine selektive Wahrnehmung, wenn er nicht zur Kenntnis nehmen möchte, dass es einen Absatz davor heißt: „Erhebung einer risikoadjustierten Bankenabgabe“ sowohl in Deutschland als auch demnächst im europäischen Bereich.

Wenn wir die Wirkung einer Finanzmarkttransaktionsteuer finanzwissenschaftlich betrachten, müssen wir feststellen, dass sich im Grunde zwei Zielsetzungen gegenüberstehen: Die einen Protagonisten wollen diese Abgabe wegen der Lenkungsfunktion, die anderen verfolgen mit dieser Abgabe rein fiskalische Zielsetzungen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Beide Zielsetzungen zugleich kann man nicht verfolgen. Wenn die Lenkungsfunktion im Vordergrund stehen soll, dann muss man sehen – das stellt der IWF in seinem Prüfbericht fest –, dass ein großer Teil der Volumina, die dieser Besteuerung unterworfen werden sollen, an einigen wenigen Orten in der Welt gehandelt werden – nämlich vor allem in New York und in London –, sodass ein eigener Finanzausgleich herbeigeführt werden müsste, um die Einnahmen gleichsam über die Länder zu verteilen. Schon daher ist der Weg, den Sie wollen, nicht gangbar.

Wenn hier gesagt wird, bisher sei nichts unternommen worden, will ich entgegnen: Zielgerichtet hat diese Regierung in ihrem Eckpunktepapier von der nationalen Ebene aus Vorschläge gemacht für eine Bankenabgabe, (D) für ein Insolvenzrecht für Finanzinstitute und für eine effektivere Aufsicht, verbunden mit Restrukturierungsmöglichkeiten.

Darüber hinaus haben wir gestern Abend hier im Plenum einen wichtigen Beitrag von der europäischen Ebene umgesetzt. Es ging darum, die Ratingagenturen einem Regelungsmechanismus zu unterwerfen. Daher gehen Vorwürfe, bisher sei nichts unternommen worden, ins Leere.

Wir müssen uns zum einen auf europäischer Ebene dafür einsetzen – das geschieht auch mit unserem Entschließungsantrag –, dass uns im Stabilitäts- und Wachstumspakt Instrumentarien zur Verfügung stehen, die es im Euro-Raum ermöglichen, zukünftig rechtzeitig auf Fehlentwicklungen in den Ländern einzugehen; das geht bis zur Restrukturierung von Mitgliedstaaten. Wir haben in unserem Entschließungsantrag zum anderen die internationale Ebene angesprochen. Wir möchten in Zukunft keinen Finanzmarkt ohne Regulierung. Dazu leisten wir mit dieser Entschließung wesentliche Beiträge.

Es gibt keine bessere Alternative zu dem, was jetzt im Gesetzentwurf und in den Entschließungen der Koalitionsfraktionen enthalten ist. Ich kann Ihnen die Annahme dieser Vorlagen nur empfehlen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(A) **Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Als letztem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt erteile ich das Wort dem Kollegen Michael Stübgen von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Michael Stübgen (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte am Schluss dieser Debatte zunächst meinen Respekt gegenüber dem griechischen Parlament zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich denke, dass sich jeder Parlamentarier leibhaftig vorstellen kann, unter welch extrem schwierigen Bedingungen die griechischen Parlamentarier gestern ein notwendiges Reform- und Sparpaket beschließen mussten. Dass es in Griechenland eine überzeugende klare Mehrheit dafür gab – sie war sogar etwas größer, als die dortige Koalition Abgeordnete hat –, ist für mich Beleg dafür, dass dieses Land in der Lage sein wird, zunächst seine eigene Kapitalisierungsfähigkeit wiederzuerlangen und dann in einem längerfristigen Reformprozess zu einer selbstverantwortlichen ausreichenden Haushalts- und Finanzpolitik zurückzufinden.

Ich hätte genauso großen Respekt gehabt, wenn dieses Haus in der Lage gewesen wäre, bei dieser so fundamentalen Entscheidung für Deutschland, für Griechenland und für Europa an eine jahrzehntelang geübte
(B) Tradition anzuschließen, nämlich dass die überwiegende Mehrheit der Abgeordneten einer Grundentscheidung auch bei unterschiedlichen Auffassungen in Einzelfragen zustimmt. Dies war jahrzehntelang der Fall.

(Beifall des Abg. Dr. Michael Meister [CDU/CSU])

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erinnert sich anscheinend an diese Tradition.

Aber das, was die SPD-Fraktion in dieser Angelegenheit macht, ist für mich überhaupt nicht nachvollziehbar.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Es mag in der Tat sein, dass wir in der Frage der Financial Activities Tax oder Transaktionsteuer unterschiedliche Auffassungen haben; das war immer der Fall. Über diese Fragen werden wir noch viel debattieren, und wir werden viel Wichtiges zu entscheiden haben.

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Wir lassen uns von der FDP nicht über den Leisten ziehen!)

Die grundsätzlich notwendige Hilfe für Griechenland ist in einem Paket mit allen Euro-Ländern geschnürt worden. Portugal und Spanien, sozialistisch regierte Länder, sind dabei; Länder, die viel mehr Schwierigkeiten als wir im Moment haben, leisten ihren Beitrag und stimmen zu. Aber die SPD-Fraktion schlägt sich in die Büsche. Das ist für mich überhaupt nicht nachvollziehbar.

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Stimmt doch gar nicht!)

Ich will mit großem Ernst sagen: Die Sozialdemokratische Partei hat nach meiner Überzeugung eine große europäische Vergangenheit. Mit Ihrer Entscheidung heute signalisieren Sie allerdings, dass dies offensichtlich nur noch eine Vergangenheit ist. Trotzdem wird dieses Haus dem notwendigen Rettungs- und Unterstützungspaket für Griechenland mit großer Mehrheit zustimmen. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Noch ein Satz zu den Linken. Es hat niemanden überrascht, dass die Linken, schon bevor die Details dieses Finanzierungspakets auf dem Tisch lagen, erklärt haben, dass sie sowieso dagegenstimmen. Ich bin schon genauso lange im Bundestag, wie die damalige SED-PDS, PDS, PDS/WASG und jetzt die Linke hier vertreten ist. Ich weiß sehr genau, dass diese Fraktion in den letzten 20 Jahren kein einziges Mal in einer kritischen Situation, in der es darum ging, unser Land und Europa zu schützen, Verantwortung übernommen hat. Immer und überall haben Sie sich mit populistischen Sprüchen herausgeredet, in der Hoffnung, Menschen, die verängstigt sind und das Ganze kritisch sehen, Stimmen billig abzukaufen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Noch etwas muss man sagen: Wenn die Linke in diesem Haus Regierungsverantwortung hätte, dann hätte sich der IWF schon längst mit uns beschäftigt, lange bevor das bei Griechenland notwendig war. Das ist doch offensichtlich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch kurz ein weiteres Thema ansprechen. Ich habe bei den meisten Reden der Vertreter der Oppositionsfraktionen eine beunruhigende Einseitigkeit festgestellt. Natürlich ist es richtig, dass wir die Finanzmärkte stärker regulieren, als das bisher der Fall war. Aber mit Ihren Behauptungen, dass an der Griechenlandkrise und der Krise der Euro-Zone ausschließlich Spekulanten und Finanzmärkte schuld sind, springen Sie viel zu kurz. Es reicht nicht aus, mit langem Finger auf die Finanzmärkte zu zeigen. Wir müssen uns mit den eigentlichen Ursachen der Krise der Euro-Zone beschäftigen. Diese liegen im Wesentlichen in falschen Entscheidungen und in nicht ausreichenden Kontrollstrukturen in der Europäischen Union. (D)

In unserem Entschließungsantrag haben wir die notwendigen Reformschritte dargestellt. Ich kann dem ganzen Haus nur empfehlen, diesem Entschließungsantrag zuzustimmen. Wir werden in Zukunft dafür sorgen, dass diese Schritte rechtzeitig umgesetzt werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, will ich Ihnen bekannt geben, dass eine große Anzahl von schriftlichen

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

(A) persönlichen Erklärungen nach § 31 der Geschäftsordnung vorliegt, die wir zu Protokoll nehmen.[1)]

Damit kommen wir zur Abstimmung über den von den Fraktionen CDU/CSU und FDP eingebrachten Entwurf eines Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetzes. Der Haushaltsausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung, Drucksachen 17/1561 und 17/1562, den Gesetzentwurf der Fraktionen CDU/CSU und FDP auf Drucksache 17/1544 in der Ausschussfassung anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist in zweiter Beratung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und den Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen bei Gegenstimmen der Fraktion Die Linke und Enthaltung der SPD-Fraktion angenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt liegen neun namentliche Abstimmungen vor uns. Ich bitte, genau aufzupassen, damit man den Überblick nicht verliert.

Es ist jetzt gerade noch eine namentliche Abstimmung hinzugekommen. Es geht um den Änderungsantrag auf Drucksache 17/1656, die Ihnen vorliegt; sie ist auf rosafarbenem Papier gedruckt und gerade verteilt worden. Von den Koalitionsfraktionen wird gefordert, den letzten Spiegelstrich des vorliegenden Entschließungsantrages auf Drucksache 17/1641 zu verändern. Das kann jeder nachlesen. Wenn ich es richtig verstehe, geht es um das, was der Außenminister in seiner Rede vorgeschlagen hat.

Zunächst jedoch zur

(B)

Dritten Beratung

und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfs, über den namentlich abgestimmt wird.

Ich möchte daran erinnern, dass wir im Anschluss daran noch acht weitere namentliche Abstimmungen durchzuführen haben. Bei drei namentlichen Abstimmungen geht es um Änderungsanträge zu dem Entschließungsantrag auf Drucksache 17/1641. Wenn diese Abstimmungen erfolgt sind, müssen wir die Sitzung unterbrechen. Wenn klar ist, wie abgestimmt worden ist, kann über die fünf Entschließungsanträge abgestimmt werden.

Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Das ist offenkundig der Fall. Ich eröffne die Abstimmung über den Gesetzentwurf.

[1)] Anlagen 2 bis 7

Haben alle Kolleginnen und Kollegen ihre Stimmkarten eingeworfen? – Das ist offenkundig der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte, auszuzählen.[2)] (C)

Wir kommen nun zu den weiteren namentlichen Abstimmungen.

Zunächst stimmen wir über die Änderungsanträge zu dem Entschließungsantrag der Fraktionen CDU/CSU und FDP auf Drucksache 17/1641 ab. Es handelt sich um einen Änderungsantrag der Fraktionen CDU/CSU und FDP sowie zwei Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Über diese drei Änderungsanträge stimmen wir zunächst ab.

Als Erstes kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 17/1656. Ich bitte, abzustimmen.

Haben alle Kolleginnen und Kollegen ihre Stimmkarte eingeworfen? – Das scheint der Fall zu sein. Dann schließe ich den Wahlgang und bitte, auszuzählen.[3)]

Wir kommen jetzt zu dem ersten Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 17/1647. Ich bitte, abzustimmen.

Sind jetzt alle Stimmkarten eingeworfen? Hat jemand seine Stimmkarte noch nicht eingeworfen? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte, auszuzählen.[4)]

Wir kommen jetzt zur namentlichen Abstimmung über den zweiten Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 17/1648. Ich bitte, abzustimmen. (D)

Gibt es noch Kolleginnen und Kollegen, die ihre Stimmkarte nicht eingeworfen haben?

Haben jetzt alle Kolleginnen und Kollegen ihre Stimmkarten eingeworfen? – Ich schließe auch diesen Wahlgang und bitte, auszuzählen.[5)]

Zunächst gebe ich Ihnen das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** über den Gesetzentwurf von CDU/CSU und FDP bekannt: abgegebene Stimmen 601. Mit Ja haben gestimmt 390, mit Nein 72, Enthaltungen 139. Der Gesetzentwurf ist angenommen.

[2)] Ergebnis Seite 4019 D
[3)] Ergebnis Seite 4022 D
[4)] Ergebnis Seite 4025 A
[5)] Ergebnis Seite 4028 A

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen:	602;
davon	
ja:	391
nein:	72
enthalten:	139

Ja

CDU/CSU

Ilse Aigner
Peter Altmaier
Peter Aumer
Dorothee Bär
Thomas Bareiß
Norbert Barthle
Günter Baumann
Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)
Manfred Behrens (Börde)
Veronika Bellmann
Dr. Christoph Bergner
Peter Beyer
Steffen Bilger
Clemens Binninger
Peter Bleser
Dr. Maria Böhmer
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Wolfgang Bosbach
Norbert Brackmann

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

(A)

Klaus Brähmig
Michael Brand
Dr. Reinhard Brandl
Helmut Brandt
Dr. Ralf Brauksiepe
Dr. Helge Braun
Heike Brehmer
Ralph Brinkhaus
Leo Dautzenberg
Alexander Dobrindt
Thomas Dörflinger
Marie-Luise Dött
Dr. Thomas Feist
Enak Ferlemann
Ingrid Fischbach
Hartwig Fischer (Göttingen)
Dirk Fischer (Hamburg)
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Dr. Maria Flachsbarth
Klaus-Peter Flosbach
Herbert Frankenhauser
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Michael Frieser
Erich G. Fritz
Dr. Michael Fuchs
Hans-Joachim Fuchtel
Ingo Gädechens
Dr. Thomas Gebhart
Norbert Geis
Alois Gerig
Eberhard Gienger
Michael Glos
(B)
Josef Göppel
Peter Götz
Dr. Wolfgang Götzer
Ute Granold
Reinhard Grindel
Hermann Gröhe
Michael Grosse-Brömer
Markus Grübel
Manfred Grund
Monika Grütters
Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg
Olav Gutting
Florian Hahn
Holger Haibach
Dr. Stephan Harbarth
Jürgen Hardt
Gerda Hasselfeldt
Dr. Matthias Heider
Mechthild Heil
Ursula Heinen-Esser
Frank Heinrich
Rudolf Henke
Michael Hennrich
Jürgen Herrmann
Ansgar Heveling
Ernst Hinsken
Peter Hintze
Christian Hirte
Robert Hochbaum
Karl Holmeier
Franz-Josef Holzenkamp
Joachim Hörster
Anette Hübinger

Thomas Jarzombek
Dieter Jasper
Dr. Franz Josef Jung
Andreas Jung (Konstanz)
Dr. Egon Jüttner
Bartholomäus Kalb
Hans-Werner Kammer
Steffen Kampeter
Alois Karl
Bernhard Kaster
Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen)
Volker Kauder
Dr. Stefan Kaufmann
Roderich Kiesewetter
Eckart von Klaeden
Ewa Klamt
Volkmar Klein
Jürgen Klimke
Julia Klöckner
Axel Knoerig
Jens Koeppen
Dr. Kristina Schröder
Dr. Rolf Koschorrek
Hartmut Koschyk
Thomas Kossendey
Michael Kretschmer
Gunther Krichbaum
Dr. Günter Krings
Rüdiger Kruse
Bettina Kudla
Dr. Hermann Kues
Günter Lach
Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)
Andreas G. Lämmel
Dr. Norbert Lammert
Katharina Landgraf
Ulrich Lange
Dr. Max Lehmer
Paul Lehrieder
Dr. Ursula von der Leyen
Ingbert Liebing
Matthias Lietz
Dr. Carsten Linnemann
Patricia Lips
Dr. Jan-Marco Luczak
Dr. Michael Luther
Karin Maag
Dr. Thomas de Maizière
Hans-Georg von der Marwitz
Andreas Mattfeldt
Stephan Mayer (Altötting)
Dr. Michael Meister
Dr. Angela Merkel
Maria Michalk
Dr. h. c. Hans Michelbach
Dr. Mathias Middelberg
Philipp Mißfelder
Dietrich Monstadt
Marlene Mortler
Dr. Gerd Müller
Stefan Müller (Erlangen)
Nadine Müller (St. Wendel)
Dr. Philipp Murmann
Bernd Neumann (Bremen)
Michaela Noll
Dr. Georg Nüßlein

Franz Obermeier
Eduard Oswald
Henning Otte
Dr. Michael Paul
Rita Pawelski
Ulrich Petzold
Dr. Joachim Pfeiffer
Sibylle Pfeiffer
Beatrix Philipp
Ronald Pofalla
Christoph Poland
Ruprecht Polenz
Eckhard Pols
Lucia Puttrich
Daniela Raab
Thomas Rachel
Dr. Peter Ramsauer
Eckhardt Rehberg
Katherina Reiche (Potsdam)
Lothar Riebsamen
Josef Rief
Klaus Riegert
Dr. Heinz Riesenhuber
Johannes Röring
Dr. Norbert Röttgen
Dr. Christian Ruck
Erwin Rüddel
Albert Rupprecht (Weiden)
Anita Schäfer (Saalstadt)
Dr. Wolfgang Schäuble
Dr. Annette Schavan
Dr. Andreas Scheuer
Karl Schiewerling
Norbert Schindler
Tankred Schipanski
Georg Schirmbeck
Christian Schmidt (Fürth)
Patrick Schnieder
Dr. Andreas Schockenhoff
Dr. Ole Schröder
Bernhard Schulte-Drüggelte
Uwe Schummer
Armin Schuster (Weil am Rhein)
Detlef Seif
Johannes Selle
Reinhold Sendker
Dr. Patrick Sensburg
Thomas Silberhorn
Johannes Singhammer
Jens Spahn
Carola Stauche
Dr. Frank Steffel
Erika Steinbach
Christian Freiherr von Stetten
Dieter Stier
Gero Storjohann
Stephan Stracke
Max Straubinger
Karin Strenz
Thomas Strobl (Heilbronn)
Lena Strothmann
Michael Stübgen
Dr. Peter Tauber
Antje Tillmann
Dr. Hans-Peter Uhl
Arnold Vaatz
Volkmar Vogel (Kleinsaara)

Stefanie Vogelsang (C)
Andrea Astrid Voßhoff
Dr. Johann Wadephul
Marco Wanderwitz
Kai Wegner
Marcus Weinberg (Hamburg)
Peter Weiß (Emmendingen)
Sabine Weiss (Wesel I)
Ingo Wellenreuther
Karl-Georg Wellmann
Peter Wichtel
Annette Widmann-Mauz
Elisabeth Winkelmeier-Becker
Dagmar Wöhrl
Dr. Matthias Zimmer
Wolfgang Zöller
Willi Zylajew

SPD

Dr. Eva Högl
Hans-Ulrich Klose
Michael Roth (Heringen)
Dr. Angelica Schwall-Düren

FDP

Jens Ackermann
Christian Ahrendt
Christine Aschenberg-Dugnus
Daniel Bahr (Münster)
Florian Bernschneider
Sebastian Blumenthal
Claudia Bögel (D)
Nicole Bracht-Bendt
Klaus Breil
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Marco Buschmann
Sylvia Canel
Helga Daub
Reiner Deutschmann
Dr. Bijan Djir-Sarai
Patrick Döring
Mechthild Dyckmans
Rainer Erdel
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Paul K. Friedhoff
Dr. Edmund Peter Geisen
Dr. Wolfgang Gerhardt
Hans-Michael Goldmann
Heinz Golombeck
Miriam Gruß
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Christel Happach-Kasan
Heinz-Peter Haustein
Manuel Höferlin
Elke Hoff
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Heiner Kamp
Michael Kauch
Dr. Lutz Knopek
Pascal Kober

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

(A)
Dr. Heinrich L. Kolb
Hellmut Königshaus
Gudrun Kopp
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
Sebastian Körber
Patrick Kurth (Kyffhäuser)
Heinz Lanfermann
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Lars Lindemann
Christian Lindner
Dr. Martin Lindner (Berlin)
Michael Link (Heilbronn)
Dr. Erwin Lotter
Oliver Luksic
Horst Meierhofer
Patrick Meinhardt
Gabriele Molitor
Jan Mücke
Petra Müller (Aachen)
Burkhardt Müller-Sönksen
Dr. Martin Neumann (Lausitz)
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Dr. Christiane Ratjen-Damerau
Dr. Birgit Reinemund
Dr. Peter Röhlinger
Dr. Stefan Ruppert
(B)
Björn Sänger
Christoph Schnurr
Jimmy Schulz
Marina Schuster
Dr. Erik Schweickert
Werner Simmling
Judith Skudelny
Dr. Hermann Otto Solms
Joachim Spatz
Dr. Max Stadler
Torsten Staffeldt
Dr. Rainer Stinner
Stephan Thomae
Florian Toncar
Serkan Tören
Johannes Vogel (Lüdenscheid)
Dr. Daniel Volk
Dr. Guido Westerwelle
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Hartfrid Wolff (Rems-Murr)

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Kerstin Andreae
Marieluise Beck (Bremen)
Volker Beck (Köln)
Birgitt Bender
Alexander Bonde
Viola von Cramon-Taubadel
Ekin Deligöz
Katja Dörner
Hans-Josef Fell
Dr. Thomas Gambke
Kai Gehring
Katrin Göring-Eckardt
Britta Haßelmann
Bettina Herlitzius
Winfried Hermann
Priska Hinz (Herborn)
Ulrike Höfken
Dr. Anton Hofreiter
Bärbel Höhn
Ingrid Hönlinger
Thilo Hoppe
Katja Keul
Memet Kilic
Sven-Christian Kindler
Maria Klein-Schmeink
Ute Koczy
Tom Koenigs
Sylvia Kotting-Uhl
Oliver Krischer
Agnes Krumwiede
Fritz Kuhn
Stephan Kühn
Renate Künast
Markus Kurth
Undine Kurth (Quedlinburg)
Nicole Maisch
Agnes Malczak
Jerzy Montag
Kerstin Müller (Köln)
Beate Müller-Gemmeke
Ingrid Nestle
Dr. Konstantin von Notz
Omid Nouripour
Friedrich Ostendorff
Dr. Hermann Ott
Brigitte Pothmer
Tabea Rößner
Claudia Roth (Augsburg)
Krista Sager
Manuel Sarrazin
Christine Scheel
Dr. Gerhard Schick
Dr. Frithjof Schmidt
Dorothea Steiner
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
Dr. Harald Terpe
Markus Tressel
Jürgen Trittin
Daniela Wagner
Wolfgang Wieland
Josef Philip Winkler

Nein

CDU/CSU

Alexander Funk
Dr. Peter Gauweiler
Manfred Kolbe
Klaus-Peter Willsch

FDP

Frank Schäffler

DIE LINKE

Jan van Aken
Agnes Alpers
Dr. Dietmar Bartsch
Herbert Behrens
Matthias W. Birkwald
Heidrun Bluhm
Steffen Bockhahn
Christine Buchholz
Eva Bulling-Schröter
Roland Claus
Sevim Dağdelen
Dr. Diether Dehm
Heidrun Dittrich
Werner Dreibus
Dr. Dagmar Enkelmann
Klaus Ernst
Nicole Gohlke
Diana Golze
Annette Groth
Heike Hänsel
Dr. Rosemarie Hein
Inge Höger
Dr. Barbara Höll
Andrej Konstantin Hunko
Dr. Lukrezia Jochimsen
Katja Kipping
Harald Koch
Jan Korte
Jutta Krellmann
Katrin Kunert
Caren Lay
Sabine Leidig
Ralph Lenkert
Michael Leutert
Stefan Liebich
Ulla Lötzer
Dr. Gesine Lötzsch
Thomas Lutze
Ulrich Maurer
Dorothée Menzner
Cornelia Möhring
Kornelia Möller
Niema Movassat
Wolfgang Nešković
Thomas Nord
Petra Pau
Jens Petermann
Richard Pitterle
Yvonne Ploetz
Michael Schlecht
Dr. Herbert Schui
Dr. Ilja Seifert
Kathrin Senger-Schäfer
Raju Sharma
Dr. Petra Sitte
Kersten Steinke
Sabine Stüber
Alexander Süßmair
Dr. Kirsten Tackmann
Frank Tempel
Dr. Axel Troost
Alexander Ulrich
Kathrin Vogler
Sahra Wagenknecht
Halina Wawzyniak
Harald Weinberg
Jörn Wunderlich

Enthalten

(C)

SPD

Ingrid Arndt-Brauer
Heinz-Joachim Barchmann
Doris Barnett
Dr. Hans-Peter Bartels
Klaus Barthel
Sören Bartol
Bärbel Bas
Sabine Bätzing-Lichtenthäler
Uwe Beckmeyer
Lothar Binding (Heidelberg)
Gerd Bollmann
Klaus Brandner
Willi Brase
Marco Bülow
Ulla Burchardt
Martin Burkert
Petra Crone
Dr. Peter Danckert
Martin Dörmann
Elvira Drobinski-Weiß
Garrelt Duin
Sebastian Edathy
Siegmund Ehrmann
Dr. h. c. Gernot Erler
Petra Ernstberger
Karin Evers-Meyer
Gabriele Fograscher
Dr. Edgar Franke
Dagmar Freitag
Peter Friedrich
Sigmar Gabriel
(D)
Michael Gerdes
Martin Gerster
Iris Gleicke
Günter Gloser
Ulrike Gottschalck
Angelika Graf (Rosenheim)
Michael Groschek
Michael Groß
Wolfgang Gunkel
Hans-Joachim Hacker
Bettina Hagedorn
Klaus Hagemann
Michael Hartmann (Wackernheim)
Hubertus Heil (Peine)
Rolf Hempelmann
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Gabriele Hiller-Ohm
Petra Hinz (Essen)
Frank Hofmann (Volkach)
Christel Humme
Josip Juratovic
Oliver Kaczmarek
Johannes Kahrs
Dr. h. c. Susanne Kastner
Ulrich Kelber
Lars Klingbeil
Dr. Bärbel Kofler
Daniela Kolbe (Leipzig)
Fritz Rudolf Körper
Anette Kramme
Nicolette Kressl

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

(A)

Angelika Krüger-Leißner
Ute Kumpf
Christine Lambrecht
Christian Lange (Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Steffen-Claudio Lemme
Burkhard Lischka
Gabriele Lösekrug-Möller
Kirsten Lühmann
Caren Marks
Katja Mast
Hilde Mattheis
Petra Merkel (Berlin)
Ullrich Meßmer
Dr. Matthias Miersch
Franz Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Andrea Nahles
Dietmar Nietan
Manfred Nink
Thomas Oppermann
Holger Ortel
Aydan Özoğuz
Heinz Paula
Johannes Pflug
Joachim Poß
Dr. Wilhelm Priesmeier
Florian Pronold
Dr. Sascha Raabe
Mechthild Rawert
Gerold Reichenbach
Dr. Carola Reimann
Sönke Rix
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Karin Roth (Esslingen)
Marlene Rupprecht (Tuchenbach)
Anton Schaaf
Axel Schäfer (Bochum)
Bernd Scheelen
Marianne Schieder (Schwandorf)
Werner Schieder (Weiden)
Ulla Schmidt (Aachen)
Carsten Schneider (Erfurt)
Olaf Scholz
Ottmar Schreiner
Swen Schulz (Spandau)
Ewald Schurer
Frank Schwabe
Dr. Martin Schwanholz
Rolf Schwanitz
Stefan Schwartze
Dr. Carsten Sieling
Sonja Steffen
Peer Steinbrück
Dr. Frank-Walter Steinmeier
Christoph Strässer
Kerstin Tack
Dr. h. c. Wolfgang Thierse
Franz Thönnes
Wolfgang Tiefensee
Rüdiger Veit
Ute Vogt
Dr. Marlies Volkmer
Andrea Wicklein
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Dr. Dieter Wiefelspütz
Waltraud Wolff (Wolmirstedt)
Dagmar Ziegler
Manfred Zöllmer
Brigitte Zypries

(C)

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Uwe Kekeritz
Monika Lazar
Lisa Paus
Hans-Christian Ströbele
Dr. Valerie Wilms

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Die Geschäftsführer haben, um Zeit zu sparen, vereinbart, jetzt nicht zu unterbrechen, sondern mit den Abstimmungen fortzufahren. Das geht, wenn wir mit den Anträgen der Oppositionsfraktionen beginnen und den Antrag der Koalitionsfraktionen zurückstellen. Über diesen Antrag stimmen wir dann als Letztes ab, weil wir dafür erst die Ergebnisse der Abstimmungen über die drei Änderungsanträge von vorhin brauchen.

(B)

Wir kommen deshalb jetzt zum Entschließungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/1639. Ich bitte, mit der Abstimmung zu beginnen.

Haben jetzt alle Kolleginnen und Kollegen ihre Stimmkarte eingeworfen? – Ich schließe den Wahlgang und bitte, auszuzählen.[1)]

Wir kommen jetzt zu dem Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/1637. Ich bitte, abzustimmen.

Haben Kolleginnen und Kollegen ihre Stimmkarte noch nicht eingeworfen? – Ich schließe den Wahlgang und bitte, auszuzählen.[2)]

Wir kommen jetzt zu einem weiteren Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/1638. Ich bitte, mit der Abstimmung zu beginnen.

Haben alle Kolleginnen und Kollegen ihre Stimmkarten eingeworfen? – Ich schließe den Wahlgang und bitte, auszuzählen.[3)]

[1)] Ergebnis Seite 4036 C
[2)] Ergebnis Seite 4038 D
[3)] Ergebnis Seite 4041 C

Wir kommen jetzt zu dem Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/1640. Ich bitte, abzustimmen.

Haben bei dieser vorletzten namentlichen Abstimmung jetzt alle Kolleginnen und Kollegen ihre Stimmkarte eingeworfen? – Ich schließe den Wahlgang und bitte, auszuzählen.[4)]

(D)

Ich unterbreche kurz die Sitzung, bis die Ergebnisse zu den Änderungsanträgen vorliegen, weil wir diese für die letzte namentliche Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP brauchen.

(Unterbrechung von 12.13 bis 12.18 Uhr)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:
Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe Ihnen zunächst die von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelten **Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen über die drei Änderungsanträge** bekannt.

Namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP auf Drucksache 17/1656 zu dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP: Abgegebene Stimmen 599. Mit Ja haben gestimmt 328, mit Nein 271, keine Enthaltungen. Der Änderungsantrag ist damit angenommen.

[4)] Ergebnis Seite 4043 D

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

(A)

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen:	599;
davon	
ja:	328
nein:	271

Ja

CDU/CSU

Ilse Aigner
Peter Altmaier
Peter Aumer
Dorothee Bär
Thomas Bareiß
Norbert Barthle
Günter Baumann
Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)
Manfred Behrens (Börde)
Veronika Bellmann
Dr. Christoph Bergner
Peter Beyer
Steffen Bilger
Clemens Binninger
Peter Bleser
Dr. Maria Böhmer
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Wolfgang Bosbach
Norbert Brackmann
Klaus Brähmig
Michael Brand
Dr. Reinhard Brandl
(B) Helmut Brandt
Dr. Ralf Brauksiepe
Dr. Helge Braun
Heike Brehmer
Ralph Brinkhaus
Leo Dautzenberg
Alexander Dobrindt
Thomas Dörflinger
Marie-Luise Dött
Dr. Thomas Feist
Enak Ferlemann
Ingrid Fischbach
Hartwig Fischer (Göttingen)
Dirk Fischer (Hamburg)
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Dr. Maria Flachsbarth
Klaus-Peter Flosbach
Herbert Frankenhauser
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Michael Frieser
Erich G. Fritz
Dr. Michael Fuchs
Hans-Joachim Fuchtel
Alexander Funk
Ingo Gädechens
Dr. Thomas Gebhart
Norbert Geis
Alois Gerig
Eberhard Gienger
Michael Glos
Josef Göppel
Peter Götz
Dr. Wolfgang Götzer
Ute Granold
Reinhard Grindel
Hermann Gröhe
Michael Grosse-Brömer
Markus Grübel
Manfred Grund
Monika Grütters
Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg
Olav Gutting
Florian Hahn
Holger Haibach
Dr. Stephan Harbarth
Jürgen Hardt
Gerda Hasselfeldt
Dr. Matthias Heider
Mechthild Heil
Ursula Heinen-Esser
Frank Heinrich
Rudolf Henke
Michael Hennrich
Jürgen Herrmann
Ansgar Heveling
Ernst Hinsken
Peter Hintze
Christian Hirte
Robert Hochbaum
Karl Holmeier
Franz-Josef Holzenkamp
Joachim Hörster
Anette Hübinger
Thomas Jarzombek
Dieter Jasper
Dr. Franz Josef Jung
Dr. Egon Jüttner
Bartholomäus Kalb
Hans-Werner Kammer
Steffen Kampeter
Alois Karl
Bernhard Kaster
Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen)
Volker Kauder
Dr. Stefan Kaufmann
Roderich Kiesewetter
Eckart von Klaeden
Ewa Klamt
Volkmar Klein
Jürgen Klimke
Julia Klöckner
Axel Knoerig
Jens Koeppen
Dr. Kristina Schröder(Wiesbaden)
Manfred Kolbe
Dr. Rolf Koschorrek
Hartmut Koschyk
Thomas Kossendey
Michael Kretschmer
Gunther Krichbaum
Dr. Günter Krings
Rüdiger Kruse
Bettina Kudla
Dr. Hermann Kues
Günter Lach
Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)
Andreas G. Lämmel
Dr. Norbert Lammert
Katharina Landgraf
Ulrich Lange
Dr. Max Lehmer
Paul Lehrieder
Dr. Ursula von der Leyen
Ingbert Liebing
Matthias Lietz
Dr. Carsten Linnemann
Patricia Lips
Dr. Jan-Marco Luczak
Dr. Michael Luther
Karin Maag
Dr. Thomas de Maizière
Hans-Georg von der Marwitz
Andreas Mattfeldt
Stephan Mayer (Altötting)
Dr. Michael Meister
Dr. Angela Merkel
Maria Michalk
Dr. h. c. Hans Michelbach
Dr. Mathias Middelberg
Philipp Mißfelder
Dietrich Monstadt
Marlene Mortler
Dr. Gerd Müller
Stefan Müller (Erlangen)
Nadine Müller (St. Wendel)
Dr. Philipp Murmann
Bernd Neumann (Bremen)
Michaela Noll
Dr. Georg Nüßlein
Franz Obermeier
Eduard Oswald
Henning Otte
Dr. Michael Paul
Rita Pawelski
Ulrich Petzold
Dr. Joachim Pfeiffer
Sibylle Pfeiffer
Beatrix Philipp
Ronald Pofalla
Christoph Poland
Ruprecht Polenz
Eckhard Pols
Lucia Puttrich
Daniela Raab
Thomas Rachel
Dr. Peter Ramsauer
Eckhardt Rehberg
Katherina Reiche (Potsdam)
Lothar Riebsamen
Josef Rief
Klaus Riegert
Dr. Heinz Riesenhuber
Johannes Röring
Dr. Norbert Röttgen
Dr. Christian Ruck
Erwin Josef Rüddel
Albert Rupprecht (Weiden)
Anita Schäfer (Saalstadt)
Dr. Wolfgang Schäuble
Dr. Annette Schavan
Dr. Andreas Scheuer
Karl Schiewerling
Norbert Schindler
Tankred Schipanski
Georg Schirmbeck (C)
Christian Schmidt (Fürth)
Patrick Schnieder
Dr. Andreas Schockenhoff
Dr. Ole Schröder
Bernhard Schulte-Drüggelte
Uwe Schummer
Armin Schuster (Weil am Rhein)
Detlef Seif
Johannes Selle
Reinhold Sendker
Dr. Patrick Sensburg
Thomas Silberhorn
Johannes Singhammer
Jens Spahn
Carola Stauche
Dr. Frank Steffel
Erika Steinbach
Christian Freiherr von Stetten
Dieter Stier
Gero Storjohann
Stephan Stracke
Max Straubinger
Karin Strenz
Thomas Strobl (Heilbronn)
Lena Strothmann
Michael Stübgen
Dr. Peter Tauber
Antje Tillmann
Dr. Hans-Peter Uhl
Arnold Vaatz
Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Stefanie Vogelsang
Andrea Astrid Voßhoff
Dr. Johann Wadephul (D)
Marco Wanderwitz
Kai Wegner
Marcus Weinberg (Hamburg)
Peter Weiß (Emmendingen)
Sabine Weiss (Wesel I)
Ingo Wellenreuther
Karl-Georg Wellmann
Peter Wichtel
Annette Widmann-Mauz
Klaus-Peter Willsch
Elisabeth Winkelmeier-Becker
Dagmar Wöhrl
Dr. Matthias Zimmer
Wolfgang Zöller
Willi Zylajew

FDP

Jens Ackermann
Christian Ahrendt
Christine Aschenberg-Dugnus
Daniel Bahr (Münster)
Florian Bernschneider
Sebastian Blumenthal
Claudia Bögel
Nicole Bracht-Bendt
Klaus Breil
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Marco Buschmann

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

(A) Sylvia Canel
Helga Daub
Reiner Deutschmann
Dr. Bijan Djir-Sarai
Patrick Döring
Mechthild Dyckmans
Rainer Erdel
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Paul K. Friedhoff
Dr. Edmund Peter Geisen
Dr. Wolfgang Gerhardt
Hans-Michael Goldmann
Heinz Golombeck
Miriam Gruß
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Christel Happach-Kasan
Heinz-Peter Haustein
Manuel Höferlin
Elke Hoff
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Heiner Kamp
Michael Kauch
Dr. Lutz Knopek
Pascal Kober
Dr. Heinrich L. Kolb
Hellmut Königshaus
Gudrun Kopp
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
Sebastian Körber
Patrick Kurth (Kyffhäuser)
Heinz Lanfermann
(B) Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Lars Lindemann
Christian Lindner
Dr. Martin Lindner (Berlin)
Michael Link (Heilbronn)
Dr. Erwin Lotter
Oliver Luksic
Horst Meierhofer
Patrick Meinhardt
Gabriele Molitor
Jan Mücke
Petra Müller (Aachen)
Burkhardt Müller-Sönksen
Dr. Martin Neumann (Lausitz)
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Dr. Christiane Ratjen-Damerau
Dr. Birgit Reinemund
Dr. Peter Röhlinger
Dr. Stefan Ruppert
Björn Sänger
Christoph Schnurr
Jimmy Schulz
Marina Schuster
Dr. Erik Schweickert
Werner Simmling
Judith Skudelny
Dr. Hermann Otto Solms
Joachim Spatz
Dr. Max Stadler
Torsten Staffeldt
Dr. Rainer Stinner
Stephan Thomae
Florian Toncar
Serkan Tören
Johannes Vogel (Lüdenscheid)
Dr. Daniel Volk
Dr. Guido Westerwelle
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Hartfrid Wolff (Rems-Murr)

Nein

CDU/CSU

Dr. Peter Gauweiler

SPD

Ingrid Arndt-Brauer
Heinz-Joachim Barchmann
Doris Barnett
Dr. Hans-Peter Bartels
Klaus Barthel
Sören Bartol
Bärbel Bas
Sabine Bätzing-Lichtenthäler
Uwe Beckmeyer
Lothar Binding (Heidelberg)
Gerd Bollmann
Klaus Brandner
Willi Brase
Marco Bülow
Ulla Burchardt
Martin Burkert
Petra Crone
Dr. Peter Danckert
Martin Dörmann
Elvira Drobinski-Weiß
Garrelt Duin
Sebastian Edathy
Siegmund Ehrmann
Dr. h. c. Gernot Erler
Petra Ernstberger
Karin Evers-Meyer
Elke Ferner
Gabriele Fograscher
Dr. Edgar Franke
Dagmar Freitag
Peter Friedrich
Sigmar Gabriel
Michael Gerdes
Martin Gerster
Iris Gleicke
Günter Gloser
Ulrike Gottschalck
Angelika Graf (Rosenheim)
Michael Groschek
Michael Groß
Wolfgang Gunkel
Hans-Joachim Hacker
Bettina Hagedorn
Klaus Hagemann
Michael Hartmann (Wackernheim)
Hubertus Heil (Peine)
Rolf Hempelmann
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Gabriele Hiller-Ohm
Petra Hinz (Essen)
Frank Hofmann (Volkach)
Dr. Eva Högl
Christel Humme
Josip Juratovic
Oliver Kaczmarek
Johannes Kahrs
Dr. h. c. Susanne Kastner
Ulrich Kelber
Lars Klingbeil
Hans-Ulrich Klose
Dr. Bärbel Kofler
Daniela Kolbe (Leipzig)
Fritz Rudolf Körper
Anette Kramme
Nicolette Kressl
Angelika Krüger-Leißner
Ute Kumpf
Christine Lambrecht
Christian Lange (Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Steffen-Claudio Lemme
Burkhard Lischka
Gabriele Lösekrug-Möller
Kirsten Lühmann
Caren Marks
Katja Mast
Hilde Mattheis
Petra Merkel (Berlin)
Ullrich Meßmer
Dr. Matthias Miersch
Franz Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Andrea Nahles
Dietmar Nietan
Manfred Nink
Thomas Oppermann
Holger Ortel
Aydan Özoğuz
Heinz Paula
Johannes Pflug
Joachim Poß
Dr. Wilhelm Priesmeier
Florian Pronold
Dr. Sascha Raabe
Mechthild Rawert
Gerold Reichenbach
Dr. Carola Reimann
Sönke Rix
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Michael Roth (Heringen)
Marlene Rupprecht (Tuchenbach)
Anton Schaaf
Axel Schäfer (Bochum)
Bernd Scheelen
Marianne Schieder (Schwandorf)
Werner Schieder (Weiden)
Ulla Schmidt (Aachen)
(C) Carsten Schneider (Erfurt)
Olaf Scholz
Ottmar Schreiner
Swen Schulz (Spandau)
Ewald Schurer
Frank Schwabe
Dr. Angelica Schwall-Düren
Dr. Martin Schwanholz
Rolf Schwanitz
Stefan Schwartze
Dr. Carsten Sieling
Sonja Steffen
Peer Steinbrück
Christoph Strässer
Kerstin Tack
Dr. h. c. Wolfgang Thierse
Franz Thönnes
Wolfgang Tiefensee
Rüdiger Veit
Ute Vogt
Dr. Marlies Volkmer
Andrea Wicklein
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Dr. Dieter Wiefelspütz
Waltraud Wolff (Wolmirstedt)
Dagmar Ziegler
Manfred Zöllmer
Brigitte Zypries

DIE LINKE

Jan van Aken
Agnes Alpers
Dr. Dietmar Bartsch
(D) Herbert Behrens
Matthias W. Birkwald
Heidrun Bluhm
Steffen Bockhahn
Christine Buchholz
Eva Bulling-Schröter
Roland Claus
Sevim Dağdelen
Dr. Diether Dehm
Heidrun Dittrich
Werner Dreibus
Dr. Dagmar Enkelmann
Klaus Ernst
Nicole Gohlke
Diana Golze
Annette Groth
Heike Hänsel
Dr. Rosemarie Hein
Inge Höger
Dr. Barbara Höll
Andrej Konstantin Hunko
Dr. Lukrezia Jochimsen
Katja Kipping
Harald Koch
Jan Korte
Jutta Krellmann
Katrin Kunert
Caren Lay
Sabine Leidig
Ralph Lenkert
Michael Leutert
Stefan Liebich
Ulla Lötzer
Dr. Gesine Lötzsch

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

(A)

Thomas Lutze
Ulrich Maurer
Dorothée Menzner
Cornelia Möhring
Kornelia Möller
Niema Movassat
Wolfgang Nešković
Thomas Nord
Petra Pau
Jens Petermann
Richard Pitterle
Yvonne Ploetz
Michael Schlecht
Dr. Herbert Schui
Dr. Ilja Seifert
Kathrin Senger-Schäfer
Raju Sharma
Dr. Petra Sitte
Kersten Steinke
Sabine Stüber
Alexander Süßmair
Dr. Kirsten Tackmann
Frank Tempel
Dr. Axel Troost
Alexander Ulrich
Kathrin Vogler
Sahra Wagenknecht
Halina Wawzyniak
Harald Weinberg
Jörn Wunderlich

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Kerstin Andreae
Marieluise Beck (Bremen)
Volker Beck (Köln)
Birgitt Bender
Alexander Bonde
Viola von Cramon-Taubadel
Ekin Deligöz
Katja Dörner
Hans-Josef Fell
Dr. Thomas Gambke
Kai Gehring
Katrin Göring-Eckardt
Britta Haßelmann
Bettina Herlitzius
Winfried Hermann
Priska Hinz (Herborn)
Ulrike Höfken
Dr. Anton Hofreiter
Bärbel Höhn
Ingrid Hönlinger
Thilo Hoppe
Uwe Kekeritz
Katja Keul
Memet Kilic
Sven-Christian Kindler
Maria Klein-Schmeink
Ute Koczy
Tom Koenigs
Sylvia Kotting-Uhl
Oliver Krischer
Agnes Krumwiede
Fritz Kuhn
Stephan Kühn
Renate Künast
Markus Kurth
Undine Kurth (Quedlinburg)
Monika Lazar
Nicole Maisch
Agnes Malczak
Jerzy Montag
Kerstin Müller (Köln)
Beate Müller-Gemmeke
Ingrid Nestle
Dr. Konstantin von Notz
Omid Nouripour
Friedrich Ostendorff
Dr. Hermann Ott
Lisa Paus
Brigitte Pothmer
Tabea Rößner
Claudia Roth (Augsburg)
Krista Sager
Manuel Sarrazin
Christine Scheel
Dr. Gerhard Schick
Dr. Frithjof Schmidt
Dorothea Steiner
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
Hans-Christian Ströbele
Dr. Harald Terpe
Markus Tressel
Jürgen Trittin
Daniela Wagner
Wolfgang Wieland
Dr. Valerie Wilms
Josef Philip Winkler

(C)

Dann kommen wir zu der namentlichen Abstimmung über den ersten Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/1647 zu diesem Entschließungsantrag: Abgegebene Stimmen 601. Mit Ja haben gestimmt 206, mit Nein haben gestimmt 328, Enthaltungen 67. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

(B) (D)

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen:	600;
davon	
ja:	205
nein:	328
enthalten:	67

Ja

SPD

Ingrid Arndt-Brauer
Heinz-Joachim Barchmann
Doris Barnett
Dr. Hans-Peter Bartels
Klaus Barthel
Sören Bartol
Bärbel Bas
Sabine Bätzing-Lichtenthäler
Uwe Beckmeyer
Lothar Binding (Heidelberg)
Gerd Bollmann
Klaus Brandner
Willi Brase
Marco Bülow
Ulla Burchardt
Martin Burkert
Petra Crone
Dr. Peter Danckert
Martin Dörmann
Elvira Drobinski-Weiß
Garrelt Duin
Sebastian Edathy
Siegmund Ehrmann
Dr. h. c. Gernot Erler
Petra Ernstberger
Karin Evers-Meyer
Elke Ferner
Gabriele Fograscher
Dr. Edgar Franke
Dagmar Freitag
Peter Friedrich
Sigmar Gabriel
Michael Gerdes
Martin Gerster
Iris Gleicke
Günter Gloser
Ulrike Gottschalck
Angelika Graf (Rosenheim)
Michael Groschek
Michael Groß
Wolfgang Gunkel
Hans-Joachim Hacker
Bettina Hagedorn
Klaus Hagemann
Michael Hartmann (Wackernheim)
Hubertus Heil (Peine)
Rolf Hempelmann
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Gabriele Hiller-Ohm
Petra Hinz (Essen)
Frank Hofmann (Volkach)
Dr. Eva Högl
Christel Humme
Josip Juratovic
Oliver Kaczmarek
Johannes Kahrs
Dr. h. c. Susanne Kastner
Ulrich Kelber
Lars Klingbeil
Hans-Ulrich Klose
Dr. Bärbel Kofler
Daniela Kolbe (Leipzig)
Fritz Rudolf Körper
Anette Kramme
Nicolette Kressl
Angelika Krüger-Leißner
Ute Kumpf
Christine Lambrecht
Christian Lange (Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Steffen-Claudio Lemme
Burkhard Lischka
Gabriele Lösekrug-Möller
Kirsten Lühmann
Caren Marks
Katja Mast
Hilde Mattheis
Petra Merkel (Berlin)
Ullrich Meßmer
Dr. Matthias Miersch
Franz Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Andrea Nahles
Dietmar Nietan
Manfred Nink
Thomas Oppermann
Holger Ortel
Aydan Özoğuz
Heinz Paula
Johannes Pflug
Joachim Poß
Dr. Wilhelm Priesmeier
Florian Pronold
Dr. Sascha Raabe
Mechthild Rawert
Gerold Reichenbach
Dr. Carola Reimann
Sönke Rix
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Karin Roth (Esslingen)
Michael Roth (Heringen)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

(A)

Marlene Rupprecht (Tuchenbach)
Anton Schaaf
Axel Schäfer (Bochum)
Bernd Scheelen
Marianne Schieder (Schwandorf)
Werner Schieder (Weiden)
Ulla Schmidt (Aachen)
Carsten Schneider (Erfurt)
Olaf Scholz
Ottmar Schreiner
Swen Schulz (Spandau)
Ewald Schurer
Frank Schwabe
Dr. Angelica Schwall-Düren
Dr. Martin Schwanholz
Rolf Schwanitz
Stefan Schwartze
Dr. Carsten Sieling
Sonja Steffen
Peer Steinbrück
Dr. Frank-Walter Steinmeier
Christoph Strässer
Kerstin Tack
Dr. h. c. Wolfgang Thierse
Franz Thönnes
Wolfgang Tiefensee
Rüdiger Veit
Ute Vogt
Dr. Marlies Volkmer
Andrea Wicklein
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Dr. Dieter Wiefelspütz
(B) Waltraud Wolff (Wolmirstedt)
Dagmar Ziegler
Manfred Zöllmer
Brigitte Zypries

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Kerstin Andreae
Marieluise Beck (Bremen)
Volker Beck (Köln)
Birgitt Bender
Alexander Bonde
Viola von Cramon-Taubadel
Ekin Deligöz
Katja Dörner
Hans-Josef Fell
Dr. Thomas Gambke
Kai Gehring
Katrin Göring-Eckardt
Britta Haßelmann
Bettina Herlitzius
Winfried Hermann
Priska Hinz (Herborn)
Ulrike Höfken
Dr. Anton Hofreiter
Bärbel Höhn
Ingrid Hönlinger
Thilo Hoppe
Uwe Kekeritz
Katja Keul
Memet Kilic
Sven-Christian Kindler
Maria Klein-Schmeink
Ute Koczy
Tom Koenigs
Sylvia Kotting-Uhl
Oliver Krischer
Agnes Krumwiede
Fritz Kuhn
Stephan Kühn
Renate Künast
Markus Kurth
Undine Kurth (Quedlinburg)
Monika Lazar
Nicole Maisch
Agnes Malczak
Jerzy Montag
Kerstin Müller (Köln)
Beate Müller-Gemmeke
Ingrid Nestle
Dr. Konstantin von Notz
Omid Nouripour
Friedrich Ostendorff
Dr. Hermann Ott
Elisabeth Paus
Brigitte Pothmer
Tabea Rößner
Claudia Roth (Augsburg)
Krista Sager
Manuel Sarrazin
Christine Scheel
Dr. Gerhard Schick
Dr. Frithjof Schmidt
Dorothea Steiner
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
Hans-Christian Ströbele
Dr. Harald Terpe
Markus Tressel
Jürgen Trittin
Daniela Wagner
Wolfgang Wieland
Dr. Valerie Wilms
Josef Philip Winkler

Nein

CDU/CSU

Ilse Aigner
Peter Altmaier
Peter Aumer
Dorothee Bär
Thomas Bareiß
Norbert Barthle
Günter Baumann
Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)
Manfred Behrens (Börde)
Veronika Bellmann
Dr. Christoph Bergner
Peter Beyer
Steffen Bilger
Clemens Binninger
Peter Bleser
Dr. Maria Böhmer
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Wolfgang Bosbach
Norbert Brackmann
Klaus Brähmig
Michael Brand
Dr. Reinhard Brandl
Helmut Brandt
Dr. Ralf Brauksiepe
Dr. Helge Braun
Heike Brehmer
Ralph Brinkhaus
Leo Dautzenberg
Alexander Dobrindt
Thomas Dörflinger
Marie-Luise Dött
Dr. Thomas Feist
Enak Ferlemann
Ingrid Fischbach
Hartwig Fischer (Göttingen)
Dirk Fischer (Hamburg)
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Dr. Maria Flachsbarth
Klaus-Peter Flosbach
Herbert Frankenhauser
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Michael Frieser
Erich G. Fritz
Dr. Michael Fuchs
Hans-Joachim Fuchtel
Alexander Funk
Ingo Gädechens
Dr. Peter Gauweiler
Dr. Thomas Gebhart
Norbert Geis
Alois Gerig
Eberhard Gienger
Michael Glos
Josef Göppel
Peter Götz
Dr. Wolfgang Götzer
Ute Granold
Reinhard Grindel
Hermann Gröhe
Michael Grosse-Brömer
Markus Grübel
Manfred Grund
Monika Grütters
Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg
Olav Gutting
Florian Hahn
Holger Haibach
Dr. Stephan Harbarth
Jürgen Hardt
Gerda Hasselfeldt
Dr. Matthias Heider
Mechthild Heil
Ursula Heinen-Esser
Frank Heinrich
Michael Hennrich
Jürgen Herrmann
Ansgar Heveling
Ernst Hinsken
Peter Hintze
Christian Hirte
Robert Hochbaum
Karl Holmeier
Franz-Josef Holzenkamp
Joachim Hörster
Anette Hübinger
Thomas Jarzombek

(C)

Dieter Jasper
Dr. Franz Josef Jung
Andreas Jung (Konstanz)
Dr. Egon Jüttner
Bartholomäus Kalb
Hans-Werner Kammer
Steffen Kampeter
Alois Karl
Bernhard Kaster
Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen)
Volker Kauder
Dr. Stefan Kaufmann
Roderich Kiesewetter
Eckart von Klaeden
Ewa Klamt
Volkmar Klein
Jürgen Klimke
Julia Klöckner
Axel Knoerig
Jens Koeppen
Dr. Kristina Schröder (Wiesbaden)
Manfred Kolbe
Dr. Rolf Koschorrek
Hartmut Koschyk
Thomas Kossendey
Michael Kretschmer
Gunther Krichbaum
Dr. Günter Krings
Rüdiger Kruse
Bettina Kudla
Dr. Hermann Kues
Günter Lach
Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg) (D)
Andreas G. Lämmel
Dr. Norbert Lammert
Katharina Landgraf
Ulrich Lange
Dr. Max Lehmer
Paul Lehrieder
Dr. Ursula von der Leyen
Ingbert Liebing
Matthias Lietz
Dr. Carsten Linnemann
Patricia Lips
Dr. Jan-Marco Luczak
Dr. Michael Luther
Karin Maag
Dr. Thomas de Maizière
Hans-Georg von der Marwitz
Andreas Mattfeldt
Stephan Mayer (Altötting)
Dr. Michael Meister
Dr. Angela Merkel
Maria Michalk
Dr. h. c. Hans Michelbach
Dr. Mathias Middelberg
Philipp Mißfelder
Dietrich Monstadt
Stefan Müller (Erlangen)
Nadine Müller (St. Wendel)
Dr. Philipp Murmann
Bernd Neumann (Bremen)
Michaela Noll
Dr. Georg Nüßlein
Franz Obermeier

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

(A)
Eduard Oswald
Henning Otte
Dr. Michael Paul
Rita Pawelski
Ulrich Petzold
Dr. Joachim Pfeiffer
Sibylle Pfeiffer
Beatrix Philipp
Ronald Pofalla
Christoph Poland
Ruprecht Polenz
Eckhard Pols
Lucia Puttrich
Daniela Raab
Thomas Rachel
Dr. Peter Ramsauer
Eckhardt Rehberg
Katherina Reiche (Potsdam)
Lothar Riebsamen
Josef Rief
Klaus Riegert
Dr. Heinz Riesenhuber
Johannes Röring
Dr. Norbert Röttgen
Dr. Christian Ruck
Erwin Rüddel
Albert Rupprecht (Weiden)
Anita Schäfer (Saalstadt)
Dr. Wolfgang Schäuble
Dr. Annette Schavan
Dr. Andreas Scheuer
Karl Schiewerling
Norbert Schindler
Tankred Schipanski
(B)
Georg Schirmbeck
Christian Schmidt (Fürth)
Patrick Schnieder
Dr. Andreas Schockenhoff
Dr. Ole Schröder
Bernhard Schulte-Drüggelte
Uwe Schummer
Armin Schuster (Weil am Rhein)
Detlef Seif
Johannes Selle
Reinhold Sendker
Dr. Patrick Sensburg
Thomas Silberhorn
Johannes Singhammer
Jens Spahn
Carola Stauche
Dr. Frank Steffel
Erika Steinbach
Christian Freiherr von Stetten
Dieter Stier
Gero Storjohann
Stephan Stracke
Max Straubinger
Karin Strenz
Thomas Strobl (Heilbronn)
Lena Strothmann
Michael Stübgen
Dr. Peter Tauber
Antje Tillmann
Dr. Hans-Peter Uhl
Arnold Vaatz
Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Stefanie Vogelsang
Andrea Astrid Voßhoff
Dr. Johann Wadephul
Marco Wanderwitz
Kai Wegner
Marcus Weinberg (Hamburg)
Peter Weiß (Emmendingen)
Sabine Weiss (Wesel I)
Ingo Wellenreuther
Karl-Georg Wellmann
Peter Wichtel
Annette Widmann-Mauz
Klaus-Peter Willsch
Elisabeth Winkelmeier-Becker
Dagmar Wöhrl
Dr. Matthias Zimmer
Wolfgang Zöller
Willi Zylajew

FDP

Jens Ackermann
Christian Ahrendt
Christine Aschenberg-Dugnus
Daniel Bahr (Münster)
Florian Bernschneider
Sebastian Blumenthal
Claudia Bögel
Nicole Bracht-Bendt
Klaus Breil
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Marco Buschmann
Sylvia Canel
Helga Daub
Reiner Deutschmann
Dr. Bijan Djir-Sarai
Patrick Döring
Mechthild Dyckmans
Rainer Erdel
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Paul K. Friedhoff
Dr. Edmund Peter Geisen
Dr. Wolfgang Gerhardt
Hans-Michael Goldmann
Heinz Golombeck
Miriam Gruß
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Christel Happach-Kasan
Heinz-Peter Haustein
Manuel Höferlin
Elke Hoff
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Heiner Kamp
Michael Kauch
Dr. Lutz Knopek
Pascal Kober
Dr. Heinrich L. Kolb
Hellmut Königshaus
Gudrun Kopp
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
Sebastian Körber
Patrick Kurth (Kyffhäuser)
Heinz Lanfermann
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Lars Lindemann
Christian Lindner
Dr. Martin Lindner (Berlin)
Michael Link (Heilbronn)
Dr. Erwin Lotter
Oliver Luksic
Horst Meierhofer
Patrick Meinhardt
Gabi Molitor
Jan Mücke
Petra Müller (Aachen)
Burkhardt Müller-Sönksen
Dr. Martin Neumann (Lausitz)
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Dr. Christiane Ratjen-Damerau
Dr. Birgit Reinemund
Dr. Peter Röhlinger
Dr. Stefan Ruppert
Björn Sänger
Frank Schäffler
Christoph Schnurr
Jimmy Schulz
Marina Schuster
Dr. Erik Schweickert
Werner Simmling
Judith Skudelny
Dr. Hermann Otto Solms
Joachim Spatz
Dr. Max Stadler
Torsten Staffeldt
Dr. Rainer Stinner
Stephan Thomae
Florian Toncar
Serkan Tören
Johannes Vogel (Lüdenscheid)
Dr. Daniel Volk
Dr. Guido Westerwelle
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Hartfrid Wolff (Rems-Murr)

Enthalten

DIE LINKE

Jan van Aken
Agnes Alpers
Dr. Dietmar Bartsch
Herbert Behrens
Matthias W. Birkwald (C)
Heidrun Bluhm
Steffen Bockhahn
Christine Buchholz
Eva Bulling-Schröter
Roland Claus
Sevim Dağdelen
Dr. Diether Dehm
Heidrun Dittrich
Werner Dreibus
Dr. Dagmar Enkelmann
Klaus Ernst
Nicole Gohlke
Diana Golze
Annette Groth
Heike Hänsel
Dr. Rosemarie Hein
Inge Höger
Dr. Barbara Höll
Andrej Konstantin Hunko
Dr. Lukrezia Jochimsen
Katja Kipping
Harald Koch
Jan Korte
Jutta Krellmann
Katrin Kunert
Caren Lay
Sabine Leidig
Ralph Lenkert
Michael Leutert
Stefan Liebich
Ulla Lötzer
Dr. Gesine Lötzsch
Thomas Lutze (D)
Ulrich Maurer
Dorothée Menzner
Cornelia Möhring
Kornelia Möller
Niema Movassat
Wolfgang Nešković
Thomas Nord
Petra Pau
Jens Petermann
Richard Pitterle
Yvonne Ploetz
Michael Schlecht
Dr. Herbert Schui
Dr. Ilja Seifert
Kathrin Senger-Schäfer
Raju Sharma
Dr. Petra Sitte
Kersten Steinke
Sabine Stüber
Alexander Süßmair
Dr. Kirsten Tackmann
Frank Tempel
Dr. Axel Troost
Alexander Ulrich
Kathrin Vogler
Sahra Wagenknecht
Halina Wawzyniak
Harald Weinberg
Jörn Wunderlich

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

(A) Dann kommen wir zu dem zweiten Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/1648 zu dem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen: Abgegebene Stimmen 597. Mit Ja haben gestimmt 205, mit Nein 325, Enthaltungen 67. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt. (C)

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen:	598;
davon	
ja:	205
nein:	326
enthalten:	67

Ja

CDU/CSU

Manfred Kolbe

SPD

Ingrid Arndt-Brauer
Heinz-Joachim Barchmann
Doris Barnett
Dr. Hans-Peter Bartels
Klaus Barthel
Sören Bartol
Bärbel Bas
Sabine Bätzing-Lichtenthäler
Uwe Beckmeyer
Lothar Binding (Heidelberg)
Gerd Bollmann
Klaus Brandner
(B) Willi Brase
Marco Bülow
Ulla Burchardt
Martin Burkert
Petra Crone
Dr. Peter Danckert
Martin Dörmann
Elvira Drobinski-Weiß
Garrelt Duin
Sebastian Edathy
Siegmund Ehrmann
Dr. h. c. Gernot Erler
Petra Ernstberger
Karin Evers-Meyer
Elke Ferner
Gabriele Fograscher
Dr. Edgar Franke
Dagmar Freitag
Peter Friedrich
Sigmar Gabriel
Michael Gerdes
Martin Gerster
Iris Gleicke
Günter Gloser
Ulrike Gottschalck
Angelika Graf (Rosenheim)
Michael Groschek
Michael Groß
Wolfgang Gunkel
Hans-Joachim Hacker
Bettina Hagedorn
Klaus Hagemann
Michael Hartmann (Wackernheim)
Hubertus Heil (Peine)
Rolf Hempelmann
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Gabriele Hiller-Ohm
Petra Hinz (Essen)
Frank Hofmann (Volkach)
Dr. Eva Högl
Christel Humme
Josip Juratovic
Oliver Kaczmarek
Johannes Kahrs
Dr. h. c. Susanne Kastner
Ulrich Kelber
Lars Klingbeil
Hans-Ulrich Klose
Dr. Bärbel Kofler
Daniela Kolbe (Leipzig)
Fritz Rudolf Körper
Anette Kramme
Nicolette Kressl
Angelika Krüger-Leißner
Ute Kumpf
Christine Lambrecht
Christian Lange (Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Steffen-Claudio Lemme
Burkhard Lischka
Gabriele Lösekrug-Möller
Kirsten Lühmann
Caren Marks
Katja Mast
Petra Merkel (Berlin)
Ullrich Meßmer
Dr. Matthias Miersch
Franz Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Andrea Nahles
Dietmar Nietan
Manfred Nink
Thomas Oppermann
Holger Ortel
Aydan Özoğuz
Heinz Paula
Johannes Pflug
Joachim Poß
Dr. Wilhelm Priesmeier
Florian Pronold
Dr. Sascha Raabe
Mechthild Rawert
Gerold Reichenbach
Dr. Carola Reimann
Sönke Rix
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Karin Roth (Esslingen)
Michael Roth (Heringen)
Marlene Rupprecht (Tuchenbach)
Anton Schaaf
Axel Schäfer (Bochum)
Bernd Scheelen
Marianne Schieder (Schwandorf)
Werner Schieder (Weiden)
Ulla Schmidt (Aachen)
Carsten Schneider (Erfurt)
Olaf Scholz
Ottmar Schreiner
Swen Schulz (Spandau)
Ewald Schurer
Frank Schwabe
Dr. Angelica Schwall-Düren
Dr. Martin Schwanholz
Rolf Schwanitz
Stefan Schwartze
Dr. Carsten Sieling
Sonja Steffen
Peer Steinbrück
Dr. Frank-Walter Steinmeier
Christoph Strässer
Kerstin Tack
Dr. h. c. Wolfgang Thierse
Franz Thönnes
Wolfgang Tiefensee
Rüdiger Veit
Ute Vogt
Dr. Marlies Volkmer
Andrea Wicklein
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Dr. Dieter Wiefelspütz
Waltraud Wolff (Wolmirstedt)
Dagmar Ziegler
Manfred Zöllmer
Brigitte Zypries

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Kerstin Andreae
Marieluise Beck (Bremen)
Volker Beck (Köln)
Birgitt Bender
Alexander Bonde
Viola von Cramon-Taubadel
Ekin Deligöz
Katja Dörner
Hans-Josef Fell
Dr. Thomas Gambke
Kai Gehring
Katrin Göring-Eckardt
Britta Haßelmann
Bettina Herlitzius
Winfried Hermann
Priska Hinz (Herborn)
Ulrike Höfken
Dr. Anton Hofreiter
Bärbel Höhn
Ingrid Hönlinger
Thilo Hoppe
Uwe Kekeritz
Katja Keul
Memet Kilic
Sven-Christian Kindler
Maria Klein-Schmeink
Ute Koczy
Tom Koenigs
Sylvia Kotting-Uhl
Oliver Krischer
Agnes Krumwiede
Fritz Kuhn
Stephan Kühn
Renate Künast
Markus Kurth
Undine Kurth (Quedlinburg)
Monika Lazar
Nicole Maisch
Agnes Malczak
Jerzy Montag
Kerstin Müller (Köln)
Beate Müller-Gemmeke
Ingrid Nestle
Dr. Konstantin von Notz
Omid Nouripour
Friedrich Ostendorff
Dr. Hermann Ott
Lisa Paus
Brigitte Pothmer
Tabea Rößner (D)
Claudia Roth (Augsburg)
Krista Sager
Manuel Sarrazin
Christine Scheel
Dr. Gerhard Schick
Dr. Frithjof Schmidt
Dorothea Steiner
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
Hans-Christian Ströbele
Dr. Harald Terpe
Markus Tressel
Jürgen Trittin
Daniela Wagner
Wolfgang Wieland
Dr. Valerie Wilms
Josef Philip Winkler

Nein

CDU/CSU

Ilse Aigner
Peter Altmaier
Peter Aumer
Dorothee Bär
Thomas Bareiß
Norbert Barthle
Günter Baumann
Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)
Manfred Behrens (Börde)
Veronika Bellmann

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

(A)
Dr. Christoph Bergner
Peter Beyer
Steffen Bilger
Clemens Binninger
Peter Bleser
Dr. Maria Böhmer
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Wolfgang Bosbach
Norbert Brackmann
Klaus Brähmig
Michael Brand
Dr. Reinhard Brandl
Helmut Brandt
Dr. Ralf Brauksiepe
Dr. Helge Braun
Heike Brehmer
Ralph Brinkhaus
Leo Dautzenberg
Alexander Dobrindt
Thomas Dörflinger
Marie-Luise Dött
Dr. Thomas Feist
Enak Ferlemann
Ingrid Fischbach
Hartwig Fischer (Göttingen)
Dirk Fischer (Hamburg)
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Dr. Maria Flachsbarth
Klaus-Peter Flosbach
Herbert Frankenhauser
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
(B)
Michael Frieser
Erich G. Fritz
Dr. Michael Fuchs
Hans-Joachim Fuchtel
Alexander Funk
Ingo Gädechens
Dr. Peter Gauweiler
Dr. Thomas Gebhart
Norbert Geis
Alois Gerig
Eberhard Gienger
Michael Glos
Josef Göppel
Peter Götz
Dr. Wolfgang Götzer
Ute Granold
Reinhard Grindel
Michael Grosse-Brömer
Markus Grübel
Manfred Grund
Monika Grütters
Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg
Olav Gutting
Florian Hahn
Holger Haibach
Dr. Stephan Harbarth
Jürgen Hardt
Gerda Hasselfeldt
Dr. Matthias Heider
Mechthild Heil
Ursula Heinen-Esser
Frank Heinrich
Rudolf Henke
Michael Hennrich
Jürgen Herrmann
Ansgar Heveling
Ernst Hinsken
Peter Hintze
Christian Hirte
Robert Hochbaum
Karl Holmeier
Franz-Josef Holzenkamp
Joachim Hörster
Anette Hübinger
Thomas Jarzombek
Dieter Jasper
Dr. Franz Josef Jung
Andreas Jung (Konstanz)
Dr. Egon Jüttner
Hans-Werner Kammer
Steffen Kampeter
Alois Karl
Bernhard Kaster
Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen)
Volker Kauder
Dr. Stefan Kaufmann
Roderich Kiesewetter
Eckart von Klaeden
Ewa Klamt
Volkmar Klein
Jürgen Klimke
Julia Klöckner
Axel Knoerig
Jens Koeppen
Dr. Kristina Schröder
Dr. Rolf Koschorrek
Hartmut Koschyk
Thomas Kossendey
Michael Kretschmer
Gunther Krichbaum
Dr. Günter Krings
Rüdiger Kruse
Bettina Kudla
Dr. Hermann Kues
Günter Lach
Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)
Andreas G. Lämmel
Dr. Norbert Lammert
Katharina Landgraf
Ulrich Lange
Dr. Max Lehmer
Paul Lehrieder
Dr. Ursula von der Leyen
Ingbert Liebing
Matthias Lietz
Dr. Carsten Linnemann
Patricia Lips
Dr. Jan-Marco Luczak
Dr. Michael Luther
Karin Maag
Dr. Thomas de Maizière
Hans-Georg von der Marwitz
Andreas Mattfeldt
Stephan Mayer (Altötting)
Dr. Michael Meister
Dr. Angela Merkel
Maria Michalk
Dr. h. c. Hans Michelbach
Dr. Mathias Middelberg
Philipp Mißfelder
Dietrich Monstadt
Marlene Mortler
Dr. Gerd Müller
Stefan Müller (Erlangen)
Nadine Müller (St. Wendel)
Dr. Philipp Murmann
Bernd Neumann (Bremen)
Michaela Noll
Dr. Georg Nüßlein
Franz Obermeier
Eduard Oswald
Henning Otte
Dr. Michael Paul
Rita Pawelski
Ulrich Petzold
Dr. Joachim Pfeiffer
Sibylle Pfeiffer
Beatrix Philipp
Ronald Pofalla
Christoph Poland
Ruprecht Polenz
Eckhard Pols
Lucia Puttrich
Daniela Raab
Thomas Rachel
Dr. Peter Ramsauer
Eckhardt Rehberg
Katherina Reiche (Potsdam)
Lothar Riebsamen
Josef Rief
Klaus Riegert
Dr. Heinz Riesenhuber
Johannes Röring
Dr. Norbert Röttgen
Dr. Christian Ruck
Erwin Rüddel
Albert Rupprecht (Weiden)
Anita Schäfer (Saalstadt)
Dr. Wolfgang Schäuble
Dr. Annette Schavan
Dr. Andreas Scheuer
Karl Schiewerling
Norbert Schindler
Tankred Schipanski
Georg Schirmbeck
Christian Schmidt (Fürth)
Patrick Schnieder
Dr. Andreas Schockenhoff
Dr. Ole Schröder
Bernhard Schulte-Drüggelte
Uwe Schummer
Armin Schuster (Weil am Rhein)
Detlef Seif
Johannes Selle
Reinhold Sendker
Dr. Patrick Sensburg
Thomas Silberhorn
Johannes Singhammer
Jens Spahn
Carola Stauche
Dr. Frank Steffel
Erika Steinbach
Christian Freiherr von Stetten
Dieter Stier
Gero Storjohann
Stephan Stracke
Max Straubinger (C)
Karin Strenz
Thomas Strobl (Heilbronn)
Lena Strothmann
Michael Stübgen
Dr. Peter Tauber
Antje Tillmann
Dr. Hans-Peter Uhl
Arnold Vaatz
Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Stefanie Vogelsang
Andrea Astrid Voßhoff
Dr. Johann Wadephul
Marco Wanderwitz
Kai Wegner
Marcus Weinberg (Hamburg)
Peter Weiß (Emmendingen)
Sabine Weiss (Wesel I)
Ingo Wellenreuther
Karl-Georg Wellmann
Peter Wichtel
Annette Widmann-Mauz
Klaus-Peter Willsch
Elisabeth Winkelmeier-Becker
Dagmar Wöhrl
Dr. Matthias Zimmer
Wolfgang Zöller
Willi Zylajew

FDP

Jens Ackermann
Christian Ahrendt
Christine Aschenberg-Dugnus (D)
Daniel Bahr (Münster)
Florian Bernschneider
Sebastian Blumenthal
Claudia Bögel
Nicole Bracht-Bendt
Klaus Breil
Rainer Brüderle
Ernst Burgbacher
Marco Buschmann
Sylvia Canel
Helga Daub
Reiner Deutschmann
Dr. Bijan Djir-Sarai
Patrick Döring
Mechthild Dyckmans
Rainer Erdel
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Paul K. Friedhoff
Dr. Edmund Peter Geisen
Dr. Wolfgang Gerhardt
Hans-Michael Goldmann
Heinz Golombeck
Miriam Gruß
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Christel Happach-Kasan
Heinz-Peter Haustein
Manuel Höferlin
Elke Hoff
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Heiner Kamp

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

(A)

Michael Kauch
Dr. Lutz Knopek
Pascal Kober
Dr. Heinrich L. Kolb
Hellmut Königshaus
Gudrun Kopp
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
Sebastian Körber
Patrick Kurth (Kyffhäuser)
Heinz Lanfermann
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Lars Lindemann
Christian Lindner
Michael Link (Heilbronn)
Dr. Erwin Lotter
Oliver Luksic
Horst Meierhofer
Patrick Meinhardt
Gabriele Molitor
Jan Mücke
Petra Müller (Aachen)
Burkhardt Müller-Sönksen
Dr. Martin Neumann (Lausitz)
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Dr. Christiane Ratjen-Damerau
Dr. Birgit Reinemund
Dr. Peter Röhlinger
Dr. Stefan Ruppert
Björn Sänger
Frank Schäffler
Christoph Schnurr
Jimmy Schulz
Marina Schuster
Dr. Erik Schweickert
Werner Simmling
Judith Skudelny
Dr. Hermann Otto Solms
Joachim Spatz
Dr. Max Stadler
Torsten Staffeldt
Dr. Rainer Stinner
Stephan Thomae
Florian Toncar
Serkan Tören
Johannes Vogel (Lüdenscheid)
Dr. Daniel Volk
Dr. Guido Westerwelle
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Hartfrid Wolff (Rems-Murr)

Enthalten

DIE LINKE

Jan van Aken
Agnes Alpers
Dr. Dietmar Bartsch
Herbert Behrens
Matthias W. Birkwald
Heidrun Bluhm
Steffen Bockhahn
Christine Buchholz
Eva Bulling-Schröter
Roland Claus
Sevim Dağdelen
Dr. Diether Dehm
Heidrun Dittrich
Werner Dreibus
Dr. Dagmar Enkelmann
Klaus Ernst
Nicole Gohlke
Diana Golze
Annette Groth
Heike Hänsel
Dr. Rosemarie Hein
Inge Höger
Dr. Barbara Höll
Andrej Konstantin Hunko
Dr. Lukrezia Jochimsen
Katja Kipping
Harald Koch
Jan Korte
Jutta Krellmann
Katrin Kunert
Caren Lay
Sabine Leidig
Ralph Lenkert
Michael Leutert
Stefan Liebich
Ulla Lötzer
Dr. Gesine Lötzsch
Thomas Lutze
Ulrich Maurer
Dorothée Menzner
Cornelia Möhring
Kornelia Möller
Niema Movassat
Wolfgang Nešković
Thomas Nord
Petra Pau
Jens Petermann
Richard Pitterle
Yvonne Ploetz
Michael Schlecht
Dr. Herbert Schui
Dr. Ilja Seifert
Kathrin Senger-Schäfer
Raju Sharma
Dr. Petra Sitte
Kersten Steinke
Sabine Stüber
Alexander Süßmair
Dr. Kirsten Tackmann
Frank Tempel
Dr. Axel Troost
Alexander Ulrich
Kathrin Vogler
Sahra Wagenknecht
Halina Wawzyniak
Harald Weinberg
Jörn Wunderlich

(C)

(B)

(D)

Jetzt kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP auf Drucksache 17/1641 in der soeben geänderten Fassung.

Wie ich sehe, haben die Schriftführerinnen und Schriftführer die vorgesehenen Plätze eingenommen. Ich eröffne die Abstimmung. Das ist auch die letzte namentliche Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt.

Haben alle Kolleginnen und Kollegen ihre Stimmkarte eingeworfen? – Ich glaube, das ist der Fall. Ich schließe den Wahlgang und bitte, auszuzählen. Das Ergebnis der Abstimmung wird Ihnen später bekanntgegeben.[1)]

Interfraktionell ist vereinbart, die **heutige Tagesordnung** um die Beratung der Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses auf Drucksache 17/1646 zu Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht zu erweitern und diese jetzt als Zusatzpunkt 11 aufzurufen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Zusatzpunkt 11 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Rechtsausschusses (6. Ausschuss)

zu Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz

– Drucksache 17/1646 –

Berichterstattung:
Abgeordneter Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen)

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses zu Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz, Drucksache 17/1646.

Der Rechtsausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung, im Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das genannte Gesetz Stellung zu nehmen und den Präsidenten zu bitten, Professor Dr. Franz Mayer als Prozessbevollmächtigten zu bestellen. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Grünen haben sich nicht beteiligt, aber die Mehrheit ist geklärt. Die Koalitionsfraktionen haben zugestimmt. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben auch zugestimmt! – Weiterer Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das haben wir gerade festgestellt!)

[1)] Ergebnis Seite 4046 C

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

(A) – Sie haben zugestimmt? – Dann ist die Mehrheit noch erweitert worden um die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ich rufe auf die Tagesordnungspunkte 24 a, 24 b sowie Zusatzpunkte 8 und 9:

24 a) Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Elke Ferner, Bärbel Bas, Dr. Edgar Franke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Einführung einer Kopfprämie in der gesetzlichen Krankenversicherung

– Drucksache 17/865 –

b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Martina Bunge, Kathrin Senger-Schäfer, Harald Weinberg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege einführen

– Drucksache 17/1238 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Gesundheit (f)
Innenausschuss
Rechtsausschuss
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

(B) ZP 8 Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Harald Weinberg, Dr. Martina Bunge, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Keine Kopfpauschale – Für eine solidarische Krankenversicherung

– Drucksachen 17/240, 17/1605 –

Berichterstattung:
Abgeordneter Dr. Rolf Koschorrek

ZP 9 Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Birgitt Bender, Maria Anna Klein-Schmeink, Elisabeth Scharfenberg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Für eine solidarische und nachhaltige Finanzierung des Gesundheitswesens

– Drucksachen 17/258, 17/1606 –

Berichterstattung:
Abgeordneter Dr. Karl Lauterbach

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache eineinhalb Stunden vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

(C) (Wolfgang Zöller [CDU/CSU]: Geben wir das doch zu Protokoll! Da kommt wieder dasselbe!)

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erster Rednerin der Kollegin Elke Ferner von der SPD-Fraktion das Wort.

Elke Ferner (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für Ihre Gesundheitspolitik gilt: Sie führen die Menschen in unserem Land hinters Licht, und Sie fahren – das ist leider das Schlimme daran – unser Gesundheitssystem sehenden Auges an die Wand. Anstatt zu handeln und den Menschen vor wichtigen Landtagswahlen reinen Wein einzuschenken, verkriechen Sie sich in Kommissionen und reden die Probleme klein.

Sie haben in diesem Jahr ein **Defizit in den gesetzlichen Krankenkassen** von knapp 8 Milliarden Euro zu verantworten. Sie haben es wegen Ihrer Untätigkeit, die Kosten zu begrenzen, zu verantworten, dass schon jetzt einige Krankenkassen Zusatzbeiträge erheben müssen.

(Ulrike Flach [FDP]: Aber Frau Ferner! – Heinz Lanfermann [FDP]: Das war doch Ihre Idee mit den Zusatzbeiträgen!)

Mit einem einmaligen Steuerzuschuss von 3,9 Milliarden Euro in diesem Jahr versuchen Sie, sich über die Runden und vor allen Dingen über die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen zu retten. Sie wollen vor dieser Landtagswahl vertuschen, welche zusätzlichen Belastungen auf die 51,5 Millionen Mitglieder in der gesetzlichen Krankenversicherung und ihre Familien zukommen. (D)

Deshalb wollen Sie unsere Anfrage, in der wir Auskunft darüber verlangen, welche konkreten Zusatzbelastungen durch die Kopfpauschale und das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge für die GKV-Mitglieder entstehen, erst im Herbst beantworten. Über Monate haben Sie darüber gestritten, ob Sie eine Kopfpauschale vereinbart haben oder nicht.

(Zuruf von der FDP: Haben wir nicht!)

Sie haben jetzt eine **Regierungskommission** eingesetzt, in der zwar das halbe Kabinett vertreten, aber wenig Sachverstand vorhanden ist.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Na, na!)

Sie tagen hinter verschlossenen Türen, damit nur ja vor dem kommenden Sonntag keine konkreten Zahlen herauskommen. Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien von CDU, CSU und FDP weigern sich – das muss man wirklich feststellen –, einfachste Grundrechenarten anzuwenden.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Aha!)

Aber Sie haben heute und hier Gelegenheit, Farbe zu bekennen.

Was will Schwarz-Gelb? Schwarz-Gelb will zunächst einmal die Arbeitgeberbeiträge einfrieren, und zwar tatsächlich mit Unterstützung der CSU. Darin besteht

Elke Ferner

(A) Einigkeit. Aber Sie verschweigen den Menschen, was das konkret bedeutet. Das heißt nämlich im Klartext, liebe Kolleginnen und Kollegen:

Die **steigenden Kosten für Arzneimittel** sowie aufgrund des medizinischen Fortschritts und der älter werdenden Gesellschaft sollen alleine von den Mitgliedern in der gesetzlichen Krankenversicherung getragen werden.

Sie wollen eine **Kopfpauschale** einführen.

(Zuruf der Abg. Ulrike Flach [FDP])

Einer Ihrer Experten, den Sie nächste Woche in Ihre merkwürdige Kommission einladen, geht von 200 bis 220 Euro pro Monat aus. Sie wollen die Kopfpauschale zwar schrittweise einführen. Aber es ist dann nur eine Frage der Zeit, bis die Grenze von 200 Euro überschritten ist und fast alle Mitglieder in der gesetzlichen Krankenversicherung zu Bittstellern werden, weil ein Sozialausgleich notwendig ist.

Im nächsten Jahr können bis zu 15 Milliarden Euro fehlen. Das sind keine Horrorzahlen der Opposition, sondern Zahlen des Bundesversicherungsamtes. Umgerechnet auf 51,5 Millionen Mitglieder in der GKV bedeutet das, wenn für die fehlenden 15 Milliarden Euro keine Deckung gefunden wird: etwas über 24 Euro Kopfpauschale im Monat. Selbst wenn es Ihnen gelingen sollte, wovon ich nicht ausgehe, das diesjährige Defizit ins nächste Jahr zu retten – das heißt also, keine Ausgabensteigerungen zu haben und nur 8 Milliarden Euro über eine Kopfpauschale umfinanzieren zu müssen –,
(B) dann sind wir bei knapp 13 Euro pro Monat.

Ich frage Sie hier und heute – Sie stellen ja reichlich Rednerinnen und Redner inklusive Regierungsmitglieder, die dazu Stellung beziehen können –: Wollen Sie, dass die **Kostensteigerungen in den nächsten Jahren,** beispielsweise die 15 Milliarden Euro, über eine Kopfpauschale von knapp 25 Euro allein von den GKV-Mitgliedern getragen werden – ja oder nein? Sie können zwei Tage vor der Landtagswahl diese Frage nachher ganz klar und eindeutig beantworten. Wollen Sie die Kostensteigerungen in den darauffolgenden Jahren auch allein den GKV-Mitgliedern auflasten – ja oder nein? Auf diese klare Frage können Sie ebenfalls antworten. Bleibt es dabei, dass niemand mehr als 1 Prozent seines Einkommens zusätzlich zahlen muss, wie es Herr Rösler versprochen hat – ja oder nein?

Sagen Sie doch hier und heute, wie hoch die zusätzlichen Belastungen je GKV-Mitglied sein werden und wie der Sozialausgleich gezahlt und organisiert werden soll! Schenken Sie den Menschen vor der Wahl reinen Wein ein,

(Zurufe des Abg. Willi Zylajew [CDU/CSU])

damit sie übermorgen bei ihrer Entscheidung an der Wahlurne auch darüber abstimmen können, ob sie weiterhin ein solidarisch finanziertes Gesundheitswesen oder lieber eine Kopfpauschale haben wollen, bei der die Rentnerin mit der Minirente im Ergebnis mehr zahlt als der Spitzenverdiener!

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Wir wollen Klarheit!) (C)

Sie fragen sich: Wieso plötzlich mehr? Das hat mit steuerrechtlichen Regelungen zu tun; denn durch die Absetzbarkeit der Krankenkassenausgaben hat natürlich der Spitzenverdiener einen größeren Vorteil als derjenige, der wenig oder überhaupt keine Steuern zahlt. Das geht also genau in die entgegengesetzte Richtung. Die Behauptung, jeder zahle gleich viel, entspricht also nicht der Wahrheit.

Sie können heute und hier sagen, wie dieser automatische **Sozialausgleich** organisiert werden soll, wer einen Sozialausgleich bekommen soll und vor allem, wie dieser Bürokratiewahnsinn gewuppt werden soll, was er kosten soll und wer dafür finanziell geradestehen soll. Die Arbeit der 21 Männer und Frauen beim Bundesversicherungsamt, die den Gesundheitsfonds verwalten, ist ein Klacks gegenüber dem, was Sie zusätzlich an Bürokratie aufbauen müssen.

Das scheint einigen in der Regierung, zumindest im Arbeits- und Sozialministerium, schon klar geworden zu sein, wie man den Zeitungen entnehmen konnte. Sie haben sich gefragt, wie denn für Rentnerinnen und Rentner der Sozialausgleich ohne Antragstellung bewerkstelligt werden kann. Zu welcher Erkenntnis kommen sie? Zu einer Erkenntnis, zu der jedes kleine Kind kommen kann: Nur wenige Rentnerinnen und Rentner sind überhaupt steuerpflichtig. Es gibt daher überhaupt gar keine Stelle, die ohne Antragstellung und zusätzliche Datenerhebung in der Lage wäre, einen automatischen Sozialausgleich durchzuführen. Also müssten Rentnerinnen (D) und Rentner, auch Schwerstpflegebedürftige, einen Antrag auf Sozialausgleich stellen, damit sie ihre Krankenkasse überhaupt bezahlen können. All das bedeutet Ihre Kopfpauschale.

Das gilt auch für diejenigen mit niedrigem Einkommen, die keine Steuern zahlen. Auch da gibt es keine Stelle, die den Sozialausgleich automatisch durchführen könnte. Sie von der Koalition machen Millionen von Menschen zu Bittstellern, Menschen, die bisher ihre Krankenversicherung selbst bezahlen konnten. Sie können heute und hier sagen, wie viele Menschen einen Sozialausgleich brauchen werden. Ich habe einmal nachgesehen, weil Sie sich den Antworten wahrscheinlich wieder einmal verweigern werden. Angenommen, es bliebe dabei und niemand müsste mehr als 1 Prozent seines Einkommens zahlen, angenommen, es bliebe bei einem Defizit von 15 Milliarden Euro im nächsten Jahr, hieße das eine Kopfpauschale von etwas über 24 Euro pro Monat und GKV-Mitglied. Das hieße für jeden mit einem Einkommen von weniger als 2 500 Euro, dass er einen Anspruch auf Sozialausgleich hätte.

(Zuruf der Abg. Ulrike Flach [FDP])

– Wissen Sie überhaupt, Frau Flach, wie viele GKV-Mitglieder unterhalb dieser Einkommensgrenze liegen?

(Ulrike Flach [FDP]: Ja!)

40,1 Millionen Menschen verdienen weniger als 2 500 Euro und sind in der gesetzlichen Krankenversi-

Elke Ferner

(A) cherung versichert. Davon sind 15,8 Millionen **Rentnerinnen und Rentner.** Das sind über 94 Prozent aller Rentnerinnen und Rentner.

(Heinz Lanfermann [FDP]: Bei diesen vielen Zahlen wird einem ja schwindelig!)

Liebe Rentnerinnen und Rentner, Sie können, wenn Sie jedes Jahr einen Antrag auf Sozialausgleich stellen wollen, am kommenden Sonntag in Nordrhein-Westfalen

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Da sind übrigens Landtagswahlen!)

gerne CDU oder FDP wählen. Wenn Sie das nicht wollen, wenn Sie weiterhin Ihre Krankenkassenbeiträge selber bezahlen können wollen, dann müssen Sie SPD wählen.

(Beifall bei der SPD)

Selbst bei einem Defizit von 8 Milliarden Euro hätten immer noch 12,4 Millionen Rentnerinnen und Rentner – das sind drei Viertel aller Rentnerinnen und Rentner – einen Anspruch auf Sozialausgleich. Insgesamt wären 27,8 Millionen GKV-Mitglieder anspruchsberechtigt. Ich wünsche Ihnen dabei wirklich viel Vergnügen.

Sie können sich zumindest bei uns darauf verlassen, dass im Gesundheitswesen weiterhin gelten muss: Die Jungen stehen für die Alten ein, die Gesunden für die Kranken, und diejenigen, die mehr verdienen, für diejenigen, die weniger verdienen. Man hat aber diese Woche über Herrn Spahn und Herrn Bahr lesen können, dass sie
(B) die Älteren mit zur Kasse bitten wollen, weil sie so viele Kosten verursachen. – Herr Spahn, Sie schütteln den Kopf. Wenn das nicht stimmt, können Sie das gerne richtigstellen. Ich habe noch kein Dementi gehört.

Ich will hier noch einmal klarstellen: Wir bleiben beim **Solidarprinzip.** Wir wollen in der gesetzlichen Krankenversicherung kein Verursacherprinzip.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen auch nicht, dass Auszubildende, Studierende und sehr viele Frauen nach der Einführung einer Kopfpauschale auf einen Sozialausgleich angewiesen sein werden. Aber das ist noch nicht alles. Mittlerweile mehren sich die Gerüchte,

(Ulrike Flach [FDP]: Nein!)

dass nach der Nordrhein-Westfalen-Wahl ein Sparpaket geschnürt werden soll. Dabei soll nicht etwa im Arzneimittelbereich gespart werden. Nein, es geht um **Leistungsausgliederungen.** Sie können heute klar und deutlich sagen, ob Sie Leistungsausgrenzungen planen oder nicht. Ich frage Sie: Wollen Sie, dass das Krankengeld in Höhe von 7,2 Milliarden Euro ausgegliedert wird – ja oder nein? Wollen Sie die privaten Unfälle aus dem Leistungskatalog der Krankenversicherung ausgliedern – ja oder nein?

(Zuruf der Abg. Ulrike Flach [FDP])

– Sie können das nachher ganz klar beantworten, Frau Flach. Aber ich kann Ihnen und vor allen Dingen der Öffentlichkeit eines sagen: Sie sprechen immer davon, dass (C)
die Versicherten mehr Eigenverantwortung übernehmen sollen. Sie meinen damit allerdings, dass die Versicherten mehr bezahlen sollen. Das ist die Politik von Schwarz-Gelb.

(Beifall bei der SPD – Ulrike Flach [FDP]: Das tut schon weh, was Sie hier erzählen!)

– Ich kann mir vorstellen, dass Ihnen das wehtut, Frau Flach; denn damit kommt endlich einmal auf den Tisch, was Sie nach der **Nordrhein-Westfalen-Wahl** planen. Sie können heute, zwei Tage vor der Wahl, hier sagen, ob das geplant ist oder nicht. Wir werden das ja hinterher überprüfen können.

(Ulrike Flach [FDP]: Ja, das wäre nicht schlecht!)

Mit Ihrer Untätigkeit und den unsinnigen Diskussionen über ein System, das nicht kommen wird, richten Sie unser Gesundheitssystem zugrunde. Man kann das vergleichen mit einer Operation am offenen Herzen, die allerdings nicht in einem modernen Operationssaal, sondern auf freier Flur stattfindet. Das will niemand in der Republik, und deshalb ist eine Mehrheit der Menschen, über 70 Prozent, auch gegen die Kopfpauschale. Eine Mehrheit will die Bürgerversicherung haben.

(Heinz Lanfermann [FDP]: Die kennt doch noch gar keiner, die Bürgerversicherung!)

Ich kann den Menschen in Nordrhein-Westfalen nur zurufen: Gehen Sie am Sonntag zur Wahl und wählen Sie die SPD! Damit können Sie die Kopfpauschale verhindern; denn solch einem Schwachsinn werden wir im (D)
Bundesrat nie unsere Stimme geben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Johannes Singhammer für die Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Johannes Singhammer (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Angst macht krank und nicht gesund. Wer den Menschen Angst machen will, und zwar aus dem einzigen Grund, dass in 48 Stunden die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen stattfindet,

(Elke Ferner [SPD]: Stellen Sie es richtig, Herr Singhammer!)

der sollte sich selbst, Frau Ferner, nur noch sehr zurückhaltend als Gesundheitspolitiker bezeichnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir werden jedenfalls nicht zulassen, dass hier eine missglückte Abschlusskundgebung vor der NRW-Wahl stattfindet, sondern wir werden vor den Menschen, die uns zuhören, eine ehrliche Debatte führen.

Die ehrliche Debatte beginnt damit, Ihrer **Begriffsverwirrung** zu begegnen. Sie überschreiben das Thema

Johannes Singhammer

(A) mit dem Wort „Kopfpauschale“. Es geht hier aber nicht um eine Kopfpauschale.

(Elke Ferner [SPD]: Natürlich! Um was denn sonst?)

Niemand in der Union will eine Kopfpauschale, die bedeuten würde, dass jeder gesetzlich Versicherte, jedes Kind in der gesetzlichen Krankenversicherung

(Elke Ferner [SPD]: Das habe ich auch nicht gesagt!)

und jeder in der privaten Krankenversicherung einen Einheitsbetrag zahlt, das heißt mit einer Pauschale pro Kopf versichert würde.

(Elke Ferner [SPD]: Habe ich das gesagt?)

Das haben wir immer betont. Insofern ist schon diese Bezeichnung in der Debatte entlarvend.

Ich warne auch davor, das deutsche Gesundheitssystem schlechtzureden und das Szenario zu entwickeln, dass den Patienten eine Versorgungswüste drohe

(Elke Ferner [SPD]: Ja, mit dieser Regierung schon!)

und auch die letzten Oasen ausgetrocknet würden. Nein, in der Debatte geht es um Folgendes: Wie können wir das deutsche Gesundheitswesen im Vergleich zu anderen noch besser, noch leistungsfähiger machen?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(B) Wir wollen ein Gesundheitssystem, das auf Solidarität, Leistungsgewährung nach Bedarf, freie Arztwahl,

(Elke Ferner [SPD]: Dann müssen Sie von der Kopfpauschale Abstand nehmen!)

Selbstverwaltung und ein breitgefächertes, gegliedertes System mit unterschiedlichen Trägern, Verbänden und Selbsthilfeorganisationen gegründet ist. Wenn Sie nachfragen: „Was tut ihr?“,

(Harald Weinberg [DIE LINKE]: Nichts!)

dann kann ich Ihnen nur eines sagen: Wir haben in den vergangenen Wochen erstmals ein konsequentes Paket zur **Kosteneinsparung** bei den Arzneimitteln vorgelegt. Das haben Sie in der Form in keiner der diversen Regierungen, an denen Sie beteiligt waren, geschafft.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Elke Ferner [SPD]: Mehr als Sie und schneller als Sie!)

Wir haben das gegen alle Widerstände durchgezogen. Bei uns wissen die Menschen, woran sie sind. Vor allem wissen sie eines: Wer das Gesundheitssystem auf eine sichere finanzielle Basis stellen will, der muss zunächst einmal alle Möglichkeiten einer sinnvollen Einsparung nutzen.

(Elke Ferner [SPD]: Ach, das haben Sie auch schon erkannt! Herzlichen Glückwunsch! Das hat sich vor sechs Monaten noch anders angehört bei Ihnen!)

(C) Damit haben wir begonnen, und in dieser Hinsicht werden wir den Menschen auch weiterhin Klarheit geben.

Wir sagen aber auch – das gehört zur Ehrlichkeit dazu –, dass das Gesundheitswesen dauerhaft nicht ohne Ausgabensteigerungen Bestand haben wird; denn allein die demografische Entwicklung bringt ganz besondere Herausforderungen mit sich.

(Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Das sind doch Allgemeinplätze!)

Wir wollen ein **zukunftssicheres System** der gesetzlichen Krankenversicherung,

(Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Wer will das nicht!)

mit folgenden Schwerpunkten: Wir wollen die beste Medizin für alle, nicht die zweitbeste.

(Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Das sind doch Allgemeinplätze!)

Wir wollen das Gesundheitssystem darauf einstellen, dass es künftig mehr Ältere und weniger Jüngere gibt.

(Elke Ferner [SPD]: Antworten Sie doch mal auf meine Fragen, Herr Singhammer!)

Wir wollen, dass Beitragszahlungen für die Gesundheit nicht unfreiwillig zu wachsender Arbeitslosigkeit führen.

(Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Wer will denn das?)

(D) Wir wollen, dass die Gesundheitswirtschaft selbst viele Tausende neue, gut bezahlte Arbeitsplätze schafft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Elke Ferner [SPD]: Und dann sind Sie gegen den Mindestlohn! Das ist ja lächerlich!)

Das machen wir. Sie werden uns nicht davon abhalten.

(Birgitt Bender [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist die CSU jetzt für die Kopfpauschale?)

Wenn Sie uns immer wieder Hinweise geben, dann muss es schon gestattet sein, nachzufragen – das ist interessant –,

(Elke Ferner [SPD]: Eier, eier, eier!)

wie Sie denn die **Bürgerversicherung** ausgestalten wollen.

(Elke Ferner [SPD]: Beantworten Sie doch erst einmal meine Fragen, Herr Singhammer!)

Die von Ihnen geplante Bürgerversicherung ist eine Mogelpackung; denn Sie können den Menschen jetzt, 48 Stunden vor der NRW-Wahl, nicht einmal die Konturen und Umrisse des Modells aufzeigen. Frau Ferner, ich kann Ihnen aber sagen, wohin diese Pläne führen – hören Sie einmal genau zu! –: Die Bürgerversicherung führt nicht zur Entkopplung von Arbeits- und Gesundheitskosten.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Sagen Sie doch mal, wofür Sie sind, nicht, wogegen!)

Johannes Singhammer

(A) Die Folge wären steigende Gesundheitskosten. Die Bürgerversicherung sichert keine nachhaltige Finanzierung.

(Birgitt Bender [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber doch!)

Die Schwächen des bisherigen Systems blieben erhalten. Das würde nicht zu mehr, sondern zu weniger Arbeitsplätzen führen. Es ist das Gegenteil von Wettbewerb und einem zukunftssicheren Gesundheitssystem, die privaten und die gesetzlichen Krankenkassen zu einer Einheitskasse zusammenzuschalten, gleichzuschalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer fordert das denn? – Gegenruf des Abg. Wolfgang Zöller [CDU/CSU]: Der Lauterbach! – Gegenruf des Abg. Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das fordert nicht mal der Lauterbach!)

Es ist doch bei Ihnen immer das gleiche System.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Singhammer, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Bender?

Johannes Singhammer (CDU/CSU):

Ja, gerne.

Birgitt Bender (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

(B) Herr Kollege Singhammer, Sie sprachen von der PKV. Können Sie uns denn erklären, wie nach Einführung eines Kopfpauschalenmodells, bei dem jeder Mensch monatlich 140 oder 150 Euro zahlt, die PKV als Vollkostenversicherung zukünftig weiterbestehen soll?

Johannes Singhammer (CDU/CSU):

Frau Kollegin Bender, ich kann Ihnen das nicht erklären, weil es in der Form keine Kopfpauschale geben wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Lachen der Abg. Elke Ferner [SPD] sowie der Abg. Birgitt Bender [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Elke Ferner [SPD]: Sie lügen, ohne rot zu werden!)

Deshalb erübrigt sich jede Diskussion darüber.

(Birgitt Bender [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war jetzt aber keine Antwort!)

Lassen Sie mich, um bei der Diskussion auf den Punkt zu kommen, sagen: Das, was Sie wollen, ist verhängnisvoll. Sie sind nämlich bei der Bürgerversicherung immer auf der Suche: Wer kann denn noch mit Abgaben bedacht werden? Das ist immer das gleiche System.

(Heinz Lanfermann [FDP]: Abkassieren!)

– Abkassieren: Das ist das System.

Ich darf es, soweit Ihr System überhaupt schon erkennbar ist, an einem Beispiel darstellen: Die von der (C) SPD vorgeschlagene **Erweiterung des versicherten Personenkreises** ist keine Lösung; denn Sie müssten, wenn man es zu Ende denkt, für die Vielzahl der Beamtinnen und Beamten, die heute meist in der PKV sind, ein komplexes Umstellungssystem entwickeln.

(Elke Ferner [SPD]: Nein, das stimmt doch gar nicht!)

– Natürlich müssten Sie das machen. Es wäre ein komplexes System mit einem enormen Verwaltungsaufwand.

(Elke Ferner [SPD]: Die Beihilfe ist doch nun alles andere als unbürokratisch!)

Das wäre für diesen Bereich, den öffentlichen Dienst, teurer als vorher.

Sie haben das mit dem Vorschlag verbunden – man hört ihn immer wieder –, die **Beitragsbemessungsgrundlage** zu erweitern, also Mieten und Zinsen beitragspflichtig zu machen.

(Birgitt Bender [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genauso muss es sein!)

Es wäre interessant, zu erfahren, was Sie da genau vorhaben. Wissen Sie, was das Ergebnis wäre?

(Elke Ferner [SPD]: Ja!)

Die Verdiener kleiner und mittlerer Einkommen unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze würden zur Kasse gebeten;

(Elke Ferner [SPD]: Dann sagen Sie uns doch einmal, was Sie vorhaben!)

(D) für diejenigen, deren Einkommen oberhalb der Bemessungsgrenze liegen, würde sich überhaupt nichts ändern.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deswegen heißt das Prinzip Bürgerversicherung, dass der Briefträger zahlt und der Millionär verschont wird. Das ist nicht solidarisch, das ist unsolidarisch, und deshalb wollen wir uns mit einem derartigen Konzept auch überhaupt nicht anfreunden.

(Harald Weinberg [DIE LINKE]: Herr Singhammer, buchstabieren Sie mal Ehrlichkeit! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Im Übrigen liegen auch Parlamentarier hier in diesem Hause oberhalb der Bemessungsgrenze; sie wären ebenfalls nicht betroffen. Vielleicht kommen aus diesem Grund diese Zwischenrufe.

(Elke Ferner [SPD]: Reden Sie über Ihre Kopfpauschale, Herr Singhammer!)

Die Bürgerversicherung führt nicht zu mehr Gerechtigkeit; vielmehr ist sie eine Sondersteuer für die Bezieher mittlerer und unterer Einkommen. Deshalb wollen wir sie nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich habe Ihnen die **Grundzüge unserer Gesundheitspolitik** genannt. Wir werden unsere Konzepte nicht aufgrund des Wahltermins, sondern nach einer gründlichen Beratung in der Regierungskommission vorlegen.

Johannes Singhammer

(A) Dass wir uns nicht zu viel Zeit nehmen, sehen Sie an der Umsetzung der Eckpunkte im Arzneimittelbereich. Genauso zügig werden wir es auch in anderen Bereichen machen, wenn wir zu Ergebnissen gekommen sind.

(Elke Ferner [SPD]: Das hat ein halbes Jahr gedauert, Herr Singhammer!)

– Statt noch länger so zu schreien, lassen Sie es doch einmal Ihre nächsten Redner sagen; ich sehe den Kollegen Lauterbach. Soll er doch einmal sagen, wie er nun diese Bürgerversicherung ausgestaltet. Sagen Sie es doch einmal! Nennen Sie doch einmal die Bemessungsgrundlage, sagen Sie es doch bitte jetzt und nicht später.

(Elke Ferner [SPD]: Nein! Sie sollen sagen, wie die Kopfpauschale aussehen soll!)

Ich sage Ihnen: Wir wollen keine Bürgerverunsicherung, keine Angstmacherei vor der Wahl, sondern wir wollen Verlässlichkeit, Gerechtigkeit und Solidarität.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Elke Ferner [SPD]: Das wäre mal etwas ganz Neues bei Ihnen!) (C)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Wir kommen zurück zum Tagesordnungspunkt 23. Ich gebe Ihnen die von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelten **Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen zu den Entschließungsanträgen** bekannt.

Zunächst gebe ich Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/1639 zur Dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zum Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz bekannt: abgegebene Stimmen 598. Mit Ja haben 204 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein haben 394 gestimmt; es gab keine Enthaltungen. Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen:	599;
davon	
ja:	204
nein:	395

Ja

(B) (D)

CDU/CSU

Josef Göppel

SPD

Ingrid Arndt-Brauer
Heinz-Joachim Barchmann
Doris Barnett
Dr. Hans-Peter Bartels
Klaus Barthel
Sören Bartol
Bärbel Bas
Sabine Bätzing-Lichtenthäler
Uwe Beckmeyer
Lothar Binding (Heidelberg)
Gerd Bollmann
Klaus Brandner
Willi Brase
Marco Bülow
Ulla Burchardt
Martin Burkert
Petra Crone
Dr. Peter Danckert
Martin Dörmann
Elvira Drobinski-Weiß
Garrelt Duin
Sebastian Edathy
Siegmund Ehrmann
Dr. h. c. Gernot Erler
Petra Ernstberger
Karin Evers-Meyer
Elke Ferner
Gabriele Fograscher
Dr. Edgar Franke
Dagmar Freitag
Peter Friedrich
Sigmar Gabriel
Michael Gerdes
Martin Gerster
Iris Gleicke
Günter Gloser
Ulrike Gottschalck
Angelika Graf (Rosenheim)
Michael Groschek
Michael Groß
Wolfgang Gunkel
Hans-Joachim Hacker
Bettina Hagedorn
Klaus Hagemann
Michael Hartmann (Wackernheim)
Hubertus Heil (Peine)
Rolf Hempelmann
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Gabriele Hiller-Ohm
Petra Hinz (Essen)
Frank Hofmann (Volkach)
Dr. Eva Högl
Christel Humme
Josip Juratovic
Oliver Kaczmarek
Johannes Kahrs
Dr. h. c. Susanne Kastner
Ulrich Kelber
Lars Klingbeil
Hans-Ulrich Klose
Dr. Bärbel Kofler
Daniela Kolbe (Leipzig)
Fritz Rudolf Körper
Anette Kramme
Nicolette Kressl
Angelika Krüger-Leißner
Ute Kumpf
Christine Lambrecht
Christian Lange (Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Steffen-Claudio Lemme
Burkhard Lischka
Gabriele Lösekrug-Möller
Kirsten Lühmann
Caren Marks
Katja Mast
Petra Merkel (Berlin)
Ullrich Meßmer
Dr. Matthias Miersch
Franz Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Andrea Nahles
Dietmar Nietan
Manfred Nink
Thomas Oppermann
Holger Ortel
Aydan Özoğuz
Heinz Paula
Johannes Pflug
Joachim Poß
Dr. Wilhelm Priesmeier
Dr. Sascha Raabe
Mechthild Rawert
Gerold Reichenbach
Dr. Carola Reimann
Sönke Rix
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Karin Roth (Esslingen)
Michael Roth (Heringen)
Marlene Rupprecht (Tuchenbach)
Anton Schaaf
Axel Schäfer (Bochum)
Bernd Scheelen
Marianne Schieder (Schwandorf)
Werner Schieder (Weiden)
Ulla Schmidt (Aachen)
Carsten Schneider (Erfurt)
Olaf Scholz
Ottmar Schreiner
Swen Schulz (Spandau)
Ewald Schurer
Frank Schwabe
Dr. Angelica Schwall-Düren
Dr. Martin Schwanholz
Rolf Schwanitz
Stefan Schwartze
Dr. Carsten Sieling
Sonja Steffen
Peer Steinbrück
Dr. Frank-Walter Steinmeier
Christoph Strässer
Kerstin Tack
Dr. h. c. Wolfgang Thierse
Franz Thönnes
Wolfgang Tiefensee
Rüdiger Veit
Ute Vogt
Dr. Marlies Volkmer
Andrea Wicklein
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Dr. Dieter Wiefelspütz
Waltraud Wolff (Wolmirstedt)
Dagmar Ziegler
Manfred Zöllmer
Brigitte Zypries

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Kerstin Andreae
Marieluise Beck (Bremen)
Volker Beck (Köln)
Birgitt Bender
Alexander Bonde
Viola von Cramon-Taubadel
Ekin Deligöz
Katja Dörner
Hans-Josef Fell
Dr. Thomas Gambke

Vizepräsidentin Petra Pau

(A)
Kai Gehring
Katrin Göring-Eckardt
Britta Haßelmann
Bettina Herlitzius
Winfried Hermann
Priska Hinz (Herborn)
Ulrike Höfken
Dr. Anton Hofreiter
Bärbel Höhn
Ingrid Hönlinger
Thilo Hoppe
Uwe Kekeritz
Katja Keul
Memet Kilic
Sven-Christian Kindler
Maria Klein-Schmeink
Ute Koczy
Tom Koenigs
Sylvia Kotting-Uhl
Oliver Krischer
Agnes Krumwiede
Fritz Kuhn
Stephan Kühn
Renate Künast
Markus Kurth
Undine Kurth (Quedlinburg)
Monika Lazar
Nicole Maisch
Agnes Malczak
Jerzy Montag
Kerstin Müller (Köln)
Beate Müller-Gemmeke
Ingrid Nestle
Dr. Konstantin von Notz
Omid Nouripour
(B)
Friedrich Ostendorff
Dr. Hermann Ott
Lisa Paus
Brigitte Pothmer
Tabea Rößner
Claudia Roth (Augsburg)
Krista Sager
Manuel Sarrazin
Christine Scheel
Dr. Gerhard Schick
Dr. Frithjof Schmidt
Dorothea Steiner
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
Hans-Christian Ströbele
Dr. Harald Terpe
Markus Tressel
Jürgen Trittin
Daniela Wagner
Wolfgang Wieland
Dr. Valerie Wilms
Josef Philip Winkler

Nein

CDU/CSU

Ilse Aigner
Peter Altmaier
Peter Aumer
Dorothee Bär
Thomas Bareiß
Norbert Barthle
Günter Baumann
Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)
Manfred Behrens (Börde)
Veronika Bellmann
Dr. Christoph Bergner
Peter Beyer
Steffen Bilger
Clemens Binninger
Peter Bleser
Dr. Maria Böhmer
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Wolfgang Bosbach
Norbert Brackmann
Klaus Brähmig
Michael Brand
Dr. Reinhard Brandl
Helmut Brandt
Dr. Ralf Brauksiepe
Dr. Helge Braun
Heike Brehmer
Ralph Brinkhaus
Leo Dautzenberg
Alexander Dobrindt
Thomas Dörflinger
Marie-Luise Dött
Dr. Thomas Feist
Enak Ferlemann
Ingrid Fischbach
Hartwig Fischer (Göttingen)
Dirk Fischer (Hamburg)
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Dr. Maria Flachsbarth
Klaus-Peter Flosbach
Herbert Frankenhauser
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Michael Frieser
Erich G. Fritz
Dr. Michael Fuchs
Hans-Joachim Fuchtel
Alexander Funk
Ingo Gädechens
Dr. Peter Gauweiler
Dr. Thomas Gebhart
Norbert Geis
Alois Gerig
Eberhard Gienger
Michael Glos
Peter Götz
Dr. Wolfgang Götzer
Ute Granold
Reinhard Grindel
Hermann Gröhe
Michael Grosse-Brömer
Markus Grübel
Manfred Grund
Monika Grütters
Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg
Olav Gutting
Florian Hahn
Holger Haibach
Dr. Stephan Harbarth
Jürgen Hardt
Gerda Hasselfeldt
Dr. Matthias Heider
Mechthild Heil
Ursula Heinen-Esser
Frank Heinrich
Rudolf Henke
Michael Hennrich
Jürgen Herrmann
Ansgar Heveling
Ernst Hinsken
Peter Hintze
Christian Hirte
Robert Hochbaum
Karl Holmeier
Franz-Josef Holzenkamp
Joachim Hörster
Anette Hübinger
Thomas Jarzombek
Dieter Jasper
Dr. Franz Josef Jung
Andreas Jung (Konstanz)
Dr. Egon Jüttner
Bartholomäus Kalb
Hans-Werner Kammer
Steffen Kampeter
Alois Karl
Bernhard Kaster
Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen)
Volker Kauder
Dr. Stefan Kaufmann
Roderich Kiesewetter
Eckart von Klaeden
Ewa Klamt
Volkmar Klein
Jürgen Klimke
Julia Klöckner
Axel Knoerig
Jens Koeppen
Dr. Kristina Schröder(Wiesbaden)
Manfred Kolbe
Dr. Rolf Koschorrek
Hartmut Koschyk
Thomas Kossendey
Gunther Krichbaum
Dr. Günter Krings
Rüdiger Kruse
Bettina Kudla
Dr. Hermann Kues
Günter Lach
Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)
Andreas G. Lämmel
Dr. Norbert Lammert
Katharina Landgraf
Ulrich Lange
Dr. Max Lehmer
Paul Lehrieder
Dr. Ursula von der Leyen
Ingbert Liebing
Matthias Lietz
Dr. Carsten Linnemann
Patricia Lips
Dr. Jan-Marco Luczak
Dr. Michael Luther
Karin Maag
Dr. Thomas de Maizière
Hans-Georg von der Marwitz
Andreas Mattfeldt
Stephan Mayer (Altötting) (C)
Dr. Michael Meister
Dr. Angela Merkel
Maria Michalk
Dr. h. c. Hans Michelbach
Dr. Mathias Middelberg
Philipp Mißfelder
Dietrich Monstadt
Marlene Mortler
Dr. Gerd Müller
Stefan Müller (Erlangen)
Nadine Müller (St. Wendel)
Dr. Philipp Murmann
Bernd Neumann (Bremen)
Michaela Noll
Dr. Georg Nüßlein
Franz Obermeier
Eduard Oswald
Henning Otte
Dr. Michael Paul
Rita Pawelski
Ulrich Petzold
Dr. Joachim Pfeiffer
Sibylle Pfeiffer
Beatrix Philipp
Ronald Pofalla
Christoph Poland
Ruprecht Polenz
Eckhard Pols
Lucia Puttrich
Daniela Raab
Thomas Rachel
Dr. Peter Ramsauer
Eckhardt Rehberg
Katherina Reiche (Potsdam) (D)
Lothar Riebsamen
Josef Rief
Klaus Riegert
Dr. Heinz Riesenhuber
Johannes Röring
Dr. Norbert Röttgen
Dr. Christian Ruck
Erwin Josef Rüddel
Albert Rupprecht (Weiden)
Anita Schäfer (Saalstadt)
Dr. Wolfgang Schäuble
Dr. Annette Schavan
Dr. Andreas Scheuer
Karl Schiewerling
Norbert Schindler
Tankred Schipanski
Georg Schirmbeck
Christian Schmidt (Fürth)
Patrick Schnieder
Dr. Andreas Schockenhoff
Dr. Ole Schröder
Bernhard Schulte-Drüggelte
Uwe Schummer
Armin Schuster (Weil am Rhein)
Detlef Seif
Johannes Selle
Reinhold Sendker
Dr. Patrick Sensburg
Thomas Silberhorn
Johannes Singhammer
Jens Spahn
Carola Stauche

Vizepräsidentin Petra Pau

(A)

Dr. Frank Steffel
Erika Steinbach
Christian Freiherr von Stetten
Dieter Stier
Gero Storjohann
Stephan Stracke
Max Straubinger
Karin Strenz
Thomas Strobl (Heilbronn)
Lena Strothmann
Michael Stübgen
Dr. Peter Tauber
Antje Tillmann
Dr. Hans-Peter Uhl
Arnold Vaatz
Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Stefanie Vogelsang
Andrea Astrid Voßhoff
Dr. Johann Wadephul
Marco Wanderwitz
Kai Wegner
Marcus Weinberg (Hamburg)
Peter Weiß (Emmendingen)
Sabine Weiss (Wesel I)
Ingo Wellenreuther
Karl-Georg Wellmann
Peter Wichtel
Annette Widmann-Mauz
Klaus-Peter Willsch
Elisabeth Winkelmeier-Becker
Dagmar Wöhrl
Dr. Matthias Zimmer
Wolfgang Zöller
Willi Zylajew

(B)

FDP

Jens Ackermann
Christian Ahrendt
Christine Aschenberg-Dugnus
Daniel Bahr (Münster)
Florian Bernschneider
Sebastian Blumenthal
Claudia Bögel
Nicole Bracht-Bendt
Klaus Breil
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Marco Buschmann
Sylvia Canel
Helga Daub
Reiner Deutschmann
Dr. Bijan Djir-Sarai
Patrick Döring
Mechthild Dyckmans
Rainer Erdel
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Paul K. Friedhoff
Dr. Edmund Peter Geisen
Dr. Wolfgang Gerhardt
Hans-Michael Goldmann
Heinz Golombeck
Miriam Gruß
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Christel Happach-Kasan
Heinz-Peter Haustein
Manuel Höferlin
Elke Hoff
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Heiner Kamp
Michael Kauch
Dr. Lutz Knopek
Pascal Kober
Dr. Heinrich L. Kolb
Hellmut Königshaus
Gudrun Kopp
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
Sebastian Körber
Patrick Kurth (Kyffhäuser)
Heinz Lanfermann
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Lars Lindemann
Christian Lindner
Dr. Martin Lindner (Berlin)
Michael Link (Heilbronn)
Dr. Erwin Lotter
Oliver Luksic
Horst Meierhofer
Patrick Meinhardt
Gabriele Molitor
Jan Mücke
Petra Müller (Aachen)
Burkhardt Müller-Sönksen
Dr. Martin Neumann (Lausitz)
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Dr. Christiane Ratjen-Damerau
Dr. Birgit Reinemund
Dr. Peter Röhlinger
Dr. Stefan Ruppert
Björn Sänger
Frank Schäffler
Christoph Schnurr
Jimmy Schulz
Marina Schuster
Dr. Erik Schweickert
Werner Simmling
Judith Skudelny
Dr. Hermann Otto Solms
Joachim Spatz
Dr. Max Stadler
Torsten Staffeldt
Dr. Rainer Stinner
Stephan Thomae
Florian Toncar
Serkan Tören
Johannes Vogel (Lüdenscheid)
Dr. Daniel Volk
Dr. Guido Westerwelle
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Hartfrid Wolff (Rems-Murr)

DIE LINKE

Jan van Aken
Agnes Alpers
Dr. Dietmar Bartsch
Herbert Behrens
Matthias W. Birkwald
Heidrun Bluhm
Steffen Bockhahn
Christine Buchholz
Eva Bulling-Schröter
Roland Claus
Sevim Dağdelen
Dr. Diether Dehm
Heidrun Dittrich
Werner Dreibus
Dr. Dagmar Enkelmann
Klaus Ernst
Nicole Gohlke
Diana Golze
Annette Groth
Heike Hänsel
Dr. Rosemarie Hein
Inge Höger
Dr. Barbara Höll
Andrej Konstantin Hunko
Dr. Lukrezia Jochimsen
Katja Kipping
Harald Koch
Jan Korte
Jutta Krellmann
Katrin Kunert
Caren Lay
Sabine Leidig
Ralph Lenkert
Michael Leutert
Stefan Liebich
Ulla Lötzer
Dr. Gesine Lötzsch
Thomas Lutze
Ulrich Maurer
Dorothée Menzner
Cornelia Möhring
Kornelia Möller
Niema Movassat
Wolfgang Nešković
Thomas Nord
Petra Pau
Jens Petermann
Richard Pitterle
Yvonne Ploetz
Michael Schlecht
Dr. Herbert Schui
Dr. Ilja Seifert
Kathrin Senger-Schäfer
Raju Sharma
Dr. Petra Sitte
Kersten Steinke
Sabine Stüber
Alexander Süßmair
Dr. Kirsten Tackmann
Frank Tempel
Dr. Axel Troost
Alexander Ulrich
Kathrin Vogler
Sahra Wagenknecht
Halina Wawzyniak
Harald Weinberg
Jörn Wunderlich

(C)

(D)

Die sechste namentliche Abstimmung betraf den ersten Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/1637 zur Dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zum Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz. Ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt: abgegebene Stimmen 605. Mit Ja haben 67 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein 472; es gab 66 Enthaltungen. Dieser Entschließungsantrag ist damit abgelehnt.

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen:	602;
davon	
ja:	67
nein:	469
enthalten:	66

Ja

DIE LINKE

Jan van Aken
Agnes Alpers
Dr. Dietmar Bartsch
Herbert Behrens
Matthias W. Birkwald
Heidrun Bluhm
Steffen Bockhahn
Christine Buchholz
Eva Bulling-Schröter
Roland Claus
Sevim Dağdelen
Dr. Diether Dehm
Heidrun Dittrich
Werner Dreibus
Dr. Dagmar Enkelmann

Vizepräsidentin Petra Pau

(A)

Klaus Ernst
Nicole Gohlke
Diana Golze
Annette Groth
Heike Hänsel
Dr. Rosemarie Hein
Inge Höger
Dr. Barbara Höll
Andrej Konstantin Hunko
Dr. Lukrezia Jochimsen
Katja Kipping
Harald Koch
Jan Korte
Jutta Krellmann
Katrin Kunert
Caren Lay
Sabine Leidig
Ralph Lenkert
Michael Leutert
Stefan Liebich
Ulla Lötzer
Dr. Gesine Lötzsch
Thomas Lutze
Ulrich Maurer
Dorothée Menzner
Cornelia Möhring
Kornelia Möller
Niema Movassat
Wolfgang Nešković
Thomas Nord
Petra Pau
Jens Petermann
Richard Pitterle
Yvonne Ploetz
Michael Schlecht
Dr. Herbert Schui
Dr. Ilja Seifert
Kathrin Senger-Schäfer
Raju Sharma
Dr. Petra Sitte
Kersten Steinke
Sabine Stüber
Alexander Süßmair
Dr. Kirsten Tackmann
Frank Tempel
Dr. Axel Troost
Alexander Ulrich
Kathrin Vogler
Sahra Wagenknecht
Halina Wawzyniak
Harald Weinberg
Jörn Wunderlich

Nein

CDU/CSU

Ilse Aigner
Peter Altmaier
Peter Aumer
Dorothee Bär
Thomas Bareiß
Norbert Barthle
Günter Baumann
Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)
Manfred Behrens (Börde)
Veronika Bellmann
Dr. Christoph Bergner
Peter Beyer
Steffen Bilger
Clemens Binninger
Peter Bleser
Dr. Maria Böhmer
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Wolfgang Bosbach
Norbert Brackmann
Klaus Brähmig
Michael Brand
Dr. Reinhard Brandl
Helmut Brandt
Dr. Ralf Brauksiepe
Dr. Helge Braun
Heike Brehmer
Ralph Brinkhaus
Leo Dautzenberg
Alexander Dobrindt
Thomas Dörflinger
Marie-Luise Dött
Dr. Thomas Feist
Enak Ferlemann
Ingrid Fischbach
Hartwig Fischer (Göttingen)
Dirk Fischer (Hamburg)
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Dr. Maria Flachsbarth
Klaus-Peter Flosbach
Herbert Frankenhauser
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Michael Frieser
Erich G. Fritz
Dr. Michael Fuchs
Hans-Joachim Fuchtel
Alexander Funk
Ingo Gädechens
Dr. Peter Gauweiler
Dr. Thomas Gebhart
Norbert Geis
Alois Gerig
Eberhard Gienger
Michael Glos
Josef Göppel
Peter Götz
Dr. Wolfgang Götzer
Ute Granold
Reinhard Grindel
Hermann Gröhe
Michael Grosse-Brömer
Markus Grübel
Manfred Grund
Monika Grütters
Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg
Olav Gutting
Florian Hahn
Holger Haibach
Dr. Stephan Harbarth
Jürgen Hardt
Gerda Hasselfeldt
Dr. Matthias Heider
Mechthild Heil
Ursula Heinen-Esser
Frank Heinrich
Rudolf Henke
Michael Hennrich
Jürgen Herrmann
Ansgar Heveling
Ernst Hinsken
Peter Hintze
Christian Hirte
Robert Hochbaum
Karl Holmeier
Franz-Josef Holzenkamp
Joachim Hörster
Anette Hübinger
Thomas Jarzombek
Dieter Jasper
Dr. Franz Josef Jung
Andreas Jung (Konstanz)
Dr. Egon Jüttner
Bartholomäus Kalb
Hans-Werner Kammer
Steffen Kampeter
Alois Karl
Bernhard Kaster
Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen)
Volker Kauder
Dr. Stefan Kaufmann
Roderich Kiesewetter
Eckart von Klaeden
Ewa Klamt
Volkmar Klein
Jürgen Klimke
Julia Klöckner
Axel Knoerig
Jens Koeppen
Dr. Kristina Schröder (Wiesbaden)
Manfred Kolbe
Dr. Rolf Koschorrek
Hartmut Koschyk
Thomas Kossendey
Michael Kretschmer
Gunther Krichbaum
Dr. Günter Krings
Rüdiger Kruse
Bettina Kudla
Dr. Hermann Kues
Günter Lach
Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)
Andreas G. Lämmel
Dr. Norbert Lammert
Katharina Landgraf
Ulrich Lange
Dr. Max Lehmer
Paul Lehrieder
Dr. Ursula von der Leyen
Ingbert Liebing
Matthias Lietz
Dr. Carsten Linnemann
Patricia Lips
Dr. Jan-Marco Luczak
Dr. Michael Luther
Karin Maag
Dr. Thomas de Maizière
Hans-Georg von der Marwitz
Andreas Mattfeldt
Stephan Mayer (Altötting)
Dr. Michael Meister
Dr. Angela Merkel
Maria Michalk
Dr. h. c. Hans Michelbach
Dr. Mathias Middelberg
Philipp Mißfelder
Dietrich Monstadt
Marlene Mortler
Dr. Gerd Müller
Stefan Müller (Erlangen)
Nadine Müller (St. Wendel)
Dr. Philipp Murmann
Bernd Neumann (Bremen)
Michaela Noll
Dr. Georg Nüßlein
Franz Obermeier
Eduard Oswald
Henning Otte
Dr. Michael Paul
Rita Pawelski
Ulrich Petzold
Dr. Joachim Pfeiffer
Sibylle Pfeiffer
Beatrix Philipp
Ronald Pofalla
Christoph Poland
Ruprecht Polenz
Eckhard Pols
Lucia Puttrich
Daniela Raab
Thomas Rachel
Dr. Peter Ramsauer
Eckhardt Rehberg
Katherina Reiche (Potsdam)
Lothar Riebsamen
Josef Rief
Klaus Riegert
Dr. Heinz Riesenhuber
Johannes Röring
Dr. Norbert Röttgen
Dr. Christian Ruck
Erwin Rüddel
Albert Rupprecht (Weiden)
Anita Schäfer (Saalstadt)
Dr. Wolfgang Schäuble
Dr. Annette Schavan
Dr. Andreas Scheuer
Karl Schiewerling
Norbert Schindler
Tankred Schipanski
Georg Schirmbeck
Christian Schmidt (Fürth)
Patrick Schnieder
Dr. Andreas Schockenhoff
Dr. Ole Schröder
Bernhard Schulte-Drüggelte
Uwe Schummer
Armin Schuster (Weil am Rhein)
Detlef Seif
Johannes Selle
Reinhold Sendker
Dr. Patrick Sensburg
Thomas Silberhorn
Johannes Singhammer
Jens Spahn
Carola Stauche
Dr. Frank Steffel
Erika Steinbach
Christian Freiherr von Stetten

Vizepräsidentin Petra Pau

(A)

Dieter Stier
Gero Storjohann
Stephan Stracke
Max Straubinger
Karin Strenz
Thomas Strobl (Heilbronn)
Lena Strothmann
Michael Stübgen
Dr. Peter Tauber
Antje Tillmann
Dr. Hans-Peter Uhl
Arnold Vaatz
Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Stefanie Vogelsang
Andrea Astrid Voßhoff
Dr. Johann Wadephul
Marco Wanderwitz
Kai Wegner
Marcus Weinberg (Hamburg)
Peter Weiß (Emmendingen)
Sabine Weiss (Wesel I)
Ingo Wellenreuther
Karl-Georg Wellmann
Peter Wichtel
Annette Widmann-Mauz
Klaus-Peter Willsch
Elisabeth Winkelmeier-Becker
Dagmar Wöhrl
Dr. Matthias Zimmer
Wolfgang Zöller
Willi Zylajew

SPD

(B)

Ingrid Arndt-Brauer
Heinz-Joachim Barchmann
Doris Barnett
Dr. Hans-Peter Bartels
Klaus Barthel
Sören Bartol
Bärbel Bas
Sabine Bätzing-Lichtenthäler
Uwe Beckmeyer
Lothar Binding (Heidelberg)
Gerd Bollmann
Klaus Brandner
Willi Brase
Marco Bülow
Ulla Burchardt
Martin Burkert
Petra Crone
Dr. Peter Danckert
Martin Dörmann
Elvira Drobinski-Weiß
Garrelt Duin
Sebastian Edathy
Siegmund Ehrmann
Dr. h. c. Gernot Erler
Petra Ernstberger
Karin Evers-Meyer
Elke Ferner
Gabriele Fograscher
Dr. Edgar Franke
Dagmar Freitag
Peter Friedrich
Sigmar Gabriel
Michael Gerdes
Martin Gerster
Iris Gleicke
Günter Gloser
Ulrike Gottschalck
Angelika Graf (Rosenheim)
Michael Groschek
Michael Groß
Wolfgang Gunkel
Hans-Joachim Hacker
Bettina Hagedorn
Klaus Hagemann
Michael Hartmann (Wackernheim)
Hubertus Heil (Peine)
Rolf Hempelmann
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Gabriele Hiller-Ohm
Petra Hinz (Essen)
Frank Hofmann (Volkach)
Dr. Eva Högl
Christel Humme
Josip Juratovic
Oliver Kaczmarek
Johannes Kahrs
Dr. h. c. Susanne Kastner
Ulrich Kelber
Lars Klingbeil
Hans-Ulrich Klose
Dr. Bärbel Kofler
Daniela Kolbe (Leipzig)
Fritz Rudolf Körper
Anette Kramme
Nicolette Kressl
Angelika Krüger-Leißner
Ute Kumpf
Christine Lambrecht
Christian Lange (Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Steffen-Claudio Lemme
Burkhard Lischka
Gabriele Lösekrug-Möller
Kirsten Lühmann
Caren Marks
Katja Mast
Petra Merkel (Berlin)
Ullrich Meßmer
Dr. Matthias Miersch
Franz Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Andrea Nahles
Dietmar Nietan
Manfred Nink
Thomas Oppermann
Holger Ortel
Aydan Özoğuz
Heinz Paula
Johannes Pflug
Joachim Poß
Dr. Wilhelm Priesmeier
Florian Pronold
Dr. Sascha Raabe
Mechthild Rawert
Gerold Reichenbach
Dr. Carola Reimann
Sönke Rix
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Karin Roth (Esslingen)
Michael Roth (Heringen)
Marlene Rupprecht (Tuchenbach)
Anton Schaaf
Axel Schäfer (Bochum)
Bernd Scheelen
Marianne Schieder (Schwandorf)
Werner Schieder (Weiden)
Ulla Schmidt (Aachen)
Carsten Schneider (Erfurt)
Olaf Scholz
Ottmar Schreiner
Swen Schulz (Spandau)
Ewald Schurer
Frank Schwabe
Dr. Angelica Schwall-Düren
Dr. Martin Schwanholz
Rolf Schwanitz
Stefan Schwartze
Dr. Carsten Sieling
Sonja Steffen
Peer Steinbrück
Dr. Frank-Walter Steinmeier
Christoph Strässer
Kerstin Tack
Dr. h. c. Wolfgang Thierse
Franz Thönnes
Wolfgang Tiefensee
Rüdiger Veit
Ute Vogt
Dr. Marlies Volkmer
Andrea Wicklein
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Dr. Dieter Wiefelspütz
Waltraud Wolff (Wolmirstedt)
Dagmar Ziegler
Manfred Zöllmer
Brigitte Zypries

FDP

Jens Ackermann
Christian Ahrendt
Christine Aschenberg-Dugnus
Daniel Bahr (Münster)
Florian Bernschneider
Sebastian Blumenthal
Claudia Bögel
Nicole Bracht-Bendt
Klaus Breil
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Marco Buschmann
Sylvia Canel
Helga Daub
Reiner Deutschmann
Dr. Bijan Djir-Sarai
Patrick Döring
Mechthild Dyckmans
Rainer Erdel
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Paul K. Friedhoff
Dr. Edmund Peter Geisen

(C)

Dr. Wolfgang Gerhardt
Hans-Michael Goldmann
Heinz Golombeck
Miriam Gruß
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Christel Happach-Kasan
Heinz-Peter Haustein
Manuel Höferlin
Elke Hoff
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Heiner Kamp
Michael Kauch
Dr. Lutz Knopek
Pascal Kober
Dr. Heinrich L. Kolb
Hellmut Königshaus
Gudrun Kopp
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
Sebastian Körber
Patrick Kurth (Kyffhäuser)
Heinz Lanfermann
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Lars Lindemann
Christian Lindner
Dr. Martin Lindner (Berlin)
Michael Link (Heilbronn)
Dr. Erwin Lotter
Oliver Luksic
Horst Meierhofer
Patrick Meinhardt
Gabi Molitor

(D)

Jan Mücke
Petra Müller (Aachen)
Burkhardt Müller-Sönksen
Dr. Martin Neumann (Lausitz)
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Dr. Christiane Ratjen-Damerau
Dr. Birgit Reinemund
Dr. Peter Röhlinger
Dr. Stefan Ruppert
Björn Sänger
Frank Schäffler
Christoph Schnurr
Jimmy Schulz
Marina Schuster
Dr. Erik Schweickert
Werner Simmling
Judith Skudelny
Dr. Hermann Otto Solms
Joachim Spatz
Dr. Max Stadler
Torsten Staffeldt
Dr. Rainer Stinner
Stephan Thomae
Florian Toncar
Serkan Tören
Johannes Vogel (Lüdenscheid)

Vizepräsidentin Petra Pau

(A)

Dr. Daniel Volk
Dr. Guido Westerwelle
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Hartfrid Wolff (Rems-Murr)

Enthalten

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Kerstin Andreae
Marieluise Beck (Bremen)
Volker Beck (Köln)
Birgitt Bender
Alexander Bonde
Viola von Cramon-Taubadel
Ekin Deligöz
Katja Dörner
Hans-Josef Fell
Dr. Thomas Gambke
Kai Gehring
Katrin Göring-Eckardt
Britta Haßelmann
Bettina Herlitzius
Winfried Hermann
Priska Hinz (Herborn)
Ulrike Höfken
Dr. Anton Hofreiter
Bärbel Höhn
Ingrid Hönlinger
Thilo Hoppe
Uwe Kekeritz
Katja Keul
Memet Kilic
Sven-Christian Kindler
Maria Klein-Schmeink
Ute Koczy
Tom Koenigs
Sylvia Kotting-Uhl
Oliver Krischer
Agnes Krumwiede
Fritz Kuhn
Stephan Kühn
Renate Künast
Markus Kurth
Undine Kurth (Quedlinburg)
Monika Lazar
Nicole Maisch
Agnes Malczak
Jerzy Montag
Kerstin Müller (Köln)
Beate Müller-Gemmeke
Ingrid Nestle
Dr. Konstantin von Notz
Omid Nouripour
Friedrich Ostendorff
Dr. Hermann Ott
Elisabeth Paus
Brigitte Pothmer

(C)

Tabea Rößner
Claudia Roth (Augsburg)
Krista Sager
Manuel Sarrazin
Christine Scheel
Dr. Gerhard Schick
Dr. Frithjof Schmidt
Dorothea Steiner
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
Hans-Christian Ströbele
Dr. Harald Terpe
Markus Tressel
Jürgen Trittin
Daniela Wagner
Wolfgang Wieland
Dr. Valerie Wilms
Josef Philip Winkler

Ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den zweiten Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/1638 zur Dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zum Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz bekannt; das war die siebte namentliche Abstimmung: abgegebene Stimmen 605. Mit Ja haben 67 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein haben 536 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, Enthaltungen 2. Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

(B)

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen:	600;
davon	
ja:	67
nein:	531
enthalten:	2

Ja

DIE LINKE

Jan van Aken
Agnes Alpers
Dr. Dietmar Bartsch
Herbert Behrens
Matthias W. Birkwald
Heidrun Bluhm
Steffen Bockhahn
Christine Buchholz
Eva Bulling-Schröter
Roland Claus
Sevim Dağdelen
Dr. Diether Dehm
Heidrun Dittrich
Werner Dreibus
Dr. Dagmar Enkelmann
Klaus Ernst
Nicole Gohlke
Diana Golze
Annette Groth
Heike Hänsel
Dr. Rosemarie Hein
Inge Höger
Dr. Barbara Höll
Andrej Konstantin Hunko
Dr. Lukrezia Jochimsen
Katja Kipping
Harald Koch
Jan Korte
Jutta Krellmann
Katrin Kunert
Caren Lay
Sabine Leidig
Ralph Lenkert
Michael Leutert
Stefan Liebich
Ulla Lötzer
Dr. Gesine Lötzsch
Thomas Lutze
Ulrich Maurer
Dorothée Menzner
Cornelia Möhring
Kornelia Möller
Niema Movassat
Wolfgang Nešković
Thomas Nord
Petra Pau
Jens Petermann
Richard Pitterle
Yvonne Ploetz
Michael Schlecht
Dr. Herbert Schui
Dr. Ilja Seifert
Kathrin Senger-Schäfer
Raju Sharma
Dr. Petra Sitte
Kersten Steinke
Sabine Stüber
Alexander Süßmair
Dr. Kirsten Tackmann
Frank Tempel
Dr. Axel Troost
Alexander Ulrich
Kathrin Vogler
Sahra Wagenknecht
Halina Wawzyniak
Harald Weinberg
Jörn Wunderlich

Nein

CDU/CSU

Ilse Aigner
Peter Altmaier
Peter Aumer
Dorothee Bär
Thomas Bareiß
Norbert Barthle
Günter Baumann
Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)
Manfred Behrens (Börde)
Veronika Bellmann
Dr. Christoph Bergner
Peter Beyer
Steffen Bilger
Clemens Binninger
Peter Bleser
Dr. Maria Böhmer
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Wolfgang Bosbach

(D)

Norbert Brackmann
Klaus Brähmig
Michael Brand
Dr. Reinhard Brandl
Helmut Brandt
Dr. Ralf Brauksiepe
Dr. Helge Braun
Heike Brehmer
Ralph Brinkhaus
Leo Dautzenberg
Alexander Dobrindt
Thomas Dörflinger
Marie-Luise Dött
Dr. Thomas Feist
Enak Ferlemann
Ingrid Fischbach
Hartwig Fischer (Göttingen)
Dirk Fischer (Hamburg)
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Dr. Maria Flachsbarth
Klaus-Peter Flosbach
Herbert Frankenhauser
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Michael Frieser
Erich G. Fritz
Dr. Michael Fuchs
Hans-Joachim Fuchtel
Alexander Funk
Ingo Gädechens
Dr. Peter Gauweiler
Dr. Thomas Gebhart
Norbert Geis

Vizepräsidentin Petra Pau

(A)
Alois Gerig
Eberhard Gienger
Michael Glos
Josef Göppel
Peter Götz
Dr. Wolfgang Götzer
Ute Granold
Reinhard Grindel
Hermann Gröhe
Michael Grosse-Brömer
Markus Grübel
Manfred Grund
Monika Grütters
Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg
Olav Gutting
Florian Hahn
Holger Haibach
Dr. Stephan Harbarth
Jürgen Hardt
Gerda Hasselfeldt
Dr. Matthias Heider
Mechthild Heil
Ursula Heinen-Esser
Frank Heinrich
Rudolf Henke
Michael Hennrich
Jürgen Herrmann
Ansgar Heveling
Ernst Hinsken
Peter Hintze
Christian Hirte
Robert Hochbaum
Karl Holmeier
(B)
Franz-Josef Holzenkamp
Joachim Hörster
Anette Hübinger
Thomas Jarzombek
Dieter Jasper
Dr. Franz Josef Jung
Andreas Jung (Konstanz)
Dr. Egon Jüttner
Bartholomäus Kalb
Hans-Werner Kammer
Steffen Kampeter
Alois Karl
Bernhard Kaster
Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen)
Volker Kauder
Dr. Stefan Kaufmann
Roderich Kiesewetter
Eckart von Klaeden
Ewa Klamt
Volkmar Klein
Jürgen Klimke
Julia Klöckner
Axel Knoerig
Jens Koeppen
Dr. Kristina Schröder
Manfred Kolbe
Dr. Rolf Koschorrek
Hartmut Koschyk
Thomas Kossendey
Michael Kretschmer
Gunther Krichbaum
Dr. Günter Krings
Rüdiger Kruse

Bettina Kudla
Dr. Hermann Kues
Günter Lach
Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)
Andreas G. Lämmel
Dr. Norbert Lammert
Katharina Landgraf
Ulrich Lange
Dr. Max Lehmer
Paul Lehrieder
Dr. Ursula von der Leyen
Ingbert Liebing
Matthias Lietz
Dr. Carsten Linnemann
Patricia Lips
Dr. Jan-Marco Luczak
Dr. Michael Luther
Karin Maag
Dr. Thomas de Maizière
Hans-Georg von der Marwitz
Andreas Mattfeldt
Stephan Mayer (Altötting)
Dr. Michael Meister
Dr. Angela Merkel
Maria Michalk
Dr. h. c. Hans Michelbach
Dr. Mathias Middelberg
Philipp Mißfelder
Dietrich Monstadt
Marlene Mortler
Dr. Gerd Müller
Stefan Müller (Erlangen)
Nadine Müller (St. Wendel)
Dr. Philipp Murmann
Bernd Neumann (Bremen)
Michaela Noll
Dr. Georg Nüßlein
Franz Obermeier
Eduard Oswald
Henning Otte
Dr. Michael Paul
Rita Pawelski
Ulrich Petzold
Dr. Joachim Pfeiffer
Sibylle Pfeiffer
Beatrix Philipp
Ronald Pofalla
Christoph Poland
Ruprecht Polenz
Eckhard Pols
Lucia Puttrich
Daniela Raab
Thomas Rachel
Dr. Peter Ramsauer
Eckhardt Rehberg
Lothar Riebsamen
Josef Rief
Klaus Riegert
Dr. Heinz Riesenhuber
Johannes Röring
Dr. Norbert Röttgen
Dr. Christian Ruck
Erwin Rüddel
Albert Rupprecht (Weiden)
Anita Schäfer (Saalstadt)
Dr. Wolfgang Schäuble
Dr. Annette Schavan

Dr. Andreas Scheuer
Karl Schiewerling
Norbert Schindler
Tankred Schipanski
Georg Schirmbeck
Christian Schmidt (Fürth)
Patrick Schnieder
Dr. Andreas Schockenhoff
Dr. Ole Schröder
Bernhard Schulte-Drüggelte
Uwe Schummer
Armin Schuster (Weil am Rhein)
Detlef Seif
Johannes Selle
Reinhold Sendker
Dr. Patrick Sensburg
Thomas Silberhorn
Johannes Singhammer
Jens Spahn
Carola Stauche
Dr. Frank Steffel
Erika Steinbach
Christian Freiherr von Stetten
Dieter Stier
Gero Storjohann
Stephan Stracke
Max Straubinger
Karin Strenz
Thomas Strobl (Heilbronn)
Lena Strothmann
Michael Stübgen
Dr. Peter Tauber
Antje Tillmann
Dr. Hans-Peter Uhl
Arnold Vaatz
Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Stefanie Vogelsang
Andrea Astrid Voßhoff
Dr. Johann Wadephul
Marco Wanderwitz
Kai Wegner
Marcus Weinberg (Hamburg)
Peter Weiß (Emmendingen)
Sabine Weiss (Wesel I)
Ingo Wellenreuther
Karl-Georg Wellmann
Peter Wichtel
Annette Widmann-Mauz
Klaus-Peter Willsch
Elisabeth Winkelmeier-Becker
Dagmar Wöhrl
Dr. Matthias Zimmer
Wolfgang Zöller
Willi Zylajew

SPD

Ingrid Arndt-Brauer
Heinz-Joachim Barchmann
Doris Barnett
Dr. Hans-Peter Bartels
Klaus Barthel
Sören Bartol
Bärbel Bas
Sabine Bätzing-Lichtenthäler
Uwe Beckmeyer
Lothar Binding (Heidelberg)

(C)
Gerd Bollmann
Klaus Brandner
Willi Brase
Marco Bülow
Ulla Burchardt
Martin Burkert
Petra Crone
Dr. Peter Danckert
Martin Dörmann
Elvira Drobinski-Weiß
Garrelt Duin
Sebastian Edathy
Siegmund Ehrmann
Dr. h. c. Gernot Erler
Petra Ernstberger
Karin Evers-Meyer
Elke Ferner
Gabriele Fograscher
Dr. Edgar Franke
Dagmar Freitag
Peter Friedrich
Sigmar Gabriel
Michael Gerdes
Martin Gerster
Iris Gleicke
Günter Gloser
Ulrike Gottschalck
Angelika Graf (Rosenheim)
Michael Groschek
Michael Groß
Wolfgang Gunkel
Hans-Joachim Hacker
Bettina Hagedorn
Klaus Hagemann
(D)
Michael Hartmann (Wackernheim)
Hubertus Heil (Peine)
Rolf Hempelmann
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Gabriele Hiller-Ohm
Petra Hinz (Essen)
Frank Hofmann (Volkach)
Christel Humme
Josip Juratovic
Oliver Kaczmarek
Johannes Kahrs
Dr. h. c. Susanne Kastner
Ulrich Kelber
Lars Klingbeil
Hans-Ulrich Klose
Dr. Bärbel Kofler
Daniela Kolbe (Leipzig)
Fritz Rudolf Körper
Anette Kramme
Nicolette Kressl
Angelika Krüger-Leißner
Ute Kumpf
Christine Lambrecht
Christian Lange (Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Steffen-Claudio Lemme
Burkhard Lischka
Gabriele Lösekrug-Möller
Kirsten Lühmann
Caren Marks
Katja Mast
Petra Merkel (Berlin)

Vizepräsidentin Petra Pau

(A)
Ullrich Meßmer
Dr. Matthias Miersch
Franz Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Andrea Nahles
Dietmar Nietan
Manfred Nink
Thomas Oppermann
Holger Ortel
Aydan Özoğuz
Heinz Paula
Johannes Pflug
Joachim Poß
Dr. Wilhelm Priesmeier
Florian Pronold
Dr. Sascha Raabe
Mechthild Rawert
Gerold Reichenbach
Dr. Carola Reimann
Sönke Rix
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Karin Roth (Esslingen)
Michael Roth (Heringen)
Marlene Rupprecht (Tuchenbach)
Anton Schaaf
Axel Schäfer (Bochum)
Bernd Scheelen
Marianne Schieder (Schwandorf)
Werner Schieder (Weiden)
Ulla Schmidt (Aachen)
Carsten Schneider (Erfurt)
Olaf Scholz
(B)
Ottmar Schreiner
Swen Schulz (Spandau)
Ewald Schurer
Frank Schwabe
Dr. Angelica Schwall-Düren
Dr. Martin Schwanholz
Rolf Schwanitz
Stefan Schwartze
Dr. Carsten Sieling
Sonja Steffen
Peer Steinbrück
Dr. Frank-Walter Steinmeier
Christoph Strässer
Kerstin Tack
Dr. h. c. Wolfgang Thierse
Franz Thönnes
Wolfgang Tiefensee
Rüdiger Veit
Ute Vogt
Dr. Marlies Volkmer
Andrea Wicklein
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Dr. Dieter Wiefelspütz
Waltraud Wolff (Wolmirstedt)
Dagmar Ziegler
Manfred Zöllmer
Brigitte Zypries

FDP

Jens Ackermann
Christian Ahrendt
Christine Aschenberg-Dugnus
Daniel Bahr (Münster)
Florian Bernschneider
Sebastian Blumenthal
Claudia Bögel
Nicole Bracht-Bendt
Klaus Breil
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Marco Buschmann
Sylvia Canel
Helga Daub
Reiner Deutschmann
Dr. Bijan Djir-Sarai
Patrick Döring
Mechthild Dyckmans
Rainer Erdel
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Paul K. Friedhoff
Dr. Edmund Peter Geisen
Dr. Wolfgang Gerhardt
Hans-Michael Goldmann
Heinz Golombeck
Miriam Gruß
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Christel Happach-Kasan
Heinz-Peter Haustein
Manuel Höferlin
Elke Hoff
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Heiner Kamp
Michael Kauch
Dr. Lutz Knopek
Pascal Kober
Dr. Heinrich L. Kolb
Hellmut Königshaus
Gudrun Kopp
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
Sebastian Körber
Patrick Kurth (Kyffhäuser)
Heinz Lanfermann
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Lars Lindemann
Christian Lindner
Dr. Martin Lindner (Berlin)
Michael Link (Heilbronn)
Dr. Erwin Lotter
Oliver Luksic
Horst Meierhofer
Patrick Meinhardt
Gabriele Molitor
Jan Mücke
Petra Müller (Aachen)
Burkhardt Müller-Sönksen
Dr. Martin Neumann (Lausitz)
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Dr. Christiane Ratjen-Damerau
Dr. Birgit Reinemund
Dr. Peter Röhlinger
Dr. Stefan Ruppert
Björn Sänger
Frank Schäffler
Christoph Schnurr
Jimmy Schulz
Marina Schuster
Dr. Erik Schweickert
Werner Simmling
Judith Skudelny
Dr. Hermann Otto Solms
Joachim Spatz
Dr. Max Stadler
Torsten Staffeldt
Dr. Rainer Stinner
Stephan Thomae
Florian Toncar
Serkan Tören
Johannes Vogel (Lüdenscheid)
Dr. Daniel Volk
Dr. Guido Westerwelle
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Hartfrid Wolff (Rems-Murr)

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Kerstin Andreae
Marieluise Beck (Bremen)
Volker Beck (Köln)
Birgitt Bender
Alexander Bonde
Viola von Cramon-Taubadel
Ekin Deligöz
Katja Dörner
Hans-Josef Fell
Dr. Thomas Gambke
Kai Gehring
Katrin Göring-Eckardt
Britta Haßelmann
(C)
Bettina Herlitzius
Winfried Hermann
Priska Hinz (Herborn)
Ulrike Höfken
Dr. Anton Hofreiter
Bärbel Höhn
Ingrid Hönlinger
Uwe Kekeritz
Katja Keul
Memet Kilic
Sven-Christian Kindler
Maria Klein-Schmeink
Ute Koczy
Tom Koenigs
Oliver Krischer
Agnes Krumwiede
Fritz Kuhn
Stephan Kühn
Renate Künast
Markus Kurth
Undine Kurth (Quedlinburg)
Monika Lazar
Nicole Maisch
Agnes Malczak
Jerzy Montag
Kerstin Müller (Köln)
Beate Müller-Gemmeke
Ingrid Nestle
Dr. Konstantin von Notz
Omid Nouripour
Friedrich Ostendorff
Dr. Hermann Ott
Lisa Paus
Brigitte Pothmer
(D)
Tabea Rößner
Claudia Roth (Augsburg)
Krista Sager
Manuel Sarrazin
Christine Scheel
Dr. Gerhard Schick
Dr. Frithjof Schmidt
Dorothea Steiner
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
Hans-Christian Ströbele
Dr. Harald Terpe
Markus Tressel
Jürgen Trittin
Daniela Wagner
Wolfgang Wieland
Dr. Valerie Wilms
Josef Philip Winkler

Enthalten

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Thilo Hoppe
Sylvia Kotting-Uhl

Ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/1640 zur Dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zum Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz bekannt: abgegebene Stimmen 597. Mit Ja haben 204 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein haben 393 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Enthaltungen. Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Vizepräsidentin Petra Pau

(A)

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen: 600;
davon
ja: 204
nein: 396

Ja

SPD

Ingrid Arndt-Brauer
Heinz-Joachim Barchmann
Doris Barnett
Dr. Hans-Peter Bartels
Klaus Barthel
Sören Bartol
Bärbel Bas
Sabine Bätzing-Lichtenthäler
Uwe Beckmeyer
Lothar Binding (Heidelberg)
Gerd Bollmann
Klaus Brandner
Willi Brase
Marco Bülow
Ulla Burchardt
Martin Burkert
Petra Crone
Dr. Peter Danckert
Martin Dörmann
Elvira Drobinski-Weiß
Garrelt Duin
Sebastian Edathy
Siegmund Ehrmann
Dr. h. c. Gernot Erler
(B)
Petra Ernstberger
Karin Evers-Meyer
Elke Ferner
Gabriele Fograscher
Dr. Edgar Franke
Dagmar Freitag
Peter Friedrich
Sigmar Gabriel
Michael Gerdes
Martin Gerster
Iris Gleicke
Günter Gloser
Ulrike Gottschalck
Angelika Graf (Rosenheim)
Michael Groschek
Michael Groß
Wolfgang Gunkel
Hans-Joachim Hacker
Bettina Hagedorn
Klaus Hagemann
Michael Hartmann (Wackernheim)
Hubertus Heil (Peine)
Rolf Hempelmann
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Gabriele Hiller-Ohm
Petra Hinz (Essen)
Frank Hofmann (Volkach)
Dr. Eva Högl
Christel Humme
Josip Juratovic
Oliver Kaczmarek
Johannes Kahrs
Dr. h. c. Susanne Kastner
Ulrich Kelber
Lars Klingbeil
Hans-Ulrich Klose
Dr. Bärbel Kofler
Daniela Kolbe (Leipzig)
Fritz Rudolf Körper
Anette Kramme
Nicolette Kressl
Angelika Krüger-Leißner
Ute Kumpf
Christine Lambrecht
Christian Lange (Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Steffen-Claudio Lemme
Burkhard Lischka
Gabriele Lösekrug-Möller
Kirsten Lühmann
Caren Marks
Katja Mast
Petra Merkel (Berlin)
Ullrich Meßmer
Dr. Matthias Miersch
Franz Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Andrea Nahles
Dietmar Nietan
Manfred Nink
Thomas Oppermann
Holger Ortel
Aydan Özoğuz
Heinz Paula
Johannes Pflug
Joachim Poß
Dr. Wilhelm Priesmeier
Florian Pronold
Dr. Sascha Raabe
Mechthild Rawert
Gerold Reichenbach
Dr. Carola Reimann
Sönke Rix
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Karin Roth (Esslingen)
Michael Roth (Heringen)
Marlene Rupprecht (Tuchenbach)
Anton Schaaf
Axel Schäfer (Bochum)
Bernd Scheelen
Marianne Schieder (Schwandorf)
Werner Schieder (Weiden)
Ulla Schmidt (Aachen)
Carsten Schneider (Erfurt)
Olaf Scholz
Ottmar Schreiner
Swen Schulz (Spandau)
Ewald Schurer
Frank Schwabe
Dr. Angelica Schwall-Düren
Dr. Martin Schwanholz
Rolf Schwanitz
Stefan Schwartze
Dr. Carsten Sieling
Sonja Steffen
Peer Steinbrück
Dr. Frank-Walter Steinmeier
Christoph Strässer
Kerstin Tack
Dr. h. c. Wolfgang Thierse
Franz Thönnes
Wolfgang Tiefensee
Rüdiger Veit
Ute Vogt
Dr. Marlies Volkmer
Andrea Wicklein
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Dr. Dieter Wiefelspütz
Waltraud Wolff (Wolmirstedt)
Dagmar Ziegler
Manfred Zöllmer
Brigitte Zypries

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Kerstin Andreae
Marieluise Beck (Bremen)
Volker Beck (Köln)
Birgitt Bender
Alexander Bonde
Viola von Cramon-Taubadel
Ekin Deligöz
Katja Dörner
Hans-Josef Fell
Dr. Thomas Gambke
Kai Gehring
Katrin Göring-Eckardt
Britta Haßelmann
Bettina Herlitzius
Winfried Hermann
Priska Hinz (Herborn)
Ulrike Höfken
Dr. Anton Hofreiter
Bärbel Höhn
Ingrid Hönlinger
Thilo Hoppe
Uwe Kekeritz
Katja Keul
Memet Kilic
Sven-Christian Kindler
Maria Klein-Schmeink
Ute Koczy
Tom Koenigs
Sylvia Kotting-Uhl
Oliver Krischer
Agnes Krumwiede
Fritz Kuhn
Stephan Kühn
Renate Künast
Markus Kurth
Undine Kurth (Quedlinburg)
Monika Lazar
Nicole Maisch
Agnes Malczak
Jerzy Montag
Kerstin Müller (Köln)
Beate Müller-Gemmeke
Ingrid Nestle
Dr. Konstantin von Notz
Omid Nouripour
Friedrich Ostendorff
Dr. Hermann Ott
Lisa Paus
Brigitte Pothmer
Tabea Rößner (C)
Claudia Roth (Augsburg)
Krista Sager
Manuel Sarrazin
Christine Scheel
Dr. Gerhard Schick
Dr. Frithjof Schmidt
Dorothea Steiner
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
Hans-Christian Ströbele
Dr. Harald Terpe
Markus Tressel
Jürgen Trittin
Daniela Wagner
Wolfgang Wieland
Dr. Valerie Wilms
Josef Philip Winkler

Nein

CDU/CSU

Ilse Aigner
Peter Altmaier
Peter Aumer
Dorothee Bär
Thomas Bareiß
Norbert Barthle
Günter Baumann
Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)
Manfred Behrens (Börde)
Veronika Bellmann
Dr. Christoph Bergner
Peter Beyer (D)
Steffen Bilger
Clemens Binninger
Peter Bleser
Dr. Maria Böhmer
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Wolfgang Bosbach
Norbert Brackmann
Klaus Brähmig
Michael Brand
Dr. Reinhard Brandl
Helmut Brandt
Dr. Ralf Brauksiepe
Dr. Helge Braun
Heike Brehmer
Ralph Brinkhaus
Leo Dautzenberg
Alexander Dobrindt
Thomas Dörflinger
Marie-Luise Dött
Dr. Thomas Feist
Enak Ferlemann
Ingrid Fischbach
Hartwig Fischer (Göttingen)
Dirk Fischer (Hamburg)
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Dr. Maria Flachsbarth
Klaus-Peter Flosbach
Herbert Frankenhauser
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Michael Frieser

Vizepräsidentin Petra Pau

(A)

Erich G. Fritz
Dr. Michael Fuchs
Hans-Joachim Fuchtel
Alexander Funk
Ingo Gädechens
Dr. Peter Gauweiler
Dr. Thomas Gebhart
Norbert Geis
Alois Gerig
Eberhard Gienger
Michael Glos
Josef Göppel
Peter Götz
Dr. Wolfgang Götzer
Ute Granold
Reinhard Grindel
Hermann Gröhe
Michael Grosse-Brömer
Markus Grübel
Manfred Grund
Monika Grütters
Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg
Olav Gutting
Florian Hahn
Holger Haibach
Dr. Stephan Harbarth
Jürgen Hardt
Gerda Hasselfeldt
Dr. Matthias Heider
Mechthild Heil
Ursula Heinen-Esser
Frank Heinrich
Rudolf Henke

(B)

Michael Hennrich
Jürgen Herrmann
Ansgar Heveling
Ernst Hinsken
Peter Hintze
Christian Hirte
Robert Hochbaum
Karl Holmeier
Franz-Josef Holzenkamp
Joachim Hörster
Anette Hübinger
Thomas Jarzombek
Dieter Jasper
Dr. Franz Josef Jung
Andreas Jung (Konstanz)
Dr. Egon Jüttner
Bartholomäus Kalb
Hans-Werner Kammer
Steffen Kampeter
Alois Karl
Bernhard Kaster
Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen)
Volker Kauder
Dr. Stefan Kaufmann
Roderich Kiesewetter
Eckart von Klaeden
Ewa Klamt
Volkmar Klein
Jürgen Klimke
Julia Klöckner
Axel Knoerig
Jens Koeppen
Dr. Kristina Schröder(Wiesbaden)
Manfred Kolbe
Dr. Rolf Koschorrek
Hartmut Koschyk
Thomas Kossendey
Michael Kretschmer
Gunther Krichbaum
Dr. Günter Krings
Rüdiger Kruse
Bettina Kudla
Dr. Hermann Kues
Günter Lach
Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)
Andreas G. Lämmel
Dr. Norbert Lammert
Katharina Landgraf
Ulrich Lange
Dr. Max Lehmer
Paul Lehrieder
Dr. Ursula von der Leyen
Ingbert Liebing
Matthias Lietz
Dr. Carsten Linnemann
Patricia Lips
Dr. Jan-Marco Luczak
Dr. Michael Luther
Karin Maag
Dr. Thomas de Maizière
Hans-Georg von der Marwitz
Andreas Mattfeldt
Stephan Mayer (Altötting)
Dr. Michael Meister
Dr. Angela Merkel
Maria Michalk
Dr. h. c. Hans Michelbach
Dr. Mathias Middelberg
Philipp Mißfelder
Dietrich Monstadt
Marlene Mortler
Dr. Gerd Müller
Stefan Müller (Erlangen)
Nadine Müller (St. Wendel)
Dr. Philipp Murmann
Bernd Neumann (Bremen)
Michaela Noll
Dr. Georg Nüßlein
Franz Obermeier
Eduard Oswald
Henning Otte
Dr. Michael Paul
Rita Pawelski
Ulrich Petzold
Dr. Joachim Pfeiffer
Sibylle Pfeiffer
Beatrix Philipp
Ronald Pofalla
Christoph Poland
Ruprecht Polenz
Eckhard Pols
Lucia Puttrich
Daniela Raab
Thomas Rachel
Dr. Peter Ramsauer
Eckhardt Rehberg
Katherina Reiche (Potsdam)
Lothar Riebsamen
Josef Rief
Klaus Riegert
Dr. Heinz Riesenhuber
Johannes Röring
Dr. Norbert Röttgen
Dr. Christian Ruck
Erwin Josef Rüddel
Albert Rupprecht (Weiden)
Anita Schäfer (Saalstadt)
Dr. Wolfgang Schäuble
Dr. Annette Schavan
Dr. Andreas Scheuer
Karl Schiewerling
Norbert Schindler
Tankred Schipanski
Georg Schirmbeck
Christian Schmidt (Fürth)
Patrick Schnieder
Dr. Andreas Schockenhoff
Dr. Ole Schröder
Bernhard Schulte-Drüggelte
Uwe Schummer
Armin Schuster (Weil am Rhein)
Detlef Seif
Johannes Selle
Reinhold Sendker
Dr. Patrick Sensburg
Thomas Silberhorn
Johannes Singhammer
Jens Spahn
Carola Stauche
Dr. Frank Steffel
Erika Steinbach
Christian Freiherr von Stetten
Dieter Stier
Gero Storjohann
Stephan Stracke
Max Straubinger
Karin Strenz
Thomas Strobl (Heilbronn)
Lena Strothmann
Michael Stübgen
Dr. Peter Tauber
Antje Tillmann
Dr. Hans-Peter Uhl
Arnold Vaatz
Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Stefanie Vogelsang
Andrea Astrid Voßhoff
Dr. Johann Wadephul
Marco Wanderwitz
Kai Wegner
Marcus Weinberg (Hamburg)
Peter Weiß (Emmendingen)
Sabine Weiss (Wesel I)
Ingo Wellenreuther
Karl-Georg Wellmann
Peter Wichtel
Annette Widmann-Mauz
Klaus-Peter Willsch
Elisabeth Winkelmeier-Becker
Dagmar Wöhrl
Dr. Matthias Zimmer
Wolfgang Zöller
Willi Zylajew

FDP

(C)

Jens Ackermann
Christian Ahrendt
Christine Aschenberg-Dugnus
Daniel Bahr (Münster)
Florian Bernschneider
Sebastian Blumenthal
Claudia Bögel
Nicole Bracht-Bendt
Klaus Breil
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Marco Buschmann
Sylvia Canel
Helga Daub
Reiner Deutschmann
Dr. Bijan Djir-Sarai
Patrick Döring
Mechthild Dyckmans
Rainer Erdel
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Paul K. Friedhoff
Dr. Edmund Peter Geisen
Dr. Wolfgang Gerhardt
Hans-Michael Goldmann
Miriam Gruß
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Christel Happach-Kasan
Heinz-Peter Haustein
Manuel Höferlin

(D)

Elke Hoff
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Heiner Kamp
Michael Kauch
Dr. Lutz Knopek
Pascal Kober
Dr. Heinrich L. Kolb
Hellmut Königshaus
Gudrun Kopp
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
Sebastian Körber
Patrick Kurth (Kyffhäuser)
Heinz Lanfermann
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Lars Lindemann
Christian Lindner
Dr. Martin Lindner (Berlin)
Michael Link (Heilbronn)
Dr. Erwin Lotter
Oliver Luksic
Horst Meierhofer
Patrick Meinhardt
Gabriele Molitor
Jan Mücke
Petra Müller (Aachen)
Burkhardt Müller-Sönksen
Dr. Martin Neumann (Lausitz)
Dirk Niebel

Vizepräsidentin Petra Pau

(A)

Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Dr. Christiane Ratjen-Damerau
Dr. Birgit Reinemund
Dr. Peter Röhlinger
Dr. Stefan Ruppert
Björn Sänger
Frank Schäffler
Christoph Schnurr
Jimmy Schulz
Marina Schuster
Dr. Erik Schweickert
Werner Simmling
Judith Skudelny
Dr. Hermann Otto Solms
Joachim Spatz
Dr. Max Stadler
Torsten Staffeldt
Dr. Rainer Stinner
Stephan Thomae
Florian Toncar
Serkan Tören
Johannes Vogel (Lüdenscheid)
Dr. Daniel Volk
Dr. Guido Westerwelle
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Hartfrid Wolff (Rems-Murr)

DIE LINKE

Jan van Aken
Agnes Alpers
Dr. Dietmar Bartsch
Herbert Behrens
Matthias W. Birkwald
Heidrun Bluhm
Steffen Bockhahn
Christine Buchholz
Eva Bulling-Schröter
Roland Claus
Dr. Diether Dehm
Heidrun Dittrich
Werner Dreibus
Dr. Dagmar Enkelmann
Klaus Ernst
Nicole Gohlke
Diana Golze
Annette Groth
Heike Hänsel
Dr. Rosemarie Hein
Inge Höger
Dr. Barbara Höll
Andrej Konstantin Hunko
Dr. Lukrezia Jochimsen
Katja Kipping
Harald Koch
Jan Korte
Jutta Krellmann
Katrin Kunert
Caren Lay
Sabine Leidig
Ralph Lenkert
Michael Leutert
Stefan Liebich
Ulla Lötzer
Dr. Gesine Lötzsch
Thomas Lutze
Ulrich Maurer
Dorothée Menzner
Cornelia Möhring
Kornelia Möller
Niema Movassat
Wolfgang Nešković
Thomas Nord
Petra Pau
Jens Petermann
Richard Pitterle
Yvonne Ploetz
Michael Schlecht
Dr. Herbert Schui
Dr. Ilja Seifert
Kathrin Senger-Schäfer
Raju Sharma
Dr. Petra Sitte
Kersten Steinke
Sabine Stüber
Alexander Süßmair
Dr. Kirsten Tackmann
Frank Tempel
Dr. Axel Troost
Alexander Ulrich
Kathrin Vogler
Sahra Wagenknecht
Halina Wawzyniak
Harald Weinberg
Jörn Wunderlich

(C)

(B)

Ich gebe Ihnen nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP auf Drucksache 17/1641 zu der Dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zum Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz bekannt: abgegebene Stimmen 605. Mit Ja haben 331 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein 273. Es gab eine Enthaltung. Der Entschließungsantrag ist mit der soeben beschlossenen Änderung angenommen.

(D)

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen:	601;
davon	
ja:	327
nein:	273
enthalten:	1

Ja

CDU/CSU

Ilse Aigner
Peter Altmaier
Peter Aumer
Dorothee Bär
Thomas Bareiß
Norbert Barthle
Günter Baumann
Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)
Manfred Behrens (Börde)
Veronika Bellmann
Dr. Christoph Bergner
Peter Beyer
Steffen Bilger
Clemens Binninger
Peter Bleser
Dr. Maria Böhmer
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Wolfgang Bosbach
Norbert Brackmann
Klaus Brähmig
Michael Brand
Dr. Reinhard Brandl
Helmut Brandt
Dr. Ralf Brauksiepe
Dr. Helge Braun
Heike Brehmer
Ralph Brinkhaus
Leo Dautzenberg
Alexander Dobrindt
Thomas Dörflinger
Marie-Luise Dött
Dr. Thomas Feist
Enak Ferlemann
Ingrid Fischbach
Hartwig Fischer (Göttingen)
Dirk Fischer (Hamburg)
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Dr. Maria Flachsbarth
Klaus-Peter Flosbach
Herbert Frankenhauser
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Michael Frieser
Erich G. Fritz
Dr. Michael Fuchs
Hans-Joachim Fuchtel
Ingo Gädechens
Dr. Thomas Gebhart
Norbert Geis
Alois Gerig
Eberhard Gienger
Michael Glos
Josef Göppel
Peter Götz
Dr. Wolfgang Götzer
Ute Granold
Reinhard Grindel
Hermann Gröhe
Michael Grosse-Brömer
Markus Grübel
Manfred Grund
Monika Grütters
Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg
Olav Gutting
Florian Hahn
Holger Haibach
Dr. Stephan Harbarth
Jürgen Hardt
Gerda Hasselfeldt
Dr. Matthias Heider
Mechthild Heil
Ursula Heinen-Esser
Frank Heinrich
Rudolf Henke
Michael Hennrich
Jürgen Herrmann
Ansgar Heveling
Ernst Hinsken
Peter Hintze
Christian Hirte
Robert Hochbaum
Karl Holmeier
Franz-Josef Holzenkamp
Joachim Hörster
Anette Hübinger
Thomas Jarzombek
Dieter Jasper
Dr. Franz Josef Jung
Andreas Jung (Konstanz)
Dr. Egon Jüttner
Bartholomäus Kalb
Hans-Werner Kammer
Steffen Kampeter
Alois Karl
Bernhard Kaster
Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen)
Volker Kauder
Dr. Stefan Kaufmann
Roderich Kiesewetter

Vizepräsidentin Petra Pau

(A)
Eckart von Klaeden
Ewa Klamt
Volkmar Klein
Jürgen Klimke
Julia Klöckner
Axel Knoerig
Jens Koeppen
Dr. Kristina Schröder (Wiesbaden)
Manfred Kolbe
Dr. Rolf Koschorrek
Hartmut Koschyk
Thomas Kossendey
Michael Kretschmer
Gunther Krichbaum
Dr. Günter Krings
Rüdiger Kruse
Bettina Kudla
Dr. Hermann Kues
Günter Lach
Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)
Andreas G. Lämmel
Dr. Norbert Lammert
Katharina Landgraf
Ulrich Lange
Dr. Max Lehmer
Paul Lehrieder
Dr. Ursula von der Leyen
Ingbert Liebing
Matthias Lietz
Dr. Carsten Linnemann
Patricia Lips
Dr. Jan-Marco Luczak
(B)
Dr. Michael Luther
Karin Maag
Dr. Thomas de Maizière
Hans-Georg von der Marwitz
Andreas Mattfeldt
Stephan Mayer (Altötting)
Dr. Michael Meister
Dr. Angela Merkel
Maria Michalk
Dr. h. c. Hans Michelbach
Dr. Mathias Middelberg
Philipp Mißfelder
Dietrich Monstadt
Marlene Mortler
Dr. Gerd Müller
Stefan Müller (Erlangen)
Nadine Müller (St. Wendel)
Dr. Philipp Murmann
Bernd Neumann (Bremen)
Michaela Noll
Dr. Georg Nüßlein
Franz Obermeier
Eduard Oswald
Henning Otte
Dr. Michael Paul
Rita Pawelski
Ulrich Petzold
Dr. Joachim Pfeiffer
Sibylle Pfeiffer
Beatrix Philipp
Ronald Pofalla
Christoph Poland
Ruprecht Polenz
Eckhard Pols
Lucia Puttrich
Daniela Raab
Thomas Rachel
Dr. Peter Ramsauer
Eckhardt Rehberg
Katherina Reiche (Potsdam)
Lothar Riebsamen
Josef Rief
Klaus Riegert
Dr. Heinz Riesenhuber
Johannes Röring
Dr. Norbert Röttgen
Dr. Christian Ruck
Erwin Rüddel
Albert Rupprecht (Weiden)
Anita Schäfer (Saalstadt)
Dr. Wolfgang Schäuble
Dr. Annette Schavan
Dr. Andreas Scheuer
Karl Schiewerling
Norbert Schindler
Tankred Schipanski
Georg Schirmbeck
Christian Schmidt (Fürth)
Patrick Schnieder
Dr. Andreas Schockenhoff
Dr. Ole Schröder
Bernhard Schulte-Drüggelte
Uwe Schummer
Armin Schuster (Weil am Rhein)
Detlef Seif
Johannes Selle
Reinhold Sendker
Dr. Patrick Sensburg
Thomas Silberhorn
Johannes Singhammer
Jens Spahn
Carola Stauche
Dr. Frank Steffel
Erika Steinbach
Christian Freiherr von Stetten
Dieter Stier
Gero Storjohann
Stephan Stracke
Max Straubinger
Karin Strenz
Thomas Strobl (Heilbronn)
Lena Strothmann
Michael Stübgen
Dr. Peter Tauber
Antje Tillmann
Dr. Hans-Peter Uhl
Arnold Vaatz
Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Stefanie Vogelsang
Andrea Astrid Voßhoff
Dr. Johann Wadephul
Marco Wanderwitz
Kai Wegner
Marcus Weinberg (Hamburg)
Peter Weiß (Emmendingen)
Sabine Weiss (Wesel I)
Ingo Wellenreuther
Karl-Georg Wellmann
Peter Wichtel
Annette Widmann-Mauz
Elisabeth Winkelmeier-Becker
Dagmar Wöhrl
Dr. Matthias Zimmer
Wolfgang Zöller
Willi Zylajew

FDP

Jens Ackermann
Christian Ahrendt
Christine Aschenberg-Dugnus
Daniel Bahr (Münster)
Florian Bernschneider
Sebastian Blumenthal
Claudia Bögel
Nicole Bracht-Bendt
Klaus Breil
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Marco Buschmann
Sylvia Canel
Helga Daub
Reiner Deutschmann
Dr. Bijan Djir-Sarai
Patrick Döring
Mechthild Dyckmans
Rainer Erdel
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Paul K. Friedhoff
Dr. Edmund Peter Geisen
Dr. Wolfgang Gerhardt
Hans-Michael Goldmann
Heinz Golombeck
Miriam Gruß
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Christel Happach-Kasan
Heinz-Peter Haustein
Manuel Höferlin
Elke Hoff
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Heiner Kamp
Michael Kauch
Dr. Lutz Knopek
Pascal Kober
Dr. Heinrich L. Kolb
Hellmut Königshaus
Gudrun Kopp
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
Sebastian Körber
Patrick Kurth (Kyffhäuser)
Heinz Lanfermann
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Lars Lindemann
Christian Lindner
Dr. Martin Lindner (Berlin)
Michael Link (Heilbronn)
Dr. Erwin Lotter
Oliver Luksic
Horst Meierhofer
Patrick Meinhardt
Gabi Molitor (C)
Jan Mücke
Petra Müller (Aachen)
Burkhardt Müller-Sönksen
Dr. Martin Neumann (Lausitz)
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Dr. Christiane Ratjen-Damerau
Dr. Birgit Reinemund
Dr. Peter Röhlinger
Dr. Stefan Ruppert
Björn Sänger
Christoph Schnurr
Jimmy Schulz
Marina Schuster
Dr. Erik Schweickert
Werner Simmling
Judith Skudelny
Dr. Hermann Otto Solms
Joachim Spatz
Dr. Max Stadler
Torsten Staffeldt
Dr. Rainer Stinner
Stephan Thomae
Florian Toncar
Serkan Tören
Johannes Vogel (Lüdenscheid)
Dr. Daniel Volk
Dr. Guido Westerwelle (D)
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Hartfrid Wolff (Rems-Murr)

Nein

CDU/CSU

Dr. Peter Gauweiler
Klaus-Peter Willsch

SPD

Ingrid Arndt-Brauer
Heinz-Joachim Barchmann
Doris Barnett
Dr. Hans-Peter Bartels
Klaus Barthel
Sören Bartol
Bärbel Bas
Sabine Bätzing-Lichtenthäler
Uwe Beckmeyer
Lothar Binding (Heidelberg)
Gerd Bollmann
Klaus Brandner
Willi Brase
Marco Bülow
Ulla Burchardt
Martin Burkert
Petra Crone
Dr. Peter Danckert
Martin Dörmann
Elvira Drobinski-Weiß
Garrelt Duin

Vizepräsidentin Petra Pau

(A)

Sebastian Edathy
Siegmund Ehrmann
Dr. h. c. Gernot Erler
Petra Ernstberger
Karin Evers-Meyer
Elke Ferner
Gabriele Fograscher
Dr. Edgar Franke
Dagmar Freitag
Peter Friedrich
Sigmar Gabriel
Michael Gerdes
Martin Gerster
Iris Gleicke
Günter Gloser
Ulrike Gottschalck
Angelika Graf (Rosenheim)
Michael Groschek
Michael Groß
Wolfgang Gunkel
Hans-Joachim Hacker
Bettina Hagedorn
Klaus Hagemann
Michael Hartmann (Wackernheim)
Hubertus Heil (Peine)
Rolf Hempelmann
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Gabriele Hiller-Ohm
Petra Hinz (Essen)
Frank Hofmann (Volkach)
Dr. Eva Högl
Christel Humme
Josip Juratovic

(B)

Oliver Kaczmarek
Johannes Kahrs
Dr. h. c. Susanne Kastner
Ulrich Kelber
Lars Klingbeil
Hans-Ulrich Klose
Dr. Bärbel Kofler
Daniela Kolbe (Leipzig)
Fritz Rudolf Körper
Anette Kramme
Nicolette Kressl
Angelika Krüger-Leißner
Ute Kumpf
Christine Lambrecht
Christian Lange (Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Steffen-Claudio Lemme
Burkhard Lischka
Gabriele Lösekrug-Möller
Kirsten Lühmann
Caren Marks
Katja Mast
Petra Merkel (Berlin)
Ullrich Meßmer
Dr. Matthias Miersch
Franz Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Andrea Nahles
Dietmar Nietan
Manfred Nink
Thomas Oppermann
Holger Ortel
Aydan Özoğuz
Heinz Paula
Johannes Pflug
Joachim Poß
Dr. Wilhelm Priesmeier
Florian Pronold
Dr. Sascha Raabe
Mechthild Rawert
Gerold Reichenbach
Dr. Carola Reimann
Sönke Rix
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Karin Roth (Esslingen)
Michael Roth (Heringen)
Marlene Rupprecht (Tuchenbach)
Anton Schaaf
Axel Schäfer (Bochum)
Bernd Scheelen
Marianne Schieder (Schwandorf)
Werner Schieder (Weiden)
Ulla Schmidt (Aachen)
Carsten Schneider (Erfurt)
Olaf Scholz
Ottmar Schreiner
Swen Schulz (Spandau)
Ewald Schurer
Frank Schwabe
Dr. Angelica Schwall-Düren
Dr. Martin Schwanholz
Rolf Schwanitz
Stefan Schwartze
Dr. Carsten Sieling
Sonja Steffen
Peer Steinbrück
Dr. Frank-Walter Steinmeier
Christoph Strässer
Kerstin Tack
Dr. h. c. Wolfgang Thierse
Franz Thönnes
Wolfgang Tiefensee
Rüdiger Veit
Ute Vogt
Dr. Marlies Volkmer
Andrea Wicklein
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Dr. Dieter Wiefelspütz
Waltraud Wolff (Wolmirstedt)
Dagmar Ziegler
Manfred Zöllmer
Brigitte Zypries

DIE LINKE

Jan van Aken
Agnes Alpers
Dr. Dietmar Bartsch
Herbert Behrens
Matthias W. Birkwald
Heidrun Bluhm
Steffen Bockhahn
Christine Buchholz
Eva Bulling-Schröter
Roland Claus
Sevim Dağdelen
Dr. Diether Dehm
Heidrun Dittrich
Werner Dreibus
Dr. Dagmar Enkelmann
Klaus Ernst
Nicole Gohlke
Diana Golze
Annette Groth
Heike Hänsel
Dr. Rosemarie Hein
Inge Höger
Dr. Barbara Höll
Andrej Konstantin Hunko
Dr. Lukrezia Jochimsen
Katja Kipping
Harald Koch
Jan Korte
Jutta Krellmann
Katrin Kunert
Caren Lay
Sabine Leidig
Ralph Lenkert
Michael Leutert
Stefan Liebich
Ulla Lötzer
Dr. Gesine Lötzsch
Thomas Lutze
Ulrich Maurer
Dorothée Menzner
Cornelia Möhring
Kornelia Möller
Niema Movassat
Wolfgang Nešković
Thomas Nord
Petra Pau
Jens Petermann
Richard Pitterle
Yvonne Ploetz
Michael Schlecht
Dr. Herbert Schui
Dr. Ilja Seifert
Kathrin Senger-Schäfer
Raju Sharma
Dr. Petra Sitte
Kersten Steinke
Sabine Stüber
Alexander Süßmair
Dr. Kirsten Tackmann
Frank Tempel
Dr. Axel Troost
Alexander Ulrich
Kathrin Vogler
Sahra Wagenknecht
Halina Wawzyniak
Harald Weinberg
Jörn Wunderlich

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Kerstin Andreae
Marieluise Beck (Bremen)
Volker Beck (Köln)
Birgitt Bender
Alexander Bonde
Viola von Cramon-Taubadel
Ekin Deligöz
Katja Dörner

(C)

Hans-Josef Fell
Dr. Thomas Gambke
Kai Gehring
Katrin Göring-Eckardt
Britta Haßelmann
Bettina Herlitzius
Winfried Hermann
Priska Hinz (Herborn)
Ulrike Höfken
Dr. Anton Hofreiter
Bärbel Höhn
Ingrid Hönlinger
Thilo Hoppe
Uwe Kekeritz
Katja Keul
Memet Kilic
Sven-Christian Kindler
Maria Klein-Schmeink
Ute Koczy
Tom Koenigs
Sylvia Kotting-Uhl
Oliver Krischer
Agnes Krumwiede
Fritz Kuhn
Stephan Kühn
Renate Künast
Markus Kurth
Undine Kurth (Quedlinburg)
Monika Lazar
Nicole Maisch
Agnes Malczak
Jerzy Montag
Kerstin Müller (Köln)
Beate Müller-Gemmeke

(D)

Ingrid Nestle
Dr. Konstantin von Notz
Omid Nouripour
Friedrich Ostendorff
Dr. Hermann Ott
Elisabeth Paus
Brigitte Pothmer
Tabea Rößner
Claudia Roth (Augsburg)
Krista Sager
Manuel Sarrazin
Christine Scheel
Dr. Gerhard Schick
Dr. Frithjof Schmidt
Dorothea Steiner
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
Hans-Christian Ströbele
Dr. Harald Terpe
Markus Tressel
Jürgen Trittin
Daniela Wagner
Wolfgang Wieland
Dr. Valerie Wilms
Josef Philip Winkler

Enthalten

CDU/CSU

Alexander Funk

Vizepräsidentin Petra Pau

(A) Wir fahren in der Debatte über den Tagesordnungspunkt 24 fort. Das Wort hat der Kollege Harald Weinberg für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Harald Weinberg (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befassen uns heute unter anderem mit zwei Anträgen der Fraktion Die Linke. Einer der Anträge behandelt das zentrale Projekt der Koalition in der Gesundheitspolitik. Das ist die Einführung einer **einkommensunabhängigen Gesundheitsprämie**, im Volksmund allerdings auch Kopfpauschale genannt.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Welches Volk?)

– Die Mehrheit des Volkes, die Mehrheit des Volkes.

(Wolfgang Zöller [CDU/CSU]: Das haben Sie denen eingeredet!)

Wir wollen nicht, dass der Manager ebenso hohe Krankenversicherungsbeiträge wie seine Reinigungskraft bezahlt, sondern wir wollen ein in sich solidarisches Krankenversicherungssystem beibehalten und ausbauen.

(Beifall bei der Linken – Ulrike Flach [FDP]: Dafür ist es dann insolvent!)

CDU und FDP haben dieses unpopuläre Thema nun bis nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen in einer Re-
(B) gierungskommission zwischengelagert. Gespannt bin ich dabei auf das Abstimmungsverhalten der bayerischen Kolleginnen und Kollegen der Union. Der Vorsitzende der CSU, Horst Seehofer, hat aus Bayern – völlig zu Recht, wie ich finde – über Monate giftige Pfeile gegen das wichtigste gesundheitspolitische Projekt der Bundesregierung geschossen. Er sagte beispielsweise:

> Es ist völlig ausgeschlossen, dass wir unser Gesundheitswesen durch eine einkommensunabhängige Prämie finanzieren. Das gilt nicht nur für diese Legislaturperiode, das gilt für das ganze nächste Jahrzehnt.

Das ist eine klare Aussage.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir fordern das Aus für die Kopfpauschale. Horst Seehofer fordert dasselbe. Deshalb empfehle ich meinen Kolleginnen und Kollegen von der CSU: Stimmen Sie für unseren Antrag, stimmen Sie für Ihren Vorsitzenden!

Auch die SPD hätte, indem sie unserem Antrag zustimmt, die Gelegenheit, ihre Unterschriftenlisten im Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen politisch zu flankieren.

In einem zweiten Antrag fordern wir die Einführung einer **solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung.** Wir skizzieren sie in unserem Antrag auch: Wir wollen, dass alle in Deutschland lebenden Menschen entsprechend ihrem Einkommen – unter Berücksichtigung aller Einkommensarten – zur Finanzierung

(C) der Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung beitragen. Wir wollen, dass die Chefärztin einen höheren Krankenversicherungsbeitrag zahlt als der Krankenpfleger. Das entspricht nicht nur unseren Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit, das entspricht dem Gerechtigkeitsempfinden der großen Mehrheit der Bevölkerung.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Einführung einer Bürgerversicherung fordern heute auch die Grünen mit einem Antrag, und auch die SPD hat ein Konzept mit gleichem Namen.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Wo ist denn das Konzept?)

Unser Konzept unterscheidet sich von den Konzepten der anderen in mehreren Punkten – ich will das erläutern –: Derzeit verhindert die **Beitragsbemessungsgrenze,** dass Einkommen von mehr als 3 750 Euro im Monat angemessen zur Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung herangezogen werden. Im Klartext: Wir als Abgeordnete zahlen – sofern wir überhaupt gesetzlich krankenversichert sind – von unserer Diät im Monat gleich hohe Beiträge wie ein Angestellter, der halb so viel Einkommen hat wie wir. Das ist ungerecht. Daher fordern wir kurzfristig eine Anhebung, mittelfristig aber die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze.

(Beifall bei der LINKEN – Jens Spahn [CDU/CSU]: Das geht doch gar nicht! Keine Ahnung, von nichts! Aber davon viel!)

Die SPD will das nicht. Die Grünen wollen die Beitrags-
(D) bemessungsgrenze lediglich anheben; auf wie viel, verraten sie nicht.

Ein weiterer Unterschied: Wir wollen die **private Krankenversicherung** als Vollversicherung abschaffen. Dieses System ist in Europa einmalig; alle anderen Staaten in Europa verzichten aus guten Gründen auf eine private Krankenversicherung in dieser Doppelrolle. Nach unserer Auffassung sollen alle medizinisch notwendigen Leistungen von der gesetzlichen Krankenversicherung getragen werden. Für Leistungen, die medizinisch nicht notwendig sind, etwa Einzelzimmer und Chefarztbehandlung, kann dann jeder eine private Zusatzversicherung abschließen. Das ist unsere Position.

Die Grünen wollen die privaten Krankenversicherungen auch die Bürgerversicherung anbieten lassen. Die privaten Krankenversicherungen sollen also im Wettbewerb mit den gesetzlichen Krankenversicherungen stehen. Ein Nebeneinander von privater und gesetzlicher Krankenvollversicherung führt jedoch zu einer Behinderung der Entwicklung und der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung; denn die Logik einer privatwirtschaftlich organisierten privaten Krankenversicherung widerspricht grundsätzlich der einer solidarischen gesetzlichen Krankenversicherung.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Schon wieder Quatsch!)

Die SPD sagt zu dem Thema einer Abschaffung der privaten Krankenversicherung gar nichts. Es bleibt nebulös, auf welche Weise die Bevorzugung der Privatver-

Harald Weinberg

(A) sicherten in den Wartezimmern aufhören soll. Ich frage Sie: Wie soll das passieren? Solange Sie die privaten Krankenversicherungen im Versorgungsgeschehen agieren lassen, funktioniert das nicht.

Es gibt nur eine saubere Lösung: Die Abschaffung der privaten Krankenversicherung als Vollversicherung – wie wir, die Linke, es vorschlagen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, würde unser Konzept einer Bürgerinnen- und Bürgerversicherung realisiert, könnten die **Beitragssätze** auf etwa 10 Prozent – 5 Prozent für die Arbeitgeber und 5 Prozent für die Versicherten – gesenkt werden.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU – Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Wie kommen Sie auf 10 Prozent?)

Das gehört zwar nicht zu unserer Diskussion; aber wenn man den Arbeitgeberanteil verringern möchte, dann doch bitte auf diesem Wege.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Nennen Sie Zahlen, Daten, Fakten!)

– Die kommen auch bei Gelegenheit, Herr Spahn. Auf Ihre Zahlen, Daten, Fakten warten wir schon seit geraumer Zeit.

(Elke Ferner [SPD]: Kollege Singhammer hat sich eben gedrückt, etwas zu sagen!)

– Eben, der hat an Zahlen, Daten, Fakten gar nichts gesagt.

(B) (Heinz Lanfermann [FDP]: Die SPD drückt sich die ganze Zeit! – Jens Spahn [CDU/CSU]: Sie sagen auch nichts!)

– Wollen Sie miteinander debattieren?

Bundesgesundheitsminister Rösler nannte das Gesundheitssystem, das wir vorschlagen, in der letzten Woche ein „unfreies System der Planwirtschaft“. Damit offenbart er nicht nur sprachlich, sondern auch inhaltlich Nähe zu jenen US-Republikanern, die Obamas Bemühungen um eine Reform des **amerikanischen Gesundheitswesens** als sozialistisches Teufelswerk diffamieren. Während sich Obama gegen alle Widerstände abmüht, das amerikanische Gesundheitssystem etwas zu europäisieren, scheint es die feste Absicht der Boygroup des Bundesministeriums für Gesundheit zu sein,

(Elke Ferner [SPD]: Nicht sexistisch werden! – Jens Spahn [CDU/CSU]: Auf der Regierungsbank sitzt doch eine Frau!)

das unsrige zu amerikanisieren. Wohin das führt, kann man in den USA bewundern. In den USA ist man so gut oder so schlecht versichert, wie man verdient bzw. wie der Arbeitgeber es will. Dieses System bringt zweifelsohne Spitzenleistungen für eine kleine Gruppe von Reichen, Leistungen unterschiedlicher Qualität für die Mittelschicht und fast keine Leistungen für die Armen, und das alles gegen Cash, gegen Geld. Geld spielt im Versorgungsgeschehen in den USA eine enorm große Rolle und entscheidet im Zweifel darüber, ob überhaupt und in welcher Qualität man eine Krankheitsversorgung erhält. Das wollen wir nicht.

(C) (Beifall bei der LINKEN – Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Unseres ist besser!)

Gemeinsam mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und vielen anderen werden wir dagegen einen scharfen Widerstand organisieren.

Ich komme zum Schluss. Die Bürgerinnen und Bürger in **Nordrhein-Westfalen** stimmen am 9. Mai 2010 nicht nur über den Landtag ab, sondern können mit ihrer Wahlentscheidung auch Kopfpauschale und Privatisierung im Gesundheitswesen blockieren.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Recht auf Rausch!)

Am besten und sichersten machen sie dies durch ein Kreuz bei den Linken.

(Ulrike Flach [FDP]: Oh!)

Denn damit sorgen sie dafür, dass Schwarz-Gelb spätestens im Bundesrat bei dem Versuch scheitern wird, unser Gesundheitssystem gegen die Wand zu fahren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Jens Spahn [CDU/CSU]: Trara! Trara!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin Ulrike Flach für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(D) **Ulrike Flach** (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! **Wahlkämpfe** treiben ja die seltsamsten Blüten. Ich glaube, eine der allerseltsamsten Blüten, liebe Frau Ferner, ist Ihre Erfindung der Kopfpauschale. Es wird von dieser Koalition keine Kopfpauschale geben. Wir planen sie nicht.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Elke Ferner [SPD]: Stimmt doch gar nicht!)

Wir haben auch nicht vor, sie umzusetzen. Der Umstand, dass zum jetzigen Zeitpunkt gerade einmal 98 736 Menschen Ihre tolle Kampagne unterschrieben haben, die Sie gegen diese Kopfpauschale – von Ihnen selbst erfunden – führen,

(Elke Ferner [SPD]: Sie kriegen nicht mal die Hälfte davon für Ihre Kopfpauschale!)

bei immerhin über 600 000 SPD-Mitgliedern, zeigt, dass von sechs SPD-Mitgliedern fünf nicht unterschreiben. Das ist ein großer Erfolg für diese tolle Kampagne, die Sie fahren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das heißt, die Menschen im Lande haben sehr wohl erkannt, dass sie von Ihnen an dieser Stelle hinter die Fichte geführt werden sollen und dass dies nichts mit der Wahrheit zu tun hat.

Ulrike Flach

(A)

(Elke Ferner [SPD]: Sie werden es ja am Sonntag sehen!)

Wir haben heute die Chance, noch einmal über die unterschiedlichen **Modelle** zu reden. Erstaunlicherweise wurden übrigens nur von dieser Koalition und zumindest in Ansätzen von den Grünen Modelle vorgelegt. Von Ihnen, liebe Kollegen von der SPD, gibt es bis zum heutigen Tag keinen Vorschlag.

(Zuruf der Abg. Elke Ferner [SPD])

Das ist übrigens merkwürdig vor dieser Wahl. Sie schicken die Nordrhein-Westfalen Sonntag auf den Weg zu den Wahlurnen, ohne ihnen zu sagen, was Sie machen wollen.

(Beifall bei der FDP – Elke Ferner [SPD]: Absurd!)

Sie tun nichts anderes, als andere Menschen mit Schmutz zu bewerfen. Das heißt, wir werden wahrscheinlich ab Montag wissen, wie Sie die Menschen belasten wollen.

(Elke Ferner [SPD]: Sagen Sie doch, wie hoch die Kopfpauschale sein soll!)

Darauf sind wir gespannt; diese Antworten erwarten wir.

Wir als Koalition reagieren auf die **Herausforderungen,** die unbestreitbar vorhanden sind. In einer älter werdenden Gesellschaft mit weniger Kindern und gutem, aber mit Sicherheit teurem medizinischen Fortschritt funktioniert die heutige Finanzierung nicht mehr. Das ist

(B)

die Wahrheit, die Sie den Menschen sagen müssen. Die jetzige Finanzierung ist lohnabhängig und damit konjunkturanfällig, was wir derzeit jeden Tag merken. Sie belastet natürlich den Faktor Arbeit. Sie macht Arbeit in Deutschland teurer und ist damit ein Hindernis für die Beschäftigung. Genau aus diesem Grunde gehen wir an diese Reform heran.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Schon heute müssen Steuermittel in Höhe von über 15 Milliarden Euro in den **Gesundheitsfonds** gepumpt werden. Vielen Kassen reicht dieses Geld nicht, und sie müssen Ulla Schmidts Ermächtigung für die Erhebung von Zusatzbeiträgen ohne Sozialausgleich – auch das muss man betonen – nutzen. Im nächsten Jahr könnte das Defizit des Gesundheitsfonds bei einem deutlich zweistelligen Milliardenbetrag liegen. Es gibt also dringend Handlungsbedarf. Genau diesen Handlungsbedarf erfüllen wir zurzeit. Wir tun etwas; Sie, Frau Ferner, reden.

(Heinz Lanfermann [FDP]: Aber schlecht!)

Wir wollen – ich widerlege Ihre Vorwürfe, die Sie eben in die Welt gestreut haben – keine Rationierung von Gesundheitsleistungen. Wir wollen keine Beitragsexplosion. Deshalb brauchen wir einen Einstieg in den Umstieg bei der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Wir wollen mehr Wettbewerb. Wir wollen mehr Wahlfreiheit, und wir wollen Differenzierungsmöglichkeiten für die Versicherten. Das ist der Anlass, diese Reform auf den Weg zu bringen.

(C)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deshalb schlagen wir eine einkommensunabhängige Prämie mit einem Ausgleich für Geringverdiener aus Steuermitteln vor.

(Elke Ferner [SPD]: Doch Kopfpauschale!)

Wer viel verdient – das ist das Credo dieser Koalition –, zahlt viel Steuern und kann mehr zum sozialen Ausgleich beitragen. Das ist unser Prinzip. Genau dieses werden wir umsetzen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Elke Ferner [SPD]: Sie wollen doch, dass sie weniger Steuern zahlen! Das ist doch unglaublich!)

Es gibt keine Kopfprämie, und jeder in diesem Land soll wissen: Es wird in Zukunft keine Kopfprämie, wie Sie es gerne nennen, geben; denn dann müsste ja jeder in jeder Familie pro Kopf zahlen.

(Elke Ferner [SPD]: Nein! Frau Flach, kennen Sie den Unterschied zwischen Versichertem und Mitglied?)

Genau dies tun wir nicht. Wir marschieren mit einer Prämie voran, durch die für Gerechtigkeit in diesem Land gesorgt wird, und zwar über ein System, in dem Gerechtigkeit verankert ist, nämlich über das Steuersystem.

(Maria Anna Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich lache mich schlapp!)

Schauen wir uns Ihre Alternativen an, liebe Kollegen von der SPD. Herr Lauterbach hat uns an dieser Stelle (D) vor einem halben Jahr versprochen, uns ein Konzept vorzulegen.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Richtig!)

Wo ist es denn?

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Im Tresor! – Elke Ferner [SPD]: Wo ist denn Ihres, Frau Flach?)

Wir haben eine Regierungskommission eingesetzt. Sie haben uns vor ein paar Tagen im Gesundheitsausschuss erzählt, Sie wollten uns vor Ende unserer Regierungszeit ein Modell der SPD-Bürgerversicherung vorlegen. Ich bin einmal gespannt, ob Sie das bis 2025 hinbekommen werden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Dr. Harald Terpe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Immer noch früher als Sie! – Heinz Lanfermann [FDP]: Arbeitskreis einsetzen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie ducken sich weg, wenn es um eigene Lösungsvorschläge geht, Sie setzen Chimären in die Welt, um andere in den Dreck zu ziehen, und Sie versuchen vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen, die Menschen dort zu verunsichern. Das wird zu nichts führen. Wir, diese Koalition, haben uns auf den Weg gemacht.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Wohin auch immer!)

Ulrike Flach

(A) Wir werden in wenigen Wochen die ersten Vorschläge vorlegen. Das heißt: Das Gesundheitssystem in diesem Lande wird für alle Menschen nachhaltig und mit fairen Preisen verbunden sein.

Danke.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin Birgitt Bender für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Birgitt Bender (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es wird keine Kopfpauschale geben, haben wir eben von Ihnen, Frau Flach, gehört.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Richtig! – Gegenruf der Abg. Elke Ferner [SPD]: Da lachen ja die Hühner!)

Ich erinnere mich da an eine Lektüre, nämlich an George Orwells *1984.* Darin heißt das Propagandaministerium Ministry of Love, Liebesministerium. Das nennt man Neusprech. Dass Sie von der Kopfpauschale nichts mehr wissen wollen, ist auch Neusprech, weil Sie noch immer genau dasselbe wollen, auch wenn Sie es Gesundheitsprämie nennen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN – Jens Spahn [CDU/CSU]: Das wäre aber das Gleiche!)

(B) Interessant ist doch – durch diese Übung in Sachen Sprachsophisterei zeigt sich das ja –: Sie haben Angst vor der Wahl in NRW bekommen;

(Elke Ferner [SPD]: Zu Recht! – Ulrike Flach [FDP]: Nein! Warum? – Lachen bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

denn plötzlich wird das Thema ganz niedriggehängt. Die FDP, Frau Flach, hat es doch glatt geschafft, vor kurzem auf dem Parteitag in NRW einen Beschluss zur Gesundheitspolitik mit einem Umfang von zweieinhalb Seiten zu fassen, der nicht ein Mal das Wort „Kopfpauschale“ und auch nicht das Wort „Gesundheitsprämie“ enthält.

(Ulrike Flach [FDP]: Die gibt es bei uns ja auch nicht! – Patrick Döring [FDP]: Es gibt überhaupt kein Papier der FDP dazu! – Heinz Lanfermann [FDP]: Sie fassen doch auch keine Beschlüsse über Atomkraftwerke!)

Sie tauchen ab, weil der Countdown läuft und weil Sie genau wissen, dass die Leute das nicht mitmachen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Heinz Lanfermann [FDP]: Müde Fantasterei!)

Ich sage Ihnen aber: Es ist wichtig, darüber zu reden; denn nach dem 9. Mai 2010 wird es weitergehen. Egal wie die Wahl ausgeht: Es wird ein bewegter Monat sein. Die CSU wird wieder aufmüpfig werden, und der Arbeitnehmerflügel der CDU wird nicht einfach sagen: Wunderbares Modell. (C)

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Elke Ferner [SPD]: Die fallen doch immer um!)

Was ist denn unser Problem? Wir wissen schon jetzt, dass im nächsten Jahr 15 Milliarden Euro im Gesundheitsfonds fehlen werden.

(Elke Ferner [SPD]: Genau!)

Um das einmal zu übersetzen: Das sind 300 Euro pro Kassenmitglied. Selbst wenn man Ihnen zugestehen wollte, dass Sie mit dem Arzneimittelsparpaket vielleicht 2 Milliarden Euro einsparen, fehlen immer noch 13 Milliarden Euro, also 260 Euro pro Kassenmitglied. Wenn man aber noch Ihre Versprechungen gegenüber den Ärzten und der privaten Krankenversicherung berücksichtigt, werden aus den 260 Euro schnell 350 Euro oder 400 Euro.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Was? – Ulrike Flach [FDP]: Das ist ja wohl Biggi Benders Märchenstunde! – Heinz Lanfermann [FDP]: Sie rechnen sich wieder schwindelig! – Gegenruf der Abg. Elke Ferner [SPD]: Im Gegensatz zu Ihnen können wir rechnen, Herr Lanfermann)

Das, liebe Frau Fach, ist kein müßiges Zahlenspiel. Ihnen kommt dieses Defizit im Grunde genommen sehr gelegen. Sie wollen es nämlich als Begründung für einen Systemwechsel heranziehen, und zwar einen Systemwechsel, durch den die Gerechtigkeit nicht vergrößert, sondern abgebaut wird. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Der erste Schritt zu diesem Systemwechsel war die Einführung der Zusatzbeiträge durch die Große Koalition. Diese gefallen Ihnen eigentlich gut. Sie wissen aber, dass Sie das Defizit aufgrund der 1-Prozent-Grenze nicht über die Zusatzbeiträge decken können. Gleichzeitig steht diese Koalition unter Zeitdruck; denn Sie wollen ja unter allen Umständen verhindern, dass der paritätisch finanzierte Beitragssatz angehoben wird. Das haben Sie den Arbeitgebern versprochen.

(Ulrike Flach [FDP]: Woher wissen Sie das denn?)

Es ist wichtig, jenseits des Hauens und Stechens zwischen Schwarz und Gelb auch einmal festzustellen, dass Sie sich in einer Sache einig sind: Sie wollen, dass in Zukunft Kostensteigerungen im Gesundheitswesen ausschließlich aus den Taschen der Versicherten finanziert werden. Das wollen wir verhindern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Ulrike Flach [FDP]: Woher wissen Sie das?)

Man muss sich einmal vor Augen halten: In den letzten vier Jahren sind die Ausgaben der GKV um 11,8 Prozent gestiegen. Die beitragspflichtigen Löhne

Birgitt Bender

(A) und Gehälter sind aber nur um 4,9 Prozent gewachsen. – Wenn Sie sich durchsetzen, wird diese Schere noch weiter auseinandergehen. Für uns heißt Gerechtigkeit nicht, nur den einen in die Tasche zu greifen, sondern, steigende Lasten auf alle Schultern zu verteilen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Grunde genommen wollen Sie ein anderes Sozialsystem. Halten wir uns doch einmal vor Augen, was die gesetzliche Krankenversicherung ist. Viel mehr als im Arbeitslosenversicherungs- und Rentenversicherungssystem ist dort das Solidarmoment ausgeprägt; denn dort heißt es: Jede und jeder zahlt nach Leistungsfähigkeit. Jede und jeder erhält nach Bedarf. – Es gibt Gerechtigkeitsdefizite, zum einen dadurch, dass sich die Gutverdienenden der Solidarität durch Wechsel in die PKV entziehen können. Das wollen Sie leider nicht ändern, aber wir schon. Das Zweite ist, dass Kapitaleinkommen im Regelfall nicht beitragspflichtig sind und deswegen die Beiträge auf Löhne unnötig hoch sind. Herr Singhammer, ich habe vorhin von Ihnen klassenkämpferische Töne gehört. Von daher müsste es Ihnen ein Anliegen sein, hier gegenzusteuern, ist es aber offenbar nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Defizite lassen sich beheben, wenn man die GKV zu einer Bürgerversicherung weiterentwickelt, unter Beteiligung aller Menschen mit allen Einkommen. Das ist der richtige Weg. Ihre Vorschläge hingegen führen auf den Holzweg.

(B) Was wollen Sie? Sie, Frau Flach, wollen aus der gesetzlichen Krankenversicherung, aus einem großen Solidarsystem, so etwas wie eine x-beliebige Privatversicherung machen

(Ulrike Flach [FDP]: Das hätten Sie gerne!)

mit einem Risikoausgleich zwischen den Versicherten. Das aber wäre nur noch Solidarität in Bonsaiformat.

Frau Staatssekretärin Widmann-Mauz, Sie haben ja neulich unserer Veranstaltung gegen die Kopfpauschale Aufmerksamkeit geschenkt. Aber Sie haben daraus verdreht zitiert. Ich sage Ihnen einmal, was Frau Prof. Wallrabenstein dort gesagt hat:

> Solidarität ist eine gesellschaftliche Aufgabe und darf nicht vom Steuerstaat monopolisiert werden.

Sie sollten einmal darüber nachdenken, ob es wirklich richtig ist, jegliche Umverteilung aus diesem Solidarsystem herauszunehmen und, im wahrsten Sinne des Wortes, zu verstaatlichen. Es ist eigentlich erstaunlich, dass ausgerechnet Schwarz-Gelb auf so etwas kommt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Patrick Döring [FDP]: Die GKV ist doch auch staatlich!)

Für dieses Solidarsystem besteht eine hohe Akzeptanz. Es gibt eine Gesundheitssolidarität. Die Versicherten sind bereit, zu zahlen, bei höherem Einkommen auch mehr, auf das Risiko hin, dass sie selber es nicht brauchen, dafür aber andere. Glauben Sie, dass das mit den Steuern genauso wäre? Übrigens ist ja eine Partei an der Regierung, die den Leuten permanent erzählt, dass Steuern zahlen eigentlich etwas Perverses sei und dass man die Steuern deswegen so weit wie möglich reduzieren müsse. (C)

(Heinz Lanfermann [FDP]: So ein Unfug! – Patrick Döring [FDP]: Das ist schlicht gelogen! Unglaublich!)

Ich sage Ihnen: Die Gesundheitssolidarität, die wir jetzt haben, könnte durch dieses Geschwätz bei dem von Ihnen gewünschten System schnell umschlagen, indem gesagt wird: Dem Staat gebe ich nichts. – Das unterminiert Solidaritätsbereitschaft und erhöht sie nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Sie von der FDP wollen nun einmal die Steuern senken. Das wollen Sie auch jetzt noch, nachdem die neue Steuerschätzung vorliegt. Sie verschweigen aber, dass das nicht zusammengeht. Sozialausgleich über Steuern und gleichzeitig Steuersenkung, das passt nicht zusammen. Das heißt doch nichts anderes, als dass man die Gesundheitsversorgung für Millionen von Menschen aufs Spiel setzt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ulrike Flach [FDP]: So ein Unsinn!)

Sie sind nicht bereit, Steuererhöhungen, die man für ein solches Modell bräuchte, durchzuführen. Übrigens, einen Spitzensteuersatz von 73 Prozent würde sicherlich niemand ernsthaft in diesem Hause vorschlagen. (D)

(Ulrike Flach [FDP]: Jetzt wird es ganz schön schummrig! – Patrick Döring [FDP]: Wir haben doch die Parteitagsbeschlüsse so schön zitiert!)

Wenn Ihr Modell Wirklichkeit würde, dann würde der Bundestag in schöner Regelmäßigkeit bei jeder Haushaltsrunde feststellen: Es ist wieder mehr Geld für den Sozialausgleich vonnöten; wir haben aber eher weniger. Man müsste also den Leistungskatalog schleifen. Leistungen werden weiter abgebaut, und nur noch diejenigen, die Geld haben, erhalten eine ordentliche Versorgung. Mit dem Aufzahlungsmodell bei den Rabattverträgen haben Sie diesen Weg eingeschlagen.

(Ulrike Flach [FDP]: Aha!)

Der Arbeitgeberverband hat vor kurzem dargelegt, wie das mit dem Sozialausgleich bei weniger Steuereinnahmen ohne Mehrausgaben funktionieren könnte. Ja, wie? Indem man das Krankengeld abschafft und die Zuzahlungen für die Patientinnen und Patienten massiv anhebt. Das ist der Weg, der zum Abbau des Leistungskataloges führt, was wiederum dazu führt, dass sich nur noch Gutverdienende Gesundheit leisten können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ulrike Flach [FDP]: Lesen Sie den Koalitionsvertrag!)

Folgender Weg lässt sich vorzeichnen: Das Solidarsystem der gesetzlichen Krankenkasse ist wie eine russi-

Birgitt Bender

(A) sche Matroschka. Nach jeder Haushalts- und Reformrunde wird sie kleiner. Am Ende gibt es kein großes Solidarsystem mehr, sondern nur noch eine kleine Fürsorgekasse für Notfälle. Diesen Systemwechsel wollen Sie den Leuten nicht erklären,

(Ulrike Flach [FDP]: Wir haben das erklärt!)

Sie werden es aber müssen, schon deswegen, weil wir es tun werden. Sie haben Angst, dass Ihnen die Wählerinnen und Wähler am Sonntag in Scharen davonlaufen. Ich hoffe, dass es genau so kommen wird.

Danke.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Angesichts einiger Zwischenrufe, die ich persönlich nicht zuordnen konnte, möchte ich mich dem Appell des Präsidenten von heute Morgen anschließen, in der Sache zu debattieren und einzelne Rednerinnen und Redner nicht durch Zwischenrufe unsachlich anzugehen.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Sagen Sie das denen! – Patrick Döring [FDP]: Sechs Minuten Legislaturperiode lang ist Unwahrheit verbreitet worden!)

Das Wort hat der Kollege Jens Spahn für die Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(B)

Jens Spahn (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Hinweis, in der Sache zu diskutieren, ist sicherlich richtig. Es wäre wünschenswert, wenn wir bei der Sache und den tatsächlich vorliegenden Vorschlägen bleiben würden, statt über Kunstüberschriften zu debattieren, die Sie zwei Tage vor der Wahl als Popanz aufbauen und die wir über uns ergehen lassen müssen. Sie sollten zur Sache zurückkehren und nicht fortwährend über Dinge reden, die eigentlich gar nicht zur Debatte stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Elke Ferner [SPD]: Wieso denn? Was wird mit der Kopfpauschale? Sagen Sie doch, wie hoch die Kopfpauschale wird!)

Was erleben wir hier zum wiederholten Male? Täglich grüßt das Murmeltier. Wir führen diese Debatte mittlerweile im Rhythmus der Sitzungswochen.

(Elke Ferner [SPD]: Natürlich!)

Frau Kollegin Ferner, Herr Weinberg, Sie haben deutlich gemacht, worum es Ihnen eigentlich geht.

(Elke Ferner [SPD]: Wir wollen, dass die Tatsachen auf den Tisch gelegt werden!)

Ihnen geht es nicht um die Sache, wie die Frau Präsidentin gerade zu Recht angemahnt hat. Ihnen geht es um die Landtagswahl in zwei Tagen. Ihnen geht es darum, die Menschen zu verunsichern. Frau Ferner und Frau Bender, genauso gut könnten Sie eine Unterschriftenliste auslegen, auf der man sich eintragen kann, wenn man gegen ein Kernkraftwerk neben dem Reichstag ist. (C)

(Elke Ferner [SPD]: Herr Spahn, Ihr Problem ist, dass Ihnen keiner mehr glaubt! Das ist Ihr Problem!)

Das will zwar niemand; aber man kann die Menschen mit Unterschriftenlisten ja erst einmal verunsichern und so tun, als müsse man gegen etwas kämpfen. Das ist Ihre Masche. Das lassen wir Ihnen aber nicht durchgehen, weil ein solches Vorgehen eine sachliche Debatte unmöglich macht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Elke Ferner [SPD]: Das können Sie ja beenden, wenn Sie die Zahlen auf den Tisch legen!)

Ihr Verhalten ist schade, weil wir bereits bei einer Analyse am Mittwoch im Ausschuss festgestellt haben, dass wir mit unseren Ansichten, was zu tun ist, gar nicht so weit auseinanderliegen.

(Ulrike Flach [FDP]: So ist es!)

Wir haben gemeinsam erkannt, dass eine ausschließlich lohnabhängige Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, die zu Bismarcks Zeiten eingeführt worden ist, auf Dauer nicht trägt.

(Elke Ferner [SPD]: Das ist doch gerade noch bekämpft worden!)

Diese Krise und die Einnahmeausfälle zeigen, dass es eine breitere Finanzierungsgrundlage braucht, die hinsichtlich des sozialen Ausgleichs im Steuersystem (D)

(Elke Ferner [SPD]: Welches Steuersystem denn? Das machen Sie doch kaputt!)

die Leistungsfähigkeit inklusive Mieteinkünften, Zinseinkünften und der Einkünfte oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze berücksichtigt. Dass es solch eine breitere Basis braucht, ist uns allen klar. Über den Weg sollten wir sachlich miteinander reden und nicht versuchen, die Debatte durch Überschriften wie diese totzukriegen. Das ist es, was schade ist in dieser Debatte.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Elke Ferner [SPD]: Sagen Sie doch, wie hoch Ihre Kopfpauschale sein wird! Dann ist es doch gut!)

Sie haben vorhin etwas aus einem Zeitungsartikel zitiert, das leider jenseits jeglicher Wahrheit liegt. Es geht nicht um den Status des jeweiligen Mitglieds, sondern es geht um die Leistungsfähigkeit des Mitglieds. Jeder soll nach seiner Leistungsfähigkeit zum System beitragen, egal ob Arbeitnehmer, Selbstständiger oder Rentner.

(Elke Ferner [SPD]: Dann werfen Sie Ihre Pläne auf den Müll!)

Es gibt Gruppen, denen es besser geht, die Zinseinkünfte, Kapitaleinkünfte, lohnabhängige Einkünfte und Einkünfte aus selbstständiger Tätigkeit haben.

(Elke Ferner [SPD]: Aha! Das hat Frau Flach doch gerade noch bekämpft!)

Jens Spahn

(A) Es gibt andere, die es schwerer haben. Entscheidend ist aber, dass es einen Sozialausgleich zwischen denen, die es besser haben, und denen, die es schwerer haben, gibt. Das ist das Ziel, das wir haben. Nicht der Status ist entscheidend, sondern die Leistungsfähigkeit. Genau das wollen wir erreichen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Im Kern geht es darum – ich habe es schon angedeutet –, dass wir in einer Gesellschaft, die älter wird und vom medizinischen Fortschritt profitieren möchte, die ehrliche Botschaft senden müssen: Es wird nicht billiger werden. Die Gesundheitskosten werden in einer älter werdenden Gesellschaft, die vom medizinischen Fortschritt profitieren möchte, nicht sinken.

(Elke Ferner [SPD]: Aber die unten zahlen mehr als die oben!)

Wenn es aber nicht billiger wird, führt das dazu, dass der Faktor Arbeit belastet wird. Die Arbeitskosten steigen. Genau darüber führen wir immer wieder Debatten. Wenn wir alle eigentlich der Überzeugung sind, dass es einer breiteren Bemessungsgrundlage bzw. einer breiteren Finanzierungsgrundlage bedarf, dann ist es doch aller Mühen wert, darüber in Ruhe und sachlich zu diskutieren. Das tun wir nun in der Regierungskommission. Tun Sie nicht so, als hätte es das noch nie gegeben, Frau Kollegin Ferner. Wir haben schon zusammen in Kommissionen gesessen und Gesundheitsreformen vorbereitet.

(B) (Elke Ferner [SPD]: Ja, aber da wollten Sie noch keine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage!)

Lassen Sie die Regierungskommission in der Sache arbeiten! Lassen Sie uns anschließend in der Sache im Deutschen Bundestag diskutieren und aufhören, jeglichen Lösungsansatz mit plakativen Überschriften kaputtzumachen! Zum Ziel führt das jedenfalls nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Zur Wahrheit gehört, dass wir der Ausgabenentwicklung nicht tatenlos zusehen. Wir haben – Sie sind sogar etwas erschrocken darüber, dass wir das in der christlich-liberalen Koalition so entschlossen angegangen sind – deutlich gemacht, dass wir die Entwicklung bei den Arzneimittelpreisen nicht mehr so hinnehmen. Wir werden bereits ab dem 1. August – ich bin gespannt, wie Sie sich bei der Abstimmung über den entsprechenden Gesetzentwurf im Ausschuss und hier im Plenum verhalten werden – kurzfristig sparen. Darüber hinaus – Frau Kollegin Ferner, das ist das Entscheidende; das unterscheidet uns von dem dumpfen Sparen ehemaliger Ministerinnen, die Verantwortung getragen haben – verändern wir langfristig die Strukturen.

(Elke Ferner [SPD]: Das ist abenteuerlich!)

Wir machen beides gleichzeitig; das ist das Neue. Wir werden dafür sorgen, dass die Industrie nicht mehr einseitig die Arzneimittelpreise festlegen kann, sondern dass der tatsächliche Nutzen eines Medikaments nachgewiesen werden muss und nur für tatsächlichen Mehrnutzen gezahlt wird.

(C) (Elke Ferner [SPD]: Das haben Sie doch verhindert bei der letzten Gesundheitsreform!)

Das ist nach Jahrzehnten ein Paradigmenwechsel in der Gesundheitspolitik. Sie sind nur darüber erschrocken, dass es diese christlich-liberale Koalition ist, die das umsetzt, nachdem Sie darüber jahrelang geredet haben, ohne dass etwas passiert ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir werden uns – darüber haben wir in den letzten Wochen schon gesprochen – die Strukturen der ambulanten Versorgung genau anschauen. Es geht hier um die Schnittstellen zwischen ambulanter und stationärer Versorgung. Es geht darum, wie wir – das ist eines der höchsten Güter in diesem Land und eines der herausragenden Qualitätsmerkmale unseres Gesundheitswesens – die flächendeckende Versorgung rund um die Uhr sicherstellen können. Spitzenmedizin darf es nicht nur in Hamburg, München und Düsseldorf geben, sondern auch in der Region – ich komme aus dem Münsterland – und in der Fläche. Wir wollen über die Frage reden, wie wir künftig eine vernünftige medizinische Versorgung auch in der Fläche – dabei geht es nicht nur um die Ärzte, auch wenn sie sehr entscheidend sind – gewährleisten können. Wir wollen über Strukturen diskutieren. Wir laden Sie dazu herzlich ein. Wir wollen in diesem Jahr auf jeden Fall vorankommen.

(Elke Ferner [SPD]: Dann sagen Sie mal, wie hoch Ihre Kopfpauschale sein soll!)

Wir würden uns freuen, wenn Sie dabei wären.

(D) Herr Weinberg, Sie haben die Wartezeiten der Versicherten angesprochen. Die Honorierung der ärztlichen Leistungen war kein Problem der privaten Krankenversicherung, sondern ein Problem der gesetzlichen Krankenversicherung.

(Elke Ferner [SPD]: Heißt das, Sie finden es richtig, dass der Kassenpatient länger warten muss?)

Frau Kollegin Ferner, wir haben das System umgestellt, damit die Ärzte eine höhere Planbarkeit mit festen Euro-Beträgen haben. Es geht darum, dass in der gesetzlichen Krankenversicherung qualitativ gute medizinische Leistungen anerkannt und bezahlt werden. Dafür haben wir gesorgt – das ist auch richtig –, damit es zu einer guten Versorgung der Patientinnen und Patienten kommt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die vorliegenden Anträge sind schon putzig. Sie fordern darin die Bundesregierung auf, Ihnen ein Bürgerversicherungskonzept zu erarbeiten.

(Ulrike Flach [FDP]: Das ist ein Witz!)

Seit Jahren fordern Sie eine Bürgerversicherung, und jetzt fordern Sie im Deutschen Bundestag tatsächlich die Bundesregierung auf, ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten. Sie wissen doch genau, warum Sie sich mit diesem Thema noch nicht so intensiv befassen mögen:

(Heinz Lanfermann [FDP]: Die und ein Konzept? Eine „Mission Impossible“!)

Jens Spahn

(A) Weil dabei irgendwann herauskäme, dass Sie gerade die Mittelschicht in diesem Land,

(Elke Ferner [SPD]: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

die Facharbeiter und viele andere, zusätzlich belasten müssen.

(Elke Ferner [SPD]: Das ist eine falsche Behauptung!)

Denn es ist anders, als Herr Weinberg suggeriert: Man kann die Beitragsbemessungsgrenze nicht einfach streichen. Es muss eine Äquivalenz zwischen Beitrag und Leistung geben;

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

das hat das Bundesverfassungsgericht deutlich gemacht. Man kann die Streichung der Beitragsbemessungsgrenze populistisch fordern, aber in einem Versicherungssystem geht das nicht. Deswegen müssen Sie sagen: Was passiert mit der Beitragsbemessungsgrenze?

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Spahn, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Klein-Schmeink?

Jens Spahn (CDU/CSU):

Mit Freuden.

(Zurufe von der CDU/CSU: Nett wie immer! – So kennen wir ihn!)

(B)

Maria Anna Klein-Schmeink (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Meine Frage betrifft einen Punkt, der schon ein bisschen zurückliegt. Sie haben vorhin über die PKV geredet. Ich würde Sie gerne fragen, ob Sie das Honorarsystem der PKV, die Direktabrechnung, auf unsere gesetzlichen Krankenversicherungen ausdehnen bzw. übertragen wollen. Ich finde, das wäre eine sehr interessante Aussage.

Jens Spahn (CDU/CSU):

Nein. Wenn Sie genau zugehört hätten, hätten Sie festgestellt, dass es mir bei meiner Aussage auch nicht darum ging. Die Frage: „Wie ist die Situation im Wartezimmer, wer ist wie schnell an der Reihe?“ ist kein Problem der privaten Krankenversicherung,

(Elke Ferner [SPD]: Ach was! Wollen Sie jetzt doch keine Kostenerstattung mehr?)

sondern es geht darum, wie angemessen ärztliche Leistung im gesetzlichen System honoriert wird. Das ist die eigentliche Frage. Dieses Thema sind wir in der Großen Koalition, zumindest was die Richtung angeht, bereits angegangen. In der christlich-liberalen Koalition wollen wir unsere Bemühungen jetzt zu einem vernünftigen Ende führen, weil leider noch nicht alles ganz gelungen ist.

(Elke Ferner [SPD]: Schwarz-Gelb, Herr Spahn! Das ist weder christlich noch liberal!)

(C) Es geht darum, medizinische bzw. ärztliche Leistungen im gesetzlichen System anzuerkennen. Um mehr geht es an dieser Stelle nicht. Insofern: Nein.

(Maria Anna Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: Wie wollen Sie denn dieses Nebeneinander in Zukunft abstellen?)

Im Übrigen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wissen Sie genau, warum Sie über die Bürgerversicherung nicht weiter reden mögen, sondern stattdessen fordern, dass die Regierung für Sie ein Konzept erarbeitet.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: So ist es!)

Dann müssten Sie sich nämlich einmal zu den von mir genannten Details verhalten:

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Genau! – Elke Ferner [SPD]: Keine Sorge! Wir werden uns zu den Details äußern! Im Gegensatz zu Ihnen! Sie verstecken ja Ihre Kopfpauschale!)

Wie ist es mit der Beitragsbemessungsgrenze? Inwieweit werden Kapital- und Zinseinkünfte von Angehörigen der Mittelschicht, die mühsam ein paar Tausend Euro gespart haben, verbeitragt?

Es ist doch ein Unding – das haben wir in der letzten Sitzungswoche gelernt –, dass die SPD seit 2003 an einem Bürgerversicherungskonzept arbeitet.

(Ulrike Flach [FDP]: Ja! Und jetzt bis 2025!)

(D) Viel ist dabei noch nicht herausgekommen. Im Dezember letzten Jahres haben wir noch etwas gelernt. Damals hat der Kollege Lauterbach an diesem Pult erklärt, wir könnten zeitnah – das war, wie ich glaube, seine Wortwahl – mit einem ausgearbeiteten und durchgerechneten Bürgerversicherungskonzept, das Sie in Überschriften immer vor sich hertragen, rechnen.

(Elke Ferner [SPD]: Warten Sie mal ab!)

Am Mittwoch dieser Woche haben wir im Ausschuss gehört – man höre und staune –, man könne zum Ende dieser Legislaturperiode, also zehn Jahre nachdem die SPD begonnen hat, in Überschriften dieses System zu fordern,

(Ulrike Flach [FDP]: Ja, genau! Jetzt gibt es einen Arbeitskreis! Also wirklich!)

vielleicht mit einem durchgerechneten Konzept rechnen.

(Elke Ferner [SPD]: Keine Sorge, Herr Spahn!)

Wir sind wirklich gespannt, was da kommt und was dann gilt.

(Elke Ferner [SPD]: Sagen Sie doch auch mal, was Sie wollen, Herr Spahn! Das interessiert die Leute doch!)

Herr Kollege Lauterbach, Sie reden gleich im Anschluss. Dann können Sie uns ein wenig erhellen. Freuen würde es uns, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Jens Spahn

(A) (Elke Ferner [SPD]: Herr Spahn, sagen Sie doch mal, was Sie wollen! Das geht jetzt schon seit zehn Minuten so! Zehn Minuten heiße Luft! – Ulrike Flach [FDP]: Da gilt das Motto: Wenn du nicht mehr weiterweißt, dann bilde einen Arbeitskreis!)

Insofern kann ich abschließend nur sagen: Hören Sie auf, die Menschen zu verunsichern. Hören Sie auf, mit Überschriften und Forderungen, die niemand stellt und um die es hier nicht geht, Scheingefechte zu führen. Lassen Sie sich endlich auf eine sachliche Debatte ein, damit wir unser gemeinsames und richtiges Ziel, eine breitere Finanzierungsgrundlage für die gesetzliche Krankenversicherung zu schaffen, erreichen.

(Elke Ferner [SPD]: Aha! Das ist ja interessant! Dann lesen Sie mal nach, was Frau Flach und Herr Singhammer vorhin gesagt haben!)

Denn nur mit einer breiteren Finanzierungsgrundlage kann die Solidarität, die wir gemeinsam wollen, tatsächlich gewährleistet werden. Arbeiten Sie daran mit, sachlich und konstruktiv, wie es die Frau Präsidentin gerade eingefordert hat.

(Elke Ferner [SPD]: Sagen Sie doch mal, ob Sie jetzt Leistungen ausgliedern und wie hoch die Kopfpauschale sein wird!)

Dann können wir darüber, wenn die Regierungskommission ihre Arbeit abgeschlossen hat, munter diskutieren. Wir jedenfalls glauben, es ist alle Mühe wert, in Ruhe, sachlich, konstruktiv

(B) (Elke Ferner [SPD]: Das wäre bei Ihnen etwas Neues!)

und mit der nötigen Zeit in diesem Jahr über dieses Thema zu reden. Wir laden Sie ein, das gemeinsam mit uns auf dieser Basis zu tun. Ansonsten bleiben wir, wie gehabt, frohen Mutes.

Alles Gute!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Karl Lauterbach für die SPD-Fraktion.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Jetzt kommt das Konzept!)

Dr. Karl Lauterbach (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben im NRW-Wahlkampf einen großen Schwerpunkt auf das Thema Kopfpauschale gelegt.

(Heinz Lanfermann [FDP]: Wahlkampf ist in Nordrhein-Westfalen, nicht hier!)

Ich selbst habe über 40 Veranstaltungen zu diesem Thema durchgeführt, von Emsdetten über Dülmen, Herne und Kevelaer bis Duisburg.

(Lars Lindemann [FDP]: Worüber haben Sie denn da gesprochen? Sie haben doch gar kein Konzept! – Ulrike Flach [FDP]: Das ist aber spannend! – Jens Spahn [CDU/CSU]: Das gleicht ja einer Wallfahrt! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU: Oh! – Wo waren Sie denn noch überall?) (C)

Diese Veranstaltungen waren allesamt sehr gut.

(Patrick Döring [FDP]: Wie schön! Wir gratulieren Ihnen herzlich, Herr Kollege!)

Es ist zum Teil nachbestuhlt worden; die Presse hat darüber berichtet.

(Ulrike Flach [FDP]: Wie können Sie den Leuten denn etwas erzählen? Worüber überhaupt? – Jens Spahn [CDU/CSU]: Das ist ja schön für Sie! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU: Oh! Auch das noch! – Welch schöner Erfolg!)

Diese Veranstaltungen haben den Menschen tatsächlich gewissermaßen Angst gemacht;

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Sie haben den Menschen Angst gemacht? Das ist ja wohl der größte Witz der Geschichte! – Gegenruf der Abg. Elke Ferner [SPD]: Sie haben Ihre Gelegenheit ja nicht genutzt, hier etwas klarzustellen!)

es ist so, wie Sie es gerade beschrieben haben.

Als Mediziner sage ich Ihnen: Nicht jede Angst ist unbegründet. Nicht jeder Mensch, der beispielsweise Angst vor einem Tumor hat, bekommt keinen Tumor. Es gibt auch begründete Angst. Die Menschen sind nicht so dumm, wie Sie glauben. Wenn Sie glauben, die Menschen wüssten nicht, dass die Kopfpauschale, die Sie so nicht nennen wollen, für den Geringverdiener und für den Rentner eine Mehrbelastung bedeutet, wenn Sie glauben, den Menschen diese Angst mit billigen semantischen Tricks nehmen zu können, sind Sie auf dem Holzweg. Dafür werden Sie am Sonntag die Quittung bekommen. (D)

(Beifall bei der SPD)

Die FDP trat hier groß auf. Die FDP, die Partei, die sich als neue Volkspartei gerierte, die sich in Umfragen sozusagen auf Augenhöhe mit der SPD sah,

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Das ist nicht so schwer! – Ulrike Flach [FDP]: Das hat wehgetan!)

diese FDP kämpft jetzt – ich sage: zu Recht und nicht zuletzt wegen des dummen Anspruchs auf die Kopfpauschale – mit der 5-Prozent-Hürde. Das könnte keiner netteren Partei passieren.

(Beifall der Abg. Elke Ferner [SPD])

Hochmut kommt vor dem Fall.

Wir sind von Ihnen immer wieder aufgefordert worden, über Inhalte zu diskutieren.

(Ulrike Flach [FDP]: Das wird Zeit!)

Dr. Karl Lauterbach

(A) Herr Singhammer, was haben wir denn eben von Ihnen gehört? Sie haben zehn Minuten vorgetragen, ohne einen einzigen konkreten Satz zu sagen.

(Elke Ferner [SPD]: Heiße Luft! – Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Nur Konkretes! – Ulrike Flach [FDP]: Was sagen Sie denn? Wo ist denn Ihre Lösung?)

Bei allem Respekt: Ich verstehe, dass Sie nichts Neues haben. Ich verstehe, dass nichts Neues zu sagen ist. Aber Sie bitten uns, über Inhalte zu reden. Der Kollege Spahn sagt, wir würden mit Überschriften diskutieren. Der Kollege Spahn sagt, wir müssen uns die Schnittstellen anschauen. Ich bitte Sie; was ist das für eine Aussage?

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Was ist denn mit Ihrer Bürgerversicherung?)

– Dazu komme ich gleich. – Der Kollege Spahn berichtet, dass die Versorgung in Münster demnächst verbessert wird usw.

(Ulrike Flach [FDP]: Und Sie erzählen von Dülmen!)

Das sind doch alles filibusterhafte Beiträge. Von der Regierung kommt seit Monaten nichts – absolut nichts, nur heiße Luft.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jens Spahn [CDU/CSU]: Das ist doch Quatsch!)

Man klammert sich an das Konzept der Bürgerversicherung, wozu ich gleich noch etwas sagen werde. (B)

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Endlich!)

Das Thema unserer heutigen Debatte aber ist die Kopfpauschale. Trotz all Ihrer semantischen Tricks wird es Ihnen nicht gelingen, den Menschen die Angst davor zu nehmen, dass der Rentner genauso viel zahlen wird wie der ehemalige Chef, die Hebamme so viel wie der Chefarzt, der Bundestagsfahrer so viel wie der Herr Westerwelle.

(Ulrike Flach [FDP]: Aber wo ist der Sozialausgleich?)

Die Tatsache, dass die Kinder beitragsfrei mitversichert werden sollen, ändert nichts daran, dass es sich um eine Pauschale handelt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Spahn hat im Ausschuss gesagt: Es wird keine Kopfpauschale, kein Prämiensystem, wie auch immer Sie es nennen wollen, ohne einen steuerfinanzierten Sozialausgleich geben. Das haben Sie gesagt.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Richtig!)

Wir werden, wie berechnet wurde, Steuerausfälle in Höhe von 40 Milliarden Euro haben. Sie planen Entlastungen für Gutverdienende und Unternehmen im Umfang von 16 Milliarden Euro. Griechenland haben wir heute mehr oder weniger einen Blankoscheck ausstellen müssen – ohne Verbindlichkeiten.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Sie nicht! – Patrick Döring [FDP]: Bürgschaften!) (C)

Dafür werden wir haften müssen. Sie haben doch kein Geld für eine Steuersenkung. Verabschieden Sie sich ehrbar von diesem Konzept! Sagen Sie: Wir wollten das mal, aber wir haben kein Geld dafür. Wir können es deswegen jetzt nicht machen. – Sie brauchen doch niemanden mehr zu verunsichern. Sagen Sie: Wir verabschieden uns von dem Konzept, das wir früher „Kopfpauschale“ genannt haben.

(Ulrike Flach [FDP]: Aber dann wären wir bei Ihnen und Ihrer Lösung!)

Dann reden wir ausschließlich über die Bürgerversicherung. Nehmen Sie die Gelegenheit wahr. Sagen Sie: Wir wollten das, aber wir können das nicht finanzieren

(Elke Ferner [SPD]: Können tun die das nicht!)

und nehmen deshalb Abstand davon. Damit haben wir kein Problem.

Aber die Wahrheit ist doch, dass Sie das Konzept noch nicht aufgegeben haben. In Wirklichkeit wollen Sie doch schauen, ob Sie damit durchkommen. Das ist eine Sturheit, die beispiellos ist.

(Ulrike Flach [FDP]: Die ist nur von Ihnen zu schlagen!)

Das geht auf die FDP zurück; denn die FDP kombiniert in einzigartiger Form ideologische Sturheit mit Inkompetenz. (D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jens Spahn [CDU/CSU]: Der Herr Präsident hat Sachlichkeit eingefordert! – Patrick Döring [FDP]: Eine sachliche Debatte, die Sie da führen!)

Es gibt keine andere Partei, die so stur ist. Die FDP ist eine Partei, die mit dem Kopf durch die Wand will. Herr Lanfermann, Sie werden sehen: Die Wand wird nicht nachgeben.

(Heiterkeit bei der SPD)

Die gleiche Sturheit beobachtet man übrigens auch – ich bringe ein weiteres Beispiel, weil ich aufgefordert werde, zur Sache zu sprechen –, wenn Sie bei jeder Gelegenheit weitere Steuersenkungen fordern. Land, Kommunen, Bund, alle sind pleite; aber Sie fordern weitere Steuersenkungen. Sie sagen: Das wird sich alles selbst finanzieren. Das mussten wir uns von Frau Koch-Mehrin bei *Hart aber fair* anhören. Wenn das im Ansatz stimmen würde, hätte es in Griechenland nie ein Problem, sondern nur Reichtum gegeben.

(Beifall bei der SPD – Patrick Döring [FDP]: Das Gegenteil! Sie haben es nicht verstanden!)

Am Ende der Sendung wurde Frau Koch-Mehrin gefragt, um wie viel die Schulden in den letzten 75 Minuten zugenommen hätten. Darauf nannte sie die bestürzende Schätzung von 6 000 Euro.

(A) (Heiterkeit bei der SPD und der LINKEN – Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Das ist die wirtschaftliche Fachkompetenz der FDP!)

Ich weiß, dass ich von professoralen Belehrungen Abstand nehmen sollte. Aber wenn man sich um den Faktor 300 verschätzt, dann sollte man sich zu Steuerfragen nicht äußern, und dann sollte man auch nicht in eine solche Sendung gehen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Heinz Lanfermann [FDP]: Aber Sie reden doch auch über Gesundheitspolitik!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Lauterbach, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Spahn?

Dr. Karl Lauterbach (SPD):

Sehr gerne, Herr Spahn.

Jens Spahn (CDU/CSU):

Es ist schön zu sehen, Herr Kollege Lauterbach, dass Sie sich an Ihrem eigenen Vortrag erheitern können. Das ist schon eine Menge wert.

Unabhängig davon habe ich eine konkrete Frage: Wann dürfen wir mit dem Konzept der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands oder meinetwegen auch der sozialdemokratischen Fraktion im Deutschen Bundestag rechnen,

(B) (Elke Ferner [SPD]: Wann sagen Sie, wie hoch die Kopfpauschale sein wird?)

das uns Auskunft darüber gibt, was jenseits des einfachen Wortes „Bürgerversicherung“ damit konkret gemeint ist? Wen betrifft sie? Was ist mit der Beitragsbemessungsgrenze? Um all diese Fragen geht es. Wann dürfen wir mit diesem Konzept rechnen?

(Elke Ferner [SPD]: Sagen Sie mal was zu den Details Ihrer Kopfpauschale! Sozialausgleich! Wie soll das laufen? Was zahlt die Rentnerin?)

Dr. Karl Lauterbach (SPD):

Das kann ich Ihnen ganz konkret sagen. Wir werden zu dem Zeitpunkt, wenn wir die Regierung und damit auch den Gesundheitsbereich wieder übernehmen,

(Lachen bei der CDU/CSU und der FDP)

ein umsetzungsbereites Konzept haben. Herr Spahn, ich verstehe, dass Sie sich Sorgen machen, ob wir regierungsbereit sind. Ich gehe genauso wie Sie davon aus, dass Herr Rösler eine Eintagsfliege in der Gesundheitspolitik sein wird. Aber wir werden zu dem Zeitpunkt, zu dem wir die Regierungsverantwortung auch im Gesundheitsbereich übernehmen, ein umsetzungsbereites Konzept zur **Bürgerversicherung** haben.

(Zuruf von der CDU/CSU: Aber welches denn?)

Wir haben in dieser Woche unter Leitung von Andrea Nahles, Elke Ferner und mir eine Kommission beim Parteivorstand eingesetzt, die das bereits bestehende Konzept (C)

(Patrick Döring [FDP]: Ach so!)

an die neuen Gegebenheiten anpasst. Wir nehmen im Gegensatz zur FDP ernst, dass sich die steuerliche Basis verändert und es eine beispiellose Finanz- und Wirtschaftskrise gegeben hat. Wir werden das bestehende Konzept, das nach wie vor Gültigkeit hat, in den nächsten Monaten den neuen Gegebenheiten am Finanzmarkt und in der Wirtschaft anpassen.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Wann ist die nächste Sitzung?)

Selbst wenn es als Notfalleinsatz erforderlich wäre, in der laufenden Legislaturperiode die Regierung zu übernehmen, wären wir in den nächsten Monaten bereit.

(Zurufe von der CDU/CSU: Wann?)

Ich denke, das wird Ihnen erst einmal reichen. Ich verstehe Ihre Sorge, aber wir sind bereit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Lachen bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir können Sie jederzeit entlasten. Im Übrigen haben wir nicht von Ihrer Hilfe bei der Umsetzung unseres Bürgerversicherungskonzepts gesprochen, sondern wir haben Sie gebeten, Ihrerseits etwas für die übrige Bevölkerung vorzuschlagen. Bei allem Respekt, Herr Spahn: Wir brauchen Ihre Unterstützung nicht.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Aber wann? Wann?) (D)

Ich komme zum Thema **Kopfpauschale** zurück, um das es heute geht. Was haben wir in der letzten Zeit über die Kopfpauschale gehört? Jetzt heißt es, es solle das Konzept einer Kopfpauschale vorbereitet werden, die nicht die Zustimmung des Bundesrates erfordert. Sie gehen davon aus, dass Sie am Wochenende die Mehrheit im Bundesrat verlieren; davon gehen wir auch aus. Einen Sozialausgleich wird es aber ohne Zustimmung des Bundesrates nicht geben können. Denn jeder steuerfinanzierte Sozialausgleich ist im Bundesrat zustimmungspflichtig wie auch jeder Finanzausgleich innerhalb des Kassensystems, der nicht über Zuzahlungen organisiert ist, sondern von einer Kasse zur anderen erfolgt. Jeder neue Finanzausgleich innerhalb des Kassensystems, der neue Verwaltungsaufgaben für die Krankenkassen vorsieht, ist zustimmungspflichtig. Das werden Sie noch lernen.

Ich kann Ihnen an dieser Stelle sagen: Wir werden seitens der SPD für keine dieser Möglichkeiten in Nordrhein-Westfalen oder anderswo die Hand heben. Sie werden das Modell der Kopfpauschale auch nicht durch die Hintertüre einführen können. Das kann ich Ihnen garantieren.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Es gibt keine Kopfpauschale! – Patrick Döring [FDP]: Wir wollen es gar nicht einführen!)

Sie haben angekündigt, dass Sie die Rentner vielleicht nicht in die Kopfpauschale einbeziehen werden.

Dr. Karl Lauterbach

(A) (Ulrike Flach [FDP]: Nein! Wir haben gar nichts angekündigt! – Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Woher wissen Sie das? – Heinz Lanfermann [FDP]: Sie haben wohl die falschen Zeitungen gelesen!)

Was bleibt denn dann von Ihrem Konzept noch übrig? Man kann es nicht Kopfpauschale nennen. Die Rentner sind nicht mit einbezogen. Einen Sozialausgleich kann man nicht bezahlen. Es scheint überhaupt nichts übrig zu bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Haben Sie überhaupt ein Konzept? Wollen Sie möglicherweise durch den verzweifelten Ruf nach einem Konzept der Bürgerversicherung davon ablenken, dass Sie selbst nichts in der Hand haben? Kann es sein, dass Sie nach all diesen Monaten keinen einzigen Vorschlag vorweisen können, weil Sie sich in Wirklichkeit auf nichts einigen können? Kann das sein? Es gibt wahrscheinlich nicht genug ideologische Einigungsmasse, um irgendetwas zur Finanzierung vorschlagen zu können. Ich befürchte ein riesiges Gemurkse. Ich fürchte, dass Sie zum Schluss

(Jens Spahn [CDU/CSU]: „Schluss" ist ein gutes Stichwort!)

mit leeren Händen dastehen werden.

Zum Abschluss sage ich Ihnen zu der Bürgerversicherung so viel: Wir werden ein Konzept ohne eine Zweiklassenmedizin anbieten.

(B)

(Ulrike Flach [FDP]: Wann?)

Das heißt, es wird das Nebeneinander von **privaten und gesetzlichen Krankenversicherungen** in der jetzigen Form, also das Nebeneinander von Vollversicherungen für privat und gesetzlich Versicherte zu verschiedenen Bedingungen, nicht mehr geben. Es wird *ein* System für alle geben. Wir werden die Ärzte und Ärztinnen zu gleichen Bedingungen für alle Versicherten vergüten, sodass es nicht vom Einkommen des Einzelnen abhängt, wie gut er versichert ist und wie gut er behandelt wird.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Was ist mit Mieteinnahmen?)

Wir werden die Arbeitgeber an der Finanzierung des Systems stärker beteiligen und nicht entlasten. Wir werden somit ein Gesundheitssystem anbieten, das die Menschen in diesem Land versöhnt und nicht spaltet, ein System, auf welches wir stolz sein können und das den Menschen, der durch Krankheit gefährdet ist, nicht in Not bringt.

(Ulrike Flach [FDP]: Sie hatten doch zwölf Jahre Zeit!)

– Ich kann es Ihnen sagen. Wir haben noch etwa zweieinhalb Jahre Zeit, um uns vorzubereiten, es sei denn, Sie schmeißen früher hin.

(Patrick Döring [FDP]: Dass Sie nicht regieren können, haben Sie doch gerade bewiesen!)

Aber von der FDP wird nichts kommen, und von der Union wird nichts kommen. Ich garantiere Ihnen: Wir sind vorbereitet. (C)

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Wann denn?)

Wir genauso wie die Grünen sind vorbereitet, wenn wir die Regierungsverantwortung übernehmen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Lauterbach, achten Sie bitte auf die Zeit.

Dr. Karl Lauterbach (SPD):

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Lars Lindemann für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Lars Lindemann (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Einmal mehr beschäftigen wir uns heute mit den Anträgen der Opposition, die ihre Lieblingsbegriffe beinhalten: Kopfpauschale, Bürgerversicherung, Solidarität, Gerechtigkeit. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, zur Sachdebatte haben Sie heute hier nichts beigetragen. Sie, Herr Lauterbach, spekulieren und wollen dann mit uns über Ihre Spekulationen sprechen. Das werden wir, weil es billiger Wahlkampf für Nordrhein-Westfalen ist, nicht mitmachen. (D)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die SPD stellt erst gar keinen Antrag, sondern will mit uns über die 28 Fragen, die sie in einer Großen Anfrage an die Bundesregierung gestellt hat, debattieren. Sie hätten Ihre Bürgerversicherung in Form eines Antrags vorlegen können. Das tun Sie nicht, weil Sie, Herr Kollege Lauterbach, gar nichts vorlegen können. Jede einzelne Frage, die Sie gestellt haben – auch das wissen Sie –, wird Gegenstand der Erörterung in der Regierungskommission sein, die noch in diesem Jahr ihre Ergebnisse vorlegen wird. Offensichtlich wird bei Ihrem schon länger praktizierten Vorgehen aber eines: dass es Ihnen eben nicht darauf ankommt, auf die Herausforderungen hin orientiert sachlich am Gesundheitssystem zu arbeiten; vielmehr spekulieren Sie. Deutlich wird aber, wonach Ihnen wirklich der Sinn steht. Da heißt es im Antrag der Linken, die solidarische **paritätische gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung** habe sich bewährt und sei in der Bevölkerung breit akzeptiert. Da muss man schon eine ziemlich eingeschränkte Wahrnehmung haben, wenn man das hier so verkaufen möchte.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das System zeigt doch wohl immer deutlicher, dass es in der unveränderten Form den Herausforderungen der Demografie, dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt und einer sich verändernden Morbidität nicht gewachsen

Lars Lindemann

(A) ist. Also werden wir doch wohl darangehen müssen, hier grundlegende Veränderungen vorzunehmen.

(Zuruf von der FDP: Sehr richtig!)

Damit sich die Debatte für Sie auch lohnt, beklagen Sie hier die derzeitig vorhandenen Unzulänglichkeiten. Eines wollen wir hier ganz eindeutig festhalten: Diese Unzulänglichkeiten sind Resultate Ihrer Politik, Herr Lauterbach, der Politik der SPD.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, was Sie hier vorführen, zeugt von politischer Orientierungslosigkeit. Damit es auch recht emotional wird, drehen sich bei Ihnen immer alle Fragen um mehr Geld. Schaut man sich an, wohin Sie zielen, dann stellt man fest, dass Sie nicht auf die Ursachen der Kosten im System und darauf abzielen, wer dafür verantwortlich ist, sondern dass Sie die Kosten vergesellschaften wollen. Nein, meine sehr geehrten Damen und Herren, für Sie steht ganz weit oben auf der Agenda so eine Art unerschöpflicher Nibelungenschatz aus dem Hause der Leistungsträger in diesem Land.

(Zuruf von der LINKEN: Ja, die Leistungsträger wieder!)

– Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linken, diffamieren diese dann auch noch als Reiche, vor denen man warnen muss, weil sie sich der Solidarität in diesem Land entziehen.

(B) (Harald Weinberg [DIE LINKE]: Durch Steuergesetze à la FDP, genau! – Weiterer Zuruf von der LINKEN: So ist es! – Zuruf von der SPD: Mit Ihrer Hilfe!)

– Da brauchen Sie nicht herumzubrüllen. Das ist eine Tatsache.

Wissen Sie, lieber Kollege, Solidarität ist eben nicht der größtmögliche Eifer beim Verteilen des Geldes anderer Leute.

(Beifall bei der FDP)

Darum ist es auch richtig, dass im Gesundheitsbereich das Prinzip der **Eigenverantwortung** wieder mehr zur Geltung gebracht werden muss. Wer dies ablehnt, der führt die Menschen zur Verantwortungslosigkeit, was wohl niemand ernsthaft zum Ziel haben kann. Darum ist nach unserem Modell die dem gesetzlich Versicherten auferlegte Verpflichtung, eine einkommensunabhängige Gesundheitsprämie an seine gesetzliche Krankenversicherung für die Übernahme eines gesetzlich festgelegten Leistungskatalogs zu zahlen, die unmittelbare Übernahme von Verantwortung für sich selbst. Erst dann, wenn der gesetzlich Versicherte seine Verpflichtung tatsächlich selbst nicht erfüllen kann, stellt sich die Frage, wie ihm die Gemeinschaft helfen kann. Dies soll über das Steuersystem bewerkstelligt werden, weil das für alle gerechter ist.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau: (C)

Das Wort hat die Kollegin Kathrin Senger-Schäfer für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Kathrin Senger-Schäfer (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Was ich hier jetzt von der Regierungskoalition gehört habe, lehrt mich das Gruseln. Von der FDP höre ich „einkommensunabhängige Gesundheitsprämie“. Was, bitte schön, ist eine einkommensunabhängige Prämie anderes als eine Kopfpauschale?

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Vonseiten der CDU, von Herrn Spahn, höre ich, es sollen doch irgendwie Verdienste und Vermögen herangezogen werden. Was, bitte schön, möchten Sie eigentlich?

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Über das Steuersystem!)

Ich verstehe nicht, worauf Sie eigentlich abheben wollen. Es ist eine Verwirrungstaktik, was Sie uns hier heute anbieten.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Dann haben Sie ein intellektuelles Problem! – Zuruf von der FDP: Das liegt an Ihnen!)

Früher mussten die Menschen Angst vor der Zukunft haben, heute muss die Zukunft Angst vor den regierenden Menschen haben; denn die Regierung flüchtet sich in den Mantel des Schweigens und der Verwirrung, bis die gefürchtete NRW-Wahl endlich vorübergegangen sein möge. Das ist der Tag, an dem die gesundheitspolitische Welt der Regierungskoalition aufhören könnte, sich zu drehen. (D)

Mein Kollege Harald Weinberg hat bereits dargelegt, warum unsere Anträge für die Zukunft des Gesundheitswesens wegweisend sind und auch die Kolleginnen und Kollegen von den Grünen und von der SPD ihnen zustimmen könnten.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Aha!)

Als pflegepolitische Sprecherin der Partei und Fraktion Die Linke liegt mir ein Thema besonders am Herzen. Einer der beiden Anträge der Linken, die heute zur Debatte stehen, trägt den Titel „Solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege einführen“. Ich will, ich muss in diesem Zusammenhang die **Pflege** hervorheben. Denn über diese Herausforderung, die jede einzelne und jeden einzelnen der hier Anwesenden früher oder später direkt oder indirekt betrifft, werden vonseiten dieser Bundesregierung noch weniger Worte verloren als zur Kopfpauschale im Gesundheitswesen.

Ich erlebe ja von Zeit zu Zeit die Kolleginnen und Kollegen von Union und FDP auf Fachveranstaltungen zum Thema. Was diese da sagen – eine Seifenblase erscheint mir dagegen als sehr gehaltvoll. Hier wird gemauert, und man erfährt so gut wie gar nichts. Oder

Kathrin Senger-Schäfer

(A) schlimmer: Es wird zynisch mit dem Thema umgegangen.

Anders kann ich zumindest die Äußerungen eines Kollegen der Union im Zusammenhang mit der zusätzlichen **Kapitaldeckung** nicht deuten, der hofft, dass sich niemand auf dem Kapitalmarkt verspekulieren möge.

Im Klartext heißt das, er hofft, dass die großen Versicherungskonzerne das Geld der Bürgerinnen und Bürger zur Absicherung der Pflege nicht am Kapitalmarkt verspielen. Das ist Zynismus pur.

(Beifall bei der LINKEN)

Gute Vorschläge zu einem neuen Pflegebegriff liegen bereits auf dem Tisch. Mit der solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung der Linken ist es nicht nur möglich, diesen neuen Pflegebegriff umzusetzen, sondern auch die Pflegeversicherung auf eine gerechte und solide Finanzierungsgrundlage zu stellen. Das bedeutet – ich sage es noch einmal –: Alle sollen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit in ein gemeinsames Sozialsystem einzahlen.

Derzeit hört der Ausgleich zwischen gut und weniger gut Verdienenden an der Beitragsbemessungsgrenze in der Pflegeversicherung und der gesetzlichen Krankenversicherung auf. Vielverdiener zahlen damit nur bis zu einem gewissen Einkommen; für den Rest zahlen sie nichts. Damit können sich gerade – auch wenn Sie es nicht wahrhaben wollen – die Besserverdienenden ganz aus der Solidarität verabschieden und sich privat versichern.

(B) (Ulrike Flach [FDP]: Gerade nicht!)

– Doch, genau so ist es.

(Ulrike Flach [FDP]: Nein!)

Wir dürfen nicht vergessen: Die Beschäftigten mussten zur Finanzierung der **Pflegeversicherung** einen Feiertag abgeben. Damit finanzieren diese die Pflegeversicherung nahezu allein.

Auch die aktuellen Vorschläge der Bundesregierung, die Kapitaldeckung in die Pflege einzuführen, sind ein Geschenk an die Arbeitgeber und an die Versicherungswirtschaft. Verlierer sind hingegen alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sowie Menschen mit einem geringen Einkommen. Die Pläne der Koalition sind damit an sozialer Kälte nicht zu überbieten.

(Beifall bei der LINKEN – Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Das ist deren Programm!)

Ich behaupte, die Pläne zu einer ergänzenden Kapitaldeckung sind die Kopfpauschale in der Pflegeversicherung.

Die Vorschläge der Linken zu einer solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung sind ein klares Angebot, wie beide Sozialsysteme solidarisch gerecht zu finanzieren sind.

(Ulrike Flach [FDP]: Gerade nicht!)

Mit der solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung sowohl in Gesundheit als auch in Pflege lassen sich die Lasten gerecht auf allen Schultern verteilen. Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Solidarität (C) in der Gesellschaft ist kein Begriff von gestern, sondern aktueller denn je.

(Beifall bei der LINKEN)

Die umlagefinanzierte Krankenversicherung hat zwei Weltkriege überlebt. Die privat finanzierte Pflegeversicherung wird die nächste Finanzkrise nicht überleben. Solidarität kann aber nur funktionieren, wenn die gesetzlichen Rahmenbedingungen in unserem Sozialstaat darauf ausgerichtet sind.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Senger-Schäfer, achten Sie bitte auf die Redezeit.

Kathrin Senger-Schäfer (DIE LINKE):

Ja. Ich komme zum Ende.

Die Erzieherin, die 40 Jahre gearbeitet hat, muss den gleichen Anspruch auf gute Pflege haben wie ein Bankdirektor, wie Herr Ackermann. Die Linke kämpft für Erhalt und Ausbau des solidarischen Systems, damit die Menschen auch im Alter eine Zukunft haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Parlamentarische Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(D) **Annette Widmann-Mauz,** Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! An einem Tag wie diesem, der so schwer für unser Land und für Europa ist, erwarten die Bürgerinnen und Bürger von Politikerinnen und Politikern Verantwortungsbewusstsein und verantwortungsbewusstes Handeln, auch wenn es nur noch zwei Tage bis zu einer Landtagswahl sind. Zu dem, was die Menschen heute hier, auch in dieser Debatte, wieder einmal erleben, insbesondere von der SPD-Fraktion, kann ich nur sagen: Das wird diesem Anspruch bei weitem nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Heute Morgen haben Sie sich um eine klare Entscheidung zu Griechenland gedrückt. Jetzt kommt mir diese Debatte in manchen Teilen so vor, als ob es hier um Selbsterfahrungsberichte aus dem Landtagswahlkampf geht.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU – Birgitt Bender [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da haben Sie nicht richtig zugehört!)

Wer meint, dass das besonders klug sei, der irrt sich sehr. Denn die Bürgerinnen und Bürger haben ein feines Gespür dafür, wie ernst die Lage ist, wer es ernst mit ihnen meint und wer sich tatsächlich anstrengt, die Probleme und Herausforderungen, vor denen wir stehen, zu lösen. Sie merken auch, wer auf den nächsten Wahltag schielt und wer ihnen mit Blick darauf etwas vormacht. So einfach lassen sich die Wähler nicht täuschen.

(A)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Birgitt Bender [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie merken auch, wer sich wegduckt!)

Die Menschen wissen, dass es um die Zukunftschancen und ihre konkreten Lebensperspektiven geht, nicht nur für sich, sondern auch für ihre Kinder und ihre Enkel. Sie wissen auch, dass sich all das, was wir diskutieren, darum dreht, dass es uns gelingt, die medizinische Versorgung qualitativ hochwertig, flächendeckend, unabhängig vom Alter, von der sozialen Herkunft und vom gesundheitlichen Risiko auch in Zukunft zu sichern.

Ich sage Ihnen: Die Menschen haben die Mätzchen und die taktischen Spielchen einfach satt. Die Opposition kritisiert Modelle, die niemand hier im Haus verfolgt. Frau Senger-Schäfer, lesen Sie einfach im Koalitionsvertrag nach, was darin zum Thema Pflege vereinbart wurde. Darin steht nichts von der Privatisierung der Pflegeversicherung.

(Zuruf von der LINKEN: Aber von der Kapitaldeckung!)

Deshalb sollten Sie das hier auch nicht behaupten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Woche für Woche hier in diesem Haus über Themen zu beraten, für die Sie keine Anhaltspunkte haben, Fragenkataloge zu Modellen zu entwickeln, die es hier im Hause nicht gibt, dazu kann ich nur sagen: Sie stehlen uns allen wertvolle Zeit für sinnvolles Tun. Das haben die Menschen nicht verdient.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Da Sie, Herr Kollege Lauterbach, in Ihrer vorparlamentarischen Zeit wissenschaftlich tätig waren, wissen Sie nur zu gut, dass all den Fragen, die Sie stellen, eine Vielzahl von Annahmen und Prämissen zugrunde zu legen ist, die in ihrer Wirkung zueinander zu den unterschiedlichsten Folgen führen können. Die wenigsten Fragen, die Sie hier stellen, sind überhaupt auf der Tagesordnung. Deshalb sind solche Fragen in dieser Phase schlichtweg nicht zu beantworten.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Widmann-Mauz, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Klein-Schmeink von den Grünen?

Annette Widmann-Mauz, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit:

Ja, bitte, gern.

Maria Anna Klein-Schmeink (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sie sprachen gerade davon, in der Öffentlichkeit werde über Pläne geredet, die keiner verfolge. In der letzten Woche aber war zu lesen, dass Ihr Kollege, der Staatssekretär Andreas Storm, davon gesprochen hat, dass die Rentner von dem zukünftigen Beitragssystem einer Kopfpauschale ausgenommen werden sollen. Stimmt das? Sind das Überlegungen in Ihrem Hause oder in der Regierung? Immerhin war es ein Funktionsträger, von dem diese Einlassung in der Presse zitiert wurde. (C)

Annette Widmann-Mauz, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit:

Frau Kollegin Klein-Schmeink, nicht alles, was man in der Zeitung liest, stimmt mit der Realität überein. Wir diskutieren sehr intensiv all die Fragen, die mit der Umsetzung des Koalitionsvertrags im Zusammenhang stehen. Wir nehmen alle Aspekte sehr ernst. Aber ich kann diese Aussagen nicht bestätigen. Sie sind so nicht gefallen. Von daher entbehren sie der Grundlage.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Frau Staatssekretärin, auch der Kollege Lauterbach möchte eine Frage stellen. – Wie ich gerade sehe, hat sich das erledigt.

(Zurufe von der CDU/CSU: Oh!)

Annette Widmann-Mauz, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit:

Gut. Wir haben genügend Gelegenheit, uns an anderer Stelle zu unterhalten. – Sie wissen sehr gut, dass es möglich ist, ein Projekt zu realisieren, wie es sich die neue christlich-liberale Koalition vorgenommen hat. Dieses Modell wird deutlich gerechter und nachhaltiger in der Finanzierung sein und wird mit **einkommensunabhängigen Beitragsbestandteilen** auskommen.

(D)

Da Sie heute wieder oft die Beispiele von dem Chef und seiner Sekretärin, vom Chefarzt und der Krankenschwester und in welchen Konstellationen auch immer angeführt haben, kann ich Ihnen Folgendes nicht ersparen: Der Millionär als Mitglied in der gesetzlichen Krankenversicherung zahlt heute einen Einheitsbeitrag in Höhe von 296,25 Euro. Bei einem Einkommensmillionär ist das eine Beitragsbelastung von 0,36 Prozent.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Kennen Sie den? Gibt es den überhaupt? Wie heißt er denn? Ich kenne keinen! Unglaublich!)

Ihre Krankenschwester zahlt 14,9 Prozent ihres Einkommens. Ist das gerecht? Nein, das ist es nicht. Von daher wird es höchste Zeit, dass wir dieses System umstellen und die wirkliche Leistungsfähigkeit der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler besser berücksichtigen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Frau Staatssekretärin, gestatten Sie eine Frage des Kollegen Weinberg?

Annette Widmann-Mauz, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit:

Ja, sicher.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Er hat gerade schon geredet!)

(A) **Harald Weinberg** (DIE LINKE):
Darum geht es ja nicht.

Frau Staatssekretärin, wir hatten zum Thema Beitragsbemessungsgrenze eine Frage an Sie gestellt, und ich möchte aus der Antwort, die Sie darauf gegeben haben, zitieren:

> Grundsätzlich steht dem Gesetzgeber bei der Gestaltung der Beitragsbemessungsgrenze (und auch der Versicherungspflichtgrenze) ein weiter Spielraum zur Verfügung.

Warum nutzen Sie diesen Spielraum nicht und kommen stattdessen jetzt mit dem Beispiel der Flatrate ab 3 750 Euro?

Annette Widmann-Mauz, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit:

Sie können nicht bestreiten, dass die Beitragsbemessungsgrenze bei denjenigen, deren Verdienst darüber liegt, die entsprechende Wirkung hat. Die Antwort, die ich Ihnen gegeben habe, ist korrekt. Der Gesetzgeber hat hier einen weiten Spielraum;

(Harald Weinberg [DIE LINKE]: Dann tun Sie es doch!)

aber ihm sind auch Grenzen gesetzt. Diese Grenzen sind von meinen Kollegen in dieser Debatte schon vorgetragen worden. Eine Grenze setzt das Grundgesetz mit dem Äquivalenzprinzip. Außerdem habe ich gesagt, dass es verschiedene Steuerungselemente gibt. Zwei davon ha-
(B) ben Sie gerade genannt. Hinzu kommt eine Vielzahl weiterer Steuerungselemente. Ich bitte Sie: Haben Sie ein klein wenig Geduld bis in den Sommer; dann werden unsere Vorschläge auf dem Tisch liegen, und dann können wir diese Details in ihrer Wirkung und in ihren Konsequenzen sachgerecht diskutieren.

Meine Damen, meine Herren, Sie verschweigen die Tatsachen, die ich genannt habe, lieber und provozieren in der Bevölkerung Ängste. Das ist nicht nur unverantwortlich; Sie zeigen damit einmal mehr, dass Sie schlichtweg nicht regierungsfähig sind.

Wir hören von Ihnen immer wieder wunderbare Ankündigungen zu großartigen Alternativen. Die zeitlichen Dimensionen wurden hier schon dargestellt. Zuerst sollten wir den Vorschlag der Bürgerversicherung für Sie erarbeiten, dann wollten Sie ihn – Kollege Spahn, es war die Rede von „in Kürze“ –

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Ah!)

vorlegen. Das war am 17. Dezember 2009. Aus dem Weihnachtsgeschenk wurde nichts. Dann haben wir auf den Osterhasen gewartet. Aber jetzt scheint es ein Geschenk zum Sankt-Nimmerleins-Tag zu werden.

Sie haben von einem bestehenden Konzept gesprochen, Kollege Lauterbach, das Sie überarbeiten wollten. Uns wäre schon damit gedient, dieses bestehende Konzept von Ihnen zu kennen.

(Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Das kennen Sie doch! Das steht doch im Netz!)

Aber auch das nehmen Sie nicht aus der Schublade, (C)
weil Sie schon in der letzten Legislaturperiode wussten, dass die Erkenntnisse, die Sie gewonnen haben, Ihren Wählerinnen und Wählern nicht vermittelbar sein würden. Deshalb halten Sie dieses Konzept weiter unter Verschluss.

(Beifall bei der CDU/CSU – Angelika Graf [Rosenheim] [SPD]: So ein Unsinn!)

Dieses vielgepriesene Bürgerversicherungsparadies ist nicht mehr als ein Last-Minute-Schnäppchen in Ihrem Wahlprospekt. Da wird niemand mehr einsteigen; das kann ich Ihnen versichern.

Aber die Situation ist – das wissen wir alle – schwierig. Ich will Ihnen gar nicht verschweigen, dass die Konsolidierung der öffentlichen und auch der sozialen Haushalte eine ganz gewaltige Aufgabe ist.

(Birgitt Bender [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Erklären Sie das mal Ihrem Koalitionspartner!)

Aber entscheidend ist, dass wir – auch Sie wissen ja, dass das Geld nicht vom Himmel regnet –

(Maria Anna Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, wir wissen das!)

die richtigen Impulse für Wachstum und Beschäftigung setzen; denn sonst werden wir diese Krise, die alle Haushalte betrifft, nicht bewältigen können.

(Birgitt Bender [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es! Aber nicht durch Steuersen-
kungen!) (D)

Dabei spielt die **Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme** eine elementare Rolle. Einerseits entsteht durch die Ausgabendynamik, die der Versorgungsbedarf einer älter werdenden Gesellschaft mit sich bringt, die Möglichkeit, dass in diesem Bereich Arbeitsplätze geschaffen werden. Auf der anderen Seite ist es allerdings so, dass dieser Versorgungsbedarf die Lohnnebenkosten ganz gravierend belastet. Das heißt, was auf der einen Seite Chancen für Wachstum und Beschäftigung und für die Versorgung der Menschen bedeutet, kann auf der anderen Seite zur Wachstumsbremse werden. Deshalb ist es wichtig, dass wir die Abgabenquote, die die Arbeitsplätze belastet, in den Griff bekommen; denn sonst werden wir unser Ziel, das Land aus der Krise zu führen, nicht erreichen.

Mit den Entscheidungen, die wir noch in der letzten Legislaturperiode gemeinsam mit der SPD getroffen haben, nämlich dem Einstieg in die Entkoppelung und der zusätzlichen Finanzierung durch den erhöhten Steuerzuschuss in diesem Jahr – das haben wir alleine stemmen müssen –, waren wir auf dem richtigen Weg. Das zeigt, dass Verlässlichkeit und Planbarkeit gerade bei den **Lohnnebenkosten** für die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und letztlich für die Beschäftigten in unserem Land ganz besonders wichtig sind. Jetzt wollen Sie gerade diese richtigen Instrumente infrage stellen. Das ist mit Blick auf unser Land nicht verantwortungsvoll. Deshalb müssen wir uns diesen Themen widmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Parl. Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz

(A) Lassen Sie mich zum Abschluss Ihre Vertrauenswürdigkeit an einem letzten Punkt beleuchten.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Frau Staatssekretärin, achten Sie bitte auf das Signal?

Annette Widmann-Mauz, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit:

Ja. – Sie haben in dieser Woche, obwohl wir in diesem Jahr ein Defizit in Höhe von 3 Milliarden Euro und für das nächste Jahr etwa ein Defizit zwischen 7 und etwas mehr als 10 Milliarden Euro erwarten, einen Antrag eingebracht, in dem Sie 250 Millionen Euro unserer Einsparbemühungen durch das Pharmasparpaket, das wir auf den Weg bringen wollen, infrage stellen.

Ich kann Ihnen nur sagen: Das hat mit Glaubwürdigkeit nichts zu tun. Bei der erstbesten Gelegenheit gehen Sie vor der Pharmaindustrie in die Knie; Sie fallen ihr in die Arme und damit den Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern in den Rücken. So viel zum Thema Glaubwürdigkeit.

Gehen Sie mit uns den Weg, Einsparungen voranzubringen, Strukturveränderungen auf den Weg zu bringen. Dann haben wir einen guten Beitrag zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit unseres Gesundheitswesens geleistet.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

(B) Das Wort hat die Kollegin Christine Aschenberg-Dugnus für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Christine Aschenberg-Dugnus (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beschäftigen uns heute einmal wieder mit diversen Anträgen. Die **Linke** legt einen Antrag mit dem Titel „Solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege einführen“ vor. Das klingt – wie immer bei Ihnen – blumig, menschelnd, solidarisch. Damit versuchen Sie, Ihre Zielgruppe ein bisschen zu streicheln. Die Bürgerinnen und Bürger lassen sich aber nicht für dumm verkaufen.

(Beifall bei der FDP)

Sie schreiben in Ihrem Antrag viel Prosa auf und skizzieren hier und da ein paar Halbwahrheiten über das deutsche Gesundheitssystem. Damit offenbaren Sie aber erneut Ihr mangelndes Verständnis für komplexe Zusammenhänge im Gesundheitsbereich.

Zugleich schreiben Sie so banale Dinge auf, dass einem wirklich angst und bange wird – ich zitiere –:

> Krankenversicherungsbeiträge können nun von der Steuer abgesetzt werden.

So weit geht es ja noch. Ich zitiere weiter:

> Wer ein hohes Einkommen hat, zahlt hohe Steuern und kann mit dieser Regelung viel Geld sparen. Wer keine Steuern zahlen muss, spart auch nichts.

(C) Meine Damen und Herren, Sie kritisieren also, bildlich gesprochen, dass der Vegetarier nicht davon profitiert, wenn die Fleischpreise sinken.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich bitte Sie: Das kann es doch nun wirklich nicht sein. Natürlich zahlen Gutverdiener mehr Steuern als Geringverdiener. Deshalb wollen wir Gutverdiener mittels eines Sozialausgleichs stärker in die **Finanzierung der GKV** einbeziehen.

(Harald Weinberg [DIE LINKE]: Es sei denn, die FDP setzt sich durch!)

Ich glaube, das haben Sie immer noch nicht ganz verstanden.

(Beifall bei der FDP)

Bedenken Sie bitte auch: Hier handelt es sich um die Steuerzahler, die jeden Morgen aufstehen und hart arbeiten; sie sind die Menschen, die den ganzen Laden hier am Laufen halten und für Wertschöpfung und Wirtschaftskraft sorgen. Mit welcher Legitimation beleidigen Sie eigentlich all die Leistungsträger in diesem Land? Nur weil sie Geld verdienen, wollen Sie ihnen den Wohlstand streitig machen und immer weiter abkassieren.

(Harald Weinberg [DIE LINKE]: Ackermann ist Leistungsträger?)

Sie stellen einen Zusammenhang zu denjenigen her, die keine Steuern zahlen und entsprechend nichts haben, (D) wovon sie ihre Beiträge absetzen können. Das ist doch völlig absurd.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir sorgen für Arbeitsplätze, und zwar mit dem Ziel, dass alle Menschen Wohlstand erreichen können und nicht in dem Transferstaat, den Sie wollen, versauern.

Kolleginnen und Kollegen von der Linken, mit solchen Anträgen offenbaren Sie ein äußerst merkwürdiges Staats- und Gesellschaftsverständnis. Sie beklagen immer vermeintliche Versorgungsunterschiede und wollen diese beseitigen, natürlich, wie es sich für Linke gehört, immer auf Kosten der „Reichen“. Es darf aber nicht bloß um eine statistische Nivellierung gehen, also eine partielle Absenkung des Versorgungsniveaus einiger, nur, damit Ihnen dann der Durchschnittswert passt. Nein, das Niveau muss insgesamt gehoben werden. Gleichmacherei dient niemandem; das sollten Sie eigentlich aus der Geschichte gelernt haben.

Leider träumen Sie aber immer noch vom sozialistischen Rundum-sorglos-Gesundheitspaket, bei dem jeder alles bekommt und die Reichen es bezahlen.

(Heinz Lanfermann [FDP]: Aber nur in der Theorie!)

Das könnte man zumindest meinen; aber Sie widersprechen sich in Ihrem eigenen Antrag, im Schlussspurt,

(A) selbst, wenn Sie auf die Rolle der **Privatversicherungen** zu sprechen kommen – Zitat –:

> Die Rolle der privaten Kranken- und Pflegeversicherung wird auf Zusatzleistungen beschränkt.

Ach so? Für diejenigen, die es sich leisten können, wollen Sie also exzellente Zusatzleistungen ermöglichen? Das widerspricht doch eindeutig Ihrer Ideologie. Der Rest schaut dann in die Röhre? Sehen Sie, das unterscheidet uns – ich kann es gar nicht oft genug sagen –: Bei uns hört die Solidarität nicht bei der Beitragsbemessungsgrenze auf.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In unserem Modell werden auch Bürger mit niedrigem Einkommen eine umfangreiche und exzellente Krankenversicherung erhalten, mit besten medizinischen Leistungen. Mit unserem Modell wird ein fairer Interessenausgleich zwischen Starken und Schwachen vollzogen. Mit unserem Modell werden weder Geringverdiener noch Gutverdiener einseitig belastet. Wir beenden die intransparente Umverteilung in der GKV und sorgen mit einem gut austarierten Prämiensystem für eine zukunftsfähige Versicherung.

Meine Damen und Herren – ist Herr Lauterbach schon gegangen? ja, das ist leider so –, die Wähler haben die SPD wegen schlechter Politik aus dem Gesundheitsministerium gejagt. Meine lieben Damen und Herren von den Linken, Sie sorgen mit Ihren Anträgen dafür, (B) dass Sie da nie etwas zu sagen haben werden.

(Beifall bei der FDP – Harald Weinberg [DIE LINKE]: Extrem flach, diese Rede!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Als letztem Redner in dieser Debatte erteile ich dem Kollegen Erwin Rüddel von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Erwin Rüddel (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe nicht den Eindruck, dass die heutige Debatte, soweit sie von der Opposition bestritten wurde, uns im Gesundheitswesen weitergebracht hat. Das mag Ihnen bei diesem neuerlichen Ausflug in den Populismus im Blick auf den kommenden Sonntag nützlich erscheinen,

(Harald Weinberg [DIE LINKE]: Ein halbes Jahr donnernder Stillstand!)

aber zur Lösung unserer Probleme im Gesundheitswesen hat diese Debatte aus Ihrer Sicht auf jeden Fall nicht beigetragen.

Meine Damen und Herren, wir reden hier nicht über irgendeine lästige, aber notwendige Branche, bei der es nur um Kostendämpfung, Rationierung oder Budgetierung geht;

(Harald Weinberg [DIE LINKE]: Jetzt kommt der Wirtschaftsfaktor!) (C)

wir reden hier über einen der wichtigsten **Wirtschaftsfaktoren** in Deutschland.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Dabei meine ich nicht unbedingt die Zahl der gesetzlichen Krankenkassen, die sich von fast 500 vor einem Dutzend Jahren auf weniger als die Hälfte reduziert hat, ohne dass dies zum Zusammenbruch des Gesundheitssystems geführt hätte. Nein, ich meine hier die viereinhalb Millionen Menschen, die in der Gesundheitsbranche Arbeit finden: in Krankenhäusern, Praxen, Apotheken, in den Krankenversicherungen oder in Kurbetrieben. Ebenso denke ich an die deutsche Medizintechnik, die Weltspitze und somit eine unserer Zukunftstechnologien schlechthin ist.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Genau!)

Hierin liegt ganz konkret Wachstumspotenzial, das wir nicht verschütten dürfen. Auch deshalb spricht alles dafür, das Gesundheitswesen auf eine stabile finanzielle Grundlage zu stellen, und das heißt, die bisher lohnabhängigen **Beiträge** der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schrittweise von den Löhnen abzukoppeln und so die fatale Bindung der Gesundheitskosten an die Lohnkosten zu überwinden. Denn wir wissen doch alle, dass die Gesundheitswirtschaft in Zukunft so oder so dynamischer wachsen wird als die Gesamtwirtschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dafür sorgen schon allein die höhere Lebenserwartung (D) und der medizinisch-technische Fortschritt.

Wer aber wie die Opposition die Finanzmittel der Krankenkassen an den Arbeitseinkommen festketten will,

(Harald Weinberg [DIE LINKE]: Genau das wollen wir nicht!)

der bietet sozusagen die Gewähr dafür, dass die Finanzmisere zur Dauererscheinung wird; denn jede konjunkturelle Delle und jede wirtschaftliche Krise wird zwangsläufig die Probleme des Gesundheitswesens verschärfen und verewigen.

Da war ja sogar die Kollegin Ulla Schmidt zu rot-grünen Zeiten schon einmal weiter, als sie 2003 in diesem Hause dafür plädiert hat, die **Lohnzusatzkosten** dadurch zu senken, dass die paritätisch finanzierten Ausgaben verringert werden. Das, so Frau Kollegin Schmidt damals, sei nötig, um die Rahmenbedingungen für Wachstum und Arbeitsplätze zu verbessern. Da kann man nur sagen: Wo sie recht hatte, hatte sie recht. Denn wir haben bereits jetzt mit chronischen Defiziten der gesetzlichen Krankenkassen zu kämpfen. Was soll geschehen, wenn wir schon in den allernächsten Jahren deutlich mehr Rentner, zugleich aber deutlich weniger Beitragszahler haben werden? Sollen die Arbeitskosten weiter in die Höhe getrieben werden? Sollen die Kassenbeiträge der deutschen Facharbeiter demnächst auf 20 Prozent oder gar mehr steigen? Das sind die Fragen, vor denen wir stehen.

Erwin Rüddel

(A) (Harald Weinberg [DIE LINKE]: Die Finanzierungsbasis soll verbreitert werden!)

Deshalb reicht es nicht, immer nur zu den guten alten Zeiten zurück zu wollen, aber keine Antworten auf die Fragen zu geben, wie wir in Zukunft den Herausforderungen des demografischen Wandels begegnen wollen.

Sie verweigern der Öffentlichkeit weiterhin Ihr durchgerechnetes Konzept einer Bürgerversicherung; wir warten seit Jahren vergeblich darauf. Sie haben auch heute hierzu keine Antworten geliefert.

(Harald Weinberg [DIE LINKE]: Wir warten darauf, dass Sie uns die Höhe der Kopfpauschale verraten!)

Sie sagen immer nur, was Sie nicht wollen, aber Sie schenken den Menschen keinen reinen Wein ein über die Folgen dessen, was Sie vorhaben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wir in der Koalition haben klar gesagt: Wir wollen einen schrittweisen **Umbau des Gesundheitssystems,** um die Kosten des Faktors Arbeit zu verringern, um so zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen und um das Gesundheitssystem insgesamt zukunftsfest zu machen. Wir wollen den sozialen Ausgleich aus Steuermitteln finanzieren, damit er anteilig auch von denen mitfinanziert wird, die nicht in der GKV versichert sind, aber auch von denen, deren Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze liegt. Daran arbeiten die Regierungs-
(B) kommission und die Koalitionsfraktionen.

Dabei lassen wir uns von den Markenzeichen der sozialen Marktwirtschaft leiten, nämlich Solidarität und Eigenverantwortung. Eigenverantwortung gehört dazu; sonst ist Solidarität auf Dauer nicht finanzierbar. Das hat auch etwas mit Verantwortung für folgende Generationen zu tun. Deshalb setzen wir nicht auf Einheitskassen, sondern wir setzen auf mehr Transparenz, mehr Wirtschaftlichkeit und mehr Wettbewerb.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 17/1238 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich komme zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Gesundheit zu dem Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Keine Kopfpauschale – Für eine solidarische Krankenversicherung“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/1605, den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/240 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stim-
men von CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der (C)
Linken bei Stimmenthaltung der SPD und der Grünen angenommen.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Gesundheit zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Für eine solidarische und nachhaltige Finanzierung des Gesundheitswesens“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/1606, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/258 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Grünen bei Stimmenthaltung der SPD und der Linken angenommen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 25 a bis 25 d auf:

a) Erste Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und der FDP eingebrachten Entwurfs eines **Dreiundzwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (23. BAföGÄndG)**

– Drucksache 17/1551 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (f)
Auswärtiger Ausschuss
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (D)
Haushaltsausschuss mitberatend und gemäß § 96 GO

b) Erste Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und der FDP eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Schaffung eines nationalen Stipendienprogramms (Stipendienprogramm-Gesetz – StipG)**

– Drucksache 17/1552 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (f)
Auswärtiger Ausschuss
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Haushaltsausschuss mitberatend und gemäß § 96 GO

c) Beratung des Antrags der Abgeordneten Nicole Gohlke, Agnes Alpers, Dr. Rosemarie Hein, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

BAföG ausbauen – Gute Bildung für alle

– Drucksache 17/1558 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Haushaltsausschuss

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse

(A)

d) Beratung des Antrags der Abgeordneten Kai Gehring, Sylvia Kotting-Uhl, Krista Sager, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nein zum Nationalen Stipendienprogramm

– Drucksache 17/1570 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile Bundesministerin Annette Schavan das Wort.

Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir beraten heute in erster Lesung den Entwurf eines Dreiundzwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes und den Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung eines nationalen Stipendienprogramms. Die christlich-liberale Koalition setzt damit ein klares Signal für die Verbesserung der Studienfinanzierung in Deutschland, weil wir davon überzeugt sind, dass das Studium nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern darf.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir wollen drei verlässliche Säulen für junge Leute. Wir wollen die kontinuierliche Weiterentwicklung des BAföGs im Hinblick auf Freibeträge, Fördersätze und Modernisierung, auf die ich noch zu sprechen komme. Wir wollen, dass in Deutschland endlich ein ordentliches Stipendiensystem aufgebaut werden kann. Wir wollen die Weiterentwicklung der Bildungsdarlehen der KfW, von denen zwischenzeitlich übrigens weit über 73 000 Studierende in Deutschland profitieren. Drei verlässliche Säulen, eine Vielfalt im Angebot – das ist unsere Philosophie, um den unterschiedlichen Lebenslagen von Studierenden in Deutschland gerecht zu werden.

Der Kontext, in dem wir das beraten, ist von einer erfreulichen Entwicklung geprägt. 2005 haben rund 36 Prozent eines Jahrgangs ein Studium aufgenommen. Viele haben gesagt, dass wir 40 Prozent erreichen müssen, dass wir vor allen Dingen im internationalen Vergleich mehr brauchen, dass wir im Blick auf einen höheren Anteil an hochqualifizierten akademischen Berufen mehr brauchen. Im Studienjahr 2009 nahmen nun über 43 Prozent eines Jahrgangs ein Studium auf. Ich finde, das ist eine überaus erfreuliche Entwicklung. Lange hat es nicht mehr in einem so kurzen Zeitraum einen solchen Anstieg der Zahl der Studienanfänger, ein solches Interesse am Studium gegeben. Darüber hinaus sind wir das drittbeliebteste Gastland für ausländische Studierende. Dies sind zwei gute Entwicklungen, die wir durch die Verbesserung der Studienfinanzierung weiter befördern wollen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Nun ist in den letzten Wochen öffentlich viel diskutiert worden: BAföG versus Stipendiensystem. Sollte nicht ausschließlich das BAföG weiterentwickelt und anderes sein gelassen werden? Auch wurde behauptet, dass jedes Stipendiensystem nur ein Hinweis darauf sei, dass sich die Öffentlichkeit in Deutschland um Eliten kümmert.

Meine Damen und Herren, ich finde, das ist eine absurde Diskussion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland, das unter allen Industrienationen den höchsten Anteil an der Wertschöpfung, der auf Forschung basiert, hat, muss beides leisten: Es muss dafür sorgen, dass es vernünftige, stabile Verhältnisse in der Breite gibt – deshalb BAföG; unsere Anreize bewirken, dass mittlerweile 43 Prozent eines Jahrgangs studieren –, und es muss dafür sorgen, dass Spitzenleistungen wahrgenommen und anerkannt werden. Dies bewirkt übrigens auch, dass Menschen, die Spitzenleistungen erbringen, Deutschland als einen attraktiven Studienort ansehen. Deshalb stehe ich dazu: Breite ist Voraussetzung für Spitze, und ein Land, das seine Spitze nicht mehr im Blick hat, hat als Wissenschaftsstandort verloren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(D)

Beides im Blick zu haben, ist für mich auch eine Frage der Gerechtigkeit. Wir dürfen das BAföG nicht jahrelang links liegen lassen. Das hat es in früheren Zeiten manches Mal gegeben; sieben Jahre lang gab es keine BAföG-Erhöhung.

(Patrick Meinhardt [FDP]: Jawohl! Ganz genau! – René Röspel [SPD]: Unter Rüttgers zum Beispiel! – Ulla Burchardt [SPD]: Weil Sie den Aufwuchs der Mittel im Bundesrat blockiert haben!)

– Sie wissen ganz genau, wie viele BAföG-Erhöhungen es in der rot-grünen Zeit gegeben hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Sie kennen die Diskussionen aus der letzten Legislaturperiode. Frau Burchardt, ich glaube schon zu wissen, was Sie gleich sagen werden.

(Ulla Burchardt [SPD]: Ja?)

Wir können uns Ihren Text vorstellen. Deshalb sage ich: Diese christlich-liberale Koalition entwickelt das alles kontinuierlich weiter. Die allererste Maßnahme, die wir auf den Weg bringen, ist, zu sagen: Jawohl, mehr Studierende sollen in den Genuss von BAföG kommen. Daher erhöhen wir erstens die Freibeträge. Zweitens soll es eine Erhöhung der Bedarfssätze geben und drittens wichtige Schritte zur Modernisierung. Das ist eine der ersten Maßnahmen, die wir treffen und über die wir

Bundesministerin Dr. Annette Schavan

(A) – übrigens im Unterschied zur letzten Legislaturperiode – keinen Zoff mit dem Finanzminister haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ulla Burchardt [SPD]: Wir haben die doch durchgesetzt! Doch nicht Sie! Sie sind doch ganz kleinlaut angekommen!)

– Sie haben doch gleich das Rederecht. Warten Sie es ab. Sie können das alles gleich sagen.

(Ulla Burchardt [SPD]: Warum stören Sie eigentlich parlamentarische Zwischenrufe?)

– Warum schreien Sie immer dazwischen? Wer schreit, hat in der Regel nicht recht.

(Ulla Burchardt [SPD]: Weil das hier zum parlamentarischen Brauch gehört, Frau Schavan, auch wenn es Sie stört!)

– Lautstärke ersetzt nicht die Überzeugungskraft von Argumenten, liebe Frau Burchardt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Zum Stipendiensystem.

(Ulla Burchardt [SPD]: Bildungsmurks! – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Stipendienmumpitz!)

Wir haben viele Jahre lang in Deutschland darüber diskutiert, warum es keine Stipendien gab. Wir haben einen ersten wichtigen Schritt durch die Erhöhung der Mittel für die Begabtenförderungswerke getan. Aber ich bin davon überzeugt: Die Begabtenförderungswerke allein können nicht Träger von Stipendien in Deutschland (B) sein. Unsere Hochschulen brauchen die Chance, Stipendien zu vergeben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – René Röspel [SPD]: Die Möglichkeit haben sie ja jetzt schon!)

Ich habe vor 14 Tagen eine Fachhochschule in Nordrhein-Westfalen besucht, die in einer enormen Geschwindigkeit Stipendien eingesammelt hat und sagt:

(Iris Gleicke [SPD]: Wie schön für Nordrhein-Westfalen! Aus ostdeutscher Sicht kann man ihnen nur gratulieren!)

Diese beginnende Stipendienkultur ist attraktiv für unsere Hochschulen. Wir wollen den Wettbewerb darum, wer wie viele Stipendien vergibt, wir wollen eine Stipendienkultur entwickeln, und wir wenden uns keineswegs nur an die großen Unternehmen, sondern wir wenden uns auch an unsere Ehemaligen. Wir haben damit die wunderbare Möglichkeit, endlich eine Ehemaligenkultur aufzubauen.

(René Röspel [SPD]: Das ist doch ein alter Hut!)

Solidarität derer, die einmal studiert haben, mit denen, die heute studieren, zu ermöglichen, das ist Solidarität der Zivilgesellschaft mit Studierenden an Fachhochschulen und Universitäten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Nicole Gohlke [DIE LINKE]: Das ist so weit an den Tatsachen vorbei! – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist mit der Solidarität der Wirtschaft?) (C)

Deshalb gehen wir diesen Weg und sagen wir: Das jeweilige Land – ein Landeswissenschaftsminister, Herr Frankenberg aus Baden-Württemberg, ist heute hier –, der Bund und die Zivilgesellschaft tun sich zusammen. So sehen moderne Konzepte in vielen Ländern aus, die attraktive Universitäten haben. – Diese Universitäten erheben nicht nur Studiengebühren, sondern sie bieten auch Stipendien an. Genau ein solches Bündnis wollen wir: ein Bündnis der Zivilgesellschaft und der öffentlichen Hand mit den Hochschulen, um die Studienfinanzierung zu stabilisieren und Stipendien endlich auch in Deutschland einzuführen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – René Röspel [SPD]: Wenn man Glück hat, kommt man vielleicht mit plus/minus null heraus!)

Ich sage auch ausdrücklich, weil wir das so in den Gesetzentwurf aufgenommen haben: Wir werden sehr genau beobachten, wie sich die Dinge regional entwickeln. Wenn sich zeigen sollte, dass es Regionen gibt, die in diesem Punkt nicht erfolgreich sind, dann werden wir uns nach der Evaluation Gedanken darüber machen, welche Hilfsmöglichkeiten es gibt.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das zeigt sich bereits!)

Ich kann immer nur sagen: Die Universität Dresden, die Universität Cottbus und die Universität Leipzig haben ebenso viele Ehemalige, die in einen solchen Kreis (D) aufgenommen werden können. – Ich sage ausdrücklich: Konzentrieren wir uns nicht einfach immer nur auf die Wirtschaft als eine abstrakte Größe, sondern hier ist die Zivilgesellschaft gefragt.

(René Röspel [SPD]: Das ist eine schlechte Ausrede dafür, dass es mit der Wirtschaft nicht klappt!)

Dadurch ergeben sich dann auch entsprechende gute Möglichkeiten für alle Regionen.

Natürlich fragen die Hochschulen zu Recht: Wer kümmert sich um unsere Kosten, die entstehen, wenn wir einmal viele Stipendien zu verwalten haben? Auch hier bin ich der Meinung: Beginnen Sie, und in drei, vier Jahren

(René Röspel [SPD]: Blühende Landschaften!)

– die dann ja auch gekommen sind; ich weiß nicht, wer das gerade war –

(Iris Gleicke [SPD]: Ich nicht!)

werden wir genauso Möglichkeiten schaffen, wie wir das beim Hochschulpakt mit Blick auf die Forschungsförderung – hier ist die Programmkostenpauschale geschaffen worden – schon tun.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Ist das schon eine Nachbesserung?)

Bundesministerin Dr. Annette Schavan

(A) – Das ist keine Nachbesserung, sondern das ist diskutiert worden; das wissen Sie, Herr Rossmann.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Aber trotzdem ist das Geld bei Herrn Barthle!)

– Ich verstehe ja, dass Sie unentwegt dazwischenreden und sich furchtbar aufregen.

(Ulla Burchardt [SPD]: Was sind Sie denn so feinfühlig?)

Dass Sie sich aufregen, ist das beste Zeichen dafür, dass etwas wirklich Neues kommt. Das ist der ganze Groll darüber, dass es Ihnen nicht eingefallen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Swen Schulz [Spandau] [SPD]: Sie sinken ja immer tiefer! Oje! Schlecht! – Nicole Gohlke [DIE LINKE]: Wir können noch lauter werden!)

Meine Damen und Herren, zum Abschluss: Auch die strukturellen Veränderungen beim BAföG sollte man nicht unterschätzen. Die Entbürokratisierung, die Pauschalierung des Mietzuschlags für auswärtig Wohnende und die Verschiebung der Altersgrenze bei den Masterstudiengängen auf 35 Jahre sind wichtig, gerade im Blick auf Frauen, die sich zunächst für Familiengründung und erst später für ein Studium entscheiden. Insofern gibt es auch eine Verbesserung, was die Vereinbarkeit von Familie und Studium angeht.

(B) Ich danke denen, die daran mitgewirkt haben. Ich finde, es ist ein starkes Signal an die Studierenden und ein wichtiges Signal an unsere Universitäten und Hochschulen in Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – René Röspel [SPD]: Ein starkes Signal? Sie zeigen den Studierenden die Faust!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Ernst Dieter Rossmann für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin Schavan, weil Sie uns im Reflex gereizt haben, einen Blick in die Geschichte des BAföG zu werfen, jetzt die sozialdemokratische Lesart.

Als Bildungsminister Rüttgers das BAföG damals von der FDP übernahm, hat er es so heruntergewirtschaftet, dass wir im Jahr 1998 mit 12,5 Prozent Gefördertenquote den absoluten Tiefpunkt erreicht haben.

(Beifall bei der SPD – René Röspel [SPD]: Er wird am Sonntag zum zweiten Mal Geschichte!)

Unter Rot-Grün gab es die Wiederbelebung des BAföG, die durchaus zu besseren Förderzahlen und besseren Bedingungen führte. Dann gab es die zweite Phase Rot-Grün, in der es das Einstiegsangebot von Gerhard (C) Schröder an die Länder gab, im Zuge des Subventionsabbaus die Eigenheimzulage im Umfang von 6,8 Milliarden Euro einzusparen, um damit Bildung zu fördern, was drei Jahre lang durch Sie blockiert worden ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann kam die Große Koalition, in der Ihre Blockade wegfiel und Sie froh darüber waren, 6,8 Milliarden Euro für Bildung mobilisieren zu können. Wir waren auch froh. Mit Ihnen zusammen haben wir eine BAföG-Reform gemacht. Allerdings hat bei einem ersten schönen Essen in der Parlamentarischen Gesellschaft die damalige Bildungsministerin zur SPD gesagt: Für BAföG plane ich nichts ein. Das muss die SPD mitbringen, wenn sie das BAföG verbessern will.

(Beifall bei der SPD – Ulla Burchardt [SPD]: Das ist die Wahrheit!)

Wir haben das mitgebracht und am Ende ein schönes, gutes BAföG-Ergebnis erreicht. Jetzt sind Sie frei. Jetzt machen Sie schwarz-gelbe Politik in einer doppelten Form: hier BAföG und dort Stipendien.

Bei der letzten Aussprache hier meinten Sie, die Kritik der SPD daran als altmodisch brandmarken zu müssen.

(Beifall bei der FDP)

Mit diesen Worten haben Sie ja immer Glück. Sie haben auch Studierenden, bevor Sie sie zu Gesprächen eingeladen haben, einmal gesagt, sie seien ewig gestrig. Und wir sind halt altmodisch. Wir bekennen uns dazu, wenn (D) es altmodisch ist, dass es ein klares, berechenbares Recht auf Förderung gibt. Dann sind wir gerne altmodisch, weil das die Qualität von BAföG ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNSNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir bekennen uns dazu, wenn es altmodisch ist, dass es in Ostdeutschland und in Westdeutschland, in Cottbus und in München, das gleiche Recht gibt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir bekennen uns dazu, wenn das Recht, das Mobilität ermöglicht und nicht verhindert, altmodisch ist. BAföG ermöglicht Mobilität, und die Stipendien sind mobilitätsgefährdend.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir bekennen uns dazu, wenn es altmodisch ist, dass man besonders diejenigen fördert, die es materiell nötig haben, und nicht diejenigen fördert, die es materiell nicht nötig haben.

(Beifall bei der SPD)

Vier Mal ein gutes, altes, sozialdemokratisches, kulturell geprägtes BAföG, das andere mit stützen! In diesem Sinne sind wir gut und gerne altmodisch.

Dr. Ernst Dieter Rossmann

(A) Wir sind es auch unter dem Gesichtspunkt, dass wir glauben, dass es eine moderne Qualität von Zivilgesellschaft ist. Dies möchte ich Ihnen nun nahe bringen. Was bewegt uns eigentlich, das BAföG als gutes Bildungsinstrument hochzuhalten

(Albert Rupprecht [Weiden] [CDU/CSU]: Wir entwickeln es weiter, nicht die SPD!)

und uns zu freuen, wenn es möglich ist, zusätzlich Familien aus dem Bereich der unteren Schicht bis hinein in die Mittelschicht in die Förderung aufzunehmen, in denen jemand studieren möchte und, bevor er das Studium aufnimmt, gefragt wird, ob er sich das leisten kann? Um es konkret zu sagen – was beim BaföG allerdings schwer ist –: Wenn man 2 500 Euro brutto hat, dann bekommt man den Höchstsatz. Oder man bekommt den Höchstsatz dann, wenn man so wenig hat, dass 2 500 Euro brutto zu versteuern sind.

Es müsste doch auch Ihr Interesse sein, die Sie die untere Mittelschicht mit ansprechen und gewinnen wollen, das Ganze ordentlich zu erhöhen, nämlich durch eine Erhöhung des Freibetrags um 10 Prozent, sodass rund 100 000 Menschen mehr aus dem Bereich derjenigen, die prekär dazwischen liegen, in die Förderung hineinkommen könnten. Das ist die Alternative, nämlich diese 100 000 Menschen aus der Mittelschicht für ein Studium zu gewinnen. Finanziell ist die Alternative so klar, dass Sie das sogar direkt parallel gestellt haben. Das würde rund 160 Millionen Euro kosten. In Bezug auf die Stipendien liegen Sie bei 300 Millionen Euro an öffentlichen Mitteln, bei 100 Millionen Euro Steuerverlusten und
(B) 100 Millionen Euro Verwaltungsaufwendungen. Wir sagen Ihnen: lieber 100 000 mit BAföG Geförderte auf dieser klaren Rechtsgrundlage als 400 000 bis 500 000 Geförderte in einem fragilen, nicht sozial gerechten, nicht mobilitätsgerechten und nicht als Rechtsanspruch ausgesicherten System. Das ist die Alternative, und wir finden, dass es eine gute Alternative ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben nichts gegen Stipendien. In der Großen Koalition sind wir den Weg mitgegangen und haben einer BAföG-Erhöhung um 2 Prozent zugestimmt. Wenn es ein Engagement vonseiten der Wirtschaft und der Unternehmen gibt, Hochschulstipendien zur Verfügung zu stellen, dann sagen wir: À la bonne heure, wir sind gerne dabei, aber die Qualität und die Ausrichtung sind das Entscheidende. Deswegen haben wir eine klare und gute Alternative entwickelt.

Das Engagement für eine gute Studienförderung lässt sich am besten durch das Betonen wirtschaftlicher Interessen wecken; denn wir wollen eine zusätzliche Zahl von Studenten zu einem Studium motivieren. Aber ein wichtiger Punkt ist doch: Das Stipendium erhält man nach der Entscheidung für ein Studium. Das BAföG führt zu einer Entscheidung zu einem Studium.

Wir wollen neue Bevölkerungsschichten für das Studium begeistern, um die Akzeptanz zu verstärken. Denn die Akzeptanz eines solchen BAföG-Systems kann nicht wachsen, wenn die materiell nicht so gut ausgestatteten Bevölkerungsschichten zu gering vertreten sind. Es ist (C) ein Unterschied, ob man wie Rüttgers 12,5 Prozent aufbringen muss oder 35 Prozent im Zuge einer aufgeklärten BAföG-Politik.

Meine letzte Bemerkung. Frau Schavan, wir möchten, dass Sie auf Ihr fragiles, kritisch zu bewertendes Stipendiensystem verzichten. Sie stehen vor einer schwierigen Situation. Auf der einen Seite haben Sie Herrn Barthle, den Haushälter der CDU/CSU, der aktuell gesagt hat: Im Kindertagesstättenbereich und im Bildungsbereich muss gekürzt werden. Bisher haben Sie das bestritten. Auf der anderen Seite haben Sie die FDP, die alles kürzen, aber nicht die Steuern senken will.

(Ulla Burchardt [SPD]: Ja!)

Frau Schavan, zwischen einer blindwütigen Haushaltskürzung à la Barthle und einer blindwütigen Steuersenkung à la FDP kann es schnell passieren, dass Sie Ihr Versprechen, viermal 3 Milliarden Euro bereitstellen zu wollen, nicht einhalten können. Es könnte schnell passieren, dass Sie als Ministerin in der Versenkung verschwinden.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Patrick Meinhardt für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Patrick Meinhardt (FDP): (D)

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Anders als für meinen Vorredner ist es für mich eine große Freude, dass wir den Startschuss zu einer Debatte über gute Bildung in der Bundesrepublik Deutschland geben können. Das stellt einen Wendepunkt in der Bildungspolitik dar; denn mit den vorliegenden Gesetzentwürfen zur BAföG-Modernisierung und zur Schaffung eines nationalen Stipendienprogramms wagt unsere Koalition der Mitte sowohl eine breitenorientierte als auch eine von der Spitze her bewusst ansetzende Förderung von jungen Menschen. Das ist modern, zukunftsorientiert und sozial gerecht.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Der heute vorliegende Gesetzentwurf für ein nationales Stipendienprogramm sieht eine einkommensunabhängige Förderung der Studierenden in Höhe von 300 Euro monatlich vor. Es ist vorgesehen, dass die Finanzierung dieser Stipendien zu 50 Prozent durch private Akteure erfolgt. Das ist richtig, und genau das ist das Besondere an diesem Projekt: Es stellt eine Motivation dar – das kann man dort erkennen, wo es erfolgreich praktiziert wird –, wenn Universitäten für jeden eingeworbenen Euro 1 Euro vom Staat bekommen. Das ist ein gutes Motivationssystem für eine gute Studienfinanzierung. Das brauchen wir in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Ulla Burchardt [SPD]: Wo denn? – Nicole Gohlke [DIE LINKE]: Wo wird es denn erfolgreich praktiziert?)

Patrick Meinhardt

(A) Sie behaupten, dass sich der Staat aus der Bildung zurückzieht, wenn mehr privates Engagement erfolgt. Das ist falsch. Vielmehr eröffnen sich dadurch zusätzliche Finanzierungsquellen für unsere Hochschulen. Wir brauchen in Deutschland eine private Stipendien- und Förderkultur, wie es in allen angelsächsischen Staaten selbstverständlich ist. Stipendien müssen auch von Hochschulen vergeben werden. Das ist ein neuer Akzent bei der Stipendienförderung, in der Kultur der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Schauen Sie sich die Grundlagen und die Kriterien an, nach denen Stipendien vergeben werden: leistungs- und begabungsorientiert, persönlichkeitsorientiert sowie nach gesellschaftlichem Engagement. Die Hochschulen haben die Möglichkeit, das Umfeld zu berücksichtigen. Genau das ist ein verantwortungsvoller Umgang mit der Förderung junger Menschen in der Bildungspolitik. Genau das ist soziale Verantwortung. Genau das ist Bildungsgerechtigkeit.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Bei uns gibt es beides im Doppelpack: eine Breitenförderung und eine Spitzenförderung. Das Gesetz zur BAföG-Modernisierung, dessen Entwurf Ihnen vorliegt, umfasst ein ganzes Bündel an Maßnahmen. Die Einkommensfreibeträge werden um 3 Prozent erhöht. Die Bedarfssätze steigen um 2 Prozent. Die allgemeine Altersgrenze von 30 Jahren bei der Masterförderung fällt. Wir
(B) sorgen für ein verlässliches Beibehalten der Förderungsart auch nach einem Fachrichtungswechsel. Ausbildungs- und Familienplanungen werden besser berücksichtigt. Eingetragene Lebenspartnerschaften werden beim BAföG der Ehe gleichgestellt. Die Förderkonditionen für Schüler werden verbessert. Die Mietzuschläge für auswärtig Wohnende werden pauschaliert. Eine Entbürokratisierung wird durchgeführt. Darlehensrückzahlungen werden vereinheitlicht. Stipendien werden – das wird immer falsch dargestellt – eben nicht auf das BAföG angerechnet, sondern kommen obendrauf. Alle zwei Jahre soll es zu einer Anpassung der BAföG-Sätze kommen. Wir wollen nicht, dass die Studierenden sieben Jahre auf eine Anpassung warten müssen, wie es in der Vergangenheit der Fall war. All das zusammen bildet ein richtiges Maßnahmenpaket für eine BAföG-Modernisierung in der Breite.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ich darf Achim Meyer auf der Heyde, den Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks, zitieren:

> Nun stärkt sie …

– gemeint ist diese Regierung –

> das BAföG als ausschließlich sozialstaatliches Instrument, um die Teilhabe an Hochschulbildung zu sichern. Das verdient zusätzlichen Respekt.

Ich darf gleich ein zweites Zitat hinzufügen. Der Generalsekretär des Stifterverbandes für die Deutsche Wirtschaft, Professor Dr. Andreas Schlüter, sagt zum nationalen Stipendienprogramm: (C)

> Kritiker aus dem linken politischen Spektrum befürchten, dass die Förderung nur einer schmalen Elite zugute komme. Der aktuelle Gesetzentwurf für das nationale Stipendienprogramm schließt aber genau das aus. Da die Stipendien nicht auf das BAföG angerechnet werden, … profitieren begabte Studierende aus einkommensschwachen Familien gleich doppelt von der Förderung.

Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Allen Unkenrufen zum Trotz muss man ganz klar sagen, dass wir mit dem nationalen Stipendienprogramm und der BAföG-Modernisierung ein wirkliches Innovationspaket vorlegen. Wir fördern nicht nur die Studierenden an den Universitäten, sondern auch die an den Fachhochschulen. Wir dürfen nicht vergessen, dass noch nicht einmal 10 Prozent derjenigen, die in der Begabtenförderung sind – hier setzen wir ganz bewusst einen Akzent –, aus dem Bereich der Fachhochschulen kommen. Wir wollen sehr bewusst eine Maßnahme in die Wege leiten, die an den Fachhochschulen sicherlich für ein hohes Maß an Attraktivität sorgen wird. Die Fachhochschulen weisen den höchsten Anteil an Studierenden aus nicht akademischen Elternhäusern auf, die bisher praktisch keinerlei Unterstützung durch ein Stipendiensystem haben. Genau deswegen sorgt unser Maßnahmenpaket für mehr soziale Gerechtigkeit. Wir setzen ein Zeichen, indem wir Studierende aus Nichtakademikerfa- (D)
milien, leistungsbereite BAföG-Empfänger und Studierende stärker fördern, die sich in Vereinen, Kirchengemeinden und gesellschaftlichen Initiativen engagieren. All diejenigen werden durch das Stipendienprogramm gefördert. Das ist sozial. Das ist eine Maßnahme, mit der wir eine wirkliche Veränderung in der Bildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland herbeiführen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Schluss möchte ich einen Jurastudenten aus Bochum zu Wort kommen lassen, Menduh Mert, einen jungen Mann mit Migrationshintergrund – ich zitiere ihn –:

> Das Stipendium bedeutet für mich ein Stück Freiheit. Ich kann mich auf mein Studium und meine ehrenamtliche Arbeit konzentrieren. Solche Programme verbinden miteinander. Ältere und erfahrenere Menschen unterstützen junge Menschen, diese werden eines Tages die kommenden Generationen genauso unterstützen. Dank solcher Programme kommt die Gesellschaft sich näher, man übernimmt Verantwortung füreinander.

(Dr. Martin Neumann [Lausitz] [FDP]: Ein kluger Mann!)

– Ein sehr kluger Mann, ein sehr kluger, junger und verantwortungsbewusster Mann, der eines erkannt hat: Das, was wir heute beschließen, kann und soll der Einstieg sein, um in diesem Land zu einem akademischen Generationenvertrag zu kommen, bei dem sich die einen an der Förderung der anderen beteiligen.

Patrick Meinhardt

(A) Das ist das Konzept einer eigenverantwortlichen Gesellschaft, das wir Liberale gerne in diese Bürgergesellschaft einbringen wollen. Jeder Studierende mehr, der ein Stipendium erhält, ist ein Erfolg dieses Programms. Genau deswegen werben wir dafür, dass wir heute einen wichtigen Schritt tun: sowohl zur BAföG-Modernisierung als auch zu einem sozial gerechteren Deutschland mit einem nationalen Stipendienprogramm.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:
Das Wort hat nun Nicole Gohlke für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Nicole Gohlke (DIE LINKE):
Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Taschengeld für die Elite“ – so, Frau Ministerin, titelten die Zeitungen, nachdem Sie Ihr nationales Stipendienprogramm vorgelegt haben.

(Dr. Thomas Feist [CDU/CSU]: Das Neue Deutschland vielleicht!)

Was sind Ihre Vorschläge? Sie wollen die leistungsstärksten 10 Prozent der Studierenden mit 300 Euro im Monat fördern. Dabei wissen Sie genau – die Ergebnisse diverser Untersuchungen belegen das –, dass dies vor allem diejenigen Studierenden sein werden, die ohnehin kaum finanzielle Probleme haben,

(B)

(Patrick Meinhardt [FDP]: Böswillige Unterstellung! Eine ganz böswillige Unterstellung!)

die aus besserverdienenden Elternhäusern kommen. Im Bildungssystem und an den Hochschulen herrschen ungleiche Bedingungen. Die 19. Sozialerhebung vom April zeigt, dass zwei Drittel aller Studierenden parallel zum Studium arbeiten müssen; fast 40 Prozent arbeiten durchschnittlich 16 Stunden pro Woche.

(Zuruf von der SPD: Mehr als Sie!)

Frau Schavan, ich weiß nicht, wie Sie sich Ihr Studium finanziert haben und ob Sie wissen, wie es ist, wenn man neben dem Studium arbeiten muss. Aber ich kann Ihnen sagen: Wenn man nachts bis um 1 oder 2 Uhr kellnert oder zwei Tage pro Woche in einem Promotion-Job arbeitet, dann kann es sein, dass man am nächsten Tag im Seminar nicht so konzentriert und nicht so gut vorbereitet ist.

(Ulla Burchardt [SPD]: Ja!)

Genau die Studierenden, die sich ihr Studium auf diese Weise finanzieren müssen, werden durch Ihre Politik weiter benachteiligt. Das ist ein Skandal.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Dass Sie jetzt auch noch allen Ernstes behaupten, dieses Vorhaben sei zutiefst sozial,

(Patrick Meinhardt [FDP]: Ja! Das ist Bildungsgerechtigkeit!)

schlägt dem Fass aus meiner Sicht den Boden aus. Sie geben vor, Sie wollten damit insbesondere Studieninteressierte aus finanziell schlechter gestellten Elternhäusern für ein Studium begeistern. Ich frage Sie: Wie soll die vage Aussicht auf ein Stipendium jemanden motivieren, ein Studium aufzunehmen? (C)

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Denn anders als beim BAföG entsteht bei Ihrem Stipendienprogramm kein klarer Rechtsanspruch für die Studierenden.

Es ist schön, Herr Meinhardt, dass Sie einen Zeugen für Ihr Konzept gefunden haben.

(Patrick Meinhardt [FDP]: Es gibt viele Zeugen! Sehr viele!)

Es gibt also einen Studenten aus Bochum, der Ihr Konzept gut findet. Ich kann Ihnen sagen: Die Allensbach-Studie zur Studienfinanzierung 2010 belegt, dass die Studierenden und die Abiturientinnen und Abiturienten von der sozialen Wirkung von Stipendien wenig überzeugt sind.

(Albert Rupprecht [Weiden] [CDU/CSU]: Was ist denn mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung?)

84 bzw. 77 Prozent von ihnen sprechen sich dafür aus, bei der Vergabe von Stipendien andere Kriterien zu berücksichtigen, allen voran die soziale Lage.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Statt Ihres Stipendienprogramms brauchen wir endlich eine Bildungspolitik, in der der Zugang zu Bildung und ein Hochschulstudium nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängig sind. (D)

Sie hatten vor, die Kosten dieses Elitenförderungsprogramms mit der Wirtschaft zu teilen: 150 Euro sollten vom Staat kommen, 150 Euro von der Wirtschaft. Die Bildungsgewerkschaft GEW hat in der vergangenen Woche berechnet, dass davon überhaupt keine Rede sein kann, weil de facto rund ein Drittel über die Steuerrückerstattung an die Unternehmen zurückfließt. Das heißt, der Staat soll zwei Drittel der Programmkosten tragen, gibt aber gleichzeitig die Entscheidung aus der Hand, wohin die Mittel fließen.

(Patrick Meinhardt [FDP]: Rechnen konnten die Linken noch nie! – Albert Rupprecht [Weiden] [CDU/CSU]: Eigenverantwortung! Dezentralität! Subsidiarität!)

Es ist so, wie auch ansonsten in der schwarz-gelben Politik: Die Wirtschaft entscheidet, und die Politik muss es bezahlen.

(Beifall bei der LINKEN)

Als Pointe kommt noch hinzu, dass Sie selbst von den Unternehmen einen Korb für Ihr Eliteprojekt bekommen haben.

(Patrick Meinhardt [FDP]: Kein Stück!)

Die wollen sich nämlich gar nicht an Ihrem Stipendienprogramm beteiligen. Aber Sie sind ja sehr flexibel, Frau

Nicole Gohlke

(A) Schavan. Sie haben blitzschnell umgeschwenkt und für Ihre Zwecke – das ist ganz erstaunlich – die Zivilgesellschaft entdeckt, die Sie in die Pflicht nehmen wollen. Insbesondere die ehemaligen Studierenden sollen jetzt zur Kasse gebeten werden.

(Patrick Meinhardt [FDP]: Nehmen Sie Verantwortung für andere wahr!)

Frau Schavan, damit wird es aus meiner Sicht wirklich vollends absurd. Es ist schön, wenn Sie es sich leisten können, ein Stipendium in NRW zu stiften. Aber glauben Sie ernsthaft, dass das der Regelfall ist? Nach Ihren Plänen sollen die ehemaligen Studierenden Leistungen in Bereichen übernehmen, aus denen sich der Staat zurückgezogen hat, die nun privat zu finanzieren sind – ich zähle sie ganz kurz auf –: Die Absolventinnen und Absolventen sollen also den Studienkredit und das BAföG für ihr eigenes Studium zurückzahlen. Sie sollen Bildungssparkonten für ihre Kinder anlegen, um denen ein Studium finanzieren zu können. Dann sollen sie natürlich in die eigene Altersvorsorge investieren, und jetzt sollen sie obendrein auch noch Stipendien für andere Studierende stiften. Frau Schavan, merken Sie eigentlich nicht, dass die große Mehrheit der Menschen, auch der Akademiker, sich das nicht leisten kann?

(Beifall bei der LINKEN und der SPD sowie des Abg. Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Ulla Burchardt [SPD]: Nein!)

Aber Sie ignorieren all das einfach und wollen Ihr Projekt durchziehen. In der Regierungsbefragung am
(B) 21. April sagten Sie allen Ernstes – ich zitiere Sie –:

> Wir müssen herausfinden, aus welchen Quellen die Stipendien finanziert werden. Dann können wir weitersehen.

Das soll seriöse Politik sein, Frau Schavan? Schon jetzt haben Sie die Zahl der Stipendien, die Sie bis 2013 erwarten, nach unten korrigiert. Das beweist doch: Sie glauben nicht einmal mehr selbst daran, dass Ihr neues Modell funktioniert.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Patrick Meinhardt [FDP]: Das sind Zukunftspessimisten!)

Das Bittere ist nur, dass Sie Ihre Experimente und Ihre Elitepläne auf dem Rücken der Studierenden austragen. Sie wurden auch gefragt, warum Sie nicht einfach das BAföG weiter ausbauen wollen. Sie antworteten:

> Das tue ich deshalb nicht, weil es ziemlich altmodisch ist, ausschließlich auf das BAföG abzustellen.

Ich möchte an dieser Stelle aus der Begründung des BAföG-Gesetzes von 1971 zitieren. Dort heißt es:

> Der soziale Rechtsstaat, der soziale Unterschiede durch eine differenzierte Sozialordnung auszugleichen hat, ist verpflichtet, durch Gewährung individueller Ausbildungsförderung auf eine berufliche Chancengleichheit der jungen Menschen hinzuwirken.

(Albert Rupprecht [Weiden] [CDU/CSU]: Das machen wir mit einer BAföG-Erhöhung! Wir erhöhen das BAföG!) (C)

Sie und Ihre schwarz-gelbe Koalition halten den Sozialstaat also für altmodisch.

(Patrick Meinhardt [FDP]: Wir halten den Sozialismus für altmodisch!)

Sie möchten, dass sich der Staat auch aus der Studienfinanzierung mehr und mehr zurückzieht, und Sie wollen diese Aufgabe dem Engagement Privater, wie Sie es so schön formulieren, überlassen, also denen, die sich das eventuell leisten können. So eine Politik hat Frau Schavan in der Regierungserklärung selbst Mäzenatentum genannt. Mäzenatentum, das ist die Idee, dass reiche Gönner Bedürftigen quasi als Gnadenakt die Bildung finanzieren,

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU)

natürlich nur so lange, wie die Gönner Lust dazu haben. Das muss man sich einmal vorstellen: Im 21. Jahrhundert fordert eine Bildungsministerin Mäzenatentum, weil sie den Sozialstaat für altmodisch hält.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – Patrick Döring [FDP]: Ein Zerrbild der Gesellschaft!)

Wenn das Ihre gesellschaftspolitischen Vorstellungen sind, dann ist das ein Skandal.

Wenn Sie die Mäzene, also diejenigen, die sich die Finanzierung anderer leisten können, wenn Sie diese Gut- (D) verdienenden und die Unternehmen für die Studienfinanzierung stärker in die Pflicht nehmen wollen, dann erhöhen Sie doch einfach den Spitzensteuersatz.

(Beifall bei der LINKEN)

Führen Sie die Vermögensteuer wieder ein und sorgen Sie dafür, dass die großen Unternehmen überhaupt Steuern zahlen. So eine Finanzierung kann ganz einfach sein.

(Uwe Schummer [CDU/CSU]: Und wir treten aus der NATO aus!)

Man muss sich gesellschaftspolitisch dafür gar nicht ins alte Rom begeben.

Stecken Sie diese Einnahmen in einen ordentlichen Ausbau des BAföG, den die Linke mit dem vorliegenden Antrag fordert. Die 2 Prozent BAföG-Erhöhung, die Sie unter dem Druck der Proteste im Herbst versprechen mussten, sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir brauchen eine breite Ausbildungsförderung, die den tatsächlichen Bedarf der Studierenden, der Schülerinnen und Schüler deckt. Und schaffen Sie endlich den Darlehensanteil ab. Das wäre eine wirklich soziale Innovation und hundertmal moderner als das vorvorgestrige, antike Mäzenatentum, das Sie hier wieder aufleben lassen wollen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – Patrick Meinhardt [FDP]: Wir gucken uns die

Nicole Gohlke

(A) tolle Hochschulpolitik in Berlin und Brandenburg an! Desaströs!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollege Kai Gehring für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Kai Gehring (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren hier heute über ein von Schwarz-Gelb vorgelegtes Studienfinanzierungspaket. Das ist ein Paket, bei dem ich als Studierender sagen würde: Annahme verweigert; denn es geht an den Empfängern dieses Paketes, an dem Finanzierungsbedarf der Studierenden ganz klar vorbei.

(Patrick Meinhardt [FDP]: Es trifft sogar in die Mitte!)

Dieses Finanzierungspaket ist unausgewogen, es setzt die falschen Prioritäten und es bringt weniger statt mehr Bildungsgerechtigkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ihre mickrige BAföG-Erhöhung um 2 Prozent entspricht 12 Euro, wenn man den Höchstsatz erhält. Dafür kann man eine halbe Stunde im Uni-Copyshop ein Fachbuch kopieren. Dann ist das Geld aufgebraucht.

Diese mickrige BAföG-Erhöhung verblasst völlig im Schatten Ihres monströsen nationalen Stipendienprogramms. (B)

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie wollen 300 Millionen Euro an Steuermitteln für Elitestipendien aufwenden. Wir sagen: Geben Sie dieses Geld ins BAföG! Klotzen statt kleckern müssen Sie.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Mit diesen 300 Millionen Euro könnte man das BAföG sofort um mindestens 5 Prozent erhöhen, sowohl bei den Bedarfssätzen als auch bei den Freibeträgen. Vor lauter Gerede über Spitze, Elite und Exzellenz dürfen Sie die Breite nicht vergessen, Frau Schavan und liebe FDP.

Ich sage Ihnen ganz deutlich, warum dieses nationale Stipendienprogramm Murks und Mumpitz ist. Erstens bringt es den Studierenden keinen Gewinn. Elitestipendien für wenige können eine verlässliche Studienfinanzierung für alle mit klaren Rechtsansprüchen nicht ersetzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN – Zurufe von der FDP: Sie sollen sie auch gar nicht ersetzen!)

Wenn man NRW als Blaupause für den Bund nimmt, dann muss man sehen, dass dort lediglich 0,4 Prozent aller Studierenden ein NRW-Stipendium bekommen. Das ist doch lächerlich. Es ist ein schlechter Witz. Dabei kann man doch nicht von Verlässlichkeit reden. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Patrick Meinhardt [FDP]: Sie schüren Sozialneid!)

Das 10-Prozent-Ziel ist angesichts der 0,4 Prozent in NRW völlig illusionär. Im Übrigen sind es Kurzzeitstipendien, die für zwei Semester gewährt werden. Das ist ein Jahr. Hurra! Das ist ja eine enorme Zukunftsperspektive für die jungen Leute, vor allem, wenn man das Stipendium verliert, wenn man den Studienort wechselt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Das muss man sich mal vorstellen. Es ist schlicht mobilitätsfeindlich. Offensichtlich haben Sie aus den Bologna-Debatten nichts gelernt. Aus der Sicht der Studierenden ist das eine reine Luftnummer.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Zweiter Kritikpunkt: Die sozialen Schieflagen werden verschärft.

(Patrick Meinhardt [FDP]: Falsch!)

Sie können noch so oft sagen, das Stipendienprogramm sei sozial. Dass Sie sagen, die Stipendienvergabe orientiere sich nur an Leistung und Begabung, ist eine der großen schwarz-gelben Lebenslügen. Das ist falsch. Wir wissen aus verschiedenen Studien, dass auch Habitus und soziale Herkunft maßgeblich mit darüber entscheiden, ob man in den Genuss eines Stipendiums gelangt. (D) Insofern privilegieren Sie besonders chancenreiche Studierende aus einkommensstarken Akademikerfamilien, statt endlich das zu tun, was notwendig ist, nämlich den an den Hochschulen unterrepräsentierten Gruppen den Weg auf den Campus zu ebnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Patrick Döring [FDP]: Aber die Hochschulen entscheiden doch über die Vergabe!)

Deshalb schlagen wir ein Stipendien-Sonderprogramm vor, um gezielt gerade den unterrepräsentierten Gruppen ein Angebot zu machen, statt eine FDP-Klientelpolitik zu betreiben.

(Patrick Meinhardt [FDP]: So wird absolutes Misstrauen gegen Hochschulen geschürt!)

– Danke, Herr Meinhardt. Wo Sie gerade die Hochschulen ansprechen: Die Hochschulen werden mit diesem Gesetz schlichtweg überfordert. Ich weiß nicht, mit welchen Uni-Rektoren Sie gesprochen haben.

(Patrick Meinhardt [FDP]: Mit sehr vielen!)

Mir sagen sie immer, dass sie wohl bald vom Rotary Club zum Lions Club tingeln müssen, um zu versuchen, Stipendien für 8 Prozent ihrer Studierenden zu finanzieren.

Kai Gehring

(A) Sie stülpen als Bundesregierung den Hochschulen die komplette Organisation dieser Stipendien von A bis Z auf, von Einwerbung, Abwicklung und Ausgestaltung bis zur Vergabe. Das alles wird den Unis aufgebürdet. Deshalb wird sich Ihr Programm vor Ort als nichts anderes als ein hungriges Bürokratiemonster entpuppen, mit dem die Hochschulen vielerorts überlastet sein werden.

(Uwe Schummer [CDU/CSU]: Würden Sie das wieder zurücknehmen?)

Die regionalen Unterschiede werden verstärkt. Das sieht man schon in Nordrhein-Westfalen.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Deswegen ist Herr Pinkwart auch nicht gekommen!)

Es liegt auf der Hand, dass Eliteunis weniger Schwierigkeiten haben, Stipendien einzuwerben, als zum Beispiel kleinere Universitäten oder Universitäten in strukturschwachen Regionen oder solche, die ein klares geisteswissenschaftliches Profil haben, statt dem MINT-Fächer-Mainstream zu folgen. Die Studierenden an diesen Universitäten sind doch nicht weniger leistungsbereit oder begabt. Das Programm bringt den Studis dort nichts. Deshalb ist es auch an dieser Stelle schlichtweg Mumpitz.

Die Liste lässt sich weiter verlängern, zum Beispiel um die Büchergeldstipendien der Begabtenförderungswerke. Die Stipendiaten sagen selber, dass sie die Erhöhung ihres Büchergelds um 275 Prozent ungerecht finden. Dazu haben die Stipendiaten aus den zwölf (B) Begabtenförderungswerken eine klare Erklärung abgegeben.

(Patrick Meinhardt [FDP]: 10 Prozent, die politisch organisiert worden sind!)

Die Wirtschaft lässt sie völlig im Regen stehen. Obwohl Sie ihnen für diese Stipendienstifterei auch noch die steuerliche Absetzbarkeit zugestehen,

(Patrick Döring [FDP]: Kosten sind immer steuerlich absetzbar!)

sagen die Arbeitgeberverbände Nein; es sei nicht ihre Aufgabe, dazu einen Beitrag zu leisten.

Auch Ihre eigenen Landesminister lassen Sie im Regen stehen, Frau Schavan. Der schleswig-holsteinische Wissenschaftsminister von der CDU hat das Ganze als nicht bezahlbar bezeichnet und auf die unterschiedlichen Gegebenheiten der Länder hingewiesen.

Ich sage Ihnen voraus: Wenn sich am kommenden Sonntag die Mehrheit im Bundesrat verändert, dann ist das auch eine Chance, diesen nationalen Stipendienmurks endlich zu stoppen. Damit wäre bereits übermorgen Ihr Stipendienprogramm zum Scheitern verurteilt. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen wissen auch, dass am 9. Mai die Chance besteht, diese ungerechten Studiengebühren wieder abzuschaffen. Wir wollen die Campusmaut nicht länger, damit ein Studium nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN) (C)

Es ist gut, dass die Schüler und die Studierenden im Rahmen des Bildungsstreiks gegen die sozialen Schieflagen im Bildungs- und Hochschulsystem auch in dieser Woche protestiert haben. Sie haben unsere Solidarität. Die Ergebnisse der 19. Sozialerhebung legen nahe, dass es keinen Grund zum Jubeln gibt, sondern weiterhin Grund zur Sorge. Vor allem ist ein Umdenken der Bundesregierung erforderlich, weil die soziale Selektivität erschreckend stabil ist, weiterhin Akademiker unter sich bleiben und man von sozial offenen Hochschulen schlichtweg nicht reden kann. Wir sind vielmehr weit davon entfernt. Deshalb muss die Antwort gerade auf die Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes sein, keine magere Alibinovelle zum BAföG vorzulegen, keine Elitestipendien für die Besten und Reichsten aufzulegen, sondern wirklich eine ambitionierte Reform der Studienfinanzierung in Angriff zu nehmen, bei der es darum geht, auch die unteren und mittleren Schichten mitzunehmen.

Daher ist unser Vorschlag die Einführung des grünen Zweisäulenmodells. Ich finde, darüber sollten wir in den nächsten Monaten weiter diskutieren und es dann auch einführen. Alle Studierenden in diesem Land sollten eine Sockelförderung in gleicher Höhe als Basisabsicherung und als starken Anreiz bekommen; mit der zweiten Säule sichern wir eine unerlässliche soziale Komponente mit einem Bedarfszuschuss. Motten Sie Ihr nationales Stipendienprogramm ein! Erhöhen Sie das BAföG sofort viel deutlicher! (D)

(Patrick Döring [FDP]: Wir werden es noch ausbauen!)

Bringen Sie mit uns das Zweisäulenmodell auf den Weg! Das wäre eine bessere Studienfinanzierung als die, die Sie heute vorschlagen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Albert Rupprecht für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Albert Rupprecht (Weiden) (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! In der Tat, am Ende sollen 8 Prozent der Studenten künftig 300 Euro im Monat durch das nationale Stipendienprogramm erhalten. Das ist eine hohe Messlatte.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Das ist Stabhochsprung!)

Ich gestehe durchaus zu, dass wir als Unionsparteien bei den Koalitionsverhandlungen in diesem Punkt nicht ganz so ehrgeizig wie die FDP waren. Wir wären ein Stück demütiger gewesen und hätten versucht, das Schritt für Schritt zu entwickeln. Natürlich werden wir in den nächsten Wochen genau hinhören und mit den

(A) Hochschulen, mit der Wirtschaft und den potenziellen Spendern sprechen.

(Zurufe von der SPD)

– Das ist das parlamentarische Verfahren, Herr Rossmann. Ich glaube, das ist richtig und notwendig. –

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Wir freuen uns, dass Sie zuhören!)

Es muss für die Hochschulen durchführbar sein. Wir wollen, dass private Spender Einfluss haben – das ist ihr Recht – und erfahren, was mit ihrem Geld passiert. Zentral für uns ist, dass das Stipendiensystem einen gesellschaftlichen Mehrwert bieten muss. Genau das werden wir im parlamentarischen Verfahren genau betrachten. Die Haltung aber auf der Seite der SPD, der Grünen und der Linken, Stipendien in Gänze abzulehnen

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Nein! Das haben wir nicht gesagt! 2 Prozent!)

und alles Geld ausschließlich ins BAföG zu stecken, ist falsch und unglaubwürdig.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben nicht zugehört!)

Wenn Ihre Forderung ernst gemeint ist, dann müssen Sie morgen das Begabtenförderungswerk der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung schließen.

(B) (Nicole Gohlke [DIE LINKE]: Das hat doch keiner gesagt! – Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Das haben wir ausdrücklich nicht gesagt!)

Wenn Sie das wollen, dann fordere ich Sie hiermit auf, dass Sie morgen die 127 Millionen Euro staatliche Unterstützung,

(Ulla Burchardt [SPD]: Ich werde Sie gleich aufklären!)

die jedes Jahr in die Friedrich-Ebert-Stiftung gesteckt werden, zurückgeben und diesen Betrag freigeben, damit das BAföG erhöht werden kann.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:
Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Rossmann?

Albert Rupprecht (Weiden) (CDU/CSU):
Nein, jetzt nicht.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Dann noch einmal: Sie haben nicht zugehört!)

– Wieso sollte das SPD-nahe Stipendiensystem etwas Gutes, aber ein Stipendiensystem, das dezentral an den Hochschulen angesiedelt ist, Teufelszeug sein? Selbiges gilt für die Heinrich-Böll-Stiftung der Grünen und für die Rosa-Luxemburg-Stiftung der Linken.

Natürlich kann man und muss man über die konkrete Ausgestaltung des Stipendiensystem diskutieren, aber die Grundanliegen als solche sind richtig. Es ist richtig, dass junge Menschen, die sich über die Maßen in der Gesellschaft engagieren und zudem hohe Leistungen in der Gesellschaft und im Studium erbringen, gefördert werden. (C)

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie messen Sie Leistung?)

Es ist richtig, dass die Wirtschaft und die private Zivilgesellschaft künftig stärker an der Finanzierung des Studiums beteiligt werden. Es ist auch richtig, dass wir den Schwachen in der Gesellschaft solidarisch helfen. Aber es ist ebenso richtig, dass wir die Leistungsträger fördern. Wir stehen für Leistung und Gerechtigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Jeder Mensch soll entsprechend seinen Begabungen gefördert werden. Wir meinen damit Chancengerechtigkeit statt Gleichmacherei.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie messen Sie das denn?)

Deswegen wollen wir Stipendien für die Leistungsträger, aber wir bauen parallel das BAföG für sozialbedürftige Studierende massiv aus.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Massiv? Mickrig!)

Und um das auch nochmals klarzustellen: Anders, als es der linke Block hier ständig suggeriert,

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

belegt die HIS-Studie aktuell und eindeutig: Von 2002 bis 2005 ist die Studierquote der Studienberechtigten aus bildungsfernen Schichten von 67 Prozent auf 59 Prozent zurückgegangen. Das war die Zeit der rot-grünen Regierung. Diese Studie belegt ebenso, dass während der Amtszeit der Ministerin Schavan dieser Anteil der Studierenden aus bildungsfernen Schichten substanziell gestiegen ist, und zwar von 59 Prozent auf 65 Prozent. (D)

(Ulla Burchardt [SPD]: Schlagartig!)

– Ja, was Sie zunächst heruntergewirtschaftet haben, mit Verlaub gesagt. – Das hängt vor allem auch mit politischen Entscheidungen zusammen. Wir haben unter der Führerschaft der Ministerin Schavan 2008 gemeinsam mit der SPD – das ist richtig – die BAföG-Sätze um stattliche 8 Prozent und die Freibeträge um stattliche 10 Prozent erhöht.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Ja, dafür haben wir mit Peter Struck gekämpft!)

Die Grünen haben sich im Übrigen bei dieser Entscheidung 2008 enthalten – trotz dieser massiven Erhöhung.

Wir geben trotz der Schuldenbremse in dieser Legislaturperiode 12 Milliarden Euro mehr für Forschung und Bildung aus, und wir erhöhen bereits zwei Jahre nach der großen Erhöhung 2008 das BAföG erneut, und zwar die Bedarfssätze um 2 Prozent und die Freibeträge um 3 Prozent. Das ist im Übrigen mehr, als die SPD in ihrem Antrag fordert. In Ihrem Antrag schreiben Sie nämlich, dass die Preissteigerung ausgeglichen werden soll.

Albert Rupprecht (Weiden)

(A)

Der BAföG-Bericht formuliert während dieser Zeit eine Preissteigerung von 1 Prozent.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Deshalb fordern wir auch 3 Prozent!)

Die Conclusio ist: Nach Ihren Vorschlägen würden und sollten die BAföG-Sätze um 1 Prozent steigen. Bei uns steigen sie aber um 2 Prozent und die Freibeträge sogar um 3 Prozent.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Trotzdem Kleckerbeträge!)

Es darf nicht sein, dass Kinder aus armen Familien nicht studieren können, weil ihnen das Geld dafür fehlt. Das ist Konsens.

(Nicole Gohlke [DIE LINKE]: Es wäre schön, wenn das Konsens wäre!)

Deswegen machen wir die große, tragende Säule BAföG stärker denn je. Wir wollen, dass das BAföG ganz klar eine Sozialleistung bleibt und sich auf die wirklich Bedürftigen konzentriert. Es ist das Gebot der Subsidiarität, dem zu helfen, der sich nicht selbst helfen kann. Dafür stehen wir. Wir lehnen deswegen auch ein studentisches Grundeinkommen, wie es Teile der SPD, wie es Teile der Grünen und beinahe alle in der Linken fordern, strikt ab.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben hier ein ganz konkretes Modell! – Nicole Gohlke [DIE LINKE]: Sie haben den Antrag nicht verstanden! Sie haben das Kleingedruckte zu den Steuern nicht gelesen!)

(B)

Jedem Studenten 700 Euro zu geben, dem Sohn eines Arztes ebenso wie dem Sohn eines Facharbeiters, ist das Unsozialste, was es gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Nicole Gohlke [DIE LINKE]: Es refinanziert sich über die Steuern!)

Das würde 20 Milliarden Euro kosten, und das würden die normalen Arbeitnehmer mit ihren Steuerzahlungen bezahlen. Das ist eine absurde Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit. BAföG für alle ist der völlig falsche Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Undine Kurth [Quedlinburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gegen wen kämpfen Sie eigentlich?)

Herr Rossmann sagt darüber hinaus, wir müssen die Freibeträge massiv erhöhen, damit möglichst viele Studenten BAföG erhalten. Herr Rossmann, was ist das für eine Denke,

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Ich habe es auf untere Mittelschichten bezogen!)

dass ich der Mittelschichtfamilie zunächst 500 Euro mit Steuern aus der Tasche ziehe, damit ich nach Abzug der Bürokratiekosten von den 500 Euro der Tochter dieser Mittelschichtfamilie 300 Euro BAföG wiedergebe? Das ist der alltägliche Wahnsinn der Staatsgläubigen, und das ist der falsche Weg. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Man kriegt kein BAföG, wenn man Steuern zahlt! – Ulla Burchardt [SPD]: Ich erzähle gleich noch etwas dazu!)

Wir erhöhen die BAföG-Sätze und die Freibeträge, wir verringern die Bürokratie, wir machen das BAföG Bologna-tauglich und erhöhen die Altersgrenze von 30 auf 35 Jahre, und wir verbessern wesentlich die Vereinbarkeit von Familie, Kindererziehung und Studium.

Wenn das alles beschlossen ist, werden die Steuerzahler in Deutschland die bedürftigen Schüler und Studenten jährlich mit beinahe 2,5 Milliarden Euro unterstützen. Das ist weltweit Spitze.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist die halbe Abwrackprämie!)

Ich finde, das ist ein großartiges Zeichen der Solidarität der Steuerzahler mit jungen Menschen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine halbe Abwrackprämie!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Ulla Burchardt für die SPD-Fraktion. (D)

(Beifall bei der SPD)

Ulla Burchardt (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte an die Adresse der Koalitionsredner Folgendes sagen, damit ich bei diesem Thema demnächst keine Zwischenrufe mehr machen muss: Der Kollege Rossmann hat die politische BAföG-Historie dargestellt. Herr Rupprecht, Sie hätten es also wissen können. Es steht aber nun im Protokoll, sodass man es dort nachlesen kann. Das müsste also zukünftig sitzen.

Dass die Gesetzentwürfe des Ministeriums von den Koalitionsfraktionen heute eingebracht werden, hat nun wirklich etwas mit der Landtagswahl in NRW zu tun. Ursprünglich hatten Sie ja geplant, das heute mit Herrn Pinkwart zur besten Sendezeit zu zelebrieren und diese Wohltat zu verkünden. Ich verstehe ja, dass Sie in Sorge sind: Die schwarz-gelbe Koalition wird am kommenden Sonntag abgewählt,

(Dr. Gesine Lötzsch [DIE LINKE]: Das ist gut so!)

und zwar nicht zuletzt wegen Ihrer bildungspolitischen Bilanz, die absolut negativ ist.

(Patrick Meinhardt [FDP]: Nach dem roten Bildungschaos die ganzen Jahrzehnte zuvor!)

Ulla Burchardt

(A) Mit Ihnen ist NRW bundesweit Schlusslicht beim Ausbau der Studienplätze geworden und ist abgeschlagen beim Ausbau der Krippenplätze. Mit Ihrem Festhalten an dem dreigliedrigen Schulsystem produzieren Sie auf neun Absteiger nur einen Schüler, der in eine höhere Schulform aufsteigt.

Zu den Hochschulen nur ein Hinweis: Herr Pinkwart hat den Hochschulen die Grundmittel gekürzt, allein 2007 um 1 000 Euro pro Studierendem. Dafür hat er den Hochschulen die Freiheit gegeben, diese 1 000 Euro bei den Studierenden abzukassieren.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Hört! Hört!)

Das ist ein pervertierter Begriff von Freiheit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Das Stipendienmodell, das er in NRW eingeführt hat – ich weiß gar nicht, Frau Schavan, wieso Sie auf die Idee kommen, dass Sie da so furchtbar innovativ gewesen sind –, ist doch nur ein Feigenblatt für die Studiengebühren gewesen. In Wahrheit ist dieser Schritt ein beabsichtigter Systemwechsel in Richtung Privatisierung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Ihr Bekenntnis „Privat vor Staat“ wirkt sich so aus: Die Wirtschaft hat damals die Einführung von Studiengebühren gefordert und hat gleichzeitig versprochen, dafür ein umfassendes Stipendiensystem aufzubauen. Sie hat sich aber an dieses Versprechen nicht gehalten.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nun springen Sie in die Bresche mit öffentlichem Geld. In Nordrhein-Westfalen funktioniert das schon nicht, und bei Ihnen, Frau Schavan, wird es auch nicht funktionieren.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Besser wäre, Studiengebühren abzuschaffen!)

Dass Sie, Herr Rupprecht, zugegeben haben, dass das, was Sie heute auf den Tisch gelegt haben, noch ein bisschen unausgegoren ist, spricht nun wirklich für sich.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Patrick Meinhardt [FDP]: Ist ein schöner Erfolg!)

Das Modell in NRW ist kein Erfolg, es ist ein Flop. Dass man dieses Modell als Blaupause für den Bund verwendet, ist eine besondere Form von Regierungskunst, die ich nicht nachvollziehen kann. Zweimal ist Herr Pinkwart mit dem Versuch in der GWK gescheitert, dieses Modell bundesweit durchzusetzen. Alle anderen haben gesagt, so einen groben Unfug wollten sie nicht. Jetzt greifen Sie in die Trickkiste, indem Sie dieses Modell an ein Gesetz zur BAföG-Reform ankoppeln, von dem Sie wissen, dass es von allen begrüßt wird. Es ist kein Wunder, dass man da von einem Junktim redet. Frau Schavan, als Landesministerin hätten Sie sich ein solches Vorgehen einer Bundesbildungsministerin mehr als lautstark verbeten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN) (C)

Keiner will Ihr Stipendienmodell wirklich: der BDA nicht und auch die Gewerkschaften nicht. Die HRK äußert diplomatisch Skepsis, und die Studierenden, auch die Stipendiatensprecher in den Begabtenförderungswerken, sind dagegen. Gestern hat mich noch eine Petition erreicht von 2 200 Stipendiaten und 991 Studienstiftlern der Studienstiftung des deutschen Volkes mit dem Titel „Reproduktion der Bildungselite durch neues nationales Stipendienprogramm und Büchergelderhöhung stoppen“. Frau Schavan, Sie können ja sagen, das sind, inklusive der Opposition, die Ewiggestrigen und Altmodischen. Nur langsam müssten Sie sich einmal fragen, ob Sie nicht außerhalb stehen, wenn Sie nicht bereit sind, von anderen zu lernen und sich mit der Realität sowie mit Ihrem eigenen Gesetz auseinanderzusetzen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Rupprecht, noch eine kleine Anmerkung an Ihre Adresse. Wir sind doch überhaupt nicht gegen Stipendien. Ich weiß gar nicht, wie Sie darauf kommen. Informieren Sie sich einfach erst einmal, bevor Sie solche Aussagen treffen. Selbstverständlich betreiben wir mit der Friedrich-Ebert-Stiftung Stipendienförderung. Wir haben in der letzten Legislaturperiode – Sie waren noch nicht da, aber die Gnade des späten Eintritts in den Bundestag entschuldigt auch nicht alles – die Mittel für die Begabtenförderung erhöht. Machen Sie sich vorher erst einmal sachkundig, bevor Sie die anderen kritisieren. (D)

Wenn man sich Ihren Gesetzentwurf im Detail ansieht, dann fragt man sich: Was wollen Sie erreichen? Kennen Sie die Wirklichkeit, und kennen Sie Ihren eigenen Gesetzentwurf? Frau Schavan sagt, mit diesem Gesetz sollen Bildungsbarrieren abgebaut werden. Ich glaube Ihnen, dass das ehrlich gemeint ist. Aber man muss sich doch fragen: Ist der vorliegende Gesetzentwurf dafür nicht ein völlig untaugliches Mittel?

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Fakt ist: Drei Viertel der jungen Menschen nehmen deshalb kein Studium auf, weil sie finanzielle Hürden vor sich sehen, die sie für unüberwindbar halten. Wenn man erst einmal einen Studienplatz sicher haben muss, um sich für ein Stipendium zu bewerben, wenn man nicht weiß, ob sich für diesen Studienplatz ein Sponsor findet, wenn man dann mit anderen Bewerbern konkurrieren muss, wobei das Leistungskriterium für diejenigen, die jobben müssen – Frau Gohlke hat das ausführlich beschrieben –, zum K.-o.-Kriterium wird – es gibt noch die Alternative, sehr viel ehrenamtlich zu arbeiten, was aber in einem Bachelor-Studiengang nicht möglich ist –, dann muss man sich fragen: Was taugt an dieser Stelle Ihr Gesetzentwurf, um Bildungsbarrieren abzubauen? Überhaupt nichts. Bei Ihnen wird die Existenzsicherung zum Lotteriespiel.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ulla Burchardt

(A) Selbst wer ein Stipendium gewonnen hat, der weiß noch lange nicht, wie lange sein Glück hält. Es bleibt die Unsicherheit, ob der Sponsor länger als ein Jahr durchhält, auch in Nordrhein-Westfalen. Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Meinhardt, kenne ich die Wirklichkeit.

(Patrick Meinhardt [FDP]: Ihre linke Wirklichkeit ist eine andere als die reale!)

Es ist fraglich, ob die Hochschule, wenn der Sponsor abspringt, einen Nachfolger findet. Wer bei dieser Lotterie gewonnen hat, der hat auch bei einer Runde Roulette gute Aussichten.

Frau Schavan, ich muss sagen: Eine solche Politik ist zutiefst unseriös, spielt mit den Zukunftschancen und -ängsten von jungen Menschen und verfestigt soziale Auslese.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Das steckt, entkleidet von allem rhetorischen Pathos, hinter Ihrer Vorstellung von Moderne und von moderner Bildungspolitik.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des Abg. Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Patrick Meinhardt [FDP]: Bodenlos unkorrekt!)

Sie sagen, dass Sie mit diesem Stipendiengesetz eine neue Kultur schaffen wollen und dass dies ein bildungspolitisches Reformprogramm ist. In Wahrheit ist das der
(B) Systemwechsel, den auch Pinkwart will.

Vor allen Dingen ist es ein Programm zum Bürokratieaufbau an den Hochschulen, und zwar einer zweiten Bürokratie neben dem BAföG, Herr Meinhardt. Wie Sie dieses Stipendienmodell verteidigen können, wo Sie doch einen Bürokratieabbau fordern, ist mir wirklich ein Rätsel.

(Patrick Meinhardt [FDP]: Sie wissen von Bürokratieabbau überhaupt nichts!)

Das bedeutet in der Endausbaustufe, wenn alle empirische Erfahrung zugrunde gelegt wird, dass die Hochschulen 2 000 volle Stellen zusätzlich schaffen müssen. Das würde mindestens 100 Millionen Euro kosten. Noch einmal grob gerechnet: In Ihrem Gesetzentwurf sind dafür 30 Millionen Euro veranschlagt. Wenn Sie von Rektoren, von uns und anderen gefragt werden, woher der Rest herkommen soll, dann sagen Sie: Man muss erst einmal anfangen und dann darüber reden, woher das Geld kommt. Das ist nicht seriös.

Man muss sich nicht wundern, wenn die Hochschulrektoren hierüber in Panik geraten und die Hochschulen davor Angst haben, was ihnen noch aufgebürdet wird, vor allen Dingen, weil ihnen gerade in Hessen in den nächsten Jahren 30 Millionen Euro gestrichen werden sollen. Ich bin gespannt, was Sie von Ihren Versprechen einhalten können.

Sprechen Sie einmal mit den Hochschulrektoren unter vier Augen, weil keiner seinen Namen öffentlich nennen mag. Sie sind hellauf entsetzt über das, was Sie den (C) Hochschulen zumuten.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Patrick Meinhardt [FDP]: Sprechen Sie tatsächlich mit ihnen?)

– Ich spreche tatsächlich mit ihnen. Ich bin über 15 Jahre Mitglied in zwei Hochschulkuratorien gewesen, bis diese durch Aufsichtsräte ausgetauscht wurden. Diese Hochschulen wollen mich weiterhin dabeihaben. Um weiterhin von Politikern in ihrer Arbeit unterstützt zu werden, werden jetzt neue Konstruktionen gefunden. Ich weiß also, wovon ich rede, Herr Meinhardt.

Ich komme zur Frage der Benachteiligung. Sie sagen: Alle Mittel werden gleich verteilt. Das ist falsch. Das kann ich Ihnen auch für Nordrhein-Westfalen sagen. Bestimmte Studienfächer und Standorte werden benachteiligt. Bei den Stipendien gibt es eine eindeutige Schwerpunktsetzung auf Wirtschaftsingenieurwissenschaften und Jura. Der Stifterverband erklärt ganz offen: Es ist klar, wenn Unternehmen Stipendien vergeben, dann machen sie das aus Gründen der Personalrekrutierung. Natürlich sind von Unternehmen vergebene Stipendien immer von Unternehmens- und Brancheninteressen geleitet. Diese haben recht. Aber behaupten Sie dann doch nicht das Gegenteil.

Sie versprechen, dass es keine Disparitäten zwischen Fächern und Standorten gibt. Wenn Sie aber wie hier in der Fragestunde gefragt werden, wie Sie das garantieren wollen, dann antworten Sie: Dafür sind nicht wir, son- (D) dern die Hochschulen und die Sponsoren verantwortlich. Ich frage mich: Welches Verständnis von Politik und Verantwortung haben Sie?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Frau Kollegin, Sie müssen bitte zum Ende kommen.

Ulla Burchardt (SPD):

Ich komme zum Schluss. – Auf den Hinweis, dass die Alumni an den Hochschulen schon jetzt Lückenfüller seien, wenn öffentliches Geld fehlt, und dass sie das in bestimmten Regionen nicht zusätzlich leisten könnten, war Ihr lapidarer Kommentar in der letzten Sitzungswoche: Dann soll die jeweilige Universität entscheiden, ob sie mitmacht. Keine Universität wird gezwungen, sich daran zu beteiligen.

Das, Frau Schavan, erinnert mich an einen Satz von Anatole France, der 1919 formulierte:

> Das Gesetz in seiner majestätischen Gleichheit verbietet dem Reichen wie dem Armen, unter den Brücken zu schlafen, auf den Straßen zu betteln und Brot zu stehlen.

Ich sage Ihnen: Das ist der zynische Freiheitsbegriff, der offensichtlich Ihre Politik leitet.

(A)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:
Frau Kollegin, bitte zum Ende kommen!

Ulla Burchardt (SPD):
Ich komme zum Ende. – Mit diesem Zynismus machen Sie die Autonomie der Hochschulen, die Rot-Grün im Bund und in NRW auf den Weg gebracht hat, zum Synonym für die Flucht aus der politischen Verantwortung. Motten Sie das Stipendiengesetz ein! Erhöhen Sie das BAföG, insbesondere die Freibeträge, wie hier vorgeschlagen! Das ist sachgerecht und weniger ideologiegeleitet. Das hat der Standort Deutschland und das haben die jungen Menschen für ihre Zukunft verdient.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Patrick Meinhardt [FDP]: Machen Sie lieber beim Stipendienprogramm mit!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:
Das Wort hat nun der Wissenschaftsminister des Landes Baden-Württemberg, Peter Frankenberg.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Peter Frankenberg, Minister (Baden-Württemberg):
Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich die Redebeiträge der Opposition höre, fällt mir ein Wort von Cicero bei einer Einleitungsrede im römischen Senat ein

(B)

(Nicole Gohlke [DIE LINKE]: Schon wieder die Römer! Mit denen haben wir es aber!)

– jetzt geht es in der Tat um die Antike –: In qua urbe vivimus? Wo leben wir eigentlich?

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – René Röspel [SPD]: Wo leben Sie? Das ist eine gute Frage!)

Heute Morgen argumentieren Sie: Wir wollen das Geld der Banken für die Griechenland-Hilfe. Heute Nachmittag argumentieren Sie: Wir wollen kein Geld der Wirtschaft für zusätzliche Stipendien für begabte Studierende an unseren Hochschulen.

(Ulla Burchardt [SPD]: Nein! Wir wollen es nicht substituieren! – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat hier niemand gesagt! Die Wirtschaft will ja nichts geben!)

Das passt nicht zusammen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wenn man Sie hört, hat man den Eindruck, durch dieses nationale Stipendienprogramm würde irgendjemandem etwas weggenommen.

(René Röspel [SPD]: Ja, den BAföG-Leuten! – Ulla Burchardt [SPD]: Weil man den Euro nur einmal ausgeben kann!)

Es geht um zusätzliche Mittel. Es geht darum, dass ein staatlicher Euro letztlich durch einen privaten Euro ergänzt wird. Sie können doch nicht sagen, dass Sie diesen Euro auch hätten, wenn Sie, etwa für BAföG, nur staatliche Mittel einsetzen. Bei 300 Millionen Euro von staatlicher Seite würden ohne dieses Stipendienprogramm schlichtweg 300 Millionen Euro fehlen.

(C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Insofern ist das eine Milchbubenrechnung.

Es geht darum, dass wir unsere Mentalität ein Stück weit verändern.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Ja, das wissen wir wohl, wohin Sie wollen! Privatisierung! Das ist Ihre Leitidee!)

– Was auch immer Sie unter Privatisierung verstehen: Ich verstehe unter Privatisierung, dass die Verantwortlichen in unserer Gesellschaft aus eigener Verantwortung einen Beitrag zu den für die Gesellschaft wichtigsten Institutionen, nämlich zu den Hochschulen, zu den Forschungs- und Bildungseinrichtungen, leisten, neben den Steuern, die sie als Unternehmen oder Privatleute zahlen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ulla Burchardt (SPD): Die können das auch von der Steuer absetzen!)

– Wer etwas von der Steuer absetzen kann, hat immer noch sehr viel selber gezahlt; denn das, was man absetzen kann, ist nie höher als das, was man zahlt.

(Heiterkeit bei der FDP – Nicole Gohlke [DIE LINKE]: Eine gerechte Besteuerung ist schon besser! – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Fachkräftemangel ist auch hausgemacht!)

(D)

Wenn wir unsere Hochschulhaushalte mit den Haushalten sehr guter amerikanischer und britischer staatlicher Universitäten vergleichen, dann sehen wir, dass Staatszuschüsse bei uns nicht geringer sind. Es fehlt aber eine große Finanzierungssäule,

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Ja, Studiengebühr!)

und zwar die privat finanzierte, zum Beispiel eine Säule in Form eines wirklichen, breiter ausgreifenden Stipendiensystems.

Ich war selber Rektor einer Universität. Ich habe versucht, sehr viele private Mittel für diese Universität einzuwerben. Ich habe das nie als Tingeln, sondern als eine meiner wichtigsten Aufgaben im Sinne einer besseren Finanzierung meiner Universität empfunden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wer das nicht will, ist in dieser Stellung fehl am Platze.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Bei der Finanzierung von Stipendien für besonders begabte und auch für besonders engagierte Studierende geht es eben nicht nur um Geld. Es geht um Ermutigung, Anerkennung, wirkliche Förderung im weitesten Sinne.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Mobilitätsbeschränkung!)

(A) Es geht um Förderung durch diejenigen, die von den Studierenden profitieren: durch die Arbeitgeber, die die Studierenden als hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter brauchen.

Es geht darum, dass Hochschulabsolventen wie in anderen Ländern eine Mentalität entwickeln, zu sagen: Ich habe etwas erhalten, mit dem ich mein Leben nicht nur gestalten, sondern besonders gut gestalten konnte; ich gebe meiner Hochschule etwas zurück. Das ist eine in den USA sehr weit verbreitete Mentalität, die bei uns überhaupt noch nicht weit verbreitet ist.

Es geht um Privatleute, die einfach sagen: Hochschulen sind sehr wichtige Einrichtungen, davon lebt dieses Land, auch in Zukunft in der Wissensgesellschaft; ich gebe einer Hochschule, meiner Hochschule Geld.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: In Kalifornien geht es den Bach runter, weil die öffentlichen Hochschulen pleite sind!)

Es geht darum, diese Mentalität zu erzeugen und in einen Kanal zu lenken, der es ermöglicht, dass die Stipendien unserer Hochschulen besser finanziert werden, als es bisher möglich ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Es ist also richtig – ich stünde nicht hier, wenn ich als Landesminister dagegen wäre –,

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Wie ist das mit den anderen Ländern, den ostdeutschen Ländern? Stehen die hier auch?)

(B) dass Bund und Länder Mittel in die Hand nehmen, um ein solches System anzustoßen. Das wird in der Tat nicht leicht sein; es wird eines Mentalitätswechsels bedürfen. Wenn wir aber nicht beginnen, werden wir nie dahin kommen.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Wieso? 200 000 sind doch versprochen bis 2013! 200 000 waren doch das Einstiegsangebot!)

Wenn wir jetzt nicht anfangen, werden wir nie diese zusätzliche Säule der Hochschulfinanzierung aufbauen können.

Es geht in der Tat um Bildung für viele, aber auch um Förderung der Bildung durch viele, und zwar nicht nur über Steuern, sondern auch über persönliches, privates Engagement. Dieses Stipendienprogramm wird deshalb dazu führen, dass sich andere Einstellungen entwickeln, dass Arbeitgeber zeigen, wie stark sie die Hochschulen und die Absolventen wertschätzen, dass Alumni-Netzwerke in wesentlich größerer Ausprägung entstehen und dass viele Bürgerinnen und Bürger vielleicht nicht mehr von „den Hochschulen“ sprechen, sondern von „unseren Hochschulen“, manche von „meiner Hochschule“.

Ich bin überzeugt, es wird eine große Akzeptanz geben; denn die Förderung – die Auswahl der Stipendiaten sollte in den Händen der Hochschulen liegen – betrifft nicht nur die Leistung, sondern auch die Persönlichkeit der Studierenden. Deshalb wird sie eine wirklich fördernde Motivation für die Studierenden darstellen. Die

(C) Unternehmen in unserem Lande sind durchaus bereit, einen Teil der Mittel zu poolen, damit nicht nur Studierende bestimmter Fächer gefördert werden können, sondern auch Studierende der Fachbereiche, die keinen unmittelbaren Wirtschaftsbezug haben.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Wie ist das in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein?)

Die Tatsache, dass die Regierung die BAföG-Erhöhung und die Verbesserung der Kriterien für die Gewährung von BAföG mit dem Stipendienprogramm verbindet, ist nicht negativ, sondern zeigt, dass sie auf der einen Seite die sozialen Belange der Studierenden sieht und auf der anderen Seite die Notwendigkeit der Förderung von Studierenden nach Leistung und weiteren Kriterien und vor allen Dingen die Erschließung privater Mittelquellen zur zusätzlichen Finanzierung der Hochschulen im Auge hat.

Betrachten Sie die Welt mit offenen Augen! Dann werden Sie sehen, dass die erfolgreichsten Hochschulsysteme der Welt zumindest über eine solche Säule der zusätzlichen privaten Finanzierung der Hochschulen verfügen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:
Ich schließe die Aussprache.

(D) Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 17/1551, 17/1552, 17/1558 und 17/1570 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 15:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Gesine Lötzsch, Jan Korte, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Tag der Befreiung muss gesetzlicher Gedenktag werden

– Drucksache 17/585 –

Überweisungsvorschlag:
Innenausschuss (f)
Ausschuss für Kultur und Medien

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile Kollegin Luc Jochimsen von der Fraktion Die Linke das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Lukrezia Jochimsen (DIE LINKE):
Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Tagebucheintrag eines neunjährigen Kindes:

Dr. Lukrezia Jochimsen

(A) Frankfurt am Main, den 8. Mai 1945. Heute um Mitternacht ist der Krieg zu Ende. Das heißt bedingungslose Kapitulation. Die Kirchenglocken läuten. Es ist endlich Frieden. Das ist ein schwerer Tag für alle Deutschen.

Wie kommt das neunjährige Kind in diesem Augenblick zu dem Urteil, der 8. Mai sei „ein schwerer Tag für alle Deutschen“? Der Vater hoffte jeden Tag, dass die Amerikaner uns endlich befreien würden. Er sagte „befreien“. Die Mutter betete jeden Abend, dass sie alle mit dem Leben davonkämen. Das Kind hatte nichts als Krieg erlebt, seit seinem dritten Lebensjahr.

Die Familie wurde in Düsseldorf ausgebombt, hatte alle Habe verloren, schwere Phosphorverbrennungen erlitten, Monate nur im Keller zugebracht, ein Bombensplitter hatte den rechten Oberschenkel des Kindes zerfetzt. Was also brachte es dazu, zu schreiben, der 8. Mai sei ein „schwerer Tag für alle Deutschen“, für es selbst also auch?

Das neunjährige Kind war ich, bin ich. Nach Jahrzehnten fand ich das Tagebuch wieder, das kein heimliches, privates Mädchentagebuch war, sondern ein Pflichttagebuch. Jeden Tag musste ich eine Seite vollschreiben und das Heft am Ende der Woche dem Vater vorlegen. Das Tagebuch sollte die Hausaufgaben der Schule ersetzen, die es seit Monaten nicht mehr gab. Beim Wiederlesen zusammen mit den Eltern stießen wir auf den „schweren Tag“, und mein Vater meinte, es sei wohl Angst gewesen, die mich dies habe schreiben lassen, die Angst vor dem, was nun kommen würde: Strafe,
(B) Rache, Vergeltung?

Groß war unsere Sehnsucht nach Frieden und die Hoffnung auf Befreiung, groß aber auch die Unsicherheit, was die Sieger machen würden mit uns, und fast ungläubig stellten wir von nun an von Jahr zu Jahr an jedem 8. Mai fest, wie gut mit uns umgegangen wurde, wie schonend, wie auf die Zukunft setzend.

In meiner Familie war die Erfahrung der totalen Niederlage ein Glück. Endlich konnte, durfte ein neues Leben beginnen, ein Geschenk, das wir vielleicht gar nicht verdient hatten, das wir eigentlich nur annehmen konnten, indem wir neu dachten, im demokratischen Sinn, in den Pflicht- und Rechtspositionen von Verfassungen, und auch so lebten, indem wir vor allem dachten, wie in anderen Ländern gedacht wurde, weg von allem Nationalen.

Für meine Familie und mich blieb der 8. Mai ein Feiertag im Jahr, entgegen der allgemeinen Stimmung in der Adenauer-Republik. Mein Vater hat mich früh gelehrt, die Widerstandskämpfer und die Deserteure zu ehren und in den Siegern unsere Hoffnung zu suchen. Nach den allerersten Nachkriegsjahren wurde das übrigens immer schwieriger. Um uns herum veränderte sich die Sichtweise. Deutschland wurde wieder wer; wir wurden sogar lieb Kind der Amerikaner. Krieg und totale Niederlage rückten in den Schatten der Geschichte. Erst durch die Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker vom 8. Mai 1985 kam der Begriff der Befreiung überhaupt wieder in die öffentliche Diskussion.

Heute wird es höchste Zeit, aus dem 8. Mai einen nationalen Feiertag zu machen, denn seine Bedeutung wird nach wie vor – außer in Mecklenburg-Vorpommern – nicht allgemein anerkannt. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Aber gerade diese Unterschiedlichkeit der Bewertung bietet die Chance, einen lebendigen und „schweren“ Gedenktag zu feiern, der sich nicht in Symbolen und Ritualen erschöpft. Ich bitte daher um Ihre Zustimmung für den Antrag der Linksfraktion, den 8. Mai zum gesetzlichen Gedenktag zu erklären.

Der Bundestagspräsident hat heute Morgen zu Beginn dieser unserer Sitzung gesagt: Die Nachgeborenen haben die Chance, ein historisches Datum wie den 8. Mai differenzierter zu sehen und zu begreifen. Sie, die Nachgeborenen, haben heute die Möglichkeit, diese Chance zu ergreifen.

Ich danke Ihnen,

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Ingo Wellenreuther für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ingo Wellenreuther (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Am 8. Mai 1945 wurden die Deutschen und die ganze Welt von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft befreit. (D)

Insoweit ist der 8. Mai selbstverständlich ein Tag der Befreiung. Genau dies hat Richard von Weizsäcker in seiner weltweit beachteten Rede vom 8. Mai 1985 zu Recht festgestellt.

Für einen gesetzlichen Gedenktag eignet sich der 8. Mai allerdings nicht. Die Befreiung vom Naziregime führte nämlich nicht dazu, dass anschließend alle Menschen in Deutschland dauerhaft in Freiheit leben konnten: 16 Millionen Ostdeutsche hatten nicht die Chance zum demokratischen Wiederaufbau. Sie gerieten vielmehr von einer braunen Diktatur in eine rote Diktatur mit Gefängnissen und Internierungslagern wie Bautzen, Buchenwald und Hohenschönhausen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie mussten 40 Jahre lang eingeschlossen, gefangen gehalten, bespitzelt und überwacht in einem maroden Unrechtsstaat leben, dessen Einheitspartei SED die Vorgängerpartei der Linken, der antragstellenden Fraktion, ist.

(René Röspel [SPD]: Haben Sie die Rede von Richard von Weizsäcker gelesen?)

– Im Gegensatz zu Ihnen habe ich Sie gelesen.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Aber anscheinend nicht verstanden!)

(A) Erst mit der friedlichen Revolution der Ostdeutschen im Jahre 1989 wurden auch die Menschen im Osten Deutschlands frei. Allein deshalb verbietet es sich, dem 8. Mai den Status eines gesetzlichen Gedenktages mit dem Titel „Tag der Befreiung“ zu verleihen.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege – –

Ingo Wellenreuther (CDU/CSU):

Nein, ich will fortfahren; ich lasse keine Frage der Linken zu.

Das alles heißt nicht, dass in Deutschland am 8. Mai nicht regelmäßig an die Befreiung vom Joch des Nationalsozialismus und an das Ende einer verbrecherischen Führung mit unmenschlichen Zielen erinnert wird. Auch das hat Richard von Weizsäcker in seiner Rede festgestellt.

Im Übrigen haben die Deutschen ganz unterschiedliche Erfahrungen gemacht, unterschiedliche Schicksale erlebt: Für viele hängen mit dem Kriegsende Erinnerungen an Flucht, Vertreibung, Gefangenschaft zusammen. Viele wurden zum Opfer körperlicher Gewalt durch Soldaten der Siegermächte. Viele empfanden Erleichterung und Dankbarkeit, dass die Bombennächte, das Ausharren in Luftschutzkellern, der Krieg insgesamt ein Ende hatte.

Spätestens seit der Rede des Bundespräsidenten vom 8. Mai 1985 wurde offen über das Thema Holocaust gesprochen. (B) Wir bekennen uns in Deutschland dazu, dass uns unsere Vorfahren eine schwere Erbschaft hinterlassen haben. Es gibt zwar keine Schuld eines ganzen Volkes – weil Schuld nicht kollektiv, sondern immer nur persönlich sein kann –, aber wir müssen als Deutsche diese Vergangenheit annehmen, wir sind von ihr betroffen und werden für sie in Haftung genommen. Deshalb liegt unsere Verantwortung heute darin, die Erinnerung an das, was in und durch Nazideutschland geschehen ist, wachzuhalten.

Diese Verantwortung des Erinnerns nehmen wir wahr: So begehen wir seit 14 Jahren an jedem 27. Januar den Tag des Gedenkens an die Opfer des nationalsozialistischen Rassenwahns und des Völkermordes. Wir gedenken der 6 Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden, der Sinti und Roma, der Homosexuellen, der Menschen mit Behinderungen, der damals politisch Andersdenkenden, der Zwangsarbeiter und der Millionen von Menschen, die unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft entrechtet, verfolgt, gequält und ermordet wurden. Symbolhaft für den Terror des Nationalsozialismus steht das Konzentrationslager Auschwitz, dessen Insassen am 27. Januar 1945 befreit wurden.

Gerade vor dem Hintergrund, dass es, wie Sie in Ihrem Antrag schreiben, bald tatsächlich keine Zeitzeugen mehr geben wird, die von den Schrecken der NS-Vergangenheit berichten können, hat der Gedenktag des 27. Januar eine herausragende Bedeutung, weil an diesem Tag aller Opfer des Nationalsozialismus und ihres (C) unermesslichen Leides gedacht wird. Dies ist ein weiterer Grund, den Antrag der Linken abzulehnen: Die Bedeutung des 27. Januar als des Tages, an dem der Opfer gedacht wird, darf nicht geschmälert werden.

Die Linken begründen ihren Antrag unter anderem damit, dass sich der 8. Mai in Deutschland in „Ritualen“ und „Symbolen“ erschöpfe und nicht angemessen gewürdigt werde. Ich halte es für unerträglich, wenn Sie diese Behauptung in der Begründung Ihres Antrags in unmittelbarer Nähe zu einem Zitat aus der Rede Richard von Weizsäckers aufstellen.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Unerträglich ist Ihre Rede!)

Was sie mit ihrem Antrag wirklich bezweckt, hat die Linke verschwiegen. Es ergibt sich jedoch überdeutlich aus den Plakaten ihrer Parteizentrale im Karl-Liebknecht-Haus. Vordergründig werben Sie auf einem Plakat für „Die Linke Kinonacht – 65 Jahre Befreiung“. Die Filme, die angekündigt werden, drehen sich allerdings nur um die Tapferkeit und das Schicksal von Sowjetsoldaten und Partisanen. Die musikalische Umrahmung übernehmen die „Bolschewistische Kurkapelle“ und ein „russischer Landfrauenchor“. Das sagt eigentlich schon alles.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Um Gottes willen!)

Dass Sie dieses Plakat mit einem symbolischen Siegerbild der Sowjetarmee und der sowjetischen Fahne auf dem Dach des kriegszerstörten Reichstages darstellen, zeigt Ihre wahre Intention: Das ist offenbar Ihre Vorstellung von einem lebendigen Gedenktag. (D)

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Das sind historische Fakten!)

In unsäglicher DDR-Tradition missbrauchen Sie den 8. Mai zur Untermauerung des antifaschistischen Gründungsmythos der ehemaligen SED-Diktatur, der der SED bis 1989 als Begründung für die enge Anbindung an die Sowjetunion diente, und dazu, den Bruderstaat Sowjetunion zu ehren und das bolschewistische System zu feiern. Damit wollen Sie vor allem den Sieg der Sowjetunion glorifizieren und den Sieg der Roten Armee propagandistisch weiter als Sieg des Kommunismus darstellen, obwohl er der Beginn einer neuen, weiteren Diktatur auf dem Gebiet der späteren DDR war.

(Zuruf von der LINKEN)

In der DDR fand über 40 Jahre lang nie eine wirkliche und ernsthafte Erinnerung an alle Opfer des Nationalsozialismus statt – im Gegenteil. Wie verlogen dieser staatlich verordnete Antifaschismus wirklich war, zeigt sich daran, dass die DDR laut Veröffentlichungen der Birthler-Behörde 22 000 ehemalige Nazis und Kriegsverbrecher und 11 000 Angehörige von Polizei- und Sonderbehörden deckte, dass 8 000 Mitarbeiter der Gestapo sowie 3 000 Angehörige der SS unbehelligt blieben.

Die Absicht der Fraktion Der Linken, mit ihrem Antrag den Geist der sozialistischen Diktatur wiederzubeleben, lehnen wir entschieden ab.

Ingo Wellenreuther

(A) Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Iris Gleicke [SPD]: Wer hat dem Mann denn diesen Unsinn aufgeschrieben? Dass er wenigstens lesen kann, ist ja etwas!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:
Das Wort zu einer Kurzintervention erteile ich Luc Jochimsen.

Dr. Lukrezia Jochimsen (DIE LINKE):
Ich habe es bisher als Konsens in diesem Hohen Haus betrachtet – so habe ich es gelernt –, dass es keine Gleichsetzung zwischen dem NS-Verbrecherstaat und der DDR gibt. Ich habe den Eindruck, dieser Konsens ist durch Ihre Rede gerade ganz bewusst aufgehoben worden. Sie haben, wenn ich Ihre Rede richtig verstanden habe, gewissermaßen von einem Übergang von der braunen Diktatur in die rote Diktatur gesprochen und damit eine Gleichsetzung hergestellt. Ich finde, dass wir uns als Parlamentarier in diesem Haus gegen diese Gleichsetzung zur Wehr setzen müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:
Wollen Sie darauf erwidern? – Bitte.

Ingo Wellenreuther (CDU/CSU):
Frau Jochimsen, das könnte Ihnen so passen. Ich habe das ausdrücklich nicht gleichgesetzt. Ich habe darauf
(B) hingewiesen, dass nach dem 8. Mai 1945 die Menschen im Westen Deutschlands in die Freiheit entlassen worden sind und die Menschen im Osten Deutschlands anschließend weitere 40 Jahre in einer roten Diktatur gelebt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Lukrezia Jochimsen [DIE LINKE]: Sie haben gesagt: von der braunen in die rote Diktatur!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:
Das Wort hat nun Gabriele Fograscher für die SPD-Fraktion.

Gabriele Fograscher (SPD):
Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es geht mir, es geht der SPD-Bundestagsfraktion um die Frage: Welche Bedeutung hat der 8. Mai für uns heute, 65 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs und der Befreiung von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, und wie können wir diesen Tag – jetzt zum Jubiläum 2010, aber auch in Zukunft – angemessen und würdig begehen?

Obwohl der 8. Mai kein offizieller Gedenktag ist, finden um diesen Termin herum zahlreiche Veranstaltungen statt, die sich mit der Nazidiktatur und ihren Folgen befassen. So wird es zum Beispiel in Leipzig eine Gedenkveranstaltung und eine Ausstellung zu diesem Tag geben. In Brandenburg gibt es neben Gedenkveranstaltungen Veranstaltungen mit Zeitzeugen. Viele Städte und (C)
Gemeinden erinnern in unterschiedlicher Weise an diesen Tag. Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat diesen Tag bereits 2002 zum Gedenktag erklärt. Jedes Jahr finden dort Gedenkstunden im Landtag statt. Auch in Sachsen wird über die Einführung eines Gedenktages diskutiert.

Aber auch Rechtsextreme und die NPD nutzen dieses Datum – das gehört zur Realität –, um zu Aufmärschen aufzurufen.

(Iris Gleicke [SPD]: Leider wahr!)

In Veröffentlichungen, vor allen Dingen im Internet, versuchen sie, diesen Tag umzudeuten, Geschichte zu leugnen und zu verfälschen. In Demmin rufen Rechtsextreme zu einem Trauermarsch auf. Die NPD in Hessen will in Wiesbaden demonstrieren. Auch in München, in Fürstenried, ist ein Aufmarsch angekündigt. Es ist gut und wichtig, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger dagegen engagieren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie des Abg. Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Welche Bedeutung dieser Tag für uns in Deutschland hat, hat Richard von Weizsäcker in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag zum 40. Jahrestag des 8. Mai eindrucksvoll beschrieben. Ich zitiere:

> Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle (D) befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Bis heute teilen nicht alle Deutschen diese Meinung, und deshalb wurde durch diese bemerkenswerte Rede des damaligen Bundespräsidenten eine noch bis heute andauernde Diskussion über die Bedeutung des 8. Mai ausgelöst. Wir müssen mit der historischen Aufarbeitung der Nazidiktatur fortfahren. Dazu nochmals Richard von Weizsäcker:

> Es geht nicht darum, Vergangenheit zu bewältigen. Das kann man gar nicht. Sie lässt sich ja nicht nachträglich ändern oder ungeschehen machen. Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Ein kluger Unionspolitiker!)

Durch einen Gedenktag könnte ein Impuls für eine breite gesellschaftliche Diskussion gegeben werden. Doch allein mit dem Ausrufen eines Gedenktages wird keine lebendige Diskussion angestoßen und keine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit erreicht. Es muss hier vor allem darum gehen, junge Menschen zu erreichen, die diese Zeit und ihre unmittelbaren Auswirkungen nicht erlebt haben und auch keine Gelegenheit mehr haben werden, mit Zeitzeugen zu reden.

Gabriele Fograscher

(A) Durch Faktenwissen allein wird man nicht gegen rechtsextremistische Ideologie immunisiert. Es muss durch die eigene aktive Auseinandersetzung mit der Geschichte der eigenen Stadt, der eigenen Region ergänzt werden. Auch dafür gibt es bereits gute Beispiele: den Victor-Klemperer-Wettbewerb des Bündnisses für Demokratie und Toleranz oder das Projekt „Namen statt Nummern“, bei dem der Lebenslauf von KZ-Häftlingen recherchiert wird und sie mit ihrer Biografie auch ihre Würde zurückbekommen. Ziel muss es sein, aus der Geschichte zu lernen und Lehren für die Zukunft zu ziehen.

Durch einen Gedenktag kann die stetige und ständige Aufgabe der politischen Bildung, das Lehren und Lernen von Demokratie und die Auseinandersetzung mit aktuellem politischem Extremismus, nicht ersetzt werden. Wenn wir uns entschließen sollten, den 8. Mai zum nationalen Gedenktag der Befreiung zu machen, dann brauchen wir Konzepte dafür, wie wir diesen Tag würdig begehen können und wie er mit Leben gefüllt werden kann. Ein solcher Gedenktag darf kein Alibi und auch kein leeres Ritual sein. Deshalb brauchen wir eine breite gesellschaftliche Diskussion darüber, wie mit diesem historisch wichtigen Datum in Zukunft umgegangen werden soll.

Die Beratungen im Ausschuss werden uns die Möglichkeit geben, die aufgeworfenen Fragen zu diskutieren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(B)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Die nächste Rede, nämlich die des Kollegen Stefan Ruppert von der FDP-Fraktion, ist zu Protokoll gegeben worden.[1)]

Damit erteile ich Wolfgang Wieland von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Fograscher, ich finde, Sie haben völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass die Menschen, die morgen Naziaufmärschen entgegentreten werden, die weitestgehende Konsequenz aus dem Gedenken an das nationalsozialistische Unrecht gezogen haben. Das wird morgen so sein, und das war am 1. Mai so. Deswegen hat es meine Fraktion mit absolutem Wohlwollen gesehen, dass sich einer der höchsten Repräsentanten unseres Staates an einer Sitzblockade beteiligt hat

(Iris Gleicke [SPD]: Wir sind auch stolz auf unseren Wolfgang!)

und zusammen mit Tausenden Bürgerinnen und Bürgern einem Naziaufmarsch entgegengetreten ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN – Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Das war der Tiefpunkt!) (C)

– Auch Sie sollten über das nachdenken, was ich sage.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Nicht im Rechtsstaat! Da gibt es eine Grenze!)

Man kommt nicht an Richard von Weizsäcker vorbei, wenn man über den 8. Mai redet; das geht auch mir so.

(Heinz Lanfermann [FDP]: Herr Kollege Wieland, können Sie sagen, wo er auch blockiert hat?)

– Ich zitiere jetzt gerne jemanden, der ebenfalls blockiert hat – zum Beispiel in Mutlangen –, nämlich Heinrich Böll.

(Ingo Wellenreuther [CDU/CSU]: War er Bundestagsabgeordneter?)

Heinrich Böll hat noch zwei Monate vor dem 8. Mai 1985 geschrieben:

> Ihr werdet die Deutschen immer wieder daran erkennen können, ob sie den 8. Mai als Tag der Niederlage oder der Befreiung bezeichnen.

Das war für die damalige Situation bezeichnend.

Dann kam tatsächlich der Quantensprung durch Richard von Weizsäcker, der sozusagen als erster Bürger des Staates eindeutig sagte: Dies war der „Tag der Befreiung“. Robert Leicht nennt Weizsäckers Rede vom 8. Mai 1985 heute die „Rede aller deutschen Reden“. Er (D) spricht von der bedeutendsten Rede in Nachkriegsdeutschland. Ich denke, mit dieser Charakteristisierung hat er recht.

Richard von Weizsäcker hat auch Folgendes gesagt – ich zitiere –:

> Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung.

Das heißt, es musste klarer werden, Frau Jochimsen. Ich fand beeindruckend, was Sie zu Ihrer Biografie gesagt haben. Aber ich erwarte von Ihnen auch so viel Reflexionsfähigkeit, dass Sie sich einmal überlegen, wie es gewesen wäre, wenn Sie diesen Tag nicht in Frankfurt am Main, sondern beispielsweise in Frankfurt an der Oder erlebt hätten, und ob es leicht gewesen wäre, zu dieser Auffassung zu kommen angesichts von Vertreibungsschicksalen, Massenvergewaltigungen – reden wir nicht drum herum; das war der unmittelbare Eindruck –, absoluter materieller Not, absolutem Kampf ums Überleben und – da weiche ich jetzt nicht aus – angesichts eines dann etablierten Systems, das keine Demokratie, sondern eine Diktatur war, die es auch von Anfang an sein sollte. Vom früheren SED-Vorsitzenden Walter Ulbricht stammt der Satz: „Es muss alles schön demokratisch aussehen …“. Aussehen, aber nicht sein! Wer dagegen opponierte, der landete in Workuta. Auch das gehört zur geschichtlichen Realität dieses Teils unseres Landes.

1) Anlage 8

Wolfgang Wieland

(A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der FDP)

Da war der Weg natürlich länger.

Von dieser Partei, auch von der Rosa-Luxemburg-Stiftung erwarte ich, dass sie nicht ritualisiert sagt: Was in Mecklenburg-Vorpommern richtig ist, sollte für das gesamte Land richtig sein. Sie sollten sich auch einmal mit der Frage auseinandersetzen, was beispielsweise der Widerstand der KPD gegen die Weimarer Republik, was die These „Nach Hitler kommen wir“ für ein Unheil in diesem historischen Prozess angerichtet haben. Sich auf das Ross „Wir sind die Sieger der Geschichte“ zu setzen, das darf nicht geschehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich unterstelle nicht, dass Sie es wollen. Ich erwarte aber, dass Sie, wenn Sie einen Tag der Auseinandersetzung haben wollen, genau eine solche Auseinandersetzung führen wollen. Auch wir wollen darüber reden und überlegen, ob neben dem 27. Januar ein weiterer Gedenktag möglich ist. Wer den 27. Januar ernst nimmt, hat jedes Jahr eine Menge zu tun. Was könnte dann noch am 8. Mai geschehen? Vor diesen Überlegungen verschließen wir uns nicht.

Wir wollen das lebendige Gedenken. Wir wollen das Gedenken von unten. Wir haben uns gefreut, dass in dieser Woche hier in Berlin das NS-Dokumentationszentrum Topographie des Terrors wiedereröffnet wurde. Dem voraus ging eine Initiative von Bürgerinnen und (B) Bürgern dieser Stadt, die gesagt haben: Es geht nicht, dass auf diesem Gelände Aktivitäten wie Autofahren ohne Führerschein stattfinden. Wir haben uns gefreut, dass das Holocaustmahnmal sein fünfjähriges Bestehen würdig begangen hat.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Wir auch!)

Auch dem ging eine Initiative von Bürgerinnen und Bürgern voraus.

Unser Fazit: Gedenken ist nur dann lebendig, wenn es von der Bevölkerung kommt, wenn es von den Menschen kommt. Darauf müssen wir hinarbeiten. In diesem Zusammenhang müssen wir diskutieren, ob uns ein Gedenktag nützt oder nicht.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:
Das Wort hat Johannes Selle für die CDU/CSU-Fraktion.

Johannes Selle (CDU/CSU):
Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der 8. Mai ist für viele Völker ein Tag des Gedenkens. Es ist ein Tag, der Deutschland und Europa verändert hat. Es ist der Tag der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht. Endlich schweigen die Waffen. Grauenvoll ist das Bild, das zu sehen ist, und das Grauen wird noch größer durch die Erhebung der Zahlen und Fakten und die Details der Schicksale, die durch die Aufarbeitung hinzugefügt werden. (C)

Die vernichtende Zerschlagung der Naziherrschaft war das, was dieses Gedankengut verdient hat. Der jahrelang vorausgehende geistige und moralische Verfall in Deutschland musste an seinen Wirkungen ersticken. Mit satanischem Hass und erstorbenem Herzen wurden jüdische Mitbürger mit industrieller Effizienz ermordet. Jahrelang waren sie – dem vorausgehend – öffentlich gebrandmarkt, gedemütigt, bespuckt worden. Wir empfinden darüber heute ebensolche Abscheu und Verachtung wie über den ähnlichen Umgang mit Behinderten, mit politisch Andersdenkenden, mit Sinti und Roma und mit Homosexuellen.

Wir müssen als deutsches Volk und als Nachgeborene bedauern, dass es damals – wir erkennen es heute deutlich – in allen gesellschaftlichen Kreisen nicht mehr Widerstand in Wort und Tat gegeben hat. Wir trauern in Gedenken des 8. Mai um alle Opfer des deutschen Nationalsozialismus und schließen die eigenen Opfer in diese Trauer ein. Wir unterscheiden heute sehr empfindlich zwischen den toten Tätern und den Opfern. Die Wucht dieser Niederlage hat die Deutschen schonungslos getroffen und das wahre Gesicht der Wortführer des Nationalsozialismus aufgedeckt. Dies war Voraussetzung für einen Neuanfang.

Der 8. Mai 1945 ist ein Tag der Befreiung vom Krieg, der von Deutschland ausging, und von dem auf dem ganzen Land lastenden Ungeist. (D)

In ihrem Antrag schreibt die Linke, dass die Bewertung des 8. Mai bis heute umstritten ist und dass seine Bedeutung als Tag der Befreiung nicht allgemein anerkannt ist. Bezüglich des dunkelsten Kapitels deutscher Geschichte kann ich diese Einschätzung nicht teilen. Der gesellschaftliche Konsens ist umfassend, dass der Nationalsozialismus ein verbrecherisches System begründete und dass für den Fortbestand der Zivilisation nur die totale Niederlage dieses Systems infrage kam.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Man muss daran erinnern, dass mit dem 9. Mai nicht für alle die Verbrüderungen, der friedliche Aufbau in Freiheit und das Suchen nach Versöhnung begannen. Das Leid endete nicht am 8. Mai, sondern es ging durch massenhafte Vertreibungen, Internierungen, Plünderungen, Vergewaltigungen, Deportationen und Arbeitslager weiter, was weitere Millionen von Toten zur Folge hatte. „Schon der Einmarsch der Roten Armee war mit einer Orgie der Gewalt einhergegangen“, schreibt Hubertus Knabe, der Direktor der Gedenkstätte Hohenschönhausen.

In meiner Erinnerung daran, wie in der DDR dieser Tag begangen wurde, fällt das Loblied auf die ruhmreiche Sowjetarmee auf, die nach der damaligen Argumentation die Hauptlast der Befreiung vom Nationalsozialismus getragen hat. Nach der Oktoberrevolution war der 8. Mai die größte Leistung der Sowjets, mit der nach

Johannes Selle

(A) ihrer Meinung die historische Überlegenheit des Sozialismus bewiesen werden konnte. Von den politischen Häftlingen im ehemaligen KZ Buchenwald und von sowjetischer Gewalt durfte nicht gesprochen werden. Erst als junger Mann wurde mir mit Erstaunen klar, dass meine thüringische Heimat von den Amerikanern befreit worden war und dass das Konzentrationslager Buchenwald über den 8. Mai 1945 hinaus in Betrieb geblieben war. Davon habe ich in meiner Kindheit kein Wort gehört.

(Ingo Wellenreuther [CDU/CSU]: Ganz genau!)

Schon bald nach dem 8. Mai 1945 begann sich das sozialistische Imperium auszudehnen. Dabei war man nicht zimperlich im Umgang mit Widerstand und politisch Andersdenkenden.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Genau!)

Die Welt wurde gespalten, und an dem Spalt wurde aufgerüstet. Die Kriegsgefahr stieg, und die drohende atomare Verwüstung verdüsterte unsere Lebensstimmung. Heute haben wir Abstand. Mit diesem Abstand können wir die Dinge beim Namen nennen. Es tut gut, diese Freiheit zu haben, diese Ehrlichkeit leben zu können und darüber zu reden, was am 8. Mai und danach zum Lebensgefühl gehörte.

Heute Morgen hat es der Bundestagspräsident gesagt: Auch mit Russland pflegen wir Partnerschaft – eine Partnerschaft, deren ehrliche Vertiefung ein Vorteil für beide
(B)
Länder sein wird. Eine zu Herzen gehende Befreiung mit den dazugehörigen Umarmungen erlebten wir am 9. November 1989. Man konnte greifen, wie eine schwere Last von uns abfiel. Wir wissen jetzt, dass die Befreiung die Überwindung von Diktatur ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deutschland hat sich seitdem gravierend verändert. Die Völkergemeinschaft hat das vereinigte Deutschland wieder aufgenommen. Die Kriegsgefahr verschwand, und Abrüstung konnte sich verbreiten. Die internationale Gemeinschaft mutet Deutschland heute sogar militärische Lasten zu, vor denen wir mit der zu Recht entstandenen Scheu zurückzucken. Wir wollen ein Teil der Völkergemeinschaft bleiben.

Wir werden an unserer Solidarität keinen Zweifel lassen. Solidarität wird auch etwas kosten; aber dann bewährt sie sich. Im Beschluss heute Morgen zu Griechenland hat sich darin der Deutsche Bundestag bewährt. Wir dürfen mit einer gewissen Freude auf die tiefgehende, glaubwürdige Veränderung in Deutschland verweisen.

Morgen werde ich an einer Podiumsdiskussion zum 8. Mai teilnehmen. Zum Thema dort gehören Fragen zu neonazistischen Strömungen, die den 8. Mai als Trauertag betrachten. Die Unbelehrbaren sind eine Schande.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wir müssen sofort Widerstand üben und mit der Demaskierung beginnen. Die Chance darf man ihnen nicht bieten, in der Gesellschaft an diesem Tag eine Schlagzeile unterzubringen. (C)

Wir haben den 27. Januar als Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus aufgrund einer Proklamation des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog. Es ist der Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz. An der Deutung dieses Tages kann man keinen Zweifel anbringen. Wir sollten diesen Tag in seiner Bedeutung stärken.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:
Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

Johannes Selle (CDU/CSU):
Ich komme zum Schluss. – In Mecklenburg-Vorpommern heißt der 8. Mai: Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des Zweiten Weltkrieges. So konkret hätten die Linken auch den Antrag ausgestalten können. Das hätte der Korrektheit gutgetan.

Wir werden uns am 8. Mai immer erinnern. Uns verbindet die europäische Freundschaft und nichts mehr mit dem besiegten Nationalsozialismus.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse: (D)
Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 17/585 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist offensichtlich der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe nunmehr als letzten Tagesordnungspunkt für heute den Zusatzpunkt 10 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Valerie Wilms, Undine Kurth (Quedlinburg), Bärbel Höhn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ölkatastrophen vermeiden – Raubbau an Mensch und Natur ausschließen

– Drucksache 17/1572 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse

(A) Ich eröffne die Aussprache und erteile Kollegin Valerie Wilms von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Dr. Valerie Wilms (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der letzte Tagesordnungspunkt ist genauso wichtig wie alles andere, was wir – gerade heute Morgen – behandelt haben. Alle hier kennen die Schlagzeilen, die uns in diesen Tagen vom Golf von Mexiko erreichen. Die ganz dramatischen Bilder fehlen zwar bisher – das Öl erreicht erst jetzt allmählich das Land –, aber wir können sicher sein, dass das Unsichtbare im Meer, das schon vorhanden ist, eine Katastrophe ist. Die Chemikalien, die mittlerweile zur vorbeugenden Ölbekämpfung eingesetzt werden, wirken sich äußerst schlimm auf die Meeresfauna und den Meeresboden aus. In *Spiegel Online* ist dargestellt, dass die Stoffe, die dort angewendet werden, in England schon seit zehn Jahren verboten sind. Das alles ist erschütternd, und jeder kann die Verzweiflung der Menschen in Mississippi und Louisiana nachvollziehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Diese Ölkatastrophe hat zwar eine neue Dimension, aber sie ist nicht einfach so als Unglück über uns gekommen. Die Millionen Liter Öl, die jetzt Meer und Küsten verseuchen, sind durch menschliches Handeln – nicht einfach wegen unglücklicher Umstände – freigesetzt worden; Ölförderung in diesen Tiefen – das sind immerhin 1 500 Meter – ist eine Hochrisikotechnologie, und
(B)
wir Menschen gehen diese Risiko bewusst ein. Der hohe Ölpreis macht immer gefährlichere Fördermethoden lukrativ. Öl sprudelt immer seltener einfach so aus der Erde, wie es in den Anfangszeiten der Fall war. Wir müssen immer größeren Aufwand betreiben, um an den Stoff zu kommen, aus dem nach wie vor viele Träume sind. Allerdings werden diese Träume immer öfter zu Albträumen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Wir müssen zusehen, dass wir endlich aufwachen. Das ist unsere Aufgabe.

Mit vielen Plattformen stoßen wir heute in Tiefen vor, die von uns nicht mehr beherrscht werden können. Die Katastrophe in Amerika zeigt uns mit aller Härte, was wir mit fossilen Energien in der Endkonsequenz anrichten: Wir ruinieren unseren Planeten,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

vor allem durch Treibhausgase, die bei der Verbrennung entstehen, aber auch durch immer riskantere Fördermethoden. Je länger wir die Illusion einer ewig auf Erdöl basierenden Wirtschaft aufrechterhalten, desto mehr werden wir auf diese Hochrisikotechnologien angewiesen sein und desto mehr wird das Risiko massiver Umweltschäden steigen.

Wir dürfen uns nichts mehr vormachen: Auch wenn uns die jetzige Katastrophe neu erscheint, so ist sie die klare Konsequenz einer Wirtschaft und einer Politik, die einfach nichts ändern wollen. Alles soll schön so bleiben, wie es ist. Aber genau das ist falsch. Selbst die Internationale Energieagentur erkennt das in ihren aktuellen Stellungnahmen inzwischen an. (C)

Es hilft auch nichts, dass die jetzt gesunkene Plattform weit weg von uns ist. Denn auch vor unserer eigenen Haustür, mitten im UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer, auf der Station Mittelplate – das ist vor Dithmarschen, in meinem Heimatland Schleswig-Holstein –, wird Öl gefördert, und in der gesamten Nordsee gibt es über 400 Plattformen.

(Ulrich Petzold [CDU/CSU]: Das ist aber ein kleiner Unterschied!)

Wenn ich darauf verweise, höre ich gleich wieder die alten Lieder – Sie haben ja gerade schon damit angefangen –: Das kann man überhaupt nicht vergleichen, die Tiefe ist viel geringer, der Wasserdruck ist nicht so hoch. Ja, das mag technisch stimmen – unbenommen. Dennoch: Jahr für Jahr werden schon bei diesem ganz normalen Förderbetrieb 10 000 Tonnen Öl in die Nordsee eingeleitet, und niemand weiß, ob nicht doch eine vergleichbare Katastrophe möglich ist. Auch in Deutschland und Europa sind viele bereit, immer höhere Risiken einzugehen, um an Öl und Gas zu kommen. Deswegen müssen wir heute handeln, solange unsere einzigartige Küsten- und Meereswelt noch existiert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD) (D)

Es kann nur einen Weg geben, um nicht mehr von diesen Hochrisikotechnologien abhängig zu sein: Wir dürfen nicht länger wie ein Junkie an der Nadel hängen und nach Öl lechzen. Nein, wir müssen endlich konsequent auf erneuerbare Energien setzen, und zwar in allen Bereichen. In diesem Sinne sollten wir in diesem Haus zukünftig handeln.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollege Thomas Bareiß für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Thomas Bareiß (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Ich möchte vorweg feststellen – ich glaube, da sind wir uns in diesem Hohen Haus einig –, dass wir diese schreckliche Katastrophe, deren Ausmaß und deren Auswirkungen auf Ökologie und Ökonomie wir noch gar nicht abschätzen können, obwohl sie schon 16 Tage zurückliegt, in höchstem Maße verurteilen. Wir stehen an der Seite der US-Regierung und setzen all unser Vertrauen in US-Präsident Obama, dass es ihm

Thomas Bareiß

(A) schnellstmöglich gelingt, dafür zu sorgen, dass das Ausmaß dieser Katastrophe eingedämmt wird.

Wir können hoffen, dass die Maßnahmen, die jetzt ergriffen werden – seit gestern wird ja versucht, eine Kuppel über das Bohrloch zu stülpen –, relativ schnell erfolgreich sind und wir die enorme Menge Öl, die ins Meer fließt – derzeit sind es noch 700 000 bis 800 000 Liter –, in den nächsten Tagen eindämmen können.

Klar ist – auch das sage ich in aller Deutlichkeit –, dass diejenigen, die für diese Katastrophe Verantwortung tragen, für die Folgen zahlen müssen. Das gilt nicht nur für die Maßnahmen, die aktuell anstehen, sondern auch für die Konsequenzen, die daraus langfristig entstehen. Nach den Zahlen, von denen derzeit die Rede ist, handelt es sich um Kosten von 12, 13 oder 14 Milliarden US-Dollar, und sie können sogar noch steigen. Das ist ein Vielfaches der Kosten, die vor 20 Jahren bei der „Exxon Valdez“ angefallen sind. Ich glaube, wir müssen sehr darauf drängen, dass diejenigen, die die Verantwortung für diese Katastrophe tragen, auch die Kosten tragen.

(Beifall bei der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Frau Wilms, Ihnen geht es in Ihrem Antrag auch um die Konsequenzen, letztendlich um die langfristigen Folgen für die Energiepolitik des ganzen Erdballs. Ich kann Ihnen sagen: Hier sitzen wir in einem Boot.

(B) (Dr. Valerie Wilms [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Klasse!)

Wir müssen die Konsequenz ziehen und einen Übergang in ein Zeitalter der regenerativen Energien einleiten. Wir müssen unabhängiger vom Öl werden, und zwar aus vielerlei Gründen. Außerdem müssen wir Ressourcen schonen; es ist einfach eine Verpflichtung gegenüber den nachfolgenden Generationen, die vorhandenen Ressourcen zu bewahren. Darüber hinaus müssen wir unsere Umwelt schonen und auch aus eigenem nationalen Interesse heraus in allen Bereichen der regenerativen Energien wettbewerbsfähig und wachstumsfähig werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das sind die Ziele, die die Bundesregierung und unser Bundesumweltminister in den letzten vier Monaten konsequent verfolgt haben.

Dies betrifft viele verschiedene Bereiche. Wir haben das ambitionierte Ziel formuliert, den Anteil der regenerativen Energien bis 2020 auf 30 Prozent zu erhöhen. Bis 2050 sollen die regenerativen Energien den Hauptbeitrag zur Stromversorgung leisten. Ich glaube, diese Ziele zeigen, dass es uns ernst damit ist und wir konsequent darangehen.

Wir wollen auch den Bereich der Mobilität angehen. Auch das ist ein ganz wichtiger Bereich, wenn man über Ölressourcen spricht. In Sachen Elektromobilität haben wir in dieser Woche einen guten Aufschlag gemacht.

(Winfried Hermann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ein Aufschlägle, Thomas!)

(C) Er ging in dem Griechenland-Debakel zwar leider ein bisschen unter, aber wir haben in Sachen E-Mobilität einen guten Aufschlag gemacht. Weiterhin müssen wir aber auch darauf hinarbeiten – das sage ich auch an Ihre Adresse, Herr Hermann –, dass die in Deutschland hergestellten Verbrennungsmotoren, die insbesondere aus Baden-Württemberg kommen, so effizient werden, dass sie nicht mehr 5 oder 6 Liter pro 100 Kilometer verbrauchen, sondern nur 3 oder 2,5 Liter.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Dorothée Menzner [DIE LINKE])

Damit würden wir nicht nur viel für Deutschland tun, sondern auch für Europa und die Welt.

Wir müssen beim Thema Energieeffizienz weiterkommen.

(Undine Kurth [Quedlinburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Macht es!)

Das ist ein weiterer Punkt, der meines Erachtens in der Energiepolitik und beim Thema Ressourcenschonung viel zu oft untergeht. Wir haben uns im Zusammenhang mit den Szenarienberechnungen für unser Energiekonzept mit 2,3 bis 2,5 Prozent Einsparung ein hohes Ziel gesteckt.

Ich glaube, all diese Zielsetzungen gehen weit über das Maß hinaus, das Rot-Grün und andere Regierungen vor uns angestrebt haben. Das gilt nicht nur für Deutschland. Wir sorgen mit unserer Technologie dafür – auch das ist mir wichtig –, dass andere Länder, auch Schwellen- und Entwicklungsländer, im Bereich der Energieeffizienz vorankommen. (D)

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sind mit unserer Strategie der Ressourcenschonung auf einem guten Weg. Wenn wir die nächsten Monate so weitermachen – ich glaube, das ist auch in Ihrem Sinne –, dann können wir im Herbst ein Energiekonzept vorlegen, bei dem wir die Ressourcenschonung in ein strategisches Gesamtkonzept einbinden. Dann werden wir ein schlüssiges Konzept für die Zukunft mit Modellcharakter nicht nur für Deutschland, sondern für Europa und die Welt vorlegen können.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen einen schönen Tag und ein schönes Wochenende. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Als Nächster hat das Wort Kollege Matthias Miersch für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Matthias Miersch (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist der letzte Tagesordnungspunkt dieser Sitzungswoche. Ich glaube, es ist ein Tagesordnungspunkt, der Gelegenheit bietet, ein bisschen in sich zu gehen. In diesen Tagen haben wir viele Beschlüsse gefasst. Herr Nüßlein, manche Diskussion, die wir in diesem Haus führen, ist davon geprägt, dass wir glauben, vieles regeln zu können. Die-

Dr. Matthias Miersch

(A) ser Unfall, diese Ölkatastrophe, zeigt uns aber sehr deutlich, dass unser Handeln Grenzen hat, dass wir bestimmte Dinge nur ohnmächtig verfolgen können, wenn das Kind erst einmal in den Brunnen gefallen ist.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Haus führen wir häufig Debatten darüber, welche Chancen der Technik wir wahrnehmen wollen, können und sollen. Ich finde, diese Ölkatastrophe macht einmal mehr deutlich, dass wir unbedingt bedenken müssen, dass wir nicht alles Machbare tun sollten,

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass wir überlegen sollten, inwieweit wir mit dem, was wir vorhaben, vielleicht jahrhundertealte, gewachsene Strukturen plötzlich, von einer Minute auf die andere, vernichten. Das gilt für den Bereich der Gentechnik, für den Bereich der Biotechnologie, vor allen Dingen aber auch für den Bereich Umwelttechnologie.

„Kernkraft und fossile Energieträger“ ist ein solches Thema. Wenn wir dieses Thema am Ende dieser Sitzungswoche behandeln, dann, so finde ich, Herr Bareiß, sollten wir auch schauen, worüber wir in dieser Woche alles diskutiert haben. Angesichts der Kosten, die mit dieser Ölkatastrophe verbunden sind, sollten wir uns überlegen – die Kollegin Wilms hat diese Frage vollkommen zu Recht angesprochen –: Wollen wir wirklich, dass erst 2050 die erneuerbaren Energien annähernd – so haben Sie sich ausgedrückt – unseren Energiebedarf decken?

(B)

(Thomas Bareiß [CDU/CSU]: Hauptanteil!)

In dieser Woche wurde uns eine sehr interessante Studie des Sachverständigenrates für Umweltfragen zur Kenntnis gegeben. Herr Bareiß, Sie waren nicht dabei, aber Sie können es nachlesen.

(Thomas Bareiß [CDU/CSU]: Ich habe sie gelesen!)

Nach dieser Studie würde spätestens 2050, eigentlich schon 2030 eine hundertprozentige Versorgung mit erneuerbaren Energien in Deutschland möglich sein. Auch das müssen wir vor Augen haben, wenn wir hier über eine solche Katastrophe diskutieren.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Kontext müssen wir auch betrachten, welche Entscheidungen wir in dieser Woche getroffen haben. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern: Am Mittwoch habe ich die Staatssekretärin gefragt, wie denn die Bundesregierung gedenkt, jetzt beispielsweise mit dem sogenannten Marktanreizprogramm zu verfahren. Sie haben das Thema Effizienz angesprochen. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, machen in diesen Tagen aber genau das Gegenteil, indem Sie diese Programme sperren und den Kommunen das Geld für Klimaschutzmaßnahmen vorenthalten.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C) Wenn wir über die aktuellen Katastrophen reden, dann sollten wir sehr genau bedenken, ob nicht die heute gezahlten Euros besser in den Ausbau der Erneuerbaren als in irgendeine andere Form der Energieversorgung investiert sind.

Diese Woche ist sehr strittig diskutiert worden, wie wir mit der Solarförderung weiter verfahren. In eine solche Diskussion sollte man auch mit einbringen, dass durch die von Ihnen in dieser Woche gefassten Kürzungsbeschlüsse viele Stimmen in der Bundesrepublik Deutschland, auch Ihre Parteikolleginnen und -kollegen im Bundesrat und vor allen Dingen auch Organisationen, die eigentlich Ihnen näherstehen als uns – Stichwort Handwerkskammern –, davor warnen, dass viele Jobs in den grünen Technologien gefährdet sind. Auch das sollte man mit in eine solche Diskussion einbringen, weil der Weg, in die Erneuerbaren zu investieren, dreimal besser ist, als irgendeine andere Technologie, seien es die Fossilen oder sogar die Kernenergie, zu fördern.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Katastrophen im Rahmen der Energieerzeugung sind übrigens gar nicht so weit weg von uns. Das gilt für die Ölkatastrophe, weil sie mittelbar durchaus auch auf unsere Lebensräume Auswirkungen haben kann. Wir haben aber auch ein anderes Problemfeld, und zwar Asse. Es wäre schön gewesen, wenn die Kollegin Brunkhorst von der FDP beispielsweise, die in dieser Frage eine sehr differenzierte Haltung vertritt, diese Diskussion zumindest wahrgenommen hätte. Auch wenn es immer wieder Terminschwierigkeiten gibt, hätte ich mir das gewünscht, weil wir gerade mit Ihnen, liebe Kollegen von der FDP, sehr über das Thema Kernkraft streiten. (D)

Machen wir uns einmal klar, dass wir alleine nach vorsichtigen Schätzungen für die Sanierung der Asse 4 Milliarden Euro, die dem Steuerzahler aufgebürdet werden, ausgeben müssen! Angesichts dessen frage ich Sie, ob es nicht auch an der Zeit ist, sofort die Diskussion über die Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken zu beenden.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde, dass wir in diesem Haus eine Frage noch intensiver diskutieren müssten: Ist es nicht sinnvoller, jetzt viel Geld in die Hand zu nehmen, um in bestimmte Bereiche zu investieren, statt, indem wir auf das falsche Pferd setzen, Unfälle, Störfälle etc. zu riskieren, die künftige Generationen viel mehr Geld kosten als das, was für die heutigen Investitionen nötig wäre?

Insofern bin ich dankbar, liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen, dass Sie dieses Thema zu dieser Stunde ganz bewusst zur Diskussion gestellt haben. Das sollte uns vor Augen führen, dass wir auch eine Verantwortung für die nachfolgenden Generationen tragen.

Wir werden die Bundesregierung auffordern, uns in der kommenden Umweltausschusssitzung darzulegen, wie die Sicherheitsstandards für die Gewässer der Bundesrepublik Deutschland aussehen und welche weiteren

(A) Sicherheitsstandards es gibt. Denn eines ist klar – das macht auch das Beispiel der Ölplattform deutlich –: Offenbar wurden Sicherheitstechnologien, die vorhanden waren, aus Kostengründen nicht eingebaut. Auch hier galt wieder der Primat der Kurzfristigkeit oder, besser gesagt, der Kurzsichtigkeit. So darf man keine Politik machen. Insofern ist dieser letzte Tagesordnungspunkt eine Mahnung an uns alle, darüber nachzudenken, wie wir vor allem künftigen Generationen solche Katastrophen ersparen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Kollegin Angelika Brunkhorst von der FDP-Fraktion hat ihre Rede zu Protokoll gegeben.[1)]

Jetzt hat Dorothée Menzner von der Fraktion Die Linke das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Dorothée Menzner (DIE LINKE):

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Bürgerinnen und Bürger! Ich finde es gut, dass wir über diese Katastrophe reden, auch wenn wir von Deutschland aus ziemlich hilflos zusehen müssen. Welches Ausmaß die Katastrophe hat, wird aus den Worten des BP-Vorsitzenden, Tony Hayward, deutlich, der
(B) sagte, das Bemühen um die Abdichtung der Lecks sei vergleichbar mit dem Drama um die amerikanische Mondmission Apollo 13 1970.

Wer alt genug ist, weiß, wie dramatisch das damals war und dass der Ausgang damals ungewiss war. Ich vermute und fürchte, dass er uns genau das an dieser Stelle auch sagen will. Es ist ungewiss, ob und wann die Lecks abgedichtet werden können.

Die knapper werdenden Ressourcen sind eben angesprochen worden. Öl wird unter immer schwierigeren Bedingungen gefördert, in diesem Fall 1 500 Meter unter dem Meeresspiegel. Das mag im Normalbetrieb noch funktionieren, aber es kann – das sehen wir jetzt – wie auch bei anderen Hochtechnologien im Fall einer Havarie Probleme geben. Das ist vergleichbar einer Situation, in der ein Pilot mit einem Flugzeug startet, ohne zu wissen, wo die Landebahn ist bzw. ob es überhaupt eine Landebahn gibt. Atomenergie – das ist eben schon deutlich geworden – ist dafür ein weiteres Beispiel. Die Asse wurde genannt. Ich fürchte, dass auch eine andere Technologie, über die wir hier immer wieder diskutieren, dafür ein Beispiel gibt, nämlich die CCS-Verpressung. Aber anstatt von diesen zumindest bei einem Störfall nicht beherrschbaren Hochtechnologien Abstand zu nehmen, verbreiten sie sich mehr und mehr.

Es ist gut, zu fordern, dass Verursacher von Schäden zumindest einen ökonomischen Ausgleich leisten und die Haftung konkret festgeschrieben wird. Aber nicht alles ist mit einem finanziellen Ausgleich zu regeln. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Wer von uns will denn beantworten, was ein Pottwal kostet? Wer von uns kann denn sagen, was der verölte Pelikan wert ist? Das ist mit Geld nicht auszugleichen.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist vor allem so lange nicht auszugleichen, wie der schnelle Profit das Hauptinteresse der Konzerne ist. Wir wissen, dass man im Fall der fraglichen Ölplattform für jedes Bohrloch ein Sicherheitsventil hätte einbauen können, das einen Fernverschluss möglich gemacht hätte. In Norwegen ist das übrigens vorgeschrieben. Die Ventile sind mit der Begründung, sie seien zu teuer – sie kosten 400 000 Euro –, nicht eingebaut worden. Solange wir die Konzerne machen lassen, ihnen nicht ganz klare Regeln vorgeben und das, was die Konzerne wollen, einfach zulassen, werden wir immer wieder diese Probleme haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Verstärkt wird das dadurch, dass Menschen, Konzerne und Fonds, die die Profite einstreichen, von den Folgen nicht betroffen sind, weil sie nicht in der betroffenen Region ansässig sind und beispielsweise ihren Unterhalt nicht mit Fischfang verdienen. Für sie sind das rein buchhalterische Probleme und Schadensfälle. Da ist die Gesellschaft, da ist die Politik gefordert. Wir müssen ganz klare Regeln schaffen. Ich vermute, dass das, was die Grünen vorschlagen, nicht ausreichen wird. Wir müssen meiner Ansicht nach weitergehende Maßnahmen treffen. (D)

Ich möchte an dieser Stelle an ein altes Sprichwort erinnern: Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fluss vergiftet und der letzte Fisch gefangen ist,

(Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Kennen wir doch!)

werden die Menschen feststellen, dass man Geld nicht essen kann. – Das muss man auch den Menschen verdeutlichen, die nicht konkret unter dem Desaster zu leiden haben. Auch sie müssen in Haftung genommen werden, und ihnen und ihren Profitinteressen müssen Grenzen gesetzt werden. Dafür stehen wir.

Ich danke.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Undine Kurth [Quedlinburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Als letztem Redner des heutigen Tages erteile ich Kollegen Georg Nüßlein für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Sehr geehrter Herr Miersch, ich hatte heute durchaus schon

[1)] Anlage 9

Dr. Georg Nüßlein

(A) die Gelegenheit, in mich zu gehen. Ich muss ganz ehrlich sagen: Ich bin froh, wenn der Punkt, den wir jetzt ganz zum Schluss diskutieren, der einzige Tagesordnungspunkt bleiben sollte, bei dem wir unsere Machtlosigkeit spüren. Ich glaube, im Zusammenhang mit Griechenland kann man durchaus auch Machtlosigkeit verspüren.

Mir ist im Laufe dieser kurzen Debatte klargeworden, dass es hier offenbar nicht um die Ölkatastrophe in den USA geht, sondern darum, diese als Aufhänger für eine allgemeine Energiedebatte zu nutzen. Ich will aber trotzdem, weil ich schon meine, man sollte erst einmal den Vorgaben der Tagesordnung folgen, etwas zu dem sagen, was sich in den USA abspielt. Die aktuelle Katastrophe haben die USA mit ihrer Rohstoffpolitik und BP mit ihrer Waghalsigkeit verursacht. Ich meine, dieses Problem muss dort gelöst werden, und es steht uns nicht gut an, Präsident Obama dabei Ratschläge zu geben. Das muss vielmehr in den USA geschehen.

Ich habe auch gemerkt, dass einige Redner bestrebt waren, Vergleiche zu dem zu ziehen, was in Deutschland passiert. Ich möchte deutlich unterstreichen: Wir haben nur eine einzige Förderplattform, nämlich in der Elbmündung nördlich von Cuxhaven, die in keiner Weise mit den Bohrinseln vor der Küste der USA zu vergleichen ist. Diese Bohrinsel steht nämlich fest auf dem Meeresboden und hat hohe Stahlspundwände, die die Umgebung schützen.

Nun möchte ich aber nicht so tun, als ob es nicht auch bei uns Risiken gäbe. Diese können von den Bohrinseln der Nachbarländer, von Tankerunglücken oder anderen Schiffsunglücken, bei denen Treibstoff ins Meer gelangt,
(B) ausgehen. Ein prominentes Beispiel war die Havarie der „Pallas“, die 1998 in der Nordsee auf Grund lief und schließlich nach mehreren gescheiterten Bergungsversuchen vor der Insel Amrum strandete. 100 Tonnen Öl traten damals aus, Tausende Seevögel verendeten kläglich.

Wir haben aus solchen Fällen gelernt. Nachdem sich anfänglich die Frage stellte, ob der Bund oder die Länder zuständig sind, ist seit dem Jahr 2003 das deutsche Havariekommando mit Sitz in Cuxhaven für das Unfallmanagement zuständig. Hier werden auch strategisch und organisatorisch Vorkehrungen für solche Fälle getroffen. Die Zusammenarbeit der verschiedenen Organisationen wird in rund 160 Übungen pro Jahr immer wieder trainiert. Die Mitarbeiter des Havariekommandos überprüfen fortlaufend die Einsatzkonzepte und passen sie den neuesten Erkenntnissen an. In Niedersachsen hat in diesen Tagen das Kabinett anhand der Simulation einer Katastrophe, die mit der Situation im Golf von Mexiko vergleichbar wäre, über entsprechende Maßnahmen beraten.

Nun weiß ich, dass das Informationen sind, die Sie nicht schwerpunktmäßig interessieren, sondern dass Sie jetzt viel lieber allgemein über das Thema Energiekonzept diskutieren wollen. Ich sage Ihnen: Ja, es stimmt, wir müssen weg von fossilen Energieträgern, und das in einem angemessenen Zeitraum. Die Frage ist, was in dem Zusammenhang angemessen ist. Ich sage Ihnen, es muss auf der einen Seite schnell gehen, aber es muss auf der anderen Seite dafür gesorgt werden, dass Deutschland ein Industriestandort bleibt. Das halte ich für ganz entscheidend.

(C) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deshalb muss man mit Konzepten, wie sie vom sogenannten Sachverständigenrat des Umweltministeriums – –

(Dr. Matthias Miersch [SPD]: Seit 1971 existiert der! – Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh, oh!)

– Ja, ja, da wundert mich auch manches, und wir wissen auch, wer die Herren bestellt hat. Dass die noch im Amt sind, ist etwas, was mich auch ärgert. – Auch darüber muss man also noch mal reden; ich jedenfalls halte das, was uns da aufgetischt wurde, für ein Wolkenkuckucksheim, insbesondere mit Blick auf – –

(Abg. Undine Kurth [Quedlinburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Liebe Kollegin, letzter Tagesordnungspunkt, letzte Rede

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber seriös bleiben!)

und dann noch zwischenfragen. Also, beim allerbesten Willen nicht! – Ich sage Ihnen ganz offen: Ich glaube das, was uns da aufgetischt worden ist, nicht, insbesondere im Hinblick auf die ökonomischen Wirkungen. Und das ist ganz entscheidend.

Deutschland ist nicht in der Lage, dieses Problem, das wir im Zusammenhang mit den fossilen Brennstoffen haben, selber zu lösen. Sie wissen ganz genau, dass am deutschen Wesen eben die Welt nicht genesen wird. Des-
(D) halb ist für mich entscheidend, wie wir es mit Hochtechnologie schaffen, das Ganze so zu machen, dass uns die Welt folgen wird. Das bekommen Sie nur hin, wenn Sie es schaffen, auch hier in unserem Land den Wohlstand weiter zu sichern. Nur das ist beispielgebend.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich weiß, dies widerspricht dem von Ihnen, von den Grünen, gern wie eine Monstranz vor sich hergetragenen Verzichtsumweltschutz: Sie erzählen allen möglichen Leuten, worauf sie verzichten sollen. Es mag zwar sein, dass der eine oder andere Porschefahrer bei uns in den Villenvierteln, der aus Übermut ab und zu die Grünen wählt,

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

vielleicht noch verzichten könnte. Er wird es aber wahrscheinlich nicht tun. Ganz klipp und klar sage ich Ihnen: Es ist ein Ausdruck von Arroganz, den Schwellenländern und Entwicklungsländern, die nur ein bisschen mehr Reis in der Schüssel haben wollen, zu sagen, sie müssten Verzicht üben und dürften nicht unserem Beispiel folgen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Winfried Hermann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was pflegen Sie denn für Vorurteile?)

Es gibt aus meiner Sicht nur eine Schlussfolgerung: Ihr Verzichtsumweltschutz funktioniert nicht. Nur der

(A) Umweltschutz, den diese Regierungskoalition vertritt, funktioniert, also einer, der auf Hightech setzt.

(Dr. Matthias Miersch [SPD]: Das Wort zum Sonntag!)

Für die Entwicklung und Einführung von Hochtechnologie in diesen Bereichen brauchen wir Investoren und müssen uns die nötige Zeit nehmen. Ich glaube, wir sind bei beiden Punkten auf einem guten Weg.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:
Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 17/1572 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen. (C)

Wir sind damit am Schluss unserer heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf Mittwoch, den 19. Mai 2010, 13 Uhr, ein.

Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen allen ein freundliches Wochenende.

(Schluss: 16.26 Uhr)

(A) (C)

Anlagen zum Stenografischen Bericht

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten

Abgeordnete(r)		entschuldigt bis einschließlich
Becker, Dirk	SPD	07.05.2010
Behm, Cornelia	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	07.05.2010
Binder, Karin	DIE LINKE	07.05.2010
Brinkmann (Hildesheim), Bernhard	SPD	07.05.2010
Bulmahn, Edelgard	SPD	07.05.2010
Connemann, Gitta	CDU/CSU	07.05.2010
Dr. Fuchs, Michael	CDU/CSU	07.05.2010
Gehrcke, Wolfgang	DIE LINKE	07.05.2010
Jelpke, Ulla	DIE LINKE	07.05.2010
Kauder (Villingen-Schwenningen), Siegfried	CDU/CSU	07.05.2010
Krischer, Oliver	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	07.05.2010
Ostendorff, Friedrich	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	07.05.2010
Dr. Ott, Hermann	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	07.05.2010
Remmers, Ingrid	DIE LINKE	07.05.2010
Scharfenberg, Elisabeth	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	07.05.2010
Schmidt (Eisleben), Silvia	SPD	07.05.2010
Werner, Katrin	DIE LINKE	07.05.2010
Dr. Wiefelspütz, Dieter	SPD	23.04.2010
Zapf, Uta	SPD	07.05.2010
Zimmermann, Sabine	DIE LINKE	07.05.2010

(B)

Anlage 2

Erklärung nach § 31 GO

zur namentlichen Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen zum Erhalt der für die Finanzstabilität in der Währungsunion erforderlichen Zahlungsfähigkeit der Hellenischen Republik (Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz – WFStG) (Tagesordnungspunkt 23)

Christian Ahrendt *(FDP):* Wenngleich ich das Gesetz zu diesem Zeitpunkt für alternativlos erachte und diesem deswegen zustimme, folgt hieraus nicht, dass das dem Gesetz zugrundeliegende Handlungskonzept ohne Alternativen gewesen ist.

Erstens. Die Griechenland-Krise ist kein unerwartetes Ereignis. Sie hat sich seit langem angekündigt. Schon zu Beginn des Jahres 2009 erreichte das Zinsniveau für griechische Staatsanleihen an den Märkten fast sieben Prozent. Über mögliche Zahlungsschwierigkeiten südeuropäischer Staaten ist schon damals öffentlich berichtet und spekuliert worden. Indes hat weder die Europäische Kommission noch der Europäische Rat gehandelt. Weder wurden Prüfungen zu konkreten Haushaltslagen angestellt, noch wurden Konsequenzen erwogen. Die Chance einer frühzeitigen Reaktion auf eine sich konkret verschlechternde Haushaltslage in Griechenland wurde durch passives Abwarten der künftigen Entwicklung vertan. Wichtige Handlungsspielräume wurden so fahrlässig verspielt und schlussendlich die seit langem schwelende Krise dem heutigen dramatischen Handlungsnotstand zugeführt.

(D)

Zweitens. Die nach Verabredung mit dem IWF und der Europäischen Kommission vom griechischen Parlament beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen für die öffentlichen Haushalte der Hellenischen Republik begegnen Bedenken. Es steht zwar völlig außer Frage, dass nur klare Ausgabenkürzungen dem griechischen Staat seine finanzielle Handlungsfähigkeit mittelfristig zurückzugeben vermögen. Die Rigorosität der Ausgabenkürzungen steht aber in einem Gegensatz zur Anhebung von Konsumsteuern, über die auf der Einnahmeseite ein weiterer zentraler Beitrag zur Konsolidierung der Haushaltslage erreicht werden soll. 72 Prozent der griechischen Wirtschaftsleistung beruhen auf der Binnennachfrage. Wenn aber durch die Kürzungen von Erwerbseinkommen Kaufkraft entzogen wird, beschädigt dies die Nachfrage. Folglich ist fraglich, ob über die Anhebung von Konsumsteuern überhaupt ein signifikanter Beitrag zur Haushaltskonsolidierung erreicht werden kann. Dieses Sanierungsprogramm steht auch der in der Eurozone überwiegend vertretenen Auffassung entgegen, dass eine Haushaltskonsolidierung allein über Ausgabenkürzungen nicht erreicht werden kann, sondern eines nachhaltigen wirtschaftlichen Wachstums bedarf. Insofern hätte Griechenland stärker von Zinsen für seine Schulden entlastet werden müssen. Die Entlastung des

(A) Haushaltes über eine Umschuldung, was eine Reduzierung des Zinsaufkommens bedeutet hätte, wäre weniger wachstumshemmend gewesen, hätte mit einer moderateren Kürzung der Erwerbseinkommen und damit einem nicht so einschneidenden Kaufkraftverlust verbunden werden können. Insofern vermag die Konsolidierung des Haushaltes der hellenischen Republik ohne Beteiligung der Gläubiger und damit ohne eine Umschuldung nicht zu überzeugen.

Drittens. Dies führt zu einem dritten Aspekt. Die finanziellen Hilfen für Griechenland werden gerade damit begründet, dass aufgrund der labilen Verfassung der internationalen Finanzmärkte eine Umschuldung und damit ein bedingter Zahlungsausfall als Risiko angesehen werden. Diese Argumentation verfängt allein vor dem Hintergrund des zeitlichen Drucks, Griechenland wegen am 19. Mai zur Rückzahlung fällig werdender Anleihen mit Liquidität ausstatten zu müssen. Indes verändert die Griechenland-Hilfe nicht die Erkenntnis, sondern verschärft zusätzlich die Sorge, dass auch andere Staaten trotz besserer Strukturdaten in Zahlungsschwierigkeiten kommen können. Denn die Griechenland-Krise offenbart über die Hellenische Republik hinaus, dass auch für andere Staaten angesichts ausgeweiteter Staatsschulden einerseits und geringen wirtschaftlichen Wachstums andererseits ein Risiko für den Ausfall von Staatsanleihen besteht. Die von Griechenland ausgehende Ansteckungsgefahr besteht deswegen ungeachtet der Hilfe fort. Sie verschärft sich, weil über das Hilfsprogramm die gesamte Verschuldung in der Euro-Zone weiter zunimmt und damit die finanziellen Gestaltungsspielräume der
(B) Regierungen weiter abnehmen. Insofern sind die Probleme Griechenlands eher ein Indiz für eine sich weiter verschärfende Schuldenkrise. Diese klare Indizwirkung entfällt nicht durch die Griechenland-Hilfe, sie verschärft diesen Effekt.

Christine Aschenberg-Dugnus *(FDP):* Angesichts der heutigen Entscheidung des Deutschen Bundestages zugunsten einer finanziellen Hilfe für Griechenland erkläre ich, dass ich dem Gesetz mit Bedenken zustimme. Mir ist bewusst, dass es inzwischen unausweichlich ist, zur Sicherung der Währungsstabilität in Europa Griechenland zu helfen. Die von der Bundesregierung nun eingeleiteten Maßnahmen sind alternativlos, um eine bevorstehende Kettenreaktion zu verhindern.

Gleichwohl ist daran zu erinnern, dass zunächst jedes Land selbst für seine eigene Volkswirtschaft, den eigenen Staatshaushalt und somit die strenge Einhaltung der Stabilitätskriterien verantwortlich ist. Für die Mitglieder der Währungsunion ist jede nationale Verantwortung gleichzeitig eine gesamteuropäische Verantwortung. Die Zugehörigkeit zur Euro-Zone darf keinen Automatismus zu bedingungsloser Solidarität vonseiten der anderen Mitglieder bewirken. Zunächst muss jedes betroffene Land alle erdenklichen Maßnahmen zur Stabilisierung der eigenen Volkswirtschaft selbst ergreifen. Erst in Verbindung mit diesen kann es zur Unterstützung vonseiten der anderen Mitgliedstaaten kommen. Solidarität ist keine Einbahnstraße, sondern eine Verpflichtung auf Gegenseitigkeit. Ein Unterlassen von möglichen Maßnahmen muss zur Sanktionierbarkeit durch die anderen Mitgliedstaaten führen können. (C)

Griechenland ist ein Präzedenzfall, der schnell zu klaren Regeln und eindeutigen Sanktionsmechanismen führen muss.

Veronika Bellmann *(CDU/CSU):* Die Griechen haben jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt. Zum Zeitpunkt der Aufnahme in die EU und die Währungsunion war Griechenland weder für die eine noch die andere Gemeinschaft beitrittsreif. Aber die „Euroromantiker“ in Europa, unter anderem die der der rot-grünen Bundesregierung setzten sich über alle Bedenken und Vorbehalte hinweg. Das Land hat bis heute nicht die nötige Wettbewerbsfähigkeit erreicht. Die Finanz- und Wirtschaftskrise verschärfte diese Lage. Griechenland wurde zur Angriffsfläche von Spekulanten. Mit Griechenlands Zukunft steht die Zukunft der EU als Friedensgemeinschaft genauso auf dem Spiel wie die gemeinsame Währung. Deshalb ist das Ziel die Verteidigung der Europäischen Union. Das Währungsunion-Finanzmarktstabilisierungsgesetz kann ein Weg sein, um dieses Ziel zu erreichen. Allerdings sind dafür die europarechtlichen Voraussetzungen sehr lückenhaft.

Nur das offensichtliche Vorhandensein einer Regelungslücke im Primärrecht, das heißt, weil es auf unionsrechtlicher Ebene an institutionellen Regelungen für den Fall eines Staatsbankrottes fehlt, veranlasst mich dem Gesetz nach anfänglicher Ablehnung doch zuzustimmen. Allerdings haben meine grundsätzlichen Bedenken und Feststellungen weiterhin Bestand. (D)

Die der Begründung zugrunde liegende Interpretation der No-bail-out-Klausel, des Ausschlusses der gegenseitigen Beistandspflicht, des Haftungsausschlusses und der Pflicht zur Solidarität auf Unionsebene, halte ich für durchaus kritikwürdig.

Die Bundesregierung ist nun der Ansicht, dass ihr Handeln an dem gemessen werden muss, was passieren würde, wenn sie untätig bliebe. Sie will eine Krise der Währung verhindern und damit Schaden vom deutschen Volk abwenden, in dem im Zusammenwirken mit dem Internationalen Währungsfonds, IWF, Kredite zur Verfügung gestellt werden. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass eine größere Beteiligung der Gläubiger an der Rettung Griechenlands notwendig wäre und das eine Restrukturierung bzw. Umschuldung wenn nicht jetzt, so doch in absehbarer Zeit folgen wird.

Zu den Gläubigern Griechenlands zählen ausländische Banken mit einem Anteil von 302 Milliarden Dollar. Davon französische Institute 75,5 Milliarden Dollar, Schweiz 64 Milliarden Dollar und Deutschland 43,2 Milliarden Dollar. Bei einem Staatsbankrott müssten schätzungsweise 30 bis 40 Prozent der Forderungen abgeschrieben werden. Das würde das Eigenkapital belasten. Die deutschen Banken könnten beim staatlichen Finanzmarktstabilisierungsfond, SoFFin, Eigenkapitalhilfen beantragen. Die Bundesregierung würde dadurch Miteigentümerin der Banken und könnte zum Beispiel Bonuszahlungen beeinflussen, was diese Institute mit aller

Macht vermeiden wollen. Eine staatliche Rettung Griechenlands erspart zwar den Banken den Gang zum SoFFin, sozialisiert aber die Verluste.

Der deutsche Steuerzahler bürgt damit bzw. reicht Kredite aus, für die wir uns verschulden müssen, nicht nur für die Misswirtschaft in Griechenland und die nachlässige Kontrolle des Stabilitätspaktes der EU, sondern auch wiederum für riskante Geschäfte und Spekulationen des Finanzmarktsektors. Zahlen die Griechen Kredite nicht zurück, muss die Bundesrepublik die Verluste übernehmen. Das wiederum würde die Bonität Deutschlands belasten und höhere Zinsen nach sich ziehen. Insofern bestünde eine gewisse „Nachschusspflicht“, für die der deutsche Steuerzahler zurecht befürchtet, immer wieder in Haftung genommen zu werden.

Fraglich ist, ob die Finanzhilfen Griechenland tatsächlich helfen. Denn Griechenlands Wirtschaft muss wachsen, was eine mehrjährige Prozedur mit niedrigen Löhnen und steigernder Produktivität erfordert. Die Hilfen setzen den Sanktionsmechanismus der Märkte außer Kraft. Damit steigt der Druck auf Griechenland, den Staatshaushalt zu sanieren. Ob der IWF und die Euro-Länder dauerhaft die Härte aufbringen, gegen die griechische Bevölkerung die notwendigen Reformen zu erzwingen, ist ebenfalls fraglich. Es steigt die Gefahr, dass andere Länder dem Beispiel Griechenlands folgen und möglicherweise auch nicht den notwendigen Änderungen der europäischen Verträge zustimmen. Die Währungsunion droht so zu einer Schulden- und Transferunion zu verkommen, die die Kraft der leistungsstarken Länder aushöhlt. Der wachsende Schuldenberg wäre dann nur durch eine höhere Zinsbelastung abzutragen. Der politische Druck in den Ländern mit Stabilitätstradition, die Währungsunion zu verlassen, wird wachsen. Wenn behauptet wird, die Rettungsaktion Griechenlands auch durch oben benanntes Gesetz sei für die Existenz der Währung als fundamentale Grundlage eines Staatswesens momentan alternativlos, so müssen dennoch die beschriebenen Szenarien deutlich benannt werden.

Insofern steht meine Zustimmung zum Gesetz unter dem Vorbehalt, dass umgehend, wie im Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen dargelegt, folgende Maßnahmen umgesetzt werden: Versetzung der zuständigen europäischen Institutionen in die Lage, wirksame Maßnahmen ergreifen zu können, die für eine effektivere Überwachung der Haushalts- und Finanzpolitiken der Mitgliedstaaten sorgen; Einrichtung eines effektiven Frühwarnmechanismus, der im Fall drohender Überschuldung von Staaten eine Warnung auslöst; Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes in seiner Funktion, Beschleunigung des Defizitverfahrens, damit Sanktionen zu einem früheren Zeitpunkt verhängt werden; Hürden für politische Einflussnahme gegen zu verhängende Sanktionen möglichst hoch legen; Modifizierung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, so dass deutlich spürbarere Sanktionen verhängt werden können; Entwicklung neuer Instrumentarien für überschuldete Staaten, für den Aufbau eines Restrukturierungs- und Insolvenzsystems; Durchführung eines ausreichend langen Monitoringverfahrens bei zukünftigen Beitrittsanträgen zur Währungsunion; Schaffung einer unabhängigen europäischen Ratingagentur und Verbesserung der Regulierung für diese, damit mögliche Marktmanipulationen durch die Finanzaufsicht streng kontrolliert werden können; Änderungen, damit zukünftig kein Finanzmarkt, kein Finanzmarktakteur und kein Finanzmarktprodukt ohne Regulierung, Aufsicht und Haftung bleibt; Verbot von ungedeckten Leerverkäufen; zukünftige Regulierung aller Finanzprodukte und aller Finanzmarktteilnehmer, zum Beispiel Hedgefonds; umgehendes Verbot für den Kauf von Kreditausfallversicherungen, CDS, die nicht zur Absicherung eigener oder mandatierter Risiken dienen; Schaffung von verbindlichen Standards für Verbriefungen; Prüfung des Vorschlags des IWF, der ein abgestimmtes Vorgehen zur Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krise vorsieht.

Zusätzlich fordere ich eine Differenzierung des Bankensektors weg von den sogenannten Universalbanken hin zu einer Trennung des klassischen Bankengeschäfts vom risikoreichen Investmentbanking. Eine Bankenabgabe und eine Finanzmarkttransaktionssteuer für die risikoreichen Investmentbankgeschäfte zu erheben, halte ich für dringend notwendig. Sie werden zwar keine Spekulationen verhindern, aber sie beteiligen die jeweiligen Akteure an der Refinanzierung künftiger Restrukturierungs- und Abwicklungsmaßnahmen. Die Systemrelevanz der Banken und damit die Haftung des Staates bzw. des Steuerzahlers schlagen nicht mehr durch.

Vielleicht ist die Rettungsperspektive durch das Währungsunions-Finanzstabilisierungsgesetz die beste unter den schlechtesten Lösungen. Ich hoffe, dass wir die dadurch „gekaufte Zeit“ als Chance begreifen, notwendige Reformen auf EU-Ebene durchzusetzen und endlich strengere Regelungen für den Finanzmarktsektor einzuführen, sowie diejenigen schleunigst in die Haftung nehmen bzw. sanktionieren, die für die Krise verantwortlich sind – national, europäisch und international.

Lothar Bindig *(Heidelberg) (SPD):* Diese Erklärung entsteht wenige Minuten nach den Äußerungen des FDP-Vorsitzenden Westerwelle am 6. Mai 2010 in den ARD-Spätnachrichten. Ich war zutiefst erschrocken, mit welcher Kaltschnäuzigkeit sich Westerwelle gegen unseren Staat stellt.

Auf die Frage, warum sich die FDP-Bundestagsfraktion selbst der vorsichtigen Forderung der SPD-Bundestagsfraktion nach einer „Prüfung der Finanztransaktionsteuer“ im Zusammenhang mit der Unterstützung Griechenlands verweigert habe, kam die scheinheilige Antwort, die Finanztransaktionsteuer belaste die kleinen Sparer, die Riester-Sparer etc., und das wolle die FDP natürlich nicht zulassen. Kein Wort zu den Händlern am Finanzmarkt, die mehrere Tausend Geschäfte am Tag abwickeln, Kurse hinauf- und hinunter treiben, gegen Staaten und Währungen wetten und spekulieren und so die Ersparnisse des Kleinsparers bzw. der Kleinsparerin entweder direkt oder über eine steuerliche Beteiligung zur Überwindung der so erzeugten Krisen indirekt vernichten. Die Antwort folgte dem Motto: „Ich fürchte, der Kompromiss wird scheitern – und wenn ich selber dafür Sorge tragen muss.“

(A) Auf die Frage nach den dramatischen Ergebnissen der Steuerschätzung – bis zum Jahr 2014 werden gesamtstaatlich über 50 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen erwartet als bisher geplant – der magere, eindimensionale Hinweis, der Staat nehme doch mehr ein als in der Vergangenheit und deshalb könnten die Steuern auf der Grundlage der Koalitionsvereinbarung gesenkt werden. Selbst der Hinweis der Moderatorin auf die Schuldenbremse und die riesige neue Staatverschuldung im schwarz-gelben Haushalt im Jahr 2010 konnte die vier Grundrechenarten bei Westerwelle nicht aktivieren.

Nach den Steuergeschenken an Hotels in Höhe von etwa 1 Milliarde Euro und Steuererleichterungen für Konzerne und reiche Erben sind dies zwei weitere Belege dafür, wie zielstrebig die FDP unseren Staat ruiniert und die CDU/CSU unfähig ist, diesen Prozess zu stoppen.

So erklärt sich auch die heutige Abstimmungssituation zur Hilfe für Griechenland im Bundestag, in die uns eine zerstrittene CDU/CSU/FDP unter einer zögerlichen Kanzlerin gebracht hat. Nachdem der mögliche Kompromiss mit der SPD-Fraktion, der neben der Hilfe für Griechenland auch die Verursacher der Finanzkrisen in der Welt und die Verstärker der Finanzkrise in Griechenland in die Verantwortung nehmen wollte, der Kompromissunfähigkeit der schwarz-gelben Koalition absichtsvoll zum Opfer gefallen ist, bleiben fast nur noch zwei Alternativen: ein dramatisch schlechtes Gesetz oder die Ablehnung der Hilfe.

Ich will aber Griechenland helfen und einem guten
(B) Gesetz zustimmen. Es bleibt die Aufgabe, den nicht zu beziffernden finanziellen Schaden für Deutschland zu beheben, der durch das Zögern und den Zickzackkurs von Kanzlerin Merkel und des Finanzministers Schäuble durch voreilige und falsche Äußerungen über die deutsche Hilfsbereitschaft entstanden ist. Außerdem enthält das Gesetz unkalkulierbare Risiken durch den Zinsausgleichsmechanismus.

Nachdem die SPD-Fraktion mit Blick auf die „plötzlich" besonders schwierige und eilige internationale Aufgabe auf „Fristeinrede" verzichtet und damit der schwarz-gelben Koalition ein verkürztes Gesetzgebungsverfahren ermöglicht hat, führt diese Großzügigkeit bzw. unser Kooperationsverständnis nun dazu, dass die SPD-Fraktion aus Fristgründen heute keinen eigenen Gesetzentwurf einbringen kann. So viel zur Fairness.

Nun zu den Hintergründen, die in dieser Situation zu meiner Stimmenthaltung wider Willen führen:

Wenn wir den einfachen Weg gingen, Hilfe für Griechenland ablehnten und alles in Europa und Deutschland ohne Probleme weiter ginge wie gewohnt, wäre unsere harte Haltung anscheinend eine gute Lösung. Das haben Kanzlerin Merkel und „*Bild*"-Zeitung immerhin eine ganze Weile öffentlich propagiert. Damit würde Griechenland aus der Euro-Zone gedrängt. Rückkehr zur Drachme – das klingt doch verlockend. Griechenland könnte über eine Abwertung seiner Währung die Preise der eigenen Produkte senken und deren Absatzchancen verbessern, die heimische Wirtschaft könnte sich langsam erholen, die Griechen würden wieder mehr eigene (C)
Produkte kaufen, man könnte kleine Pflänzchen in der Industrielandschaft pflegen, den Export stärken etc., etc.

Für Deutschland wäre das natürlich eine schlechte Lösung; denn wir leben sehr stark vom Export nach Europa, auch in den Süden. Und wenn wir glaubten, diese Therapie sei gut für Griechenland, dann würde dies ja auch für andere Länder gelten, und unser EU-Handel käme unter starken Druck – zum Nachteil der anderen Länder und zum Nachteil Deutschlands. Die deutsche Wirtschaft profitiert also von einer stabilen Nachfrage aus Griechenland, aus ganz Südeuropa. Vielleicht ist das auch einer der Gründe, warum die Kanzlerin inzwischen eine andere Meinung vertritt.

Oft lese ich zwar: Es müssten in Griechenland Investitionsanreize geschaffen werden, statt den Konsum zu reduzieren. Die derzeitige Entwicklung, vorangetrieben von den Verhandlungen – eigentlich: dem Spardiktat – des Internationalen Währungsfond, IWF, der Europäischen Zentralbank, EZB, und der EU-Kommission mit Griechenland, weist allerdings in eine andere gefährliche Richtung: Die Löhne in Griechenland geraten unter Druck, Stellen im öffentlichen Dienst sollen abgebaut werden – müssen sie auch, aber mit Blick auf die Konsequenzen –, Renten sollen sinken, die Mehrwertsteuer wird angehoben, den öffentlichen Haushalten wird die Luft abgeschnürt, und das 13. und 14. Monatsgehalt soll abgeschafft werden. All das dämpft die Binnennachfrage in Griechenland und unseren Export.

Außerdem frage ich mich, welche Regierung eine solche von Europa und dem IWF verordnete Rosskur über- (D)
haupt überleben kann. Die Regierung in Griechenland hatte ein strukturelles und finanzielles Desaster von der Vorgängerregierung übernommen, und nun geriet Griechenland durch Aktivitäten am Weltfinanzplatz zusätzlich in existenzielle Probleme. Deshalb betrachte ich die gegenwärtige Entwicklung auch mit Sorge um die politische Stabilität im Land, um den sozialen Frieden und die wirtschaftliche Lage.

In einer solchen Lage sind Proteste der Betroffenen verständlich. Die Demonstranten wollen erreichen, dass das so geschnürte Paket von Maßnahmen neu gepackt werden soll. Dafür gibt es einige Ansatzpunkte. Denn in einer fast industriefreien Landschaft mit monostruktureller Konzentration auf den Tourismus wird das mit den Investitionsanreizen kurzfristig schwierig – wäre aber notwendig und möglich, wenn man die Einnahmeseite des griechischen Haushalts in den Blick nimmt: Menschen mit großem Einkommen und Vermögen, die Oberschicht, Selbstständige zahlen praktisch keine Steuern. Während der Staat extreme Liquiditäts- und Zahlungsprobleme hat, gibt es gleichzeitig privaten Reichtum. Eine vernünftige Besteuerung von hohen Einkommen, Vermögen oder Erbschaften wäre sicher angemessen und würde die Lasten gerechter auf viele Schultern verteilen. Bei dem ganzen, stark von außen dominierten „Sparprozess", der offiziell Konsolidierung heißt, geraten auch die Arbeitnehmerrechte unter Druck, es drohen soziale Konflikte und Verteilungskämpfe. Wir sehen uns in Deutschland mit Blick auf die sinkenden Reallöhne und

(A) die steigenden Erträge aus Vermögen ähnlichen Verteilungsproblemen gegenüber. Ich hoffe auf eine Lösung dieser Probleme in Griechenland durch Einbeziehung aller Griechen, auch der Wohlhabenden.

Die sozialen und ökonomischen Folgen für Griechenland und Europa verfolge ich hier nicht weiter, obwohl sie wichtiger sind als bloße Geldfragen.

Hier geht es aber um mehr als um eine reine Geldfrage. Es geht auch um die europäische Einigung, um wirtschaftliche Entwicklung, um unsere gemeinsame Währung und um Unterstützung, Solidarität mit anderen und soziale Gerechtigkeit. Es geht um Europas Zukunft und die Zukunft seiner Währung. Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier haben diese sozialdemokratischen Wertvorstellungen in einem Beitrag für den *Spiegel* vom 4. Mai 2010 unterstrichen – leider sind viele in der Regierung offensichtlich nicht bereit, unser europäisches Wirtschafts- und Sozialmodell gegen die unregulierten Finanzmärkte, gegen Spekulanten und High Frequently Trader zu verteidigen.

Zustimmen oder nicht zustimmen? Einem solchen Gesetz? Ich fühle mich durch die Politik des Versagens der Kanzlerin erpresst. Es liegt ein Gesetz vor, das praktisch nichts weiter regelt als dies: Deutschland zahlt. Ich finde im Gesetzentwurf unter der Überschrift: „Finanzielle Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte“: „Es entstehen keine unmittelbaren Ausgaben. Die mittelbaren Auswirkungen sind nicht bezifferbar.“ Nicht bezifferbar – und das bei einem Gesamtfinanzierungsbedarf von 110 Milliarden Euro und einem deutschen Anteil in
(B) Höhe von 22,4 Milliarden? Wie kann ich mit gutem Gewissen einem Gesetz zustimmen, dem zu den finanziellen Folgen für den deutschen Steuerzahler nichts Besseres einfällt als „nicht bezifferbar“? Diesem Gesetz darf ich also nicht zustimmen. Aber dann bin ich der „Feind Griechenlands“, der „Totengräber des Euro“, der „Zerstörer Europas“, eine „Blamage für die Kanzlerin“ – die Regierungsfraktionen haben mit solchen vorsorglichen Schuldzuweisungen enormen Druck aufgebaut, um das Gesetz durch das Parlament zu prügeln. Aber schließlich drängt ja auch die Zeit – kein Wunder, nachdem die Kanzlerin und ihr Finanzminister die Krise erst mal wieder aussitzen wollten, dann auf das Verstreichen der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen hofften, schließlich den Karren mit großer Entschlossenheit und Ausdauer in völlig unterschiedliche Richtungen gezogen haben, um dem Parlament dann quasi in letzter Minute einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die eigentlichen Fragen nicht beantwortet.

Außerdem hat die Bundesregierung die Kosten für die Hilfe durch die Staatengemeinschaft leichtfertig, unverantwortlich, fahrlässig nach oben getrieben. Blicken wir zurück und ein wenig auf die Praxis: Griechenland gibt Anleihen aus; der Staat bekommt Geld, die Käufer dieser Schuldverschreibungen ein Papier, das ihnen Zins- und Tilgungszahlungen zusichert. Der Geldgeber bekommt also Zinsen und zum vereinbarten Zeitpunkt das geliehene Geld zurück. Benötigt ein Land mehr Geld – etwa um alte Schulden zu begleichen oder Investitionen zu tätigen – begibt es neue Anleihen, die aktuelle

(C) Zinslast steigt. Entscheidend für die Höhe der Zinsen, die ein Staat zu bezahlen hat, wenn er sich Geld leiht, ist die Beurteilung seiner Kreditwürdigkeit

Als die Schwierigkeiten Griechenlands vor einiger Zeit offenkundig wurden und der Staat in Zahlungsnot geriet, kam eine folgenschwere Entwicklung in Gang: Kanzlerin Merkel ließ sich in der *Bild*-Zeitung als „eiserne Kanzlerin“ feiern: Keinen Cent für die Griechen! Das Volk jubelte: Merkel spart, alle Griechen sind korrupt und Verschwender. Diese unüberlegte, lautstarke Verweigerung jeglicher Hilfe hat der Zahlungsfähigkeit Griechenlands schwer geschadet: Die Kreditwürdigkeit des griechischen Staates wurde schlechter beurteilt, er wird von Ratingagenturen heruntergestuft. Damit galt der Staat als weniger zuverlässig; es wurde für die Geldgeber riskanter, diesem Staat ihr Geld zu leihen. Sie wollten sich daher dieses Risiko wenigstens mit höheren Zinsen vergüten lassen. Die Zinsen stiegen sehr schnell und sehr stark an, das Land geriet noch stärker unter Druck, der Finanzbedarf wuchs weiter, bis Griechenland die Notbremse zog und die anderen Staaten des Euro-Raums um höhere Finanzhilfen bat, als es zuvor notwendig gewesen wäre.

Mit ihrer „Strategie“ hat die Bundesregierung – bewusst oder unbewusst – auch Spekulanten am Finanzmarkt in die Hände gespielt, wie man mit Blick auf die sogenannten Kreditausfallversicherungen oder Credit Default Swaps, CDS, erkennt. Sie funktionieren – sehr vereinfacht gesagt – im Grundsatz wie eine Versicherung, mit der sich ihr Käufer gegen den Ausfall von Schuldnern absichern kann, denen er einen Kredit gegeben oder eine Anleihe abgekauft hat. Credit Default (D)
Swaps, außerhalb der Börsen gehandelt, dienen der Weitergabe finanzieller Risiken an eine andere Person, den sogenannten Sicherungsgeber. Um mich also gegen den Zahlungsausfall Griechenlands abzusichern, schließe ich, beispielsweise als Bank, eine solche Versicherung ab. Fällt der Schuldner aus, soll die Versicherung die fehlende Rückzahlung ausgleichen. Natürlich bekommt die Versicherung im Gegenzug eine „Gebühr“.

Ein Beispiel mit fiktiven Zahlen: Ein Staat braucht 100 Millionen und begibt Staatsanleihen. Diese Anleihen werden versichert. Die Versicherung für die 100 Millionen kostet 3 Millionen Gebühr. Wenn es dem Staat allmählich schlechter geht, er ständig mehr Geld braucht, die Zuverlässigkeit seiner Rückzahlung in Zweifel gezogen wird, dann kostet die Versicherung plötzlich nicht mehr 3 Millionen, sondern 20 Millionen. Es gibt also am Markt Kreditausfallversicherungen für 100 Millionen und Anleihegeschäfte, die 3 Millionen und welche, die 20 Millionen kosten. Wer nun mit solchen Versicherungsverträgen handelt und einen Versicherungsvertrag für 3 Millionen hat, der kann ihn zum richtigen Zeitpunkt für 20 Millionen verkaufen – an jemanden, der dringend eine Versicherung braucht, weil er frisches Geld – neue Anleihen ausgibt – braucht. Wenn Kanzlerin Merkel sich bei der *Bild*-Zeitung unterhakt und verkündet: „Keinen Cent für die Griechen!“, schnellen die Gebühren für die Versicherung, die Credit Default Swaps, CDS, in die Höhe. Die Händler solcher Derivate reiben sich die Hände, weil der Wert der CDS steigt, und freuen sich,

(A) weil sie dieses Geschäft den Äußerungen der Kanzlerin der wichtigsten Volkswirtschaft in Europa verdanken.

Es gibt allerdings auch Banken oder Hedgefonds, die sich freuen, wenn der Wert der CDS sinkt. Auch diese professionellen Zocker hat die Bundesregierung mit ihrer Blockade-Hinhalte-Strategie belohnt: Diese Unternehmen haben oder leihen sich ein Bündel dieser CDS. Dann verkaufen sie die CDS mit einem vertraglich vereinbarten Rückkaufdatum; sagen wir die CDS sind 10 Millionen wert. Nun merkt die Kanzlerin plötzlich, dass es international, europäisch und für Deutschland ein schwerer Fehler war, jegliche Hilfe zu verweigern; Griechenland kann endlich mit unserer Unterstützung rechnen und gilt wieder als zuverlässiger Zahler, die Gebühren für die Kreditausfallversicherungen sinken. Zum Rückkauftag sind dann die CDS nicht mehr 10 Millionen wert, sondern vielleicht nur noch 2 Millionen, macht für den Käufer einen satten Gewinn von 8 Millionen. Der vertraglich zuvor festgelegte Rückkauf zum Stichtag ist ein sehr lohnendes Geschäft.

Üblicherweise hat bei diesem Handel einer den Gewinn, ein anderer den Verlust. Nun werden diese Wettgeschäfte aber durch öffentliches Handeln beeinflusst: Keine Hilfe für Griechenland – Zickzackkurs – schließlich doch Hilfe für Griechenland. Und deshalb hängen öffentliche Kosten und private Gewinne stark davon ab, wer und insbesondere zu welchem Zeitpunkt die Geschäfte mit den Krediten und den Versicherungen gemacht hat. Wenn wir Pech haben, bezahlen wir sowohl den Gewinn der Bank, die auf steigende CDS gewettet
(B) hat, als auch den Gewinn desjenigen Hedgefonds, der auf sinkende CDS gewettet hat.

Der Schaden, den die Kanzlerin angerichtet hat, ist sicher nicht leicht zu beziffern. Ganz abgesehen von dem politischen Schaden, dass die Regierung Merkel international keine klare Linie verfolgt. Mit dieser „Wackelstrategie“, Zögerlichkeit und falschen Äußerungen, die dem Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen geschuldet sind, haben Kanzlerin Merkel und Finanzminister Schäuble sehr viele Partner in Europa irritiert und die große finanzpolitische Reputation, die Peer Steinbrück aufgebaut hatte, in kurzer Zeit verspielt. Das ist nicht die politische Führung, die man sich in einer solchen Krise von einer Bundesregierung erhofft und erwartet. Und wo sind eigentlich unser Außenminister Westerwelle und sein Bundeswirtschaftsminister Brüderle?

Kann ich die Hilfe jetzt noch ablehnen, nachdem wir, unsere Regierung, solchen Schaden angerichtet haben? Eine Zwickmühle nach der anderen. Also doch zustimmen?

Natürlich darf man nicht nur auf den Finanzmarkt schauen – wir müssen auch nach Griechenland schauen, um die Ursachen für die Krise zu analysieren: Fälschungen in der Statistik und den Finanzdaten, Korruption, systematische Klientelpolitik, schwache Bekämpfung der Steuerhinterziehung, Fehlverwendung von EU-Geldern, sehr hohe Militärausgaben und, last but not least, ein riesiger öffentlicher Sektor. Griechenland hat einiges getan, um seine Staatsfinanzen zu ruinieren, und es versäumt, seine strukturellen Wirtschaftsprobleme zu lösen. Deshalb sind harte Auflagen in Verbindung mit der inter- (C)
nationalen Hilfe gerechtfertigt und notwendig. Aber viele Griechen haben mit der Krise viel weniger zu tun als so mancher Finanzjongleur an den internationalen Finanzmärkten. Deshalb ist es ungerecht, mit diesem Gesetz und seinen Folgewirkungen die einen schwer zu belasten und die anderen zu verschonen – auch wenn dies dem neoliberalen Zeitgeist entspricht.

In meine Abwägung fließt außerdem Folgendes ein: Die Kosten unserer Hilfe sind nicht bezifferbar. Tatsächlich sind aber auch die Kosten einer unterlassenen Hilfe kaum abschätzbar. Denn nicht zu helfen, schadet Deutschland auch ganz direkt: Viele Bürgerinnen und Bürger haben, wie auch die Banken, griechische Papiere gekauft. Manche Bürger werden vielleicht gar nicht wissen, dass mit Ihrem Geld in Rentenfonds, Lebensversicherungen oder Aktiendepots auch griechische Papiere gekauft wurden. Wenn wir nun Griechenland abstürzen lassen, gibt es in den Banken gravierende Wertberichtigungen, die Anlagen verlieren drastisch an Wert – und das gesparte Geld für die Altersvorsorge, die Ausbildung der Kinder, den sorgenfreien Lebensabend ist verloren.

Wenn Griechenland seine Schulden nicht zurückzahlen kann, trifft das auch die Spareinlagen der Bankkunden in Deutschland. Denn Banken benötigen mehr Eigenkapital, um Kredite abzusichern, die sie mit dem Geld der Sparer ausgereicht haben. Wenn aber das Eigenkapital für diese Besicherung gebraucht wird, kann die Bank weniger Kredite an die heimische Wirtschaft und an Privatpersonen vergeben. Es fehlt an Investitionen, an Konsum, an Vertrauen in die Banken – die Kre- (D)
ditklemme geht um. Dass manche Banken – selbst solche, die der deutsche Staat in der Finanzkrise unterstützt oder sogar gerettet hat – sich bei der EZB „billiges“ Geld für weniger als 2 Prozent Zinsen besorgen können und dies dann zu viel höheren Kreditzinsen weitergeben, steht auf einem anderen Blatt. Natürlich sollen die Banken Gewinne machen, um wieder selbstständig auf die Beine zu kommen; aber wenn der Staat schon hilft, privates Fehlverhalten und Versagen im Finanzmanagement zu kompensieren, um das Geld der Sparerinnen und Sparer zu schützen, dann sollten die Banken wenigstens bei der Vergabe von Krediten an die heimische Wirtschaft Maß und Ziel halten.

Es gibt noch eine schreckliche Entwicklung: Um Griechenland am Finanzmarkt zu stützen, verletzt die Europäische Zentralbank eherne Grundsätze und setzt – nur für Griechenland – eine wichtige Regel außer Kraft: Sie akzeptiert Staatsanleihen als Sicherheit für Kredite auch dann, wenn sie kein befriedigendes Rating, also mindestens BBB, haben. Bisher wurden nur Staatsanleihen mit einem mindestens befriedigenden Rating als Sicherheit akzeptiert.

Und nun das Schlimmste: Das Gesetz reflektiert die Krise nicht, nicht die Verursacher, nicht die Profiteure, nicht die internationalen Finanzbeziehungen, nicht die Verhältnisse in Griechenland, natürlich auch nicht die Bedeutung der Reallöhne für unseren Exportüberschuss und die fehlende Binnennachfrage. Es gibt keine Überlegung für die Zukunft. Das „Modell Griechenland“,

(A) dieses magere Gesetz, über das hier abgestimmt wird, enthält keine Komponente der Prophylaxe. Der Finanzmarkt agiert wie bisher und kann ein Land nach dem anderen in seinen Fokus rücken.

Deshalb hat die SPD-Fraktion Vorschläge eingebracht, um dieses Gesetz besser zu machen. Ein eigenes Gesetz ist leider nicht möglich, weil die ungeheuerliche Hektik der Regierung ein geordnetes Verfahren nicht erlaubt. Noch vor zwei Wochen war Schäuble sowohl im Finanzausschuss als auch im Haushaltsausschuss. Wer sich Aufklärung, Sachinformation oder gar ernsthafte Zusammenarbeit erwartet hatte, wurde enttäuscht. Der Bundesfinanzminister hat Nebel verbreitet. Er hat es bei vagen Andeutungen belassen, statt mit klarer Sicht die Probleme anzupacken. Diese Zeit fehlt uns nun. Ich unterstelle, dass CDU/CSU und FDP auch dieses Thema hinter die Wahlen in Nordrhein-Westfalen schieben wollten. Ein teurer Plan. Aber noch eine Zickzackschleife hätte wohl international noch größeren Schaden angerichtet.

Das Gerede davon, dass „die Verursacher der Krise an ihrer Überwindung beteiligt werden sollen“, wird in keiner Formulierung der Regierung konkret. Im Gegenteil: Die freiwillige oder angekündigte gesetzlich definierte Bankenabgabe ist ein Werbegag von Ackermann. Er kümmert sich um 2 Milliarden Euro, alle freuen sich, sind dankbar, die *Bild*-Zeitung hat eine tolle Schlagzeile – der Schaden von einigen 100 Milliarden gerät in Vergessenheit. Und es soll doch niemand an einen plötzlichen „Anfall“ von Wohltätigkeit der Banken glauben: Die freiwilligen Abgaben werden einfach auf die Preise, sprich:
(B) Zinsen der Kreditnehmer oder der Einleger und Sparer, abgewälzt.

Nein, unsere Überlegungen müssen auf das Verhalten von Bankern, Finanzberatern, Fondsmanagern etc. wirken: Einige Produkte müssen auch verboten und die Finanzmärkte wirksam reguliert werden, damit sich so etwas nicht wiederholt. Auch wenn sich Kanzlerin und Finanzminister bisher mit eigenen Vorschlägen und Forderungen national wie international nicht leichtgetan haben – wann, wenn nicht jetzt, wollen wir entscheidende Fortschritte erzielen?

Nachfolgend ein Ausschnitt aus unseren Forderungen, die wir national und international umsetzen wollen: Einführung einer Finanztransaktionsteuer. Warum geht es hierbei nicht um den einmaligen Kredit für ein Häuschen? Die Steuer hat eine Größenordnung von 0,05 Promille. Bedeutung hat die Steuer an anderer Stelle: Ein Aktienhändler kommt auf 5 000 Geschäfte pro Tag. Inzwischen ist ein sogenannter Hochfrequenz-Trader, eine Software, die 60 Millionen Kauf- und Verkaufsaufträge pro Tag erledigt, in der Entwicklung. Hier lohnt sich die Steuer schon kräftiger und steuert vielleicht sogar. Mehr unter den Stichwörtern „Cross Asset Strategie“, „Pairs-Trading“ oder „Block-Trades“ etc.

Einschränkung oder Verbot des CDS-Handels, Auflegen einer Euro-Anleihe zu niedrigen Zinsen, Prüfung der Gründung einer EU-Bank für öffentliche Anleihen, die ihre Anleihen über die EZB platziert – Vorschlag des DGB –, Aufbau einer europäischen Ratingagentur mit transparenten Verfahren, Überwachung der Leistungs- (C)
bilanzdefizite und -Überschüsse, Einführung einer schärferen Aufsicht über alle Produkte und Anbieter durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, BaFin, Einführung strengerer Haftungsvorschriften für Vorstände und Aufsichtsräte, Reform der Vergütungssysteme von Bankvorständen und -mitarbeitern und Verbesserung der Beratung und des Verbraucherschutzes.

Das schlechte Krisenmanagement der Bundesregierung hat mich in eine Situation gebracht, in der meine Zustimmung zu einem untauglichen Gesetzentwurf erwartet wird. Gleichzeitig allerdings blockiert die Bundesregierung jegliche Zusammenarbeit auf der Grundlage guter Vorschläge zur Vermeidung künftiger Krisen.

Wir müssen Griechenland, den Griechen, helfen, weil wir in Europa eine befreundete Zukunftsgemeinschaft bilden. Wir müssen helfen, um uns zu helfen. Aber wir müssen auch die Verursacher von Krisen in die Pflicht nehmen. Diese Chance, endlich den zerstörerischen Kräften auf den internationalen Finanzmärkten Einhalt zu gebieten und sie in Verantwortung zu nehmen, vergeudet die Bundesregierung durch die Floskel, zu diesem Gesetz gebe es keine Alternative – ein schwerer Irrtum, wie der Entschließungsantrag der SPD-Bundestagsfraktion zeigt.

Mit der Unfähigkeit der schwarz-gelben Koalition zum Kompromiss und meinem Willen, Griechenland zu helfen, begründet sich meine Enthaltung zum Gesetzentwurf der CDU/CSU-FDP-Koalition.

(D)

Sebastian Blumenthal *(FDP):* Die Notwendigkeit der heutigen Abstimmung ist das Ergebnis einer Politik, die ökonomische Notwendigkeiten vor dem Hintergrund des Ziels der europäischen Einigung ausgeblendet hat. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf und den Maßnahmen, die er unterstützen soll, kann lediglich ein Zeitgewinn zur Reparatur des ökonomisch missglückten Maastricht-Vertrags erreicht werden.

Um diesen Zeitgewinn durch eine kurzfristige Stabilisierung unserer gemeinsamen Währung geht es bei dieser Abstimmung. Ginge es nur um Griechenland, stünde meine Entscheidung fest.

Einem Partner, der von Beginn an durch Abgabe falscher Daten das Vertrauen der Mitstreiter in der Schicksalsgemeinschaft Euro missbraucht hat, der über Jahre hinweg deutlich über seine Verhältnisse gelebt hat, kann auch mit viel gutem Willen nicht geholfen werden.

Als Ultima Ratio muss es der Staatengemeinschaft in der Euro-Zone möglich sein, ein Mitglied auch auszuschließen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist ein hohes und wichtiges Gut. Es endet aber dort, wo das eigene jahrelange Fehlverhalten die Existenzgrundlagen anderer Völker innerhalb der Währungsunion bedroht.

Im Vertrauen darauf, dass die nunmehr verbleibende Zeit genutzt wird, um den Maastricht-Vertrag so zu ändern, dass aus der Währungsunion nicht eine dauerhafte Transferunion wird, werde ich diesem Gesetzentwurf

(A) zustimmen, um in der jetzigen Situation dauerhaften und nicht absehbaren Schaden von der gemeinsamen Währung Euro und der deutschen Bevölkerung kurzfristig abzuwenden.

Diese Entscheidung ist kein Freibrief für eventuell anstehende ähnliche Entscheidungen in der Zukunft.

Wolfgang Börnsen *(Bönstrup) (CDU/CSU):* In dieser Entscheidung heute geht es nicht nur um unseren europäischen Partner Griechenland. Es geht letztlich um die Zukunft unseres gemeinsamen Europas. Es geht um die Stabilität des Euros, unserer Währung. Es geht um die wirtschaftliche Situation unseres Landes und um die Existenzsicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Wir dürfen nicht verkennen, dass fast 70 Prozent unseres Handels auf EU-Länder entfallen und jeder fünfte Arbeitsplatz davon abhängig ist. Bricht ein Glied aus der europäischen Kette, setzen wir den gesamten Handelsraum aufs Spiel. Griechenland hat in den vergangenen Jahren schwere Fehler gemacht. Das gilt auch für andere Staaten, und auch wir sitzen im Glashaus. Im Jahr 2000, als Rot-Grün den Antrag zur Aufnahme Griechenlands in die Währungsunion stellte, habe ich dagegengestimmt. Erst sollte finanziell, wirtschaftlich und politisch Klarheit herrschen. Meine Fraktion und ich unterlagen damals. Trotzdem, bei der Abwägung des Für und Wider, werde ich aus Verantwortung für unser Land und für die Europäische Gemeinschaft für die Griechenland-Hilfe stimmen – unter der Voraussetzung, dass alle Staaten sowie die Banken sich beteiligen und wir in Europa wie weltweit (B) schnellstmöglich Institutionen schaffen, die Staaten wie Banken einer laufenden Kontrolle unterziehen, um im Vorwege eine Krise dieser Art zu unterbinden. Nicht Kartelle und Monopolisten, sondern das Primat der Politik, die von den Bürgern gewählten Parlamente und damit die Regierungen haben zu herrschen. Weltweit ist unverzüglich ein Finanzsystem sicherzustellen, das Transparenz und Überprüfbarkeit bis hin zu Verboten ermöglicht.

Nicole Bracht-Bendt *(FDP):* Bundestag und Bundesrat entscheiden heute über das Rettungspaket für Griechenland. Es sieht Kredite im Umfang von 22,4 Milliarden Euro in den nächsten drei Jahren vor. Das Rettungspaket für Griechenland halte ich für notwendig, aber nicht ausreichend.

Dem Gesetz werde ich zustimmen, weil es keine Alternative gibt, um die Stabilität der Gemeinschaftswährung Euro nicht zu gefährden.

Dennoch möchte ich an dieser Stelle deutlich zum Ausdruck bringen, dass aus meiner Sicht Griechenland für die derzeitige Notlage maßgeblich selbst verantwortlich ist. Ich bedaure, dass die Verhandlungen der letzten Wochen nicht vorrangig eine geregelte Insolvenz oder eine Umschuldung zum Ziel hatten. Deshalb gibt es im Moment keine andere Möglichkeit als das Rettungspaket, um einen Staatsbankrott Griechenlands zu verhindern.

Es ist mir ein Anliegen, darauf hinzuweisen, dass ich mich als Bundestagsabgeordnete in der Verantwortung gegenüber dem deutschen Steuerzahler sehe, der letztlich für die Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau haftet. Die Entscheidung, für das Rettungspaket zu stimmen, ist mir außerordentlich schwergefallen. (C)

Ich fordere Griechenland auf, alles in seiner Macht Stehende zu unternehmen, um sein Staatsdefizit in den Griff zu bekommen.

Darüber hinaus halte ich es für unverzichtbar, den EU-Staaten, die das Rettungspaket gewährleisten, mehr Möglichkeiten der Kontrolle und Überprüfung einzuräumen. Es müssen Sanktionsmöglichkeiten sichergestellt werden, um weitere Entwicklungen, die für die Gemeinschaftswährung ein Risiko darstellen, einzudämmen.

Das heutige Gesetz muss ein Einzelfall bleiben.

Elke Ferner *(SPD):* Die Bundesregierung, allen voran Bundeskanzlerin Angela Merkel und Außenminister Guido Westerwelle, haben unser Land auf der internationalen und europäischen Ebene durch ihre Verzögerungstaktik isoliert und die Spekulationen der Finanzmärkte angeheizt. Der einzige Grund war: Sie wollten vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen keine Position beziehen.

Sie haben mit ihrem unverantwortlichen Verhalten in Kauf genommen, dass die internationalen Finanzmärkte zunächst gegen Griechenland und dann gegen Portugal und Spanien spekuliert haben. Dies hat dazu geführt, dass Griechenland wegen der ständig steigenden Zinsen (D) am Kapitalmarkt keine Kredite mehr aufnehmen konnte und dass die Euro-Zone insgesamt in Schwierigkeiten zu geraten drohte.

Jeder Versuch der Länder der Euro-Zone oder der Kommission, die Spekulanten durch Hilfszusagen für Griechenland zu stoppen, wurde von der Bundesregierung torpediert. Durch die gebetsmühlenhaften Behauptungen, Griechenland müsse erst einmal seine Hausaufgaben machen und ein Sparpaket vorlegen, wurden die Hilfen infrage gestellt und die Spekulanten geradezu eingeladen, weiter auf einen Staatsbankrott zu wetten.

Anstatt die deutsche Bevölkerung über die Fakten und die Notwendigkeit zur Hilfe aufzuklären, wurde seitens der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien keine Gelegenheit ausgelassen, die billigsten Ressentiments und Vorurteile, Falsch- und Fehlmeldungen, die in einer beispiellosen Hetzkampagne einiger deutschen Medien über Wochen publiziert wurden, zu bedienen und zu verstärken. Jeder, der es wissen wollte, hätte wissen können, dass die griechische Regierung und das griechische Parlament seit Beginn dieses Jahres bereits zahlreiche und sehr weit reichende Maßnahmen beschlossen haben – zuletzt gestern – und dass weitere in Kürze beschlossen werden. Diese Maßnahmen verlangen der griechischen Bevölkerung viel ab, manchen vielleicht zu viel.

Die jetzige griechische Regierung unter Ministerpräsident Giorgos Papandreou war und ist fest entschlossen,

Griechenland eine neue und bessere Perspektive zu geben. Die Maßnahmen, die für die Erreichung dieses Zieles ergriffen werden, sind tiefgreifend und ohne Beispiel und es ist nicht auszuschließen, dass der politische Preis dafür hoch sein kann. Anstatt der griechischen Regierung den Rücken zu stärken, ihre Anstrengungen zu würdigen und der griechischen Bevölkerung die Zusicherung zu geben, dass die europäische Familie dem Treiben der Finanzmärkte ein Ende setzt und den Weg Griechenlands in eine neue Zukunft unterstützt, hat die Bundesregierung den guten Beziehungen zwischen Deutschland und Griechenland massiv geschadet und das Vertrauen der griechischen Bevölkerung in die europäische Idee geschwächt. Niemand weiß besser als die Griechinnen und Griechen selbst, dass Veränderungen notwendig sind, auch wenn sie hart sind. Die griechische Bevölkerung wird zuallererst die Fehler der früheren griechischen Regierungen, insbesondere die der konservativen Regierung Karamanlis, aber auch die Hinhaltetaktik der Regierung Merkel teuer bezahlen müssen. Die Hinhaltetaktik der Deutschen Bundesregierung hat nicht nur dazu geführt, dass für die zuletzt ausgegebenen griechischen Staatsanleihen durch Spekulationen getriebene überhöhte Zinsen bezahlt werden müssen, sondern auch dazu, dass der Hilfsmechanismus in Gang gesetzt wenden musste und die daraus resultierenden Bürgschaften höher ausfallen, als sie sonst ausgefallen wären.

Bis vor wenigen Tagen hat die Bundesregierung den Eindruck erweckt, dass es sich bei dem Hilfspaket um direkte Zahlungen aus dem Bundeshaushalt handelt und nicht um eine Bürgschaft für Kredite, an denen die KfW und damit die deutschen Steuerzahler und Steuerzahlerinnen verdienen werden. Und sie hat den Eindruck erweckt, als ob nicht die griechische Regierung und das griechische Parlament weit reichende Maßnahmen ergriffen haben, sondern dass erst die Verweigerungshaltung der deutschen Regierung dazu geführt hat, dass überhaupt Maßnahmen ergriffen wurden.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat auch aus der Finanz- und Wirtschaftskrise keine Lehren gezogen. Sie weigert sich aus ideologischen Gründen, die Verursacher und Profiteure der Krise an den Kosten zu beteiligen. Sie weigert sich, die Finanzmärkte so zu regulieren, dass Spekulationen eingedämmt werden und vom Finanzsektor künftig keine Gefahren für die Realwirtschaft oder ganze Währungsräume mehr entstehen können. Es ist schwer zu ertragen, dass diejenigen, die die Finanz- und Wirtschaftskrise verursacht haben, auch jetzt wieder in der Krise, in die sie die Euro-Zone hineinmanövriert haben, von den Hilfsmaßnahmen profitieren werden, weil Deutschland keinerlei ernsthafte Anstrengungen unternimmt, die Kapitalmärkte zu regulieren und den Finanzsektor an den Kosten zu beteiligen.

Bei der heutigen Entscheidung geht es nicht mehr um Griechenland, sondern es geht um eine Stabilisierung der gesamten Euro-Zone. Leider ist die schwarz-gelbe Koalition nicht willens, über das konkrete Hilfspaket hinaus ihrer Verantwortung für Europa gerecht zu werden. Das ist zu wenig.

Ich unterstütze das Hilfspaket und hätte dem Gesetz auch gerne meine Zustimmung gegeben. Allerdings hat eine sehr sehr deutliche Mehrheit meiner Fraktion entschieden, sich der Stimme zu enthalten. Ich respektiere diese Auffassung, sehe mich aber nicht in der Lage, dieses Votum mitzutragen. Ich werde mich deshalb nicht an der Abstimmung zum Gesetzentwurf beteiligen.

Ich wünsche der griechischen Regierung, vor allem aber dem griechischen Volk und meinen Freundinnen und Freunden in Griechenland, dass die Anstrengungen sich auszahlen werden und Griechenland eine bessere und neue Perspektive erhält.

Dr. Peter Gauweiler *(CDU/CSU):* Bei der heutigen Abstimmung zum Finanzstabilitätsgesetz werde ich dem Gesetzentwurf der Bundesregierung nicht zustimmen, weil er für die Erreichung seiner Hauptziele – Stabilisierung des Euro und Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit Griechenlands – kontraproduktiv ist: Weitere Kredite der vorgesehenen Art bzw. die Bürgschaften für Kredite der KfW stellen nicht die Zahlungsfähigkeit Griechenlands wieder her, sondern erhöhen die für das Land heute nicht mehr zu bewältigende Kreditlast. Sie dienen nur der Absicherung spekulativer Kreditgeschäfte internationaler Großbanken und der Verlängerung dieser Geschäfte. Die eingeleiteten Sparmaßnahmen dienen auch nicht der Stimulierung der griechischen Wirtschaft, sondern beinhalten eine Entsagungs- und Rosskurpolitik, die nicht zur wirtschaftlichen Gesundung des Landes führen kann. Deutschland hatte sich eine derartige „Sparpolilik“ zum Ende der Weimarer Republik aufgelegt – die Ergebnisse sind bekannt.

Verhindert bzw. hinausgeschoben würde durch die Annahme des Entwurfs auch das notwendige – zumindest zeitweise – Ausscheiden Griechenlands aus dem Euro-System und damit eine vom IWF zu unterstützende Entschuldung – sogenanntes Haircut –, die mit einer Abwertung verbunden sein müsste, um griechische Produkte, Leistungen und Angebote – insbesondere auch im Tourismus – weltweit wieder attraktiv zu machen.

Es ist auch gegen jede Wahrscheinlichkeit, dass der Beschluss zur Stabilisierung des Euro beiträgt. Wahrscheinlich ist vielmehr, dass der Beschluss andere Staaten der Euro-Zone, die mit vergleichbaren Schwierigkeiten wie Griechenland belastet sind, animiert, vergleichbare „Rettungsprogramme“ zu verlangen, die die Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland endgültig überspannen dürften. Es besteht deshalb die Gefahr, dass das beschlossene „Sanierungskonzept“ die Krise nicht beseitigt, sondern vergrößert.

Nicht zuletzt verstößt das „Rettungspaket“ gegen das europarechtliche Bail-out-Verbot, Art. 125 AHUV. Das Vertrauen der Märkte in die stabilitätssichernde Funktion dieser Vorschrift wird damit dauerhaft erschüttert. Auf diese Weise wird eine der tragenden rechtlichen Säulen, die aus der Währungsunion eine Stabilitätsunion machen sollten, zum Einsturz gebracht.

Dr. Wolfgang Gerhardt *(FDP):* Angesichts der Entscheidung des Bundestages zugunsten einer finanziellen

(A) Hilfe für Griechenland ist daran zu erinnern, dass die Mitglieder der Europäischen Union und besonders die Mitgliedsländer der Euro-Zone eine eigene sozusagen ganz persönliche politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Verantwortung in ihren nationalen Angelegenheiten zum Zusammenhalt Europas und zur Stabilität des Euro haben.

Die Euro-Länder insgesamt müssen sich darüber im Klaren sein, dass ihre Währung in ihrem Ansehen und in ihrer Stabilität von ihrer Wettbewerbsfähigkeit, der Kraft ihrer Marktwirtschaften, den zwischen ihnen vereinbarten Spielregeln und den Fähigkeiten ihrer Gesellschaften abhängt. Mit der Mitgliedschaft in der Europäischen Union oder der Zugehörigkeit zur Euro-Zone allein ist es nicht getan. Sie sind eine Chance, zugleich aber auch eine Herausforderung, die bisher zweifellos nicht bei allen – und nicht nur in Griechenland – in der nötigen Deutlichkeit das Bewusstsein bestimmt hat und bestimmt. Darauf erneut aufmerksam zu machen, ist gerade aufgrund der Bereitschaft zur Hilfe für Griechenland dringend notwendig.

Die zu treffende Entscheidung des Deutschen Bundestages zur Hilfe für Griechenland treffe ich im Bewusstsein der europäischen Verantwortung Deutschlands, die uns selbst aus der größten Katastrophe unserer Geschichte herausgebracht und in den Kreis der anerkannten demokratischen Nationen hineingeführt hat. Ich treffe sie aber zugleich unter Zurückstellung erheblicher europapolitischer und wirtschafts- und finanzpolitischer Bedenken; denn die europäischen Institutionen, vor allem die Europäische Zentralbank, (B) haben in dem gesamten Ablauf, der sie dazu geführt hat, zur Rettung Europas im gleichen Atemzug sozusagen aus Gründen eines übergreifenden Notstandes einige der Spielregeln Europas außer Kraft zu setzen, an Glaubwürdigkeit und im Falle der letzteren an Unabhängigkeit verloren. Deshalb kann und darf der Vorgang nicht zu einer unendlichen Geschichte mit dauerhafter Inanspruchnahme für Politiken führen, die sich mit der eigenen Verantwortung und dem Einhalten von Spielregeln schwertun. Solidarität ist keine Einbahnstraße, sondern eine Verpflichtung auf Gegenseitigkeit. Sie entlastet nicht von einer Verantwortung, und sie entschuldigt nicht eigene Versäumnisse.

Die im vorliegenden Fall zu gewährende Hilfe für Griechenland, die jetzt unumgänglich geworden ist, muss deshalb in der Erwartung geschehen, dass Griechenland seine eigenen nun notwendigen und unumgänglichen Entscheidungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik auch in einem Bewusstsein seiner eigenen Verantwortung für den europäischen Zusammenhalt und eine stabile Währung trifft. Griechenland ist sich das in allererster Linie selbst schuldig und nicht allein dem Internationalen Währungsfonds und den weiteren Gläubigern.

Robert Hochbaum *(CDU/CSU):* Nach den parlamentarischen Beratungen, insbesondere der Anhörung, bin ich zum Schluss gekommen, dass die Zahlungsunfähigkeit Griechenlands, ein Staatsbankrott, die europäische Währungsunion in höchste Not bringen, eine neuerliche internationale Bankenkrise auslösen und für andere (C) ebenfalls höher verschuldete Länder weitere Schwierigkeiten bei der Refinanzierung mit möglichen weiteren Folgen bedeuten würde. Eine kaum mehr vorhersehbare und steuerbare Kettenreaktion würde ausgelöst werden. Diese würde Deutschland als Euro-Land und Land, das seinen Wohlstand massiv auf Exporten gerade in den umgebenden Euro-Raum begründet, empfindlich und für alle Bürger spürbar treffen. Dies zu verhindern, stimme ich dem vorliegenden Gesetzentwurf, dem deutschen Beitrag der Hilfe der Euro-Staaten und des Internationalen Währungsfonds, als Utima Ratio, als letztes Mittel, zu. Es ist von einer Reihe schlechter Varianten nach meiner Überzeugung die beste.

Ein früheres Eintreten, das vor allem die Bundesregierung in Europa verhindert hat, wäre entgegen den Äußerungen der Opposition nicht billiger und besser, sondern teurer und schlechter gewesen. Die wichtige Einbeziehung des IWF und damit der Weltgemeinschaft und das Aufzwingen nötiger harter Sparmaßnahmen gegenüber Griechenland, das Gewinnen von Akzeptanz für das Bestehen von Fehlentwicklungen in der griechischen Bevölkerung waren nur so überhaupt erst möglich. Andere Euro-Länder wollten schneller unbedingter eintreten – das wäre falsch gewesen und teurer geworden.

Dass die Kopplung der in Tranchen auszureichenden Hilfen anders als noch im Entwurf nun im Gesetz an die Bedingungen der Einigung zwischen Griechenland und den Hilfsgebern gebunden und tranchiert ist, war mir sehr wichtig, zeigte es doch, dass es keinen Freifahrtschein gibt, sondern Griechenland sich redlich halten (D) muss, will es diesen Weg gehen.

Durch gefälschte Statistiken hat die politische Elite Griechenlands lange Jahre bewusst die europäischen Partner getäuscht und sich den Zugang zum Euro-Raum erschlichen. Die Griechen insgesamt haben seit längerem über ihre Verhältnisse gelebt; die Defizite sind nicht durch Spekulanten entstanden oder vom Himmel gefallen. Eine drastische Verringerung des griechischen Haushaltsdefizits ist daher unumgängliche Voraussetzung für Hilfe. Das nochmals nachgebesserte griechische Sparprogramm geht in die richtige Richtung. Unbedingte Transparenz und absolute Kontrolle der Einhaltung sind vereinbart und zwingend.

Die No-bail-out-Klausel in Art. 125 der Europäischen Verträge als Haftungsausschluss stellt klar, dass ein Euro-Teilnehmerland nicht für Verbindlichkeiten und Schulden anderer Teilnehmerländer aufkommen muss. Diese Klausel soll gewährleisten, dass für die Rückzahlung öffentlicher Schulden die jeweiligen Staaten selbst verantwortlich bleiben. Die Übertragung von Risiken infolge einer nicht tragfähigen Haushaltspolitik einzelner Staaten auf die Partnerländer soll damit vermieden werden. Das ist richtig, war eine der Grundvoraussetzungen für den Beitritt Deutschlands zur Währungsunion. Die abgestimmten freiwilligen Hilfen der Euro-Länder unterfallen diesem Szenario nicht, da sie nur Kredite und keine Schuldenübernahme sind.

Das Instrumentarium der Währungsunion, das offensichtlich nicht ausreicht, für die Zukunft zu schärfen und

(A) Lücken zu schließen bzw. bei faktisch unpraktikablen Regelungen nachzusteuern, ist absolut unumgänglich. Mehr Transparenz, frühere Eingriffs- und härtere Sanktionsmöglichkeiten und -automatismen, die politisch nicht einfach abdingbar sind, sind erforderlich. Was nun hier gerade passiert, widerspricht dem Geist des Euro und darf sich nie wiederholen, soll der Euro, der, wenn er stark und hart ist, allen Euro-Ländern weit überwiegend Vorteile bringt, bestehen.

Unverantwortlichen Spekulanten, die auch in dieser Krise Treiber waren, müssen wir das Handwerk legen. Der zum Gesetz vorgelegte Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen zeigt hierzu die richtigen, notwendigen Maßnahmen auf. Die allermeisten dieser bedürfen europäischer Lösungen oder solcher der Staatengemeinschaft. Wir müssen größte Anstrengungen unternehmen, diese schnellstens zu erreichen.

Dr. Eva Högl *(SPD):* Die Bundesregierung hat durch ihr unverantwortliches Verhalten, ihre Verzögerung, ihr Taktieren und die fehlende Einsicht, dass Griechenland dringend unsere Hilfe braucht, unser Land international und in Europa isoliert und die Spekulationen der Finanzmärkte angeheizt. Anstatt den Deutschen Bundestag und die deutsche Bevölkerung über die Fakten und notwendige Maßnahmen aufzuklären, wurde seitens der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien keine Gelegenheit ausgelassen, Vorurteile und Falschmeldungen zu bedienen und zu verstärken. Dadurch wurden die notwendigen Hilfsmaßnahmen für Griechenland nicht nur schwieriger, sondern auch unsicherer in ihrer Wirkung
(B) und nahmen ein immer größeres Ausmaß an. Ich kritisiere besonders, dass die Bundesregierung aus der Finanz- und Wirtschaftskrise keine Lehren gezogen hat. Sie weigert sich aus ideologischen Gründen, die Verursacher und Profiteure der Krise an den Kosten zu beteiligen. Und sie weigert sich, die Finanzmärkte wirksam zu regulieren, um künftigen Krisen vorzubeugen.

Bei der heutigen Entscheidung geht es nicht nur um Griechenland, sondern um die Stabilisierung der Euro-Zone und die Zukunft und Handlungsfähigkeit Europas. Leider ist die schwarz-gelbe Koalition nicht in der Lage, ihrer Verantwortung für Europa gerecht zu werden, und weitere notwendige Maßnahmen zur Bewältigung der gegenwärtigen Krise und zur Vermeidung künftiger Krisen zu beschließen. Das ist zu wenig.

Gleichwohl unterstütze ich das geplante Hilfspaket für Griechenland, weil ich es für alternativlos halte. Die Mitgliedstaaten der EU sind jetzt gefordert, der griechischen Regierung mit dem vereinbarten Hilfspaket zur Seite zu stehen. Es geht um die Stabilisierung des Euro und des europäischen Wirtschaftsraumes, von dem maßgeblich Deutschland dank seiner Exporte profitiert. Millionen Arbeitsplätze in Deutschland wären bedroht, wenn es zu einem Flächenbrand käme, der sich beispielsweise auf Spanien, Portugal oder gar Großbritannien ausdehnte.

Die Europäische Union und der IWF haben sich nunmehr auf ein Hilfspaket verständigt. Es muss umgehend in Kraft treten und wirken. Aber es trägt wenig zur Verhinderung ähnlicher Krisen in der Zukunft bei. Hierzu (C) hat die SPD eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet. Spekulationen auf Währungen und Staaten sind einzudämmen, die internationalen Finanzmärkte sind auch durch eine entsprechende Steuer an den Kosten der Krise zu beteiligen, eine stärkere Kontrolle und Regulierung des internationalen Banken- und Finanzsystems ist überfällig. Die Staatsfinanzen müssen von den Kapitalmärkten weitgehend entkoppelt werden. Die Euro-Zone leidet auch unter den massiven wirtschaftlichen, beschäftigungspolitischen und sozialen Ungleichgewichten. Aus ideologischen Gründen verschließen sich CDU/CSU und FDP dieser Einsicht.

Dennoch erteile ich dem Gesetzesentwurf meine Zustimmung. Ich bin davon überzeugt, dass es unter den obwaltenden Umständen die notwendige Antwort auf die Krise ist. Ein deutliches, auch von der deutschen Sozialdemokratie als der Europapartei getragenes Zeichen der Solidarität in Richtung Griechenland und Europäische Union halte ich für zwingend. Deshalb stimme ich zu, unabhängig davon, dass die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen europapolitisch versagt und sich zur zukünftigen Verhinderung solcher Krisen solidarischen, gerechten und europäischen Antworten verweigert haben.

Dr. Egon Jüttner *(CDU/CSU):* Nach reiflicher Überlegung und sorgfältiger Abwägung aller Argumente für und gegen das Gesetz zur Sicherung der Finanzstabilität in der Euro-Zone habe ich mich entschieden, dem Gesetz zuzustimmen. Ausschlaggebend für meine Entscheidung ist die Tatsache, dass es nicht allein um die (D) Zahlungsunfähigkeit Griechenlands aufgrund selbstverschuldeten Verhaltens geht, sondern in erster Linie um die Stabilität der gemeinsamen europäischen Währung. Der Verlust von Stabilität des Euro hätte gefährliche Auswirkungen auf die Wirtschaftskraft und den Wohlstand Deutschlands. Insofern liegt es im nationalen Interesse unseres Landes, die Insolvenz Griechenlands abzuwenden und die Finanzstabilität der Europäischen Währungsunion zu erhalten.

Ich erwarte, dass nicht nur die griechische Regierung die mit der Europäischen Union und dem Internationalen Währungsfonds vereinbarten Maßnahmen zur Sicherstellung der Rückzahlungsfähigkeit Griechenlands nachvollziehbar umsetzt. Ich erwarte ebenso Maßnahmen Deutschlands und der Europäischen Union, die künftige Fehlentwicklungen vermeiden. So beispielsweise ein geordnetes Insolvenzverfahren, die Einführung eines Frühwarnsystems bei möglicher Überschuldung eines Mitgliedslandes, eine Bankenabgabe zur Einführung eines Stabilitätsfonds, eine europäische Ratingagentur, die Überprüfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, damit Sanktionen früher greifen können, das Verbot ungedeckter Leerverkäufe von Finanzmarktinstrumenten, ein effektiveres Monitoringverfahren bei Anträgen auf Beitritt zur Währungsunion.

Manfred Kolbe *(CDU/CSU):* Dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz kann ich nicht zustimmen, da die finanziellen Lasten allein den europäischen Steuerzah-

(A) lern auferlegt werden, ohne dass die internationale Finanzwirtschaft irgendeinen echten Beitrag leistet.

Erstens. Wir müssen Griechenland helfen, aber bitte unter Einbeziehung der Banken und Spekulanten, die von hohen griechischen Zinsen profitieren. Griechische Anleihen brachten wegen des höheren Risikos höhere Zinsen – bis zu 9 Prozent. Ohne europäische Hilfe wären die Gläubiger voll ausgefallen. Dann kann man jetzt aber von ihnen eine Beteiligung an den Kosten der Rettungsaktion durch einen teilweisen Forderungsverzicht im Rahmen einer Umschuldung verlangen. Der Steuerzahler muss nach der US-Immobilienkrise vor zwei Jahren jetzt zum zweiten Mal bei Griechenland die Risiken der Gläubigerbanken übernehmen. Dies kann nicht zum Regelfall werden: In einer Marktwirtschaft hat ein Investor die Chancen, trägt aber eben auch die Risiken.

Zweitens. Nur bei einer Reduzierung seiner Staatsschulden von circa 300 Milliarden Euro als Folge einer Umschuldung hat Griechenland eine echte Chance. Die jetzigen Schulden wird Griechenland aller Voraussicht nach nicht zurückzahlen können. In Griechenland können wir nicht einerseits der Bevölkerung große Opfer zumuten und andererseits griechischen Milliardären hohe Zinseinnahmen durch den europäischen Steuerzahler garantieren.

Drittens. Die heute beschlossene Griechenland-Hilfe ist keine nachhaltige Lösung. Auch weitere europäische Länder haben über ihre Verhältnisse gelebt und zu hohe Schulden aufgetürmt. Bei weiteren Folgefällen ist der europäische Steuerzahler überfordert. Deshalb brauchen (B) wir eine nachhaltige Lösung durch eine Umschuldung, verbunden mit einem teilweisen Forderungsverzicht der Gläubigerbanken. Sonst wird der Euro nicht zum Integrationsfaktor, sondern eher zum Spaltpilz für Europa.

Dr. h. c. Jürgen Koppelin *(FDP):* In der Anhörung des Haushaltsausschusses erklärte Professor Dr. Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank:

> Griechenland hat über viele Jahre grob und unverantwortlich gegen europäische Vereinbarungen und Vorgaben verstoßen. Die Haushalts- und Wirtschaftspolitik war den Stabilitätserfordernissen eines gemeinsamen Währungsraums nicht angemessen ...

Als Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages bin ich erschüttert darüber, dass erst jetzt die dramatische Situation bekannt wird. Ich hätte erwartet, dass uns die Bundesfinanzminister früherer Regierungen schon viel früher umfassend informiert hätten. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass das Wissen über die erheblichen Zahlungsschwierigkeiten Griechenlands den Bundesfinanzministern Hans Eichel und Peer Steinbrück durchaus bekannt gewesen waren.

Es war eine politische Entscheidung, Griechenland seit dem 1. Januar 2001 in die Euro-Gruppe zu nehmen. Es stellt sich immer mehr die Frage, ob schon damals beim Beitritt das griechische Finanzsystem erheblich gefährdet war.

Es war eine völlige Fehleinschätzung des Bundesfinanzministers Hans Eichel, als er am 29. Juni 2000 im Deutschen Bundestag erklärte: (C)

> Ich freue mich, dass Griechenland mit seiner langen Geschichte und seinem großen Beitrag, den es zur europäischen Kultur geleistet hat, Mitglied der Euro-Zone wird. Sie sehen darin übrigens, welche Stabilitätsgemeinschaft die Euro-Zone inzwischen ist.

Ebenso hat nach meiner Auffassung die von Bundesfinanzminister Hans Eichel und Bundeskanzler Gerhard Schröder und der rot-grünen Koalition im März 2005 gewollte flexiblere Auslegung des Euro-Stabilitätspakts erheblichen Schaden angerichtet und Griechenland mit in die Situation geführt, mit der sich heute der Deutsche Bundestag beschäftigen muss.

Die Kritik der Oppositionsparteien an der Aufweichung des Stabilitätspaktes wies der damalige Bundeskanzler Schröder öffentlich mit den Worten:

> Die Kritik der Opposition beruht auf der Kenntnislosigkeit der ökonomischen Zusammenhänge

zurück. Die Fehleinschätzungen der früheren rot-grünen Koalition und ihres Bundeskanzlers Schröder muss die jetzige Koalition in einer beispiellosen Rettungsaktion für Griechenland bezahlen.

Ich habe erhebliche Zweifel, ob jetzt die finanz- und wirtschaftspolitischen griechischen Daten belastungsfähig sind. Ebenso muss ich anzweifeln, dass allein die Be- (D) schlüsse der griechischen Regierung zu den notwendigen Konsolidierungen führen. Ohne Entschuldung ist nach meiner Auffassung kein wirtschafts- und haushaltspolitischer Neuanfang in Griechenland möglich.

Trotz dieser Bedenken werde ich dem Gesetz zustimmen. Ich stimme auch deshalb zu, weil bei der Anhörung der Sachverständigen durch den Haushaltsausschuss auf die dringende Notwendigkeit der Maßnahmen, wie sie die Bundesregierung vorgeschlagen hat, hingewiesen wurde.

Dr. Rolf Koschorrek *(CDU/CSU):* Die Entscheidung über das Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz ist nicht leicht zu treffen. Ich stimme dem Gesetz mit großen Bedenken zu.

Chancen und Risiken unseres Vorgehens sind mangels historischer Vergleiche und Erfahrungen nur eingeschränkt abzuwägen. Im Mittelpunkt dieser für mich persönlich mit vielen Unsicherheiten behafteten Abwägung steht der mit dem griechischen Staatsbankrott im Euro-Raum mit relativ höherer Wahrscheinlichkeit verbundene Dominoeffekt und die zu befürchtende neuerliche Vertrauenskrise. Die Möglichkeit, eine solche Krise zu verhindern, müssen wir wahrnehmen. Gelingen die ergriffenen Hilfsmaßnahmen, geht dies ohne Belastung unserer Steuerzahler, weil dann die auf Basis unserer Garantien gewährten Kredite verzinst und zurückgeführt werden.

(A) Das Gelingen hängt ab vom Verhalten der Kreditgeber, von der Einigkeit der Regierungen im Euro-Raum, von der Entschlossenheit der Griechen und der Durchsetzungsfähigkeit des IWF. Der IWF spielt meines Erachtens eine Schlüsselrolle. Ohne ihn wäre ich in noch größerer Sorge, ob es gelingen kann, die Griechen auf den Pfad haushaltspolitischer Tugend zu führen.

Entscheidend für meine Zustimmung ist auch, dass wir die Bundesregierung nicht einfach ermächtigen, Garantien zu geben, sondern diese auch an den Reformfortschritt binden. Eine Generalermächtigung kam für mich nicht infrage. Mein Vertrauen in die Gestaltungskraft des krisenerfahrenen IWF ist jedenfalls ausgeprägter als das in den Durchsetzungswillen etlicher – wegen eigener Haushaltsdefizite befangener – europäischer Regierungen. Meine Zustimmung zu dem Gesetz wird damit auch getragen von der Hoffnung, dass wir unsere Lehren ziehen und sich unsere Europapolitik grundlegend ändert. Es ist mir an dieser Stelle ein ausdrückliches Anliegen, klarzustellen, dass der Euro selbst nicht das Problem ist. Problematisch ist der Umgang mit dem Stabilitätspakt.

In Kenntnis der Haushaltslagen anderer Euro-Staaten – auch der in Deutschland – darf man nicht nur mit dem Finger auf Griechenland zeigen. Wenn es uns mit dieser Ermächtigung und der konsortialen Kreditgewährung durch die übrigen Euro-Staaten tatsächlich gelingt, Vertrauen zu schaffen, haben wir Zeit gewonnen, aber nicht alles erreicht. Wir müssen den Waigel'schen Stabilitätspakt nachschärfen und durchsetzen. Dies ist unverzichtbar, bei uns in Deutschland wie in allen anderen EU-Mit-
(B) gliedstaaten. Anfangen sollten wir hier bei uns – in Deutschland.

***Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP):* Ich stimme dem Gesetz – trotz erheblicher Bedenken – zu. Die geplanten Kredithilfen an Griechenland sind ein nicht unerheblicher Eingriff in die Marktmechanismen und schon deshalb kritisch zu bewerten. Das Problem Griechenlands ist gerade die enorme Schuldenlast. Ich schließe nicht aus, dass eine geordnete Insolvenz Griechenlands oder andere diskutierte Maßnahmen eine wirksamere Methode zur Überwindung der Krise wären.

Letztlich muss ich mich allerdings auf die Richtigkeit der vorgetragenen Argumente seitens der Bundesregierung und der Experten aus der Europäischen Union bzw. der Deutschen Bundesbank/Europäische Zentralbank verlassen. Voraussetzung für meine Entscheidung stellten die Maßnahmen im Entschließungsantrag der CDU/CSU und FDP dar. Demnach würde ein Zahlungsausfall Griechenlands ein erhebliches Risiko für die Stabilität der Währungsunion und des Finanzsystems darstellen. Dies ist zu verhindern. Außerdem muss ein Dominoeffekt verhindert werden, der andere fragile Staaten in den Abgrund reißt.

Die strengen Richtlinien für die Finanzverfassung im Euro-Raum müssen wieder solide, und deren Umsetzung muss mit aller Konsequenz durchgesetzt werden. Dazu gehört vor allem, dass auf den Bruch dieser Richtlinien Sanktionen erfolgen müssen.

Die jetzigen Hilfen für Griechenland entbinden den (C)
Bundestag und die Bundesregierung nicht von der Pflicht, die Umstände der Aufnahme Griechenlands in den Euro-Raum sowie dessen Verhalten seitdem aufzuklären. Dazu gehört auch die Frage, warum Stabilitätskriterien aufgeweicht bzw. deren Anwendung nicht oder nur nachlässig durchgesetzt wurden. Dies darf sich nicht ausschließlich auf Griechenland konzentrieren, sondern muss insbesondere auch die beteiligten Euro-Staaten und insbesondere die Bundesrepublik Deutschland einbeziehen.

Mit der Abstimmung verbinde ich die Hoffnung darauf, dass auch in Deutschland die Einsicht darüber einkehrt, dass nur solide Finanzen, ein durchschaubares Steuersystem und die konsequente Durchsetzung von Kontrollmechanismen langfristig das Überleben der Währungsunion sichern kann. Der Fall Griechenland zeigt, dass unfinanzierbare Tagträume, die beständig im politischen Meinungsprozess Einzug oder Wiederkehr feiern, fatale Folgen haben.

Darüber hinaus müssen wir uns vor Augen führen, dass auch Deutschland nicht ohne Weiteres die Übernahme solch enormer finanzieller Risiken leisten kann. Deutschland muss sich trotz seiner im Vergleich zu Griechenland besseren Finanzausstattung bewusst sein, das es selbst immense Hausaufgaben in dieser Beziehung vor sich hat. Erhebliche Einsparmaßnahmen, die Reformierung des Steuersystems und die Bekämpfung der Bürokratie bleiben auf der Tagesordnung. Diese Notwendigkeiten sind auch im Lichte der griechischen Verhältnisse nicht relativierbar und müssen weiterhin mit (D)
Nachdruck verfolgt werden.

***Paul Lehrieder** (CDU/CSU):* Trotz größter Bedenken habe ich zur Stützung der Geldwertstabilität unserer gemeinsamen Euro-Währung am Freitag, den 7. Mai 2010, dem sogenannten Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz meine Zustimmung erteilt.

Eine Abwertung der griechischen Staatsanleihen bzw. eine Umschuldung Griechenlands mit entsprechenden Verlusten bei den gezeichneten Staatsanleihen hätte keinesfalls eine gangbare Alternative darstellen können, zumal auch Staatsanleihen weiterer Euro-Länder – Portugal, Spanien, Irland – in der Folge unverzüglich Gefahr gelaufen wären, ebenfalls nicht mehr akzeptiert bzw. als Anlage nicht mehr gezeichnet werden zu können mit der Folge, dass neben dem relativ kleinen Griechenland ein weiterer Teil des Euro-Landes sehr kurzfristig erhebliche Finanzprobleme dergestalt leiden würde – Spanien –, dass hier eine Hilfe wie im Fall Griechenlands bei den übrigen Ländern schlichtweg aus haushaltstechnischen Gründen nicht mehr infrage kommen könnte. Man würde mit großer Wahrscheinlichkeit hier Gefahr laufen, dass beispielsweise ein Land wie Spanien „too big to fail" wäre und hierdurch erhebliche Stabilitätsprobleme der gesamten Euro-Währung entstehen würden.

Ich sehe mich außerstande, unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern einen Währungsschnitt bzw. eine ähnlich drastische Einschnittsmaßnahme in ihre Sparguthaben zu erklären bzw. zuzumuten.

Mir ist sehr wohl bekannt und bewusst, dass die Bereitstellung der im eingangs genannten Gesetz vorgesehenen Finanzmittel mit erheblichen Risiken verbunden ist. Ebenfalls ist mir durchaus ein Ärgernis, dass in unvermeidbarer Weise die relativ hochverzinsten griechischen Staatsanleihen letztendlich über deutsche Steuermittel abgesichert werden und die Risiken von uns als Mittelbereitsteller getragen werden, die Rendite jedoch bei den Zeichnern der Staatsanleihen verbleibt.

Dies stellt jedoch im Verhältnis zu der eingangs genannten Problematik eines sogenannten Flächenbrands des Misstrauens unserer Gemeinschaftswährung von immerhin etwa einem halben Dutzend der Euro-Länder das aus meiner Sicht geringere Risiko im Verhältnis zu einer Geldentwertung des Euro dar.

Die absichtlich falschen Daten Griechenlands vor Aufnahme in die Euro-Gruppe im Jahr 2000/2001, viele Entscheidungen griechischer Regierungen seitdem, das Übersehen von Warnhinweisen im Jahr 2005 durch die rot-grüne Regierung in Deutschland sowie die andauernde Verschleierung und Beschönigung der griechischen Wettbewerbsfähigkeit und Staatsfinanzen haben ein tiefsitzendes Misstrauen gegenüber der griechischen Politik geschürt, das auch jetzt noch Zweifel am Willen Griechenlands hegt, Kredite ernsthaft zurückzuzahlen.

Ebenfalls begegnet das Verhalten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erheblichem Befremden, wenn sie einerseits im Jahr 2001 gegen bestehende Bedenken maßgeblich den Beitritt Griechenlands zur Euro-Zone forciert hatte, nunmehr offensichtlich in der Abstimmung unsere Kanzlerin im Regen stehen lässt und mit einer Enthaltung von der historischen Verantwortung der SPD offensichtlich nichts mehr wissen will.

Dennoch komme ich nach Abwägung aller Umstände zu dem Ergebnis, dass die mit dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz möglicherweise verbundenen Folgen eher zu verantworten sind als ein Nichthandeln und ein griechischer Staatsbankrott. Die Gefahr für die Stabilität unserer Währung, die Gefahr für Aufschwung und Arbeitsplätze in Deutschland durch einen Staatsbankrott Griechenlands bedrohen die Bürger Deutschlands unmittelbarer und härter.

Bei meiner Entscheidung, meine Bedenken zurückzustellen, habe ich mich von folgenden Überlegungen leiten lassen:

– Die Nothilfe für Griechenland ist ein absoluter Ausnahmefall. Aus der Europäischen Union darf und wird keine Transferunion werden.

– Die Bundesregierung wird alles daransetzen, zu einer Stärkung der Kontroll- und Eingriffsbefugnisse der Europäischen Union gegenüber Mitgliedstaaten zu kommen, die ihre Verpflichtungen nicht erfüllen.

– Die Bundesregierung wird alles daransetzen, im europäischen Stabilitätspakt schärfere, nach verbindlich beschriebenen Kriterien eintretende und damit von politischen Rücksichtnahmen unabhängigere Sanktionen zur Ahndung von Verstößen zu verankern.

– Das Sanierungsprogramm der Regierung Griechenlands wird vom IWF und den europäischen Institutionen strikt überwacht. Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag laufend über die Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen.

– Künftigen Krisen wird wirksamer als in der Vergangenheit vorgebeugt: durch strengere Regeln für Finanzinstitutionen und Finanzmärkte, die derzeit erarbeitetet und in den nächsten Monaten in Deutschland, Europa und möglichst weltweit in Kraft gesetzt werden, und durch Reformen, die dem europäischen Stabilitätspakt mehr Biss geben.

– In Europa werden Instrumente für eine geordnete Staatsinsolvenz überschuldeter Staaten entwickelt. Das Restrukturierungs- und Insolvenzsystem wird eine systemische Risiken vermeidende Heranziehung der Gläubiger entsprechend der von ihnen eingegangenen Risiken sicherstellen.

Dr. Erwin Lotter *(FDP):* Der Deutsche Bundestag beschließt am heutigen Tage eine milliardenschwere Unterstützung für das in Not geratene EU-Mitglied Griechenland. Dem entsprechenden Gesetz habe ich aus übergeordneten Gesichtspunkten zugestimmt, insbesondere um die Stabilität der Gemeinschaftswährung Euro nicht zu gefährden und einen europaweiten finanzpolitischen Flächenbrand zu verhindern.

Dessen ungeachtet möchte ich festhalten, dass Griechenland einen Großteil der Verantwortung für die derzeitige Situation trägt. Ich bedaure. dass die Verhandlungen der letzten Wochen nicht primär in Richtung einer geregelten Insolvenz oder einer Umschuldung geführt worden sind. Als Konsequenz steht das jetzige Vorgehen ohne Alternative da, um einem ungeregelten Staatsbankrott Griechenlands zu entgehen. Es ist auch im Hinblick auf die vertraglichen Regelungen zur Einführung des Euro nicht unproblematisch, die eine „Rettung“ verschuldeter Staaten durch die anderen Mitglieder der Euro-Zone nicht vorsehen.

Es ist mir wichtig, die besondere Verantwortung zu unterstreichen, die ich als Bundestagsabgeordneter gegenüber dem deutschen Steuerzahler habe, der letztlich für die Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau haftet. Die Entscheidung ist mir daher persönlich schwergefallen.

Ich fordere einen nachdrücklichen Einsatz des griechischen Staates, der wirksame Maßnahmen ergreifen muss, um sein Staatsdefizit in den Griff zu bekommen, auch wenn dies bedauerlicherweise mit harten Einschnitten für die griechischen Staatsbürger verbunden ist. Hier ist ein Mentalitätswandel erforderlich, den Griechenland sich selbst schuldig ist. Die jüngsten Ausschreitungen haben leider Bedenken hinsichtlich der Zuverlässigkeit der griechischen Zusagen geweckt. Es bleibt fraglich, ob die Maßnahmen der Regierung von der Bevölkerung mitgetragen werden. Die Umsetzung der Reformen und entsprechenden Gesetze im Sinne der europäischen Verantwortung und der Einhaltung vereinbarter Spielregeln werden von uns selbstverständlich unterstützt.

(A) Nach meiner Überzeugung ist es unverzichtbar, bessere Überprüfungsmaßnahmen einzuführen und Sanktionsmechanismen zu etablieren, um derartigen Entwicklungen, die für die Gemeinschaftswährung bedrohlich sind, künftig Einhalt zu gebieten. Es darf nicht geschehen, dass das im Falle von Griechenland gewählte Verfahren sich bei anderen gefährdeten Staaten der Euro-Zone wiederholt; der übergreifende Notstand kann keinesfalls zum Normalfall werden. Die Stabilitätsanforderungen des Maastricht-Vertrages müssen das Bewusstsein aller europäischen Regierungen bestimmen und dürfen nicht zur bloßen Absichtserklärung verkommen. Das heutige Gesetz muss auch in diesem Sinne als Warnung verstanden werden und ein Einzelfall bleiben.

Oliver Luksic *(FDP):* Zur Abstimmung zum Entwurf eines Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen zum Erhalt der für die Finanzstabilität in der Währungsunion erforderlichen Zahlungsfähigkeit der Hellenischen Republik (Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz – WFStG) der Fraktionen der CDU/CSU und FDP auf Drucksache 17/1544 erkläre ich Folgendes:

Da es zum jetzigen Zeitpunkt kein Zeitfenster für Alternativen mehr gibt, gilt es nicht nur aus Gründen der europäischen Solidarität, die mögliche Destabilisierung Griechenlands der Finanzmärkte und der europäischen Wirtschaft zu verhindern, sondern auch deshalb, weil dies wohl unkalkulierbare Kosten vor allem für den deutschen Steuerzahler verursachen würde. Ich stimme dem Gesetz trotz folgender Bedenken zu. Die Bundesgarantie für einen Kredit der KfW von bis zu 22,4 Milliarden Euro im Rahmen der von EU, EZB und IWF koordinierten bilateralen Hilfe für die Hellenische Republik halte ich politisch, ökonomisch und rechtlich für in hohem Maße bedenklich. Aus guten Gründen haben die Väter des Maastricht-Vertrages vermeiden wollen, dass es zu einer Haftungs- bzw. einer Transferunion kommt. Das WFStG ist de facto ein Bail-out Griechenlands und stellt europapolitisch, ökonomisch und juristisch eine Zäsur dar.

(B)

Kurzfristig mag der Euro so gestützt werden, mittel- und langfristig wird die Stabilität des Euro durch diesen Beschluss jedoch geschwächt. Die Akzeptanz des Euro und der europäischen Integration in der Bevölkerung wird durch diesen Beschluss nicht gefördert, insbesondere wenn es trotz aller Bemühungen und Beteuerungen dazu kommen sollte, dass Griechenland die Kredite nicht zurückzahlen kann. Wenn Schulden geteilt werden, sinkt die Eigenverantwortung. Ein Bail-out oder gar ein wie auch immer gearteter „permanenter Krisenlösungsmechanismus“ führen meiner Überzeugung nach zu weniger fiskalischer Disziplin und damit zu einer Schwächung unserer gemeinsamen Währung, die für Deutschland und Europa von großer Bedeutung und großen Nutzen war und ist.

Nicht nur das Maastricht-Urteil des BVerfG, sondern vor allem das europäische Recht mit Art. 125 AEUV setzt den Hilfsmaßnahmen klare Grenzen. Was verfassungsrechtlich vielleicht noch möglich ist, ist europarechtlich jedoch in äußerstem Maße fragwürdig. Wenn weder Art. 122 noch Art. 136 AEUV als Ausnahmebestimmungen hier greifen, ist die Vereinbarkeit des WFStG mit EU-Recht weder was den Wortlaut, noch, was den Geist des AEUV angeht, gegeben. Da diese Prüfung dem EuGH obliegt, könnte es zu dem Fall kommen, dass es ohne Kläger keinen Richter gibt, was rechtlich und politisch hochproblematisch wäre. Gerade weil die EU im Kern eine Rechtsgemeinschaft ist, halte ich das vorliegende Gesetz für äußerst bedenklich. (C)

Entscheidend ist, alles dafür zu tun dass die Kredite zurückbezahlt werden und dass sich ein solcher Fall nicht wiederholt. Vor allem durch die konsequente Haltung der Bundesregierung kam es zu einer Beteiligung des IWF und dem zweiten Sparpaket Griechenlands, was im Rahmen der Möglichkeiten das wohl bestmögliche Verhandlungsergebnis ist. Trotz meiner grundsätzlichen Bedenken und meiner Zweifel, ob Griechenland aus der Schuldenspirale herauskommt, stimme ich aus oben genannten Gründen dem vorliegenden Gesetz zu.

Die von EU und Bundesregierung angekündigte Stärkung des Stabilitätspaktes, der in der Vergangenheit aufgeweicht und nun gebrochen wird, ist unabdingbar. Neben der Krisenprävention muss die Durchsetzbarkeit des Paktes gestärkt werden. Auch der rechtlich bisher nicht mögliche Ausschluss aus der Währungsunion als schärfstes disziplinierendes Instrument darf in der Zukunft europapolitisch jedoch nicht weiter tabuisiert werden, wenn der Euro eine dauerhaft stabile Währung bleiben soll. Griechenland muss ein Sonderfall bleiben und darf nicht zum Präzedenzfall werden.

(D)

Horst Meierhofer *(FDP):* Als Mitglied der FDP-Bundestagsfraktion werde ich dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen zum Erhalt der für die Finanzmarktstabilität in der Währungsunion erforderlichen Zahlungsfähigkeit der Hellenischen Republik, 17/1544, sowie dem dazugehörigen Entschließungsantrag von CDU/CSU und FDP zustimmenden. Ich möchte auf diesem Wege jedoch meine Bedenken mitteilen: Durch die Hilfen erhöht sich die Verschuldung Griechenlands zusätzlich; wie auf diese Weise die Zahlungsfähigkeit verbessert werden kann, erscheint zumindest offen. Ob nach der zugesagten Gewährleistung für drei Jahre eine Stabilisierung erreicht sein wird, ist ebenso fraglich – ein Automatismus, dass die Hilfen danach fortgesetzt werden müssen, darf sich hieraus nicht ergeben. Ob die Stabilität des Euro dadurch gewinnt, dass die EU ihre Stabilitätskriterien ignoriert bzw. Verstöße nicht sanktioniert, sondern heilt, wird sich auch erst zeigen müssen. Die wichtigste Lehre muss aber sein, schnellstmöglich dafür zu sorgen, dass alle EU-Länder wissen, dass sie zukünftig selbst für ihre finanziellen Verpflichtungen verantwortlich sind – zum Schutz des Euro.

Dr. Georg Nüßlein *(CDU/CSU):* Die Entscheidung über das Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz, WFStG, ist nicht leicht zu treffen. Ich stimme dem Gesetz mit großen Bedenken zu. Eine Transferunion darf nicht entstehen. Wie sie aber angesichts der Zwangssituation zu vermeiden ist, bleibt abzuwarten. Aber: Es geht hier um

(A) Deutschland und nicht darum, griechischen Schlendrian mit deutschem Steuergeld zu finanzieren.

Allerdings: Chancen und Risiken unseres Vorgehens sind mangels historischer Vergleiche und Erfahrungen nur eingeschränkt abzuwägen. Im Mittelpunkt dieser für mich persönlich mit vielen Unsicherheiten behafteten Abwägung steht der mit dem griechischen Staatsbankrott im Euro-Raum mit relativ höherer Wahrscheinlichkeit verbundene Dominoeffekt und die zu befürchtende neuerliche Vertrauenskrise. Nach reiflicher Überlegung bin ich zu dem Schluss gekommen: Den Versuch, eine solche Krise zu verhindern, muss man wagen. Gelingt er, geht dies ohne Belastung unserer Steuerzahler, weil dann die auf Basis unserer Garantien gewährten Kredite verzinst und zurückgeführt werden.

Das Gelingen hängt ab vom Verhalten der Kreditgeber, von der Einigkeit der Regierungen im Euro-Raum, von der Entschlossenheit der Griechen und der Durchsetzungsfähigkeit des IWF. Der IWF spielt meines Erachtens eine Schlüsselrolle. Ohne ihn wäre ich in noch größerer Sorge, ob es gelingen kann, die Griechen auf den Pfad haushaltspolitischer Tugend zu führen. Hier liegen meine eigentlichen Befürchtungen, befeuert durch die Demonstrationen, Brände und Straßenschlachten in der Hellenischen Republik.

Entscheidend für meine Zustimmung war auch, dass wir die Bundesregierung nicht einfach ermächtigen, Garantien zu geben, sondern diese auch an den Reformfortschritt binden. Eine Generalermächtigung kam für mich nicht infrage. Ich bin dem Bundestagspräsidenten für
(B) seinen Einsatz an dieser Stelle ausdrücklich dankbar. Europapolitik entkoppelt sich über viele Jahre von der legislativen Kontrolle und vermeidet vorsätzlich – als Handlungsfeld der Exekutive – die demokratische Rückbindung an die Parlamente. Das habe ich insbesondere bei meiner Ablehnung des Lissabon-Vertrages bemängelt. Vom Bundesverfassungsgericht wurde diese Sichtweise zwischenzeitlich bestätigt. Es möge sich jeder selbst Gedanken machen, wie viel Anteil an den jetzt offenkundigen Fehlentwicklungen darin zu suchen ist.

Ich kann mir aber an dieser Stelle einen weiteren europapolitischen Seitenhieb nicht verkneifen: Es stimmt, die Griechen haben beim Euro-Beitritt betrogen. Die entscheidende Frage heißt aber: Wer war wirklich gutgläubig? Klar könnte man die Schuld für die Zulassung Griechenlands der damaligen rot-grünen Bundesregierung zuweisen. So einfach will ich es mir aber nicht machen, auch wenn das taktische, unverantwortliche Abstimmungsverhalten der SPD am heutigen Tage dazu reizen würde.

Diese Entscheidung passt nämlich in eine Reihe von europapolitischen Entscheidungen, bei denen Europapathos und der Blick auf das „geschichtsträchtige große Ganze“ Fakten und Realitäten verdrängten. Ich verweise ausdrücklich auf die von mir mehrfach angemerkte zu frühe Aufnahme Rumäniens und Bulgariens in die EU, die Verhandlungen mit der Türkei, die weder geografisch noch kulturell zu Europa gehört. Auch der – Gott sei Dank verhinderte – aktuelle Versuch, die Beteiligung des IWF nicht zuzulassen, weil die Euro-Zone angeblich ihre Probleme eigenständig lösen müsse, passt in diese (C)
Reihe eines überhöhten Europaverständnisses. Mein Vertrauen in die Gestaltungskraft des krisenerfahrenen IWF ist jedenfalls ausgeprägter als das in den Durchsetzungswillen etlicher, wegen eigener Haushaltsdefizite befangener europäischer Regierungen. Meine Zustimmung zu dem Gesetz wird damit auch getragen von der Hoffnung, dass wir unsere Lehren ziehen und sich unsere Europapolitik grundlegend ändert.

Es ist mir an dieser Stelle ein ausdrückliches Anliegen, klarzustellen, dass der Euro selbst nicht das Problem ist. Problematisch ist der Umgang mit dem von Finanzminister Dr. Theo Waigel in genialer Weise verhandelten Stabilitätspakt. Eigentlich hätte dieses Übereinkommen die Basis und nicht das Anhängsel der Euro-Einführung sein müssen, zu dem es nicht zuletzt die Regierung Schröder gemacht hat. Ich schäme mich dafür, dass es eine deutsche Bundesregierung, nämlich die von Gerhard Schröder, war, die damit den Anstoß für die Aufweichung des Stabilitätspaktes geliefert hat.

In Kenntnis der Haushaltslagen anderer Euro-Staaten – und auch der in Deutschland – darf man nicht nur mit dem Finger auf Griechenland zeigen. Wenn es uns mit dieser Ermächtigung und der konsortialen Kreditgewährung durch die übrigen Euro-Staaten tatsächlich gelingt, Vertrauen zu schaffen, haben wir Zeit gewonnen, aber nicht alles erreicht. Wenn wir den Waigel’schen Stabilitätspakt nicht nachschärfen und durchsetzen, ist nichts gewonnen. Anfangen sollten wir hier bei uns – in Deutschland.

(D)

Gisela Piltz *(FDP):* Dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz stimme ich zu, weil ich die Notwendigkeit erkenne, rasche Maßnahmen zur Stabilisierung der gemeinsamen Währung und mithin zur Sicherung auch der deutschen Wirtschaft und zum Schutz der deutschen Bürgerinnen und Bürger zu ergreifen, und davon überzeugt bin, dass Deutschland seinen Teil hierzu beitragen muss.

Zugleich stelle ich aber fest, dass die Krise der gemeinsamen Währung aufgrund der Misswirtschaft in Griechenland und die daraus folgenden Risiken auch für die deutsche Wirtschaft und die deutschen Bürgerinnen und Bürger mindestens teilweise hätten vermieden werden können. Die Krisenmechanismen der EU im Bezug auf die Überschuldung ihrer Mitgliedstaaten und die Kontrolle der Einhaltung der Stabilitätskriterien durch die einzelnen Mitgliedstaaten sind offensichtlich nicht ausreichend. Es kann und darf nicht ohne Konsequenzen bleiben, dass einzelne Mitgliedstaaten auf Kosten und zulasten der übrigen Mitgliedstaaten – insbesondere auf Kosten und zulasten der Menschen, die, wie in Deutschland, selbst harte Einschnitte zu schultern haben und mit ihrer Arbeit und ihren Steuern die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates sicherstellen – über ihre Verhältnisse leben. Es kann weiterhin nicht ohne Konsequenzen bleiben, dass einzelne Mitgliedstaaten die EU darüber täuschen, wie die finanzielle Lage des Staatshaushalts tatsächlich ist. Schließlich kann und darf es nicht ohne Konsequenzen bleiben, dass diejenigen, die

(A) durch die Gewährung von riskanten und nicht gedeckten Krediten Griechenland die immer weitere Aufnahme von Schulden ermöglicht haben, hierfür die Verantwortung auf die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler abwälzen. Die Verantwortung der Finanzwirtschaft für die Risiken spekulativer Geschäfte kann und darf nicht der Staat übernehmen.

Ich stimme dem Gesetz zu, weil ich erwarte, dass den Ankündigungen der Bundesregierung Taten folgen, sich auf EU-Ebene für Regularien einzusetzen, die künftig derartige Lagen erst gar nicht entstehen lassen. Ich erwarte weiterhin, dass die Finanzwirtschaft in die Pflicht genommen wird, künftig ihrer Verantwortung gerecht zu werden und nicht durch spekulative Geschäfte die Finanz- und Währungsstabilität erneut zu gefährden.

Michael Roth *(Heringen) (SPD):* Europa ist wohl endlich in der Mitte der nationalen Politik angekommen. Daran ändern auch die hilflosen Versuche von CDU/CSU und FDP nichts, im Begleitzug des medialen Boulevards wieder Mauern hochzuziehen und sich abzuschotten. Wir Europäer sitzen in einem Boot. Mit dem internationalen Hilfspaket zur Stabilisierung Griechenlands wird nicht nur Solidarität geübt. Es geht ebenso um die Stabilisierung des Euro und des europäischen Wirtschaftsraumes, von dem maßgeblich Deutschland dank seiner Exporte profitiert. Millionen Arbeitsplätze in Deutschland wären bedroht, wenn es zu einem Flächenbrand käme, der sich beispielsweise auf Spanien, Portugal oder gar Großbritannien ausdehnte.

(B) Die Europäische Union ist bislang daran gescheitert, entsprechende Strategien und Instrumente zur Verhinderung solcher Krisen zu entwickeln. Die absurden Vorschläge aus den Reihen von CDU/CSU und FDP sind ein Zeichen von Renationalisierung und Entsolidarisierung: Ausschluss Griechenlands aus der Euro-Zone oder der EU, Verkauf von Inseln etc. Die Bundeskanzlerin hat versagt, weil sie über Wochen blockiert und gezaudert hat. Das hat die Krise unnötig verschärft und Griechenland weiter an den Abgrund getrieben. Bereits vor Monaten hat die griechische Regierung erste massive Spar- und Konsolidierungspakete geschnürt. Man muss sich die Ausmaße dieser Anstrengungen einmal verdeutlichen: Hochgerechnet auf Deutschland wären von uns 100 Milliarden Euro Einsparungen jährlich zu erbringen. Wären wir dazu wirklich bereit und in der Lage, solche Einschnitte zu realisieren und unserer Bevölkerung zuzumuten?

Die Europäische Union und der IWF haben sich nunmehr auf ein Hilfspaket verständigt. Es muss umgehend in Kraft treten und wirken. Aber es trägt wenig zur Verhinderung ähnlicher Krisen in der Zukunft bei. Hierzu hat die SPD eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet: Spekulationen auf Währungen und Staaten sind einzudämmen, die internationalen Finanzmärkte sind auch durch eine entsprechende Steuer an den Kosten der Krise zu beteiligen, eine stärkere Kontrolle und Regulierung des internationalen Banken- und Finanzsystems ist überfällig. Die Staatsfinanzen müssen von den Kapitalmärkten weitgehend entkoppelt werden. Die Euro-Zone leidet auch unter den massiven wirtschaftlichen, beschäftigungspolitischen und sozialen Ungleichgewichten. – Aus ideologischen Gründen verschließen sich CDU/CSU und FDP dieser Einsicht. (C)

Dennoch erteile ich dem Gesetzesentwurf meine Zustimmung. Ich bin davon überzeugt, dass er unter den obwaltenden Umständen die notwendige Antwort auf die Krise ist. Ein deutliches, auch von der deutschen Sozialdemokratie als *der* Europapartei getragenes Zeichen der Solidarität in Richtung Griechenland und Europäische Union halte ich für zwingend. Deshalb stimme ich zu, unabhängig davon, dass die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen europapolitisch versagt und sich zur zukünftigen Verhinderung solcher Krisen solidarischen, gerechten und europäischen Antworten verweigert haben.

Björn Sänger *(FDP):* Die Notwendigkeit der heutigen Abstimmung ist das Ergebnis einer Politik, die ökonomische Notwendigkeiten vor dem Hintergrund des Ziels der europäischen Einigung ausgeblendet hat. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf und den Maßnahmen, die er unterstützen soll, kann lediglich ein Zeitgewinn zur Reparatur des ökonomisch missglückten Maastricht-Vertrags erreicht werden. Um diesen Zeitgewinn durch eine kurzfristige Stabilisierung unserer gemeinsamen Währung geht es bei dieser Abstimmung.

Ginge es nur um Griechenland, stünde meine Entscheidung fest. Einem Partner, der von Beginn an durch Abgabe falscher Daten das Vertrauen der Mitstreiter in der Schicksalsgemeinschaft Euro missbraucht hat, der (D) über Jahre hinweg deutlich über seine Verhältnisse gelebt hat, kann auch mit viel gutem Willen nicht geholfen werden. Trotz der anerkennenswerten erheblichen und für die griechische Bevölkerung schmerzhaften Konsolidierungsschritte der griechischen Regierung haben die Griechen zum Teil Errungenschaften, die es in Deutschland bei wesentlich höherer wirtschaftlicher Ertragskraft niemals gegeben hat. Das Motto „Wer arbeitet, muss mehr haben als der, der nicht arbeitet“ muss nicht nur unter den Bürgern innerhalb eines Landes gelten, muss auch in der Gemeinschaft der Staaten der Europäischen Union seine Anwendung finden.

Durch die im Gesetzentwurf vorgesehenen Maßnahmen wird aus meiner Sicht ein Zeitgewinn von drei Jahren erzielt. Er ist die einzige Chance, nicht abseh- und beherrschbare Verwerfungen auf den Finanzmärkten abzuwenden, und bietet Griechenland die Möglichkeit, verlorenes Vertrauen wiederzugewinnen. Die Einbindung des IWF, der den mit den Griechen vereinbarten eingeschlagenen Konsolidierungskurs regelmäßig überwacht und die Daten auf ihre Validität überprüft, sorgt dafür, dass das Risiko der Inanspruchnahme der im Gesetz gewährten Bürgschaften minimiert ist. Diese Sicherungen sind das absolute Minimum dessen, worauf der deutsche Steuerzahler einen Anspruch hat.

Der durch die Hilfsmaßnahmen erwirtschaftete Zeitgewinn muss zwingend dazu genutzt werden, die Konstruktionsfehler des Maastricht-Vertrags zu beseitigen. Hierzu gehören Sanktionsmaßnahmen, die bei der Ver-

(A) letzung bestimmter Kriterien automatisch greifen. Eine den Sanktionen vorgeschaltete, politische Debatte mit Abstimmung etwa auf EU-Ebene darf es in diesen Fragen nicht geben. Der Verstoß gegen die vereinbarten Regeln muss durch eine unabhängige Institution festgestellt werden, die sodann die festgelegten Sanktionen einleitet. Zu den möglichen Sanktionen muss auch ein Sonderbeauftragter gehören, der für einen bestimmten Zeitraum in den währungsrelevanten Politikfeldern die alleinigen Befugnisse erhält. Als Ultima Ratio muss es der Staatengemeinschaft in der Euro-Zone möglich sein, ein Mitglied auch auszuschließen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist ein hohes und wichtiges Gut. Es endet aber dort, wo das eigene jahrelange Fehlverhalten die Existenzgrundlagen anderer Völker innerhalb der Währungsunion bedroht.

Im Vertrauen darauf, dass die nunmehr verbleibende Zeit genutzt wird, um den Maastricht-Vertrag so zu ändern, dass aus der Währungsunion nicht eine dauerhafte Transferunion wird, werde ich diesem Gesetzentwurf zustimmen, um in der jetzigen Situation dauerhaften und nicht absehbaren Schaden von der gemeinsamen Währung Euro und der deutschen Bevölkerung kurzfristig abzuwenden. Diese Entscheidung ist kein Freibrief für eventuell anstehende ähnliche Entscheidungen in der Zukunft.

Frank Schäffler *(FDP):* Bevor wir hier über so einen wichtigen Gesetzentwurf abstimmen, mache ich von meinem Recht Gebrauch, mein Abstimmungsverhalten zu begründen:

(B)

Das gemeinsame Europa hat gemeinsame Ziele, die durch gemeinsame Regeln erreicht werden sollen. Diese Regeln sollten für alle gleich sein. Sonderrechte zerstören die europäische Idee. Die Stabilität des Euro ist eine tragende Säule unserer marktwirtschaftlichen Ordnung. Die Solidarität bewährt sich in der Solidität der Mitgliedsländer des Euro-Raumes. Deshalb ist nicht der unsolidarisch, der Sonderrechte verweigert, sondern der, der zulasten anderer Regeln dauerhaft verletzt hat und damit den Euro insgesamt in Gefahr bringt.

Die rechtliche Bewertung: Die Vereinbarungen vom 11. Februar, 25. März und 11. April 2010 der Staats- und Regierungschefs und der Finanzminister des Euro-Raumes zerstören diese Solidarität und brechen die gemeinsamen Regeln. Nach Art. 125 AEUV haften weder die Union noch einzelne Mitgliedstaaten für Verbindlichkeiten eines Mitgliedstaates und treten auch nicht für dessen Verbindlichkeiten ein. Ein Bail-out Griechenlands widerspricht dieser Klausel. Er widerspricht der Stabilitätsorientierung des Euro. EU und Regierungen sind dafür da, Recht zu sichern und es nicht zu schleifen.

Die ökonomische Bewertung: Das ist aber nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist, dass damit die Wirtschaftsverfassung geändert wird. Mit dem Bail-out werden Verantwortung und Haftung außer Kraft gesetzt und die Risiken sozialisiert. Nicht die Spekulanten sind das Problem, sondern der Bai-out ist das Problem. Nur durch den Bail-out lohnt es sich für Geschäftsbanken, griechische Anleihen zu kaufen, weil diese dann wissen, dass dieses Geschäftsmodell nicht zusammen- (C) brechen kann. Das pervertiert die marktwirtschaftliche Ordnung, und es setzt Anreize für einzelne Staaten, sich weiter zu verschulden.

Das vereinbarte Sparpaket des IWF und der Euro-Zone wird Griechenland nicht helfen, da es die Ursache der Probleme Griechenlands nicht löst.

Erstens. Selbst wenn das Sparpaket bis 2014 vollständig umgesetzt wird, steigt die Verschuldung Griechenlands gegenüber 2009 weiter an. Griechenland steckt in der Verschuldungsfalle. Diese wird dazu führen, dass sehr wahrscheinlich die Staatsverschulung am Ende des Hilfspaketes eher bei 130 Prozent im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt liegt, als bei 115 Prozent (2009). Rund 10 Milliarden Euro des Sparpaketes sind ausdrücklich nicht spezifizierte Kürzungen im Haushalt Griechenlands. Also ein Drittel des Sparpaketes liegt im Nebel.

Zweitens. Griechenland wird nicht in der Lage sein, mit seiner Wirtschaft die Mittel zu erwirtschaften, die zur Schuldenreduzierung notwendig sind, solange Griechenland Mitglied der Euro-Zone ist. Notwendig wäre dafür ein Produktivitätsfortschritt der griechischen Wirtschaft von mindestens 30 Prozent, der in dieser kurzen Zeit nicht erreicht werden kann.

Beides sind die notwendigen Bedingungen, dass Griechenland überhaupt in die Lage versetzt wird, sich wieder ausreichend an den Finanzmärkten zu refinanzieren. Deshalb ist die Hilfe der Einstieg in die Transferunion, der die Stabilität des Euro gefährdet und damit die kol- (D) lektive Verantwortungslosigkeit im Euro-Raum befördert. Dies wird unweigerlich Einfluss auf die Geldwertstabilität in unserem Land haben. Damit werden das Sparvermögen von Millionen Menschen und die Investitionsentscheidungen von Tausenden von Unternehmen infrage gestellt.

Diesem Handeln kann ich im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger nicht meine Zustimmung erteilen. Deshalb stimme ich gegen diesen Gesetzentwurf.

Dr. Angelica Schwall-Düren *(SPD):* Die Bundesregierung hat durch ihr unverantwortliches Verhalten, ihre Verzögerung, ihr Taktieren und die fehlende Einsicht, dass Griechenland dringend unsere Hilfe braucht, unser Land international und in Europa isoliert und die Spekulationen der Finanzmärkte angeheizt.

Ich halte es für völlig unzureichend, dass die Koalitionsfraktionen nicht bereit sind, entscheidende Maßnahmen zur Vermeidung von zukünftigen Krisen des internationalen Finanzsystems, daraus folgenden Krisen in der Realwirtschaft und Krisen bei den Staatshaushalten zu beschließen.

Die Krise des griechischen Staatshaushalts ist eine Krise, die Bedeutung weit über die kleine griechische Volkswirtschaft hinaus hat. Abgesehen von den hausgemachten Ursachen einer nicht tragfähigen Verschuldung, einer Verschleppung von Modernisierungsprojekten und einer überhöhten Inflationsrate, war Griechenland in den

(A) letzten Monaten Spekulationsangriffen der internationalen Finanzakteure ausgesetzt. Wenn die Krise und die Spekulationen nicht eingedämmt werden, besteht die Gefahr, dass ein Flächenbrand entsteht und weitere Länder in den Fokus der Hedgefonds geraten und schließlich die gesamte Währungsunion destabilisiert wird.

Jeder Versuch der Länder der Euro-Zone oder der Kommission, die Spekulanten durch Hilfszusagen für Griechenland zu stoppen, wurde von der Bundesregierung torpediert. Durch die gebetsmühlenhaften Behauptungen, Griechenland müsse erst einmal seine Hausaufgaben machen und ein Sparpaket vorlegen, wurden die Hilfen infrage gestellt und die Spekulanten geradezu eingeladen, weiter auf einen Staatsbankrott zu wetten.

Anstatt die deutsche Bevölkerung über die Fakten und die Notwendigkeit zur Hilfe aufzuklären, wurde seitens der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien keine Gelegenheit ausgelassen, die billigsten Ressentiments und Vorurteile, Falsch-und Fehlmeldungen, die in einer beispiellosen Hetzkampagne einiger deutscher Medien über Wochen publiziert wurden, zu bedienen und zu verstärken. Der einzige Grund war: Sie glaubten, damit in den Landtagswahlen NRW punkten zu können.

Die Hinhaltetaktik der deutschen Bundesregierung hat nicht nur dazu geführt, dass für die zuletzt ausgegebenen griechischen Staatsanleihen durch Spekulationen getriebene überhöhte Zinsen bezahlt werden müssen, sondern auch dazu, dass der Hilfsmechanismus in Gang gesetzt werden musste und die daraus resultierenden Bürgschaften höher ausfallen, als sie sonst hätten ausfal-
(B) len müssen.

Bis vor wenigen Tagen hat die Bundesregierung den Eindruck erweckt, dass es sich bei dem Hilfspaket um direkte Zahlungen aus dem Bundeshaushalt handelt und nicht um eine Bürgschaft für Kredite, an denen die KfW und damit die deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler gut verdienen werden. Und sie hat den Eindruck erweckt, als ob nicht die griechische Regierung und das griechische Parlament weitreichende Maßnahmen ergriffen haben, sondern dass erst die Verweigerungshaltung der deutschen Regierung dazu geführt hat, dass überhaupt Maßnahmen ergriffen wurden.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat auch aus der Finanz- und Wirtschaftskrise keine Lehren gezogen. Sie weigert sich aus ideologischen Gründen, die Verursacher und Profiteure der Krise an den Kosten zu beteiligen. Sie weigert sich, die Finanzmärkte so zu regulieren, dass Spekulationen eingedämmt werden und vom Finanzsektor künftig keine Gefahren für die Realwirtschaft oder ganze Währungsräume mehr entstehen können. Es ist schwer zu ertragen, dass diejenigen, die die Finanz-und Wirtschaftskrise verursacht haben, auch jetzt wieder von der Krise, in die sie die Euro-Zone hineinmanövriert haben, von den Hilfsmaßnahmen profitieren werden, weil Deutschland keinerlei ernsthafte Anstrengungen unternimmt, die Kapitalmärkte zu regulieren und den Finanzsektor an den Kosten zu beteiligen.

Dabei ist es höchste Zeit, dass die Bundesregierung aktiv wird, um die Finanzmärkte zu regulieren, die

(C) Finanzakteure an den durch sie verursachten Kosten zu beteiligen und für eine wirtschaftspolitische Koordinierung in der EU zu sorgen, damit auf Dauer Leistungsbilanzungleichgewichte eingedämmt werden – siehe Forderungen im Entschließungsantrag der SPD. Dies ist im gesamteuropäischen und damit im deutschen Interesse.

Ich bin darüber hinaus der Überzeugung, dass die Mitgliedstaaten der Währungsunion und Deutschland dringend gefordert sind, der griechischen Regierung jetzt mit dem vereinbarten Hilfspaket zur Seite zu stehen. Die Bundesregierung hat aus meiner Sicht mit ihrer über viele Wochen wahltaktisch bedingt zögerlichen und widersprüchlichen Haltung massiv die bereits verabschiedeten tiefgreifenden Sparmaßnahmen der griechischen Regierung gefährdet. Sie hat es zugelassen, dass der Euro immer stärker unter Druck gerät. Damit wird der Wohlstand der gesamten Währungsunion und damit auch Deutschlands in Gefahr gebracht. Jüngste Herabstufungen Griechenlands, Portugals und Spaniens durch Ratingagenturen zeigen die Dramatik der Situation auf. Hilfe ist nötig, damit diese Entwicklungen gestoppt werden.

Die von Giorgos Papandreou geführte sozialdemokratische Regierung in Athen hat im vergangenen Oktober von den Konservativen eine noch nie dagewesene Staatsverschuldung übernommen und das tatsächliche griechische Haushaltsdefizit veröffentlicht. Papandreou hat dadurch die politische Verantwortung für die Missstände der vergangenen Jahrzehnte übernommen. Seitdem befindet sich das Land in einem Rennen gegen die
(D) Zeit und gegen die Spekulation. Die griechische Regierung hat in kürzester Zeit eine ganze Serie von Gesetzen mit drastischen Maßnahmen verabschiedet, um die Staatsverschuldung zu verringern. Diese Reformen werden tiefgreifende Auswirkungen auf die Menschen in Griechenland haben. Griechenland benötigt jetzt dringend die Unterstützung der EU-Staaten. Mit meiner Zustimmung zum Gesetz möchte ich ein Zeichen der Solidarität mit dem griechischen Volk setzen.

Dr. Hermann Otto Solms *(FDP):* Erstens. Angesichts der Situation in Griechenland muss festgestellt werden, dass der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht in der Lage war, die in ihn gesetzten Erwartungen zu erfüllen. Der Versuch, die Mitgliedstaaten auf eine nachhaltige Finanzpolitik zu verpflichten, ist gescheitert. Die griechische Haushalts- und Finanzpolitik hat die europäischen Stabilitätserfordernisse nicht erfüllt. Überdies hat das Land nach wie vor große Strukturprobleme. Diese Umstände waren den zuständigen Institutionen seit langem bekannt, ohne dass daraus angemessene Konsequenzen gezogen worden wären. Spätestens als infolge der Finanzkrise die Märkte auf die sich verschlechternde Zahlungsfähigkeit Griechenlands reagierten, wäre es höchste Zeit gewesen, dem Stabilitäts- und Wachstumspakt nachdrücklich Geltung zu verschaffen und die unumgänglichen strukturellen Anpassungsmaßnahmen zur Konsolidierung der griechischen Staatsfinanzen zu ergreifen. Es ist meine persönliche Überzeugung, dass ein Strukturanpassungsprogramm

(A) und eine Umschuldung mithilfe des IWF – so wie es Griechenland in der Vergangenheit vor dem Beitritt zur Euro-Zone mehrfach gemacht hat – bereits damals geboten war. Das hätte das Vertrauen der Märkte wieder hergestellt. Aber weder die europäischen Institutionen noch die damalige schwarz-rote Bundesregierung haben auf die Situation in Griechenland angemessen reagiert. Eine Umschuldung hätte im Übrigen die Anleger, wie zum Beispiel Banken und Versicherungen, die in griechische Staatsanleihen investiert haben, automatisch mit in die Haftung genommen. Dieser Weg ist jetzt versperrt. Durch Untätigkeit ist nun eine Lage entstanden, aus der sich Griechenland aus eigener Kraft nicht mehr befreien und in der eine Umschuldungsvereinbarung die kurzfristige krisenhafte Zuspitzung nicht mehr verhindern kann.

Zweitens. Mit den heute zu beschließenden Bürgschaften kaufen wir für die nächsten drei Jahre eine Frist, um den drohenden Zahlungsausfall Griechenlands abzuwenden. Das Problem ist damit nicht gelöst. Aber wir gewinnen Zeit, um einen Lösungsweg zu eröffnen. Griechenland muss dieses Zeitfenster nutzen, um die mit dem IWF und der Europäischen Kommission im Auftrag der Mitgliedstaaten unter Mitwirkung der Europäischen Zentralbank vereinbarten Auflagen zu erfüllen. Nur so kann das verloren gegangene Vertrauen der Märkte wieder hergestellt werden.

Drittens. Die Finanzhilfen durch IWF und Währungsunion setzen den Druck der Märkte auf die griechischen Finanzierungsbedingungen vorübergehend außer Kraft. Das darf nicht zu einem Präzedenzfall für die Zukunft werden, sondern muss eine einmalige Notfallaktion bleiben. (B) Wir müssen mit aller Kraft verhindern, dass es innerhalb der Euro-Zone zu einer Finanzausgleichsautomatik kommt. Deshalb ist ein europäischer Währungsfonds abzulehnen. Wir wollen keine Transferunion, die die schädlichen Wirkungen des deutschen Länderfinanzausgleichs auf europäische Dimensionen überträgt. Damit würden die Steuerzahler der stabilitätsorientierten Länder zur Kasse gebeten und müssten für den Schlendrian und die Schulden der übrigen Länder aufkommen. Es ist Aufgabe der Bundesregierung, die deutschen Steuerzahler vor einem solchen Mechanismus zu schützen.

Viertens. Die Glaubwürdigkeit des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist durch die unsolide Finanzpolitik Griechenlands und anderer Unionsstaaten massiv erschüttert worden. Dem hat die rot-grüne Bundesregierung durch die Aufweichung der Stabilitätskriterien im Frühjahr 2005 Vorschub geleistet. Schon der Aufnahme Griechenlands in den Währungsverbund hätte der damalige Bundeskanzler Schröder widersprechen müssen. Europa als Ganzes muss jetzt den Stabilitäts- und Wachstumspakt von Grund auf erneuern. Er wurde ursprünglich nur als Präventionsinstrument konzipiert. Er sollte verhindern, dass es überhaupt zu einer solchen Situation kommt. Die Krise in Griechenland hat offenbart, dass es nicht ausreicht, allein auf Prävention zu setzen. Neben einer verbesserten Prävention braucht die Europäische Währungsunion neue Instrumente, die im Krisenfall stabilisieren, Sanktionen auslösen und gegebenenfalls ein geregeltes Verfahren zur Umschuldung in Gang setzen. (C) Nur durch eine glaubwürdige No-bail-out-Androhung können die einzelnen Staaten zu einer seriösen und soliden Haushalts- und Finanzpolitik gezwungen werden, weil sie dann nicht mehr mit Hilfsaktionen der Partnerländer rechnen können.

Fünftens. Der von CDU/CSU und FDP vorgelegte Entschließungsantrag macht in beide Richtungen konkrete Verhandlungsvorschläge. Außerdem erhöht er grundsätzlich die Hürden für den Beitritt weiterer Länder in die Währungsunion. Insgesamt halte ich die im Entschließungsantrag genannten Maßnahmen für eine geeignete Verhandlungsgrundlage, endlich einen funktionsfähigen Stabilitäts- und Wachstumspakt zu vereinbaren. Die konkrete Ausgestaltung muss allerdings erst zwischen den europäischen Partnern verhandelt und beschlossen werden. Das ist noch ein langer Weg.

Sechstens. Der vorliegende Gesetzentwurf leistet keinen Beitrag zur Lösung der ursächlichen Probleme, sondern verschafft Griechenland lediglich einen zeitlichen Aufschub und eröffnet Handlungsspielräume. Das Hilfspaket für Griechenland ist ein Wechsel auf die Zukunft, der große Hoffnungen und Vertrauen in das Handeln der griechischen Regierung und Bevölkerung setzt. Ob dieser Aufschub genutzt wird, die zugrunde liegenden Probleme anzugehen, wird erst die Zukunft erweisen.

Ich stimme dem Gesetzentwurf in Verbindung mit dem Entschließungsantrag trotz der oben genannten Bedenken zu, weil dadurch die Chance eröffnet wird, endlich einen glaubwürdigen und tragfähigen Stabilitäts- und Wachstumspakt auf den Weg zu bringen und die in (D) der Vergangenheit begangenen Fehler für die Zukunft auszuschließen.

Torsten Staffeldt *(FDP)*: Ich erkläre, dass ich trotz schwerer Bedenken dem oben genannten Gesetzentwurf zustimme.

Meine Bedenken resultieren aus meiner persönlichen Einschätzung der mit der Ausführung dieses Gesetzes verbundenen Risiken. Der hoffentlich nicht eintretende Fall der Inanspruchnahme der Garantie – Bürgschaft – durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau, KfW, für die Finanzierung der griechischen Staatsschulden verursacht eine Belastung der deutschen Steuerzahler von mindestens 22,4 Milliarden Euro. Dies entspricht nach meiner überschlägigen Berechnung dem Aufkommen aus der Einkommensteuer von drei Monaten, bezogen auf alle deutschen steuerpflichtig arbeitenden Menschen. Das heißt, im schlimmsten Falle – der Inanspruchnahme der Bürgschaft – müssen die Deutschen ein Vierteljahr arbeiten, um Griechenland zu helfen.

Des Weiteren bezweifele ich, dass die griechische Regierung das nötige Durchhaltevermögen besitzt, die notwendigen Einsparungen konsequent umzusetzen. Gerade als Abgeordneter aus einem Haushaltsnotlageland weiß ich, dass die Verlagerung der Schulden auf andere nicht unbedingt zu den Verhaltensänderungen führt, die notwendig sind, um dauerhaft eine Krise zu bewältigen und aus ihr die richtigen Lehren zu ziehen.

(A) Schließlich halte ich es für falsch, dass durch diesen Schritt die Tür für einen gravierenden Wechsel der Ziele der Europäischen Union geöffnet wird. Die EU wurde ursprünglich als Wirtschaftsunion mit dem Ziel gegründet, durch den freien Handel ein Zusammenwachsen der Europäer und damit dauerhaften Frieden in Europa zu erreichen. Durch diesen – ersten – Schritt wandelt sich die EU von einer Friedens- und Wirtschaftsunion mit gemeinsamer Währung für einige Länder zu einer Transferunion. Dies kann und darf nicht das Ziel sein, da die daraus resultierenden Begehrlichkeiten zu einer dauerhaften Fehlorientierung verleiten. Diejenigen, die versuchen, sich an die Maastricht-Kriterien zu halten, werden für ihre Anstrengungen bestraft, indem sie diejenigen finanzieren, die diese Kriterien nicht einhalten können oder wollen. Das ist nicht hinnehmbar.

***Stephan Stracke** (CDU/CSU):* Griechenland ist faktisch bankrott. Eine Refinanzierung ist an den Finanzmärkten derzeit nicht möglich. Ursächlich hierfür ist neben einer aktuellen Spekulationswelle vor allem die langjährige unverantwortliche Schuldenpolitik Griechenlands über seine Verhältnisse.

Mit den deutschen Notkrediten für Griechenland muten wir unserer Bevölkerung viel zu; denn in letzter Konsequenz ist es der deutsche Steuerzahler, der für die falsche Finanz- und Wirtschaftspolitik Griechenlands einsteht. Eine Transferunion darf nicht entstehen. Ein Automatismus, dass ein notleidender Staat in der Euro-Zone jederzeit auf die Unterstützung der anderen Mitgliedstaaten zählen kann, wäre fatal und im Grunde nicht
(B) verantwortbar finanzierbar. Deshalb kann die Unterstützung für Griechenland nur das sein, was sie ist: ein Ausnahmefall.

Meine Entscheidung, dem Währungsunion-Finanzstabilisierungsgesetz zuzustimmen, ist das Ergebnis einer Abwägung. Historische Vergleiche und Erfahrungen im Umgang mit einem Staatsbankrott in der Euro-Zone bestehen nicht. Daher sind Chancen und Risiken nur eingeschränkt abzuwägen und eine Prognose nur schwer zu treffen. Im Mittelpunkt meiner für mich persönlich mit vielen Unwägbarkeiten behafteten Abwägung steht die Überlegung, dass eine Insolvenz Griechenlands mit relativ höherer Wahrscheinlichkeit einen Flächenbrand auf andere notleidende Staaten in der Euro-Zone und eine neuerliche Vertrauenskrise auslösen würde. Die Auswirkungen auf Deutschland wären bei Weitem gravierender. Daher bin ich persönlich zu dem Schluss gekommen: Den Versuch, eine solche Krise zu verhindern, muss man wagen.

Das Gelingen hängt maßgeblich von der Entschlossenheit der Griechen, der Durchsetzungsfähigkeit des IWF, von der Geschlossenheit der Regierungen im Euro-Raum und vom Verhalten der Kreditgeber ab. Dabei kommt es vornehmlich auf die Griechen selbst an. Deren bisheriges Verhalten schürt bei mir ein tiefsitzendes Misstrauen, dass sie wirklich auf breiter gesellschaftlicher Basis willens sind, das wirtschafts- und finanzpolitisch Notwendige dauerhaft zu leisten. Daher kommt meines Erachtens dem IWF eine Schlüsselrolle zu. Er hat die Erfahrung und die Gestaltungskraft im Umgang (C) mit notleidenden Staaten. Ohne ihn wäre ich in noch größerer Sorge, dass die Nothilfe gelingen kann. Jedenfalls ist mein Vertrauen in die Durchsetzungskraft des IWF größer als in die etlicher Regierungen in der Euro-Zone, die mit nicht unerheblichen eigenen Haushaltsdefiziten beschwert sind. Daher ist es gut und richtig, dass der IWF nach anfänglichem Zögern so mancher maßgeblich beteiligt ist.

Richtig und für meine Zustimmung unabdingbar ist auch, dass die Bundesregierung nicht einfach ermächtigt wird, Garantien zu geben, sondern dass der Reformfortschritt Geschäftsgrundlage für deren Handeln ist. Eine solche Bindung hat vor allem mit dem Selbstverständnis des Deutschen Bundestages selbst zu tun. Daher bedanke ich mich ausdrücklich beim Bundestagspräsidenten für seinen Einsatz an dieser Stelle.

Wenn es uns durch die konditionale Kreditgewährung gelingt, Vertrauen zu schaffen, haben wir Zeit gewonnen. Diese gilt es unverzüglich zu nutzen. Wir müssen den von Finanzminister Dr. Theo Waigel verhandelten und von der Regierung Schröder maßgeblich aufgeweichten Stabilitätspakt nachschärfen sowie passgenaue Instrumente zu dessen Durchsetzung hinzufügen. Und wir müssen – zumindest mittelfristig – auch denjenigen einen Teil der Last aufbürden, die mit Staatsanleihen notleidender Staaten viel Geld verdient haben. Nur so lässt sich das Verantwortungsbewusstsein der Finanzinvestoren schärfen.

***Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):* (D) Dem Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen stimme ich nicht zu. Ich stimme mit Enthaltung. Die Gewährung von Garantien für Kredite der staatlichen KfW-Bank an Griechenland halte ich grundsätzlich für richtig und notwendig – auch in der im Gesetzentwurf vorgesehenen Höhe. Falsch und nicht zu verantworten ist aber, dass die Kredite aus Steuermitteln den privaten Großbanken zugutekommen. Deren Risiken werden übernommen und Renditen sowie Spekulationsgewinne garantiert. Also Kredite für die griechische Bevölkerung: Ja. Für die großen privaten Gläubiger: Nein. Dies mache ich durch meine Enthaltung deutlich.

Kredite und Garantien in Milliardenhöhe aus Steuermitteln dürfen nur gegeben werden, wenn die privaten Großbanken zur Kasse gebeten und an der Bezahlung der Hilfen echt beteiligt werden. Dazu muss die Bundesregierung die Initiative ergreifen, um den Bankensektor zu regulieren und eine Finanztransaktionsteuer einzuführen.

Auch für mich ist das Bekenntnis zur Europäischen Union und zum Prinzip der innereuropäischen Solidarität zentral wichtig Auch ich halte es für notwendig, dass die EU-Länder sich gegenseitig helfen, wenn ein Land in Not gerät, und auch ich will der Bevölkerung Griechenlands in der jetzigen Notsituation beistehen. Staatlich garantierte deutsche Kredite können ein Mittel sein, um der Finanznot Griechenlands entgegenzuwirken, und gerade den sozial Schwachen helfen.

(A) Aber Hilfen aus Mitteln der deutschen Steuerzahler müssen verantwortbar sein. Das sind sie nicht, wenn diese wieder den privaten Großbanken zufließen. Die staatlichen Kredite dürfen deshalb nur an Griechenland geben werden, wenn sie im Rang vor den Krediten der Großbanken und privaten Gläubiger bedient werden. Alle staatlichen Kredite nebst Zinsen müssen also zurückgezahlt sein, bevor die privaten Gläubiger Geld erhalten. Die bisherigen Großgläubiger, also die Banken, tragen so nur weiter das Risiko, das sie bei Hingabe der Kredite an Griechenland eingegangen sind. Sie lassen sich das erhöhte Risiko ja auch durch hohe Zinsen bezahlen. Ohne die staatlichen Krediten hätten die bisherigen privaten Großgläubiger das eingesetzte Kapital jetzt ganz oder zum großen Teil verloren, da Griechenland die Kredite aus eigenen Kraft nicht mehr zurückzahlen kann. Durch die internationalen staatlichen Kredithilfen und die Garantien werden die Kapitaleinlagen der Großbanken und sogar deren hohe Rendite gerettet. Da ist es recht und billig, wenn diese das höhere Risiko tragen und vielleicht nicht alle Zinsen und alles Kapital zurückerhalten.

Die Kredite und Garantien aus Steuermitteln müssen auch ordnungsgemäß in den Bundeshaushalt aufgenommen werden. Der Deutsche Bundestag ist nicht nur über die Entwicklung des Kreditgeschäfts laufend zu unterrichten. Ohne seine Zustimmung, dürfen die Kredite nicht gewährt werden.

Dr. Johann David Wadephul *(CDU/CSU):* Dem
(B) Gesetzentwurf stimme ich nur mit Bedenken zu.

Die europarechtliche Zulässigkeit ist Zweifeln ausgesetzt. Art. 125 AEUV soll die Eigenverantwortung eines einzelnen Mitgliedstaates für seine Staatsverschuldung sichern. Die formale Freiwilligkeit von formal bilateralen Krediten aller anderen Mitgliedstaaten widerspricht dieser Grundidee des Vertrages von Maastricht – zumal wenn höhere Refinanzierungskosten einzelner Mitgliedstaaten zwangssolidarisch von den übrigen zu tragen sind.

Die währungspolitische Wirksamkeit ist nicht so sicher, wie dies angesichts der hohen Garantierisiken für den Bundeshaushalt wünschenswert wäre. Das Vertrauen der Märkte auf eine Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands und die langfristige Bewältigung von dessen immenser Schuldenlast ist schwach. Manches spricht für weitere Hilfenotwendigkeiten gegenüber Griechenland und weiteren Staaten der Euro-Zone, was letztlich auch Deutschland angesichts des eigenen Konsolidierungsbedarfs überfordern dürfte.

Andererseits muss ich das Urteil der Bundeskanzlerin, des Bundesfinanzministers und meines Fraktionsvorsitzenden berücksichtigen, die mit Recht auf das einhellige Votum zugunsten der jetzt in der Euro-Gruppe geplanten Maßnahme von IWF, EZB und Bundesbank verweisen. Auf deren Urteil und dasjenige der in den Bundestagsausschüssen angehörten Fachleute, die eine Umschuldung wegen unabsehbarer Folgen auf die Stabilität des Euro insgesamt ablehnen, vertraue ich.

Die in den Gesetzestext aufgenommenen Hinweise auf die quartalsweisen Kontrollen sowie der von mir vollumfänglich begrüßte Text und Inhalt das Entschließungsantrages ermöglichen mir die Zustimmung. (C)

Marco Wanderwitz *(CDU/CSU):* Nach den parlamentarischen Beratungen, insbesondere der Anhörung, bin ich zum Schluss gekommen, dass die Zahlungsunfähigkeit Griechenlands, ein Staatsbankrott, die europäische Währungsunion in höchste Not bringen, eine neuerliche internationale Bankenkrise auslösen und für andere ebenfalls höher verschuldete Länder weitere Schwierigkeiten bei der Refinanzierung mit möglichen weiteren Folgen bedeuten würde. Eine kaum mehr vorhersehbare und steuerbare Kettenreaktion würde ausgelöst werden. Diese würde Deutschland als Euro-Land und Land, das seinen Wohlstand massiv auf Exporten gerade in den umgebenden Euro-Raum begründet, empfindlich und für alle Bürger spürbar treffen. Dies zu verhindern, stimme ich dem vorliegenden Gesetzentwurf, dem deutschen Beitrag der Hilfe der Euro-Staaten und des Internationalen Währungsfonds, als Ultima Ratio, als letztes Mittel, zu. Es ist von einer Reihe schlechter Varianten nach meiner Überzeugung die beste.

Ein früheres Eintreten, das vor allem die Bundesregierung in Europa verhindert hat, wäre entgegen den Äußerungen der Opposition nicht billiger und besser, sondern teurer und schlechter gewesen. Die wichtige Einbeziehung des IWF und damit der Weltgemeinschaft und das Aufzwingen nötiger harter Sparmaßnahmen gegenüber Griechenland, das Gewinnen von Akzeptanz für das Bestehen von Fehlentwicklungen in der griechischen (D) Bevölkerung, waren nur so überhaupt erst möglich. Andere Euro-Länder wollten schneller unbedingter eintreten – das wäre falsch gewesen und teurer geworden.

Dass die Kopplung der in Tranchen auszureichenden Hilfen anders als noch im Entwurf nun im Gesetz an die Bedingungen der Einigung zwischen Griechenland und den Hilfsgebern gebunden und tranchiert ist, war mir sehr wichtig, zeigte es doch, dass es keinen Freifahrtschein gibt, sondern Griechenland sich redlich halten muss, will es diesen Weg gehen.

Durch gefälschte Statistiken hat die politische Elite Griechenlands lange Jahre bewusst die europäischen Partner getäuscht und sich den Zugang zum Euro-Raum erschlichen. Die Griechen insgesamt haben seit Längerem über ihre Verhältnisse gelebt; die Defizite sind nicht durch Spekulanten entstanden oder vom Himmel gefallen. Eine drastische Verringerung des griechischen Haushaltsdefizits ist daher unumgängliche Voraussetzung für Hilfe. Das nochmals nachgebesserte griechische Sparprogramm geht in die richtige Richtung. Unbedingte Transparenz und absolute Kontrolle der Einhaltung sind vereinbart und zwingend.

Die No-bail-out-Klausel in Art. 125 der Europäischen Verträge als Haftungsausschluss stellt klar, dass ein Euro-Teilnehmerland nicht für Verbindlichkeiten und Schulden anderer Teilnehmerländer aufkommen muss. Diese Klausel soll gewährleisten, dass für die Rückzahlung öffentlicher Schulden die jeweiligen Staaten selbst

(A) verantwortlich bleiben. Die Übertragung von Risiken infolge einer nicht tragfähigen Haushaltspolitik einzelner Staaten auf die Partnerländer soll damit vermieden werden. Das ist richtig, war eine der Grundvoraussetzungen für den Beitritt Deutschlands zur Währungsunion. Die abgestimmten freiwilligen Hilfen der Euro-Länder unterfallen diesem Szenario nicht, da sie nur Kredite und keine Schuldenübernahme sind.

Das Instrumentarium der Währungsunion, das offensichtlich nicht ausreicht, für die Zukunft zu schärfen und Lücken zu schließen bzw. bei faktisch unpraktikablen Regelungen nachzusteuern, ist absolut unumgänglich. Mehr Transparenz, frühere Eingriffs- und härtere Sanktionsmöglichkeiten und -automatismen, die politisch nicht einfach abdingbar sind, sind erforderlich. Was nun hier gerade passiert, widerspricht dem Geist des Euro und darf sich nie wiederholen, soll der Euro, der wenn er stark und hart ist, allen Euro-Ländern weit überwiegend Vorteile bringt, bestehen.

Dass Griechenland 2000 unreif in den Euro-Raum eingelassen wurde, hat die damalige rot-grüne Bundesregierung ebenso zu verantworten wie die Schwächung des europäischen Stabilitätspakts in ihrer Regierungszeit, ja auf ihr Betreiben in Europa, um national in die Schuldenmacherei ausweichen zu können. Beides war falsch, vor beidem haben CDU und CSU damals gewarnt. Das derzeitige Verhalten von SPD und Grünen ist im Lichte dessen an Heuchelei kaum zu übertreffen.

Unverantwortlichen Spekulanten, die auch in dieser Krise Treiber waren, müssen wir das Handwerk legen.
(B) Der zum Gesetz vorgelegte Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen zeigt hierzu die richtigen, notwendigen Maßnahmen auf. Die allermeisten bedürfen europäischer Lösungen oder solcher der Staatengemeinschaft. Wir müssen größte Anstrengungen unternehmen, diese schnellstens zu erreichen.

Klaus-Peter Willsch *(CDU/CSU):* Erstens. Bereits in der letzten Februarwoche habe ich in der Fraktion dargelegt, dass ich die europäischen Strukturen für völlig ungeeignet halte, der Überschuldungssituation und möglichen Zahlungsunfähigkeit Griechenlands Herr zu werden. Mit dieser Aufgabe ist der Internationale Währungsfonds, IWF, betraut, nicht die Europäische Union. Ich bin sehr froh, dass der IWF jetzt zumindest im Spiel ist, aber der Anteil des IWF beträgt hierbei nur etwa 25 Prozent; die Mitgliedstaaten des Euro-Raumes tragen nahezu 75 Prozent des Risikos. In realen Zahlen bedeutet dies für den IWF ein Risiko von 30 Milliarden Euro, für die Mitglieder der Euro-Gruppe 80 Milliarden Euro.

Zweitens. Griechenland hat in den vergangenen Wochen ein beispielloses Sanierungsprogramm beschlossen, um den Weg für die Kredithilfen vom IWF und aus dem Euro-Raum zu bereiten. Übertragen auf Deutschland würde dieses Sparprogramm bedeuten, dass wir bis 2014 rund 60 Milliarden Euro an Ausgabenabsenkungen bzw. Einnahmesteigerungen jährlich in den öffentlichen Haushalten erzielen müssten. Ich honoriere den guten Willen der griechischen Regierung, sage jedoch gleichzeitig, dass ich sehr skeptisch gegenüber den Erfolgsaussichten bin. Die derzeitigen Proteste und Streiks in Grie- (C)
chenland, bei denen am Mittwoch drei Tote zu beklagen waren, machen schon jetzt deutlich, dass die politische Durchsetzbarkeit des Sanierungsprogramms nicht zu erwarten ist.

Drittens. Der Weg ist auch ökonomisch falsch. Man wirft dem schlechten Geld kein gutes hinterher. Ohne Schuldenmoratorium und Teilverzicht auf Forderungen wird die Sanierung der griechischen Staatsfinanzen nicht gelingen. Nur so kann auch gewährleistet werden, dass Gläubiger, die für ihre vermeintliche Risikobereitschaft ordentliche Zinsen einstreichen, nun auch tatsächlich bei Eintritt der Zahlungsunfähigkeit einen Beitrag leisten. Unweigerlich wird der Garantiefall eintreten; und der Garantiefall bedeutet, dass der deutsche Steuerzahler für die griechische Überschuldungspolitik aufkommen muss.

Viertens. Es ist auch im griechischen Interesse, eine geregelte Umschuldung und einen befristeten Ausstieg aus dem Euro-Raum als Lösung anzustreben. Nur so hat Griechenland die Chance, durch autonome währungspolitische Entscheidungen (Abwertung) die Außenbilanz zu verbessern und wieder an Wettbewerbsfähigkeit zu gewinnen. Es gibt also Alternativen zum vorgeschlagenen Vorgehen. Wir können in der derzeitigen Situation der deutschen Staatsfinanzen dem Steuerzahler keine weiteren Belastungen in diesem Ausmaß zumuten, ohne die Einhaltung der gerade in das Grundgesetz aufgenommenen Schuldenbremse zu gefährden.

Fünftens. Nun soll durch Veränderung der europäischen Verträge erreicht werden, dass Defizitsünder unter den Euro-Ländern durch Stimmrechtsentzug und Aus- (D)
schluss aus der Währungsunion bestraft werden können. Wer sich des langen Verfahrens für die endgültige Ratifizierung des heute gültigen Vertrages von Lissabon erinnert, wird zumindest einräumen, dass dies ein unabsehbar langer Weg sein wird, mit vielfältigen Risiken des Scheiterns (alle 27 Staaten müssen nach ihren Regeln zustimmen, unter anderem Volksabstimmungserfordernis in mehreren Mitgliedsländern der EU).

Weiterhin möchte man die Defizitsünder zukünftig in ihrem Haushaltsgebaren kontrollieren. Dazu möchte ich nur anmerken, dass wir als Deutscher Bundestag uns verbitten würden, dass die EU-Kommission in unser Budgetrecht eingreift. Wie können wir realistischerweise von den nationalen Parlamenten der Defizitsünder erwarten, dass diese sich das gefallen lassen, wenn sie es mit einem einfachen Nein verhindern können?

Viviane Reding, Vizepräsidentin der EU-Kommission, lehnt die deutschen Forderungen nach einer Änderung der Verträge entschieden ab; Christine Lagarde, französische Wirtschaftsministerin, meint, wir Deutschen müssten mehr für die Binnennachfrage im Euro-Raum tun. Der Euro-Raum wird so umgebaut zum dauerhaften Sozialtransferraum.

Das ist das Gegenteil von unserer Überzeugung, dass Leistung sich lohnen muss. Dem kann ich mich nicht anschließen.

Sechstens. Die europäische Einigung ist eine großartige Leistung der Politik im Europa der Zeit nach dem

(A) Zweiten Weltkrieg. Die Währungsunion ist politisches Symbol der höchsten Ausprägungsstufe dieses Prozesses. Für uns Deutsche war es wichtig, die Erfolgsgeschichte der Deutschen Bundesbank durch die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank auf den gesamten Euro-Raum zu übertragen. Durch Errichtung des Stabilitätspaktes hofften wir, Vorsorge dafür zu treffen, den gesamten Euroraum auf das Ziel der nachhaltigen Haushaltspolitik und der Preiswertstabilität zu verpflichten. In den europäischen Verträgen ist hierzu festgelegt, dass im Euro-Raum kein Staat für die Schulden des anderen aufkommen muss, ja nicht einmal darf, Bail-out-Verbot. Dies ist der Kern des Vertrauens in den Euro angesichts der sehr unterschiedlichen Volkswirtschaften in diesem gemeinsamen Währungsraum. Die vorgesehene Hilfe für Griechenland verstößt offenbar gegen die Buchstaben, in jedem Falle aber gegen den Geist der gültigen europäischen Verträge. So wird die langfristige Stabilität des Euro nicht gesichert, sondern gefährdet.

Deshalb kann und will ich diesen Weg nicht mitgehen.

Dr. Valerie Wilms *(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):* Der Bundestag stimmt heute über ein Gesetz ab, mit dem Deutschland bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, KfW, für insgesamt 22,4 Milliarden Euro bürgt. Mit diesem Geld soll Griechenland in den nächsten drei Jahren geholfen werden, um den Staatsbankrott abzuwehren.

Als überzeugte Europäerin ist diese Hilfe für mich notwendig und alternativlos. Die europäische Solidarität
(B) gebietet es, Partnern zu helfen, wenn sie in Not sind – selbst wenn sie zuvor unsolidarisch waren, schlecht gewirtschaftet haben und Statistiken geschönt wurden.

Griechenlands – zum großen Teil selbst verschuldete – Not ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite sind Finanzmärkte, die bereits mitten in der letzten Bankenkrise wieder mit Spekulationen begonnen haben. Nach wie vor – und trotz der schon entstandenen Milliardenschäden – ist der internationale Finanzmarkt weitestgehend nicht reguliert. Die Schärfe der griechischen Krise hat durch die internationale Finanzmarktspekulation zugenommen.

Als Europäerinnen und Europäer müssen wir uns dem entgegenstellen: Unsere Idee von einem gemeinsamen Kontinent mit gemeinsamer Währung wird von Spekulanten bedroht. Die Verbindung der Hilfe für Griechenland mit einem Paket von Maßnahmen, um die Finanzmärkte neu zu ordnen, ist deswegen zwingend notwendig. Wenn die Politik hier nicht ordnend eingreift, sind die nächsten Kredite für strauchelnde Volkswirtschaften absehbar.

Als Mitglied im parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung fühle ich mich in besonderer Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen. Dem wäre der Bundestag nur gerecht geworden, wenn durch einen interfraktionellen Entschließungsantrag der Start in die wirksame Bankenregulierung erfolgt wäre. Dies ist leider nicht gelungen und enttäuschend für das ganze Haus. Unserer Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern Deutschlands und Europas werden wir damit nicht gerecht. (C)

Anlage 3

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Ulrich Lange und Albert Rupprecht (Weiden) (beide CDU/CSU) zur namentlichen Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen zum Erhalt der für die Finanzstabilität in der Währungsunion erforderlichen Zahlungsfähigkeit der Hellenischen Republik (Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz – WFStG) (Tagesordnungspunkt 23)

Die Entscheidung über das Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz habe ich trotz großer Bedenken getroffen. Die Lage der griechischen Staatsfinanzen und ihre Auswirkungen auf Währungsstabilität, Wachstumsaussichten und Arbeitsplätze im ganzen Euro-Raum erfüllen mich mit tiefer Sorge.

Die absichtlich falschen Daten Griechenlands vor der Aufnahme in die Euro-Gruppe, viele Entscheidungen griechischer Regierungen seitdem und die andauernde Verschleierung und Beschönigung der Schwierigkeiten in Bezug auf Wettbewerbsfähigkeit und Staatsfinanzen haben ein tiefsitzendes Misstrauen gegenüber der griechischen Politik geschürt, das auch jetzt noch Zweifel am Willen Griechenlands weckt, Kredite zurückzuzahlen. Zusätzlich muss in Zukunft bei der Aufnahme weiterer Staaten in die EU die finanzielle Basis genauer (D) geprüft werden und bei Nichteinhaltung der Stabilitätskriterien auch eine Ablehnung ausgesprochen werden.

Dennoch komme ich nach Abwägung aller Umstände zu dem Ergebnis, dass die mit dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz möglicherweise verbundenen Folgen eher zu verantworten sind als ein Nichthandeln und ein griechischer Staatsbankrott. Die Gefahr für die Stabilität unserer Währung, die Gefahr für Aufschwung und Arbeitsplätze in Deutschland durch einen Staatsbankrott Griechenlands bedrohen die Bürger Deutschlands unmittelbarer und härter.

Bei meiner Entscheidung, meine Bedenken zurückzustellen, habe ich mich von folgenden Überlegungen leiten lassen:

Die Nothilfe für Griechenland ist ein absoluter Ausnahmefall. Aus der Europäischen Union darf und wird keine Transferunion werden.

Die Bundesregierung wird alles daransetzen, zu einer Stärkung der Kontroll- und Eingriffsbefugnisse der Europäischen Union gegenüber Mitgliedstaaten zu kommen, die ihre Verpflichtungen nicht erfüllen.

Die Bundesregierung wird alles daransetzen, im Europäischen Stabilitätspakt schärfere, nach verbindlich beschriebenen Kriterien eintretende und damit von politischen Rücksichtnahmen unabhängigere Sanktionen zur Ahndung von Verstößen zu verankern.

(A) Das Sanierungsprogramm der Regierung Griechenlands wird vom IWF und den europäischen Institutionen strikt überwacht. Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag laufend über die Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen.

Künftigen Krisen wird wirksamer als in der Vergangenheit vorgebeugt: durch strengere Regeln für Finanzinstitutionen und Finanzmärkte, die derzeit erarbeitetet und in den nächsten Monaten in Deutschland, Europa und möglichst weltweit in Kraft gesetzt werden, und durch Reformen, die dem Europäischen Stabilitätspakt mehr Biss geben.

In Europa werden Instrumente für eine geordnete Staatsinsolvenz überschuldeter Staaten entwickelt. Das Restrukturierungs- und Insolvenzsystem wird eine systemische Risiken vermeidende Heranziehung der Gläubiger entsprechend der von ihnen eingegangenen Risiken sicherstellen.

Anlage 4

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Lisa Paus, Monika Lazar und Uwe Kekeritz (alle BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur namentlichen Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen zum Erhalt der für die Finanzstabilität in der Währungsunion erforderlichen Zahlungsfähigkeit der Hellenischen Republik (Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz –
(B) **WFStG) (Tagesordnungspunkt 23)**

Für uns als engagierte und überzeugte Europäer ist es selbstverständlich, dass die griechischen Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Schuldenkrise nicht alleingelassen werden dürfen. Der Gedanke der europäischen Solidarität muss gerade dann, wenn eine harte Bewährungsprobe bevorsteht, besonders hochgehalten werden. Und wären wir der Auffassung, dieses Gesetz würde tatsächlich Griechenland aus der Krise helfen, würden wir ohne Zögern dem Gesetz zustimmen. Doch wir können nicht darüber hinwegsehen, dass die Kreditzusagen für Griechenland als Antwort auf die Zuspitzung der Krise so spät gekommen und deshalb schon wieder zu klein sind, um diesen Zweck zu erfüllen. Wir sind, nach reiflicher Überlegung und Abwägung, zu dem Schluss gekommen, dass mit diesem Paket die Banken gerettet werden, nicht aber die Griechen und auch nicht Europa.

Trotz anderslautender Versprechen wiederholt sich mit dem vorliegenden Gesetz zur Rettung Griechenlands genau der Fehler, der schon bei der Bankenrettung gemacht wurde. Schlimmer noch: Wenn die Banken wieder nicht selbst für die Kosten ihrer Hochrisikogeschäfte aufkommen müssen, ist das für die Märkte eine Einladung zur Spekulation auf die nächste Krise. Mit hochriskanten Wetten auf die Pleite Griechenlands wurden Renditen von bis zu 500 Prozent erzielt. In Kreditausfallversicherungen – nach Warren Buffet „finanzielle Massenvernichtungswaffen“ – stecken heute 30 Billionen US-Dollar, die als Munition für die nächste Attacke eingesetzt werden können. Es gibt keine objektiven ökonomischen Kriterien, ab welcher Höhe eine Staatsverschuldung kritisch ist. Damit gibt es heute auch für keinen Staat einen sicheren Schutz gegen den „Angriffskrieg“ der Spekulanten, wie BaFin-Chef Sanio die Attacken auf die Euro-Zone treffend bezeichnet. Ein Rettungspaket, das sich darauf beschränkt, die Banken ein weiteres Mal herauszuhauen, löscht nicht das Feuer, sondern schafft die Ölkanne zur Befeuerung der nächsten Krise. Mit dem Rettungspaket bekennt sich zwar die Euro-Zone zur Schicksalsgemeinschaft. Sie gibt sich aber nicht die Instrumente, die nötig wären, um wirksam den Angriffen trotzen zu können. (C)

Auch für Griechenlands aktuelle Probleme ist dieses Paket keine stabile Lösung. Obwohl die Griechen sich gegenüber dem IWF zu einem einzigartigen Austeritätsprogramm verpflichtet haben, wird nach Berechnungen desselben IWF der griechische Schuldenberg bis 2014 dennoch auf mindestens 150 Prozent des BIP anwachsen und die Wirtschaft massiv schrumpfen. Griechenland muss dann immer noch jährlich 7 Prozent des BIP für Zinszahlungen ausgeben. Und da es das Geld zu 75 Prozent von ausländischen Kapitalgebern bekommt, muss es allein zur Bedienung der Kredite jährlich dauerhaft einen Exportüberschuss von mindestens 5 Prozent erwirtschaften. Das kann man, wie der Chefvolkswirt der Deutschen Bank Thomas Meyer, „sehr ehrgeizig“ nennen. Man kann aber unter diesen Umständen auch berechtigterweise argumentieren, für die Griechen sei eine Umschuldung beim Verbleib in der Euro-Zone in der jetzigen Situation sogar der bessere und billigere Ausweg.

Nicht politische Luftschlösser, sondern die Finanzkrise ist die Ursache für die Schuldenkrisen in Europa. (D) Konjunkturpakte, Rettungsschirme und Finanzspritzen auf Kosten der Steuerzahler haben die Banken vor den Folgen ihres unverantwortlichen Handelns bewahrt. Sie stehen bei den Steuerzahlern in ganz Europa tief in der Kreide. Mit dem Hilfspaket für Griechenland werden jetzt vermeintliche Gläubiger belohnt, die in Wirklichkeit Schuldner sind. Einen solchen Fehler dürfen wir uns nicht erlauben.

Es ist eine Überlebensfrage für Europa, die Finanzmärkte einer echten Regulierung und Kontrolle zu unterwerfen. Dazu gehört neben der Einführung einer Finanztransaktionsteuer und einer europäischen Wirtschaftsregierung mit echten Kompetenzen vor allem ein Verbot von spekulativen Kreditausfallversicherungen und Leerverkäufen. Ohne eine effektive Eindämmung der Spekulationsgeschäfte bis hin zur Zerschlagung großer Banken wird es keine Stabilität auf den internationalen Märkten geben. Mit dem Hilfspaket für Griechenland gehen wir diesen Schritt nicht, sondern tun das Gegenteil. Deswegen können wir diesem Gesetz nicht zustimmen. Es gilt aber auch, in der Abstimmung deutlich zu machen, dass es ausschließlich darum geht, dass die mit dem vorgelegten Gesetz von der Regierung angelegte Politik kontraproduktiv ist, wie im von der grünen Bundestagsfraktion vorgelegten Entschließungsantrag auf der Drucksache 17/1640 ausführlich dargestellt. Es darf nicht darum gehen, Griechenland die Unterstützung zu verweigern. Um dies deutlich werden zu lassen, werden wir nicht dagegenstimmen, sondern enthalten uns der Stimme.

(A) **Anlage 5**

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Christine Scheel, Kerstin Andreae und Alexander Bonde (alle BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur namentlichen Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen zum Erhalt der für die Finanzstabilität in der Währungsunion erforderlichen Zahlungsfähigkeit der Hellenischen Republik (Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz – WFStG) (Tagesordnungspunkt 23)

Unsere Zustimmung zum vorliegenden Gesetzentwurf ist allein in der Sache begründet und erfolgt trotz erheblicher Kritik an der schwarz-gelben Regierung; siehe auch den zum Gesetz eingebrachten Entschließungsantrag der Grünen-Fraktion.

Die Schuldenkrise Griechenlands und die Probleme weiterer europäischer Staaten sind die erste harte Bewährungsprobe für die Euro-Zone. Zum ersten Mal seit Einführung der Gemeinschaftswährung steht der Fortbestand der Währungsunion auf dem Spiel. Scheitert die Währungsunion, wäre das ein dramatischer Rückschlag für das ganze europäische Projekt. Es ist ein Test für die Europäische Union; aber es ist damit auch die Chance, den Beweis anzutreten, dass das Projekt Europa funktioniert.

Daher müssen wir Europäer wesentliche Hilfen leisten, um Griechenland und Europa nicht noch weiter zu
(B) gefährden. Das ist nicht nur eine Frage europäischer Solidarität, sondern auch eine Frage der ökonomischen Vernunft. Denn es sind besonders deutsche Unternehmen und deutsche Beschäftigte, die in den vergangenen Jahren von der Währungsunion profitiert haben. Der Euro muss seine Erfolgsgeschichte fortschreiben. Wir müssen beweisen, dass die Währung stärker ist als die Spekulationen auf ihr Scheitern.

Zudem würde jede alternative Lösung um ein Vielfaches teurer werden und die ärmeren Menschen in der griechischen Bevölkerung über Gebühr belasten. Bei einem Staatsbankrott wäre das innenpolitische Chaos in Griechenland unkalkulierbar. Wetten gegen andere Staaten würden in einem Dominoeffekt die Gemeinschaftswährung und die Handlungsfähigkeit der Euro-Staaten untergraben.

Griechenland hat sich mit dem IWF, der EZB und den Euro-Staaten auf ein ambitioniertes Sparkonzept geeinigt. Es wird in den kommenden Jahren sehr schwer für die griechische Bevölkerung, diese Verpflichtungen einzuhalten. Die Griechen werden auf vieles verzichten müssen.

Natürlich ist Griechenland alles andere als unschuldig an der aktuellen Krise: Der griechische Staat hat mit Klientelpolitik, Korruption, Fälschung von Statistiken, Duldung von Steuerhinterziehung, Missbrauch von EU-Fonds, schlechten Investitionen, durch hohe Militärausgaben und besonders einen aufgeblähten öffentlichen Sektor die Schuldenkrise maßgeblich selbst verursacht.

Das multilateral ausgehandelte Sparprogramm ist daher der richtige Weg, die Schulden des griechischen Staates zurückzufahren und durch notwendige strukturelle Reformen die Produktivität der griechischen Wirtschaft und des öffentlichen Sektors zu steigern. Die mit diesem Gesetz bewilligten Hilfen stehen in einem direkten Zusammenhang mit dem Sparpaket. Die vierteljährlichen Überprüfungen müssen die Einhaltung des Sparpakets kontrollieren und gegebenenfalls zu Sanktionen führen. Es muss jedoch auch mit der nötigen Flexibilität auf geänderte ökonomische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen reagiert werden. Die Sparanstrengungen müssen schon mittelfristig zu einem gesunden Wachstum der griechischen Wirtschaft führen. (C)

Die Entscheidung über das Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz stellt einen Scheidepunkt in der europäischen Entwicklung dar. Eine Zustimmung zu dem Gesetz ist mit dem Auftrag an die deutsche Regierung verbunden, Strukturveränderungen in der Europäischen Union und in den europäischen Finanzmärkten durchzusetzen. Die Krise muss genutzt werden, die offen zutage getretenen fundamentalen Schwächen zu überwinden und die Währungsunion langfristig zu stärken.

So müssen die Rechte des europäischen Statistikamts und des europäischen Rechnungshofes gestärkt werden. Eine unabhängige europäische Ratingagentur muss eingerichtet werden, und die Entscheidungen der marktbeherrschenden Ratingagenturen müssen transparenter werden. Die Sanktionsmechanismen bei Verstößen gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt müssen erneuert
und verschärft werden. Kreditausfallversicherungen, Credit Default Swaps, müssen umgehend verboten werden, sofern sie nicht zur Absicherung eigener Risiken dienten. Außerdem muss eine europäische Finanztransaktionsteuer eingeführt werden, damit Spekulationen verteuert und eingedämmt werden. (D)

Anlage 6

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Dr. Gerhard Schick, Thilo Hoppe, Sven-Christian Kindler, Ute Koczy, Stephan Kühn, Beate Müller-Gemmeke, Ingrid Nestle, Dr. Hermann Ott, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Viola von Cramon-Taubadel, Winfried Hermann, Maria Anna Klein-Schmeink, Kerstin Müller (Köln), Ulrike Höfken, Katja Dörner, Sylvia Kotting-Uhl, Bettina Herlitzius, Thilo Hoppe, Tabea Rößner, Agnes Krumwiede, Memet Kilic, Markus Kurth, Agnes Malczak, Wolfgang Wieland, Dr. Harald Terpe, Friedrich Ostendorff und Claudia Roth (Augsburg) (alle BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur namentlichen Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen zum Erhalt der für die Finanzstabilität in der Währungsunion erforderlichen Zahlungsfähigkeit der Helleni-

(A) **schen Republik (Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz – WFStG) (Tagesordnungspunkt 23)**

Bei der Entscheidung über das Griechenland-Hilfspaket geht es um die Zukunft Europas und um die Solidarität in Europa. Als Europäerinnen und Europäer leitet uns heute die Sorge um die Zukunft Europas in unserer Entscheidung. Die Solidarität zwischen den Menschen in Europa ist uns wichtig, gerade in schwierigen Zeiten. Die gewalttätigen Konflikte in Griechenland haben deutlich gemacht, welche Bedeutung das Hilfspaket und die Krise für die Menschen in Griechenland haben. Fassungslos erleben wir eine national-populistische Kampagne gegen Griechenland, befeuert nicht nur von manchen Medien, sondern auch von Politikerinnen und Politikern aus CDU, CSU und FDP. Wir distanzieren uns ausdrücklich davon und erinnern daran, dass gerade Deutschland dem europäischen Einigungsprozess sehr viel verdankt. Das sollte niemand in Deutschland leichtfertig aufs Spiel setzen.

Zu hinterfragen ist allerdings, ob das Hilfspaket und das damit verbundene Konsolidierungsprogramm in Griechenland seine beiden Ziele zu erfüllen vermag: die Lösung des griechischen Schuldenproblems und die Stabilisierung des europäischen Finanzmarkts.

Das Hilfspaket kommt viel zu spät und erreicht das erste Ziel – die Überwindung des griechischen Schuldenproblems – nicht. Eine Umschuldung, die dringend nötig ist, damit Griechenland seine Schulden tragen kann, ist nicht vorgesehen. Sie könnte aber eher früher als später drohen. Wenn die Kredite über die KfW ohne
(B) Vorrang gegenüber den bisherigen privaten Gläubigern vergeben werden, ist klar, dass eine künftige Umschuldung Milliardenverluste für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler verursachen würde. Wie schon bei der Bankenrettung werden, während die Staaten voll ins Risiko gehen, damit vor allem die privaten Gläubiger, also insbesondere Banken, Fonds und Versicherungen, geschützt, ohne dass sie ihren Teil zur Lösung der Krise beitragen würden. Die von Finanzminister Schäuble und Deutsche-Bank-Chef Ackermann inszenierte Beteiligung der privaten Wirtschaft leistet das eindeutig nicht.

Das mit dem IWF vereinbarte Konsolidierungsprogramm für Griechenland ist in seiner Größenordnung von 13 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis 2012, 6,5 Prozent davon im ersten Jahr, einzigartig. Klar ist: Griechenland hat schlecht gewirtschaftet. Die Steuereinnahmen und die Staatsausgaben stehen in Griechenland in keinem vernünftigen Verhältnis mehr zueinander, und das schon seit Jahren. Ein Konsolidierungskurs ist notwendig. So richtig vor diesem Hintergrund viele einzelne Maßnahmen sind, steht jedoch zu befürchten, dass der griechische Schuldenberg dadurch nicht kleiner, sondern größer werden wird. Denn ein Konsolidierungsprogramm in dieser Größenordnung droht über viele Jahre Griechenland in eine tiefe Rezession zu stürzen. Thomas Meyer, Chefvolkswirt der Deutschen Bank, etwa schätzt, dass der Schuldenstand bis 2014 auf 150 Prozent des BIP anwachsen würde. Seinen jährlichen Kreditbedarf würde das Land zu 75 Prozent von ausländischen Kapitalgebern decken lassen müssen. Es sei davon auszugehen, dass ein Leistungsbilanzüberschuss von mindestens (C) 5 Prozent allein zur Zinszahlung erwirtschaftet werden müsse. Ob mit einem solchen Programm Griechenland wirklich geholfen ist, bezweifeln wir. Zu sehr hat sich die Bundesregierung von einer Bestrafungslogik leiten lassen, als dass das von ihr mit verantwortete Programm einen wirklichen Weg aus der Schuldenkrise weisen würde. Hinzu kommt eine soziale Schieflage, die vor allem die ärmeren Menschen treffen wird und zudem die Chancen der politischen Durchsetzung mindert. Die Mehrwertsteuererhöhung trifft alle Griechinnen und Griechen. Eine notwendige Beteiligung der großen Vermögen durch einen sozial gerechten Lastenausgleich bei der Konsolidierung ist nicht vorgesehen. Profitiert von Miss- und Günstlingswirtschaft und Spekulationen haben dagegen nur wenige. Weniger Investitionen, weniger Nachfrage, geschweige denn ein ökologischer Umbau von Wirtschaft und Tourismus: Griechenland steht vor einer jahrelangen Rezession, die sich natürlich auch auf den Arbeitsmarkt niederschlagen wird. Auch hier werden die Verlierer bestimmt nicht jene sein, die die Misere mitzuverantworten haben.

Auch das zweite Ziel, die Stabilisierung der Finanzmarkte, erreicht das Programm offenkundig nicht. Das lange Zögern der Bundesregierung hat Spekulanten Tür und Tor geöffnet und die Probleme verschärft. Die Verwerfungen an den Märkten und die Spekulation gehen auch nach Verkündigung des Programms und der Zustimmung durch die Regierungen ungemindert weiter. Die Ansteckungsgefahr ist nicht gebannt. Nur eine durchgreifende Reform der Finanzmärkte, wie sie die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht erst seit Ausbruch dieser Finanzkrise fordert, wird hier Abhilfe (D) schaffen. Doch fast drei Jahre nach Ausbruch der Krise fehlen noch immer die Regeln die die Finanzmärkte bändigen würden. Die Bundesregierung blockiert immer noch die Entwicklung einer europäischen Wirtschaftsregierung sowie eine Ergänzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts und das Ziel außenwirtschaftlicher Gleichgewichte steht ebenfalls aus. Wenn aber die strukturellen Probleme der Leistungsbilanzungleichgewichte in der Währungsunion, die mitverantwortlich für die griechische Krise sind, nicht behoben werden, kann sich Stabilität in der Euro-Zone nicht einstellen.

Trotzdem stimmen wir zu. Denn wir stehen vor der Alternative, entweder den Gewährleistungen zuzustimmen, obwohl sie Teil eines Programms sind, das seine Ziele zu verfehlen droht und für die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland zusätzliche Risiken bedeutet, oder aber mit der Ablehnung dieses Gesetzes ohne Zweifel eine weitere Verschärfung der Lage zu riskieren. Denn Griechenland braucht schnelle Hilfe, unsere Solidarität. Europa und der Euro brauchen unsere Entschlossenheit – und die Gefahr ist einfach zu groß, dass der Schaden, den eine Ablehnung des Hilfspakets verursachen würde, in Griechenland wie in Europa und damit letztlich auch in Deutschland noch zunehmen würde. Das können wir aus europäischer Solidarität wie aus wirtschaftlicher Vernunft nicht verantworten.

Der Zeitgewinn, den diese Hilfen von IWF und Euro-Zone bringen, muss von der Bundesregierung nun drin-

(A) gend genutzt werden, umfassender und ohne Blick auf kurzfristige parteipolitische Taktik, die Finanzmärkte zu bändigen und Antworten auf die Schuldenkrise zu finden.

Anlage 7

Zu Protokoll gegebene Rede

zur Beratung des Antrags: Tag der Befreiung muss gesetzlicher Gedenktag werden (Tagesordnungspunkt 15)

Dr. Stefan Ruppert *(FDP):* Im 8. Mai 1945 verdichten sich symbolisch wichtige Ereignisse der deutschen Geschichte: Tag der Befreiung, Stunde null und Ausgangspunkt deutscher Teilung. Der Tag steht am Beginn von Vertreibung und kommunistischer Diktatur. Die Ereignisse schafften aber vor allem die Voraussetzung für die Errichtung einer stabilen Demokratie. Theodor Heuss formulierte es mit dem ihm eigenen versöhnlichen Ton: „Im Grunde genommen bleibt dieser 8. Mai 1945 die tragischste und fragwürdigste Paradoxie … für jeden von uns. Warum denn? Weil wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind."

Die Vielschichtigkeit dessen, was an historischen Entwicklungen im 8. Mai 1945 mündete und für die ebendieser Tag Ausgangspunkt war, spiegelt sich auch in der Erinnerungskultur in Deutschland wider. Mit der Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 im Deutschen Bundestag, in der er den (B) Tag als Tag der Befreiung „von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft" definierte, hatte sich ein bedeutsamer Wandel in der Erinnerungskultur in Deutschland vollzogen. Später zeichneten konservative Kreise ein anderes Bild vom 8. Mai, indem sie den Tag als Beginn für Flucht- und Vertreibungsbewegungen in Europa und als Anfang der Teilung Deutschlands herausstellten. Dabei wurde glücklicherweise nur selten der Konsens infrage gestellt, dass das Ende des Krieges keine Ursache für Flucht, Vertreibung und Unterdrückung nach 1945 gewesen ist. Mit dem 50. und 60. Jahrestag des Kriegsendes trat in der jüngsten Vergangenheit dann eher der Versöhnungsgedanke in den Vordergrund, mit dem der friedliche Wandel in Europa nach 1989/90 gewürdigt wurde.

All diese Veränderungen in der Erinnerungskultur des 8. Mai zeigen schon, dass sich im Laufe der Jahre rege und offene Diskussionen in der Öffentlichkeit zu diesem historischen Datum herausgebildet haben. Die zunehmende historische Distanz erhöhte die Bereitschaft der Deutschen, sich aktiv mit dem Nationalsozialismus auseinanderzusetzen. Schweigen und Beschönigung wurden zunehmend durch eine aktive Vergangenheitspolitik verdrängt. Wir können selbstbewusst sagen, dass die Deutschen sich auf der Basis eines breiten gesellschaftlichen Konsenses ihrer Vergangenheit gestellt haben. Braucht es deshalb einen staatlich verordneten Gedenktag, um den Dialog über diesen Tag anzuregen, wie es die Fraktion Die Linke in ihrem Antrag fordert? Wir Liberale glauben: Nein! Ich möchte der Linkspartei gar nicht eine politische Ideologisierung des 8. Mai unterstellen, ob- (C) wohl sich diese Verbindung bei der SED-Nachfolgepartei durchaus auftun kann. Nein, ihren Antrag lehnen wir aus anderen Gründen ab. In unseren gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen wie Schulen, Universitäten, Museen und Stiftungen, in der Politik, Publizistik und Wissenschaft wird alljährig des 8. Mai und der mit ihm verbundenen Ereignisse gedacht. In diesem Jahr wird beispielsweise im Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst ein umfangreiches Museumsfest zur Erinnerung an den 65. Jahrestag des Kriegsendes stattfinden. Zudem knüpft das schon lange bestehende Projekt „Topographie des Terrors" die Eröffnung seines neuen Dokumentationszentrums bewusst an das Datum des 8. Mai. Bei all diesen Veranstaltungen und Projekten wird auch und gerade der Aspekt der Befreiung von der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft immer wieder hervorgehoben.

Was aber aus liberaler Sicht noch viel entscheidender ist: Sie kommen aus freien Stücken ohne staatliche Vorgabe aus der Mitte unserer Gesellschaft. Für uns ist nicht bedeutsam, ob an ein Ereignis aufgrund einer politischen Anordnung gedacht wird. Wichtig ist, dass in unserer Gesellschaft eine aktive Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit stattfindet und so die Ursachen und Folgen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Erinnerung bleiben. Wir sind davon überzeugt, dass in einer lebendigen Demokratie ein Gedenktag nicht durch den Staat vorgeschrieben werden muss. Dass ein „staatlich verordneter Antifaschismus" auch nicht funktionieren kann, hat schon die Geschichte der DDR gezeigt. Dort war der 8. Mai lange politisch auferlegt, aber in das Bewusstsein der Bevölkerung ist er kaum getreten. Vor allem aber hat er nicht die Bereitschaft staatlicher Institutionen geschaffen, Entschädigungen zu leisten und aktiv zu versöhnen. (D) Ein Datum wie der 8. Mai eignet sich auch nicht, um parteipolitisch Profit herauszuschlagen. Wir bedauern es ausdrücklich, dass die Fraktion Die Linke mit ihrem Antrag den demokratischen Konsens verlassen hat, die Frage von historischen Gedenktagen interfraktionell zu diskutieren.

Nicht an einem Tag, sondern jeden Tag ist es unsere Aufgabe, im täglichen Plebiszit die Errungenschaften einer freiheitlichen Ordnung neu zu festigen. Jeder Tag, an dem die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land in Freiheit leben können, ist ein besonderer Tag. Dies aber kommt schon durch die lebendige Erinnerungskultur am 8. Mai und an anderen Tagen wie dem 9. November oder dem 17. Juni – getragen von der Mitte der Gesellschaft – zur Geltung. Eine zusätzliche staatliche Gedenkverordnung, wie es die Linkspartei in ihrem Antrag fordert, bleibt hinter dem Erreichten zurück und ist deshalb überflüssig.

Anlage 8

Zu Protokoll gegebene Rede

zur Beratung des Antrags: Ölkatastrophen vermeiden – Raubbau an Mensch und Natur ausschließen (Zusatztagesordnungspunkt 10)

Angelika Brunkhorst *(FDP):* Seit der Explosion auf der BP-Bohrinsel „Deepwater Horizon" am 20. April hat

(A) das ausgetretene Öl schätzungsweise eine Fläche von rund 210 mal 110 Kilometern verschmutzt. Es wird befürchtet, dass die Katastrophe sich als folgenschwerer erweisen könnte als die Havarie des Öltankers „Exxon Valdez“ in Alaska 1989. Die Umweltschäden damals waren enorm und sind bis heute spürbar. Einige Tierarten haben sich noch immer nicht von dieser Katastrophe erholt. Schätzungen zufolge starben 250 000 Seevögel, 2 800 Fischotter, 300 Seehunde, 250 Weißkopfseeadler und bis zu 22 Orcas.

Aktuell hat man die Situation auf der Ölplattform „Deepwater Horizon“ noch nicht im Griff; es gibt aber Fortschritte: Das erste von drei Lecks ist abgedichtet. Leider vermindert sich dadurch allerdings kaum die Menge des austretenden Öls, da die anderen beiden Löcher größer sind. Das größte Leck soll mithilfe eines pyramidenförmigen Stahlcontainers nächste Woche abgedeckt werden. Es ist ein Wettlauf mit der Zeit, jede Stunde weniger mindert das Ausmaß der Verschmutzung.

Sie, liebe Kollegen der Grünen, nehmen diese Katastrophe zum Anlass, um ihre Forderung „Weg vom Öl“ zu untermauern. Sie zielen darauf ab, sich nicht mehr auf die Förderung von Erdöl zu fixieren, sondern auf 100 Prozent erneuerbare Energien umzustellen, und malen ein düsteres Bild für Afrika, für die Nordsee usw. Das hilft nicht weiter.

Der Rohstoff Öl ist als Energieträger, aber auch in der chemischen Industrie für die Herstellung von Kunststoffen aktuell unverzichtbar. Erdöl ist derzeit der wichtigste (B) Rohstoff der modernen Industriegesellschaft. Die Gewinnung gänzlich infrage zu stellen, ist unrealistisch.

Aus Sicht des Meeresnaturschutzes bin ich auf Ihrer Seite bei vielen Ihrer Forderungen. Eine solche Katastrophe auf einer Ölplattform, aber auch Tankerunglücke müssen vermieden werden. Die Erdölförderung muss so erfolgen, dass das Meeresökosystem vor Verschmutzungen bewahrt wird. Hierfür sind entsprechende Standards erforderlich, die auch kontrolliert gehören.

Weltweit ist die Offshore-Industrie durch die Förderung von Erdöl und Erdgas geprägt. Es sind Umweltverträglichkeitsprüfungen notwendig, die bereits für die Bauphase untersuchen, welche Gefahren, Verschmutzungen und Lärmbelästigungen entstehen. Der sichere Betrieb der jeweiligen Anlagen muss ebenso gewährleistet sein wie Unfälle möglichst zu vermeiden sind. Beim weiteren Ausbau der unterschiedlichen Offshore-Projekte sind insbesondere auch die Auswirkungen dieser Bauten auf die Sicherheit der Schifffahrt zu überprüfen.

In Deutschland gibt es nur eine Förderplattform, die in der Elbmündung nördlich von Cuxhaven liegt. Sie ist nicht mit den Bohrinseln vor der Küste der USA zu vergleichen, da die Nordsee flacher ist. Die Bohrinsel steht fest auf dem Meeresboden, und hohe Stahlspundwände schützen die Umgebung.

Deutschland hat vorausschauende, praktikable Maßnahmen für mögliche Unfälle getroffen. Das Havariekommando ist seit 2003 zuständig für das Unfallmanagement auf See. Dazu gehört auch die Bekämpfung von großen Ölverschmutzungen. Entlang der gesamten deutschen (C) Küstenlinie sind Materialdepots eingerichtet und Spezialschiffe für den Öleinsatz stationiert. 3 000 Einsatzkräfte stehen an der gesamten deutschen Küstenlinie bereit. Mithilfe von Notfallplänen und rund 160 praktischen Übungen mit verschiedenen Organisationen pro Jahr ist Deutschland für einen Ölunfall vorbereitet. Die Einsatzkonzepte werden fortlaufend überprüft und an die neuesten Erkenntnisse angepasst. Eine Vernetzung mit den Nachbarländern erleichtert die Zusammenarbeit auf internationaler Ebene.

Auch wir von der Koalitionsfraktion wollen die erneuerbaren Energien konsequent ausbauen und die Energieeffizienz weiter erhöhen. Auch unser Ziel ist es, dass die erneuerbaren Energien sukzessive den überwiegenden Teil an der Energieversorgung übernehmen.

Die Nutzung erneuerbarer Energien nimmt in Europa und weltweit weiter stark zu. Die Unternehmen der Branche und deren Märkte haben sich in den vergangenen Jahren erheblich entwickelt. Gerade in Deutschland haben sich zahlreiche mittelständische Unternehmen in diesem Markt etabliert. Für die Küste kommt der Windenergie dabei eine besondere Bedeutung zu. Zum einen ist Deutschland bei den Maschinen und Anlagen zur Windenergieerzeugung Exportweltmeister, zum anderen gibt es erhebliche Ausbaupläne für die Windkraft auf dem Meer.

Wir Liberale sehen in einer verantwortungsvollen Nutzung der Meere eine Herausforderung für Deutschland und Europa. Die Erhaltung der Ökosysteme und der biologischen Vielfalt der Meeresgebiete dient dem (D) Schutz der gemeinsamen natürlichen Ressourcen. Wir setzen uns für eine bessere Vermeidungsstrategie ein, gegen direkte Verunreinigungen der Meere durch Schiffe aufgrund illegaler sowie legaler Einleitungen von Öl und Chemikalien oder über den Schiffsanstrich.

Bei der Skandalierung der Erdölindustrie aufgrund eines Unfalls – so schlimm dieser auch sein mag – macht die FDP nicht mit.

Anlage 9

Amtliche Mitteilungen

Die Fraktion der SPD hat mitgeteilt, dass sie den Antrag **Deutschland muss deutliche Zeichen für eine Welt frei von Atomwaffen setzen** auf **Drucksache 17/242** zurückzieht.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses hat mitgeteilt, dass der Ausschuss gemäß § 80 Absatz 3 Satz 2 der Geschäftsordnung von einer Berichterstattung zu der nachstehenden Vorlage absieht:

– Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über die Ergebnisse ihrer Bemühungen um die Weiterentwicklung der politischen und ökonomischen Gesamtstrategie für die Balkanstaaten und ganz Südosteuropa
(Berichtszeitraum: 11. März 2008 bis 31. Januar 2009)

– Drucksachen 16/12252, 17/790 Nr. 3 –

(A) Die Vorsitzenden der folgenden Ausschüsse haben mitgeteilt, dass der Ausschuss die nachstehenden Unionsdokumente zur Kenntnis genommen oder von einer Beratung abgesehen hat.

Petitionsausschuss

Drucksache 17/504 Nr. A.1
EuB-EP 1988; P7_TA-PROV(2009)0066

Auswärtiger Ausschuss

Drucksache 17/720 Nr. A.1
EuB-BReg 71/2010

Innenausschuss

Drucksache 17/136 Nr. A.14
Ratsdokument 11480/1/09 REV 1
Drucksache 17/136 Nr. A.17
Ratsdokument 10972/09
Drucksache 17/136 Nr. A.18
Ratsdokument 11709/09
Drucksache 17/136 Nr. A.19
Ratsdokument 11722/09
Drucksache 17/136 Nr. A.20
Ratsdokument 11726/09
Drucksache 17/504 Nr. A.12
Ratsdokument 16870/09
Drucksache 17/790 Nr. 1.6
Ratsdokument 9042/09
Drucksache 17/1100 Nr. A.2
Ratsdokument 5842/10
Drucksache 17/1100 Nr. A.4
Ratsdokument 6898/10
(B) Drucksache 17/1492 Nr. A.9
Ratsdokument 8151/10

Rechtsausschuss

Drucksache 17/859 Nr. A.5
Ratsdokument 5200/10

Haushaltsausschuss (C)

Drucksache 17/975 Nr. A.3
Ratsdokument 6243/10
Drucksache 17/1100 Nr. A.7
Ratsdokument 6559/10

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Drucksache 17/720 Nr. A.12
Ratsdokument 5406/10
Drucksache 17/1270 Nr. A.3
Ratsdokument 7060/10

Ausschuss für Gesundheit

Drucksache 17/178 Nr. A.27
Ratsdokument 14848/09
Drucksache 17/859 Nr. A.11
Ratsdokument 5834/10

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Drucksache 17/136 Nr. A.101
Ratsdokument 12382/09
Drucksache 17/504 Nr. A.22
EuB-EP 1987; P7_TA-PROV(2009)0065

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Drucksache 17/136 Nr. A.111
Ratsdokument 12061/09
Drucksache 17/859 Nr. A.15
Ratsdokument 12223/09
Drucksache 17/975 Nr. A.4
Ratsdokument 6956/10 (D)

Ausschuss für Kultur und Medien

Drucksache 17/136 Nr. A.117
Ratsdokument 12540/09
Drucksache 17/1100 Nr. A.14
Ratsdokument 7094/10

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-7980